

1. HEFT / JANUAR 1906

LEO ARONS · DIE VOLKSSCHULVORLAGE IM PREUSSISCHEN LANDTAG

DAS Schreiben, mit dem der preussische Kultusminister Studt den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, dem Abgeordnetenhaus zugehen liess, ist vom 2. Dezember 1905 datiert; am 11. Dezember begann die erste Beratung; am 12. Dezember wurde ihr durch Annahme eines Antrages auf Schluss der Besprechung ein Ende bereitet, während die Rednerliste noch 21 Namen aufwies; die Vorlage wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Von einer Kampfesstimmung, wie gelegentlich des Volksschulgesetzentwurfes im Jahre 1892, war nichts zu spüren; der Führer der Konservativen, Herr von Heydebrand, erklärte, nur mit Resignation für den Entwurf eintreten zu können, und Herr Porsch vom Zentrum versicherte, dass seine Partei vom christlich-katholischen Standpunkte aus gegenüber der Schulvorlage »durch die unabänderliche Macht der Verhältnisse in der resignierten Stellung und Stimmung, der von seinem evangelisch-christlichen Standpunkt aus Herr von Heydebrand Ausdruck gegeben,« stehe. Die Freikonservativen und Nationalliberalen, die 1892 die Haupttrüfer im Streit gestellt hatten, bilden diesmal die Kerntruppe für den Regierungsentwurf: die Freikonservativen als Schöpfer des Kompromisses, dem der Entwurf seine Entstehung verdankt; die Nationalliberalen, weil sie dem Kompromiss beigetreten sind, um an Stelle des Zentrums wieder einmal Regierungspartei zu spielen; ein kleines Zugeständnis an die Jungliberalen lag wohl in der Bestimmung des Abgeordneten Schiffer zum Fraktionsredner an Stelle der Herren Hackenberg oder Friedberg, doch war die Nummer des von ihm gesponnenen Fadens nicht wesentlich anders. Den Gegner hatte das kleine Häuflein der beiden freisinnigen Parteien (25 + 8) zu markieren, das sich denn auch unter ängstlicher Betonung seiner frommen Gesinnung in höchst bescheidener Defensive hielt.

Für den Kenner preussischer Verhältnisse bietet der Vorgang nichts Überraschendes; ich habe in zwei früheren Aufsätzen versucht, die Verhältnisse

darzulegen, aus denen der neue gesetzgeberische Versuch auf dem Gebiet des preussischen Volksschulwesens erwachsen ist.¹⁾ Unter anderen wichtigen Gegenständen, deren endgültige Regelung durch besondere Gesetze die preussische Verfassung verhiess, und die heute, nach 55 Jahren, noch der Erledigung harren, befindet sich auch das Unterrichtswesen. Der letzte Versuch, im Jahre 1892, wenigstens ein Volksschulgesetz zu stande zu bringen, scheiterte daran, dass die Regierung gegenüber dem Protest weiter Volkskreise nicht wagte, die Forderung der Verfassung durchzusetzen, die da besagt: »Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften«, obgleich ihr für ihren Entwurf eine sichere Majorität, bestehend aus Konservativen und Zentrum, zur Verfügung stand und noch steht. Denn dass der Entwurf von 1892 durchaus auf dem Boden der — freilich ultrareaktionären, oktroyierten — Verfassung von 1850 stand, dürften selbst seine ausgesprochensten Gegner nicht leugnen. Schon dieser eine Umstand ist geeignet, auf die auch nach bürgerlichen und gouvernementalen Begriffen unhaltbaren preussischen Zustände ein helles Licht zu werfen. Jeder denkende Mensch muss sich fragen, was denn unter solchen Umständen eine Verfassung bedeutet, und ebenso muss er aus dem Verhalten der Regierung herauslesen, dass sie selbst trotz aller hochtönenden Phrasen davon überzeugt ist, dass die Majorität der *Volksvertretung* die weit überwiegende Majorität der Bevölkerung gegen sich hat. Trotzdem ist die Idee einer gründlichen Verfassungsänderung noch gar nicht aufgetaucht, und die Abschaffung des *elendesten aller Wahlsysteme* wird mit Hohnlachen verweigert. Unter dem gesetzlosen Zustand ist nun die preussische Volksschule in einem relativen, teilweise in absolutem Rückgang begriffen, sprach doch der Minister selbst am 11. Dezember von der »Gefahr einer Beeinträchtigung ihrer Fortentwicklung«. Weit empfindlicher für die herrschenden Klassen aber ist die Rechtsunsicherheit auf dem Gebiet der Schulunterhaltungskosten; ihre Regelung wurde deshalb von allen Seiten als unbedingt nötig anerkannt. Die Konservativen und das Zentrum aber fürchteten, mit der Regelung der Geldfrage ihr bestes Pressionsmittel für die Auslieferung der Schule an die Kirche zu verlieren; sie weigerten sich also, ein blosses Volksschulunterhaltungsgesetz auch nur in Betracht zu ziehen, und der Kompromiss von 1904 bestand darin, dass man den reaktionärsten Mächten nachgab und im Unterhaltungsgesetz die konfessionelle Volksschule als gesetzliche Grundlage hinzustellen versprach. Der Entwurf hat das Versprechen eingelöst.

In seinen drei ersten Abschnitten (§§ 1 bis 17) behandelt der Entwurf die Frage der Volksschulunterhaltung; ihnen reiht sich der sechste Absatz (§§ 41 bis 49) an: Schulhaushaltsetat, Schulkasse, Baufonds, staatliche Ergänzungszuschüsse. Höchst auffällig ist, dass die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts nicht ausdrücklich ausgesprochen ist. Die Unentgeltlichkeit ist durch die Gesetze von 1888 und 1889, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten, fast durchgeführt; immerhin lässt das Gesetz von 1888 in seinem § 4 die Erhebung von Schulgeld auch für im Schulbezirk einheimische Kinder

¹⁾ Vergl. meine Artikel *Materialien zur Beurteilung der preussischen Volksschule* und *Die preussische Volksschule, die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, II. Bd., pag. 726 ff. und 791 ff. (zusammen auch als besondere Schrift erschienen unter dem Titel *Die preussische Volksschule und die Sozialdemokratie*, mit einer Einleitung von Max Quarck /Berlin 1905/).

unter gewissen Bedingungen noch zu; ebenso das Gesetz von 1889 im Artikel 2. Auf dem preussischen Parteitag 1904 wurde denn auch festgestellt, dass eine so bedeutende Gemeinde, wie die Stadt Schkeuditz mit 6- bis 7000 Einwohnern noch Volksschulgeld erhebt! Das Fehlen der Bestimmung ist um so härter zu verurteilen, als sie der Entwurf von 1892 im § 36 ausdrücklich enthielt und es im Artikel 25 der Verfassung heisst: »In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.«

Selbstverständlich verzichten wir hier, wie bei den anderen Abschnitten, auf die Darlegung aller Mängel der Vorlage, um nur die charakteristischen Punkte hervorzuheben. Zu diesen gehört in den ersten Abschnitten die Behandlung der Gutsbezirke; der Minister bezeichnete in seiner Einführungsrede die Frage der Heranziehung der Gutsbezirke als eine der wichtigsten und schwierigsten Materien des Entwurfes. Die Gutsbezirke sind eine preussische Eigentümlichkeit, und zwar eine ostelbische; westlich der Elbe finden sie sich selbst in Preussen nur vereinzelt. Um so beträchtlicher ist ihre Zahl in den 7 alten Provinzen. Hier zählte man im Jahre 1900 noch 14 971 Gutsbezirke mit 1 895 409 Einwohnern gegenüber einer Gesamteinwohnerschaft von 17 690 254, das heisst mehr als 10 % der Bevölkerung dieser 7 Provinzen lebte in Gutsbezirken; der Prozentsatz steigt in Pommern auf 21,4, in den Regierungsbezirken Cöslin und Stralsund auf 29 und 29,6 %! Die Sonderstellung der Gutsbezirke bezeichnet Graf Hue de Grais im *Handbuch der Verfassung und Verwaltung* mit dem Satz: »Für die Gutsbezirke stehen mit den aus der Natur der Sache folgenden Massgaben dem Gutsbesitzer alle Rechte und Pflichten der Gemeinden zu. Insbesondere tritt er in Person oder durch einen als Stellvertreter zu bestellenden Gutsvorsteher an die Stelle des Gemeindevorstehers. Die Gemeindevertretung fällt hier fort.« Diese Gebilde ohne jede Spur einer Selbstverwaltung durch die Eingessenen sind das Dorado der Junker und bereiten der Gesetzgebung überall Schwierigkeiten. Die *Rechtsverhältnisse* der Gutsbezirke sind auch durch die Landgemeindeordnung von 1891, die für Preussen »das grosse Werk der Selbstverwaltungsorganisation krönt«, erhalten geblieben. Immerhin durfte man erwarten, dass nach ihrer Einführung die Zahl der Gutsbezirke sich erheblich verringern würde. Hatte doch die Regierung in den Motiven zur Landgemeindeordnung erklärt, dass eine grosse Zahl von Gutsbezirken im öffentlichen Interesse als solche verschwinden müssten. Von 3430 wurde seitens der Regierung festgestellt, dass sie wegen zu geringen Umfanges oder nach ihrem zu geringen Steuerwert verwaltungstechnisch ungeeignet seien. Von 4945 Gutsbezirken hiess es, dass sie mit Gemeindebezirken derart im Gemenge liegen, dass eine Sonderung der kommunalen Interessen der Landgemeinden und Gutsbezirke überhaupt nicht mehr tunlich sei. Über je 300 Einwohner besaßen in den östlichen Provinzen 1038 Gutsbezirke, darunter 216 mit 501 bis 1000, 43 mit mehr als 1000 Einwohnern! Die Landgemeindeordnung sieht deshalb die Verschmelzung von Gutsbezirken mit anderen Gutsbezirken oder mit Landgemeinden vor, ebenso die Umwandlung von Gutsbezirken in Landgemeinden. Wo die Zustimmung der Gutsherren nicht zu erlangen ist, ist deren Ergänzung durch die Behörden vorgesehen. Trotz alledem war die Zahl der Gutsbezirke in den 7 östlichen Provinzen Preussens von 15 612 im Jahre 1887 nur auf 14 971 im Jahre 1900 gesunken; die Zählung von 1905 wird schwerlich eine viel erheblichere Verringerung zeigen. Gegen den Willen der Junker geschieht

nichts in Preussen, mag es als noch so sehr im öffentlichen Interesse liegend auch von der Regierung anerkannt sein, mag die Regierung auch über noch so viel gesetzgeberische Handhaben verfügen; hier kann nur das entschlossenste Eingreifen der grossen Volksmasse helfen.

Auf dem Gebiete der Schulunterhaltung bestehen nun in den Gutsbezirken die mannigfachsten Verhältnisse.²⁾ In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle hatten sich die Gutsherren von allen Leistungen für die Volksschule freizumachen gewusst. Der neue Entwurf bestimmt — und darin besteht der Fortschritt —: »In den Gutsbezirken werden die Schullasten vom Gutsbesitzer getragen« (§ 9). Nach der oben angeführten Definition der Gutsbezirke ist diese Bestimmung einfach selbstverständlich, jede Abweichung eine schreiende Ungerechtigkeit. Nichtsdestoweniger trifft der Entwurf Massregeln, den Gutsherren diese Last zu erleichtern, und die Konservativen wünschen hierin noch weiter zu gehen. Erfolg die Zusammenlegung von Gutsbezirken mit anderen Gemeinden zu einem Schulverband, so erfolgt die Verteilung der Lasten nach dem Steuersoll. Dabei soll aber »die Grundsteuer nur zur Hälfte ihrer umlagefähigen Höhe zur Anrechnung kommen« (§ 10). Der Entwurf von 1892, der die gleiche allgemeine Bestimmung traf, kannte diese Bevorzugung der Gutsherren nicht. Die Entwicklung in Preussen ist eben rückläufig. Der Führer der Konservativen im Abgeordnetenhaus aber führte unter Zustimmung seiner Freunde aus, es sei ihm zweifelhaft, ob die Grundsteuer überhaupt mit herangezogen werden solle: »Überhaupt . . . kann das Prinzip der Leistungsfähigkeit bei den Kosten einer Institution nicht so absolut massgebend sein, bei der man doch fragen muss: wem kommt diese Einrichtung zu gute? . . ., was sich ausdrücken würde in der Zahl der Haushaltungen, die zu einer solchen Schule gewiesen sind, in der Seelenzahl der Kinder, die dabei in Betracht kommen, all das ist ein Moment, das unbedingt, sei es in der Überverteilung, sei es neben der Tragung der Lasten wird berücksichtigt werden müssen.« Man übertrage diesen Gedankengang auf eine grosse Gemeinde, oder man wende ihn auf die Flottenvermehrung an — und man wird die ganze Unbefangenheit der Argumentation ermessen können.

Die Regierung aber hat noch ein weiteres Hilfsmittel für die Gutsherren. Zu Beihilfen an leistungsschwache kleine Schulverbände sind nach den Motiven ausser früheren Beträgen vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes ab neu bereit zu stellen 1. etwa 1 300 000 Mark zu bestimmten Zwecken, 2. »3 Millionen Mark jährlich mit der Bestimmung, dass bei Verwendung dieser Mittel in erster Linie die Verschiebungen zu berücksichtigen sind, welche sich als Folge der durch das Gesetz eintretenden anderweitigen Regelung der Schulunterhaltungslasten ergeben«. Es liegt auf der Hand, und die Motive lassen darüber keinen Zweifel, dass, abgesehen von anderen Summen, diese 3 Millionen ausschliesslich den neubelasteten Gutsbezirken zufallen sollen und zufallen werden. Die Landgemeindeordnung bestimmt in § 2: »Gutsbezirke, welche ihre öffentlich rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen ausser stande sind, können durch königliche Anordnung aufgelöst werden.« Statt von dieser Befugnis im öffentlichen Interesse ausgiebigsten Gebrauch zu machen, befreit man die Gutsherren, wenn nicht anders möglich, durch Geschenke aus der Tasche der Steuerzahler von ihren Verpflichtungen.

²⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 732.

Sollen die ersten drei und der sechste Abschnitt des Entwurfes die eigentliche Aufgabe des Gesetzes, die Regelung der Schulunterhaltungslast, lösen, so trägt der vierte (§§ 18 bis 25) entsprechend der Vorschrift des Kompromisses die Überschrift *Konfessionelle Verhältnisse*. Die Vorschriften sind im wesentlichen die selben, die der Entwurf von 1892 in seinem ersten Abschnitt über die Konfessionalität enthielt, abgesehen von dessen § 18, der den schon oben erwähnten Satz der Verfassung ausführte: »Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften«. Der Abschnitt erfüllt vollkommen die Forderungen des Kompromisses unter a bis c³⁾. § 18 bestimmt: »Die öffentlichen Volksschulen sind in der Regel so einzurichten, dass der Unterricht evangelischen Kindern durch evangelische Lehrkräfte, katholischen Kindern durch katholische Lehrkräfte erteilt wird.« Die gleiche Bestimmung enthielt § 14 der Vorlage von 1892 mit den Worten: »Der Regel nach soll ein Kind den Unterricht durch einen Lehrer seines Bekenntnisses empfangen.« Der gleiche Paragraph enthielt die Sicherung der Fortentwicklung der Simultanschulen: »Soweit nicht an einem Ort bereits eine anderweitige Schulverfassung besteht, sollen neue Volksschulen nur auf konfessioneller Grundlage eingerichtet werden.« Der neue Entwurf bringt die Frage der ausnahmsweisen Zulässigkeit in viel verwickelterer Form. Von den Fällen der »historischen Entwicklung« kann er absehen, da der vierte Abschnitt des Gesetzes auf das ehemalige Herzogtum Nassau keine Anwendung finden soll (§ 25); ebenso von den Fällen »nationaler Rücksicht« — da, wie wir noch sehen werden, das ganze Gesetz auf die Provinzen Posen und Westpreussen nicht angewendet werden soll (§ 56). In Orten, wo bisher lediglich Volksschulen bestanden haben, die nach der Definition des Ministers als wirklich simultane zu betrachten sind, können auch in Zukunft solche Schulen errichtet werden; bestehen solche Schulen an Orten, an denen auch konfessionelle Schulen existieren, »so soll darauf geachtet werden, dass das bisherige Verhältnis der Beschulung . . . nicht wesentlich geändert wird«. Solcher Orte gibt es nach den Motiven insgesamt nur etwa 30 im vorgesehenen Geltungsbereich des Gesetzes. Der Entwurf spricht darüber hinaus von »besonderen Gründen«, aus denen die Schulaufsichtsbehörde die Errichtung simultaner Schulen zulassen darf; ob solche vorliegen, entscheidet auf Anrufen von Beteiligten der Kreis- respektive Bezirksausschuss, in letzter Instanz der Provinzialrat. Dass die Bestimmungen der Simultanschule günstiger sind, als in dem so heftig bekämpften Entwurf von 1892, wird niemand behaupten können. Das im Kompromiss geforderte Recht der Minorität auf eine besondere Schule ihrer Konfession beginnt nach dem Entwurf bei der Schülerzahl 60, wie im Entwurf von 1892, doch ist für Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern die Zahl auf 120 erhöht. Der Entwurf von 1892 liess die freiwillige Errichtung der gesonderten Schule erst bei 30 Kindern zu, der neue Entwurf zieht keine untere Grenze; hat die Minorität also auch erst bei 60 Kindern einen Rechtsanspruch auf Errichtung einer eigenen Schule, so kann ihr eine solche schon bei jeder niedrigeren Zahl bewilligt werden. Mit diesen Bestimmungen ist der bedauerlichen Zerspaltung, die zu Schulen mit geringer Klassenzahl führt, Tür und Tor geöffnet.⁴⁾ Der nationalliberale Redner

³⁾ Den Wortlaut siehe *ibid.*, pag. 793.

⁴⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 794.

meinte zwar, davor schützten die Zahlen 60 und 120; abgesehen davon, dass sie nach unseren Ausführungen nicht zwingend sind, würde bei 60 Kindern voraussichtlich eine einklassige, bei 120 Kindern bestenfalls eine dreiklassige Schule errichtet werden. Dazu bestimmt der letzte Absatz des § 20 ausdrücklich, dass gegenüber dem Anspruch der Minorität das Bedürfnis der Schule nicht angeführt werden dürfe — unter Aufhebung des Gesetzes, betreffend die Feststellung der Anforderungen für die Volksschulen, von 1887 für diesen Fall! Der Sieg des Konfessionalitätsprinzips und seine bitteren Folgen machen sich auch im fünften Abschnitt des Entwurfes *Verwaltung der Volksschulangelegenheiten* (§§ 26 bis 40) geltend. Den Schuldeputationen der Städte sollen in Zukunft der dem Dienstalder nach älteste Ortspfarrer der evangelischen Landeskirche und der katholischen Kirche angehören. Bisher gab es trotz aller Bemühungen des Kultusministeriums⁵⁾ unter den 660 Schuldeputationen immer noch 31, in denen kein Geistlicher sass. Noch schlimmer macht sich die scharfe konfessionelle Scheidung in der Einrichtung der Schulkommissionen bemerkbar; sie können in den Städten als Organe der Schuldeputation für eine oder mehrere Schulen der gleichen Konfession errichtet werden; sie müssen dort errichtet werden, wo »bisher konfessionelle Schulsozietäten bestehen, wenn diese es vor ihrer Auflösung durch dieses Gesetz bei der Schulbehörde beantragen«. Dass auch den Schulkommissionen der Geistliche der betreffenden Konfession angehören muss, ist bei dem Geist des Gesetzentwurfes selbstverständlich. In den ländlichen Schulbezirken sind Schulvorstände für jede einzelne Schule zu bilden; mehrere Schulen innerhalb des selben Bezirkes dürfen einem Vorstand unterstellt werden, nur wenn sie gleicher Konfession sind; auch hier ist der dienstälteste Geistliche ständiges Mitglied; meist wird er sogar als Ortsschulinspektor den Vorsitz führen.

War die Vertretung der Kirche in den Schuldeputationen und Schulvorständen durch den Kompromiss vorgeschrieben, so geht der Entwurf in der weiteren Ausgestaltung dieser Behörden selbständig vor, und hierbei zeigt sich ein erheblicher Fortschritt der staatlich-bureaukratischen Willkür gegenüber dem Gesetzentwurf von 1892. Über die Befugnisse der Schuldeputationen und Vorstände äusserte selbst der konservative Redner: »Ich bin sogar der Überzeugung, nur ein roter Faden zieht sich da hindurch: dass sie zu sagen alle nichts haben.« Besonders verschlechtert ist die Stellung der städtischen Schuldeputationen. Was bisher ministerielle Willkür⁶⁾ aus ihnen zu machen versuchte, soll jetzt gesetzlich festgelegt werden: sie soll ein Organ der Schulaufsichtsbehörde und verpflichtet sein, deren Anweisungen Folge zu leisten. Dass unter der Zahl der »des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Männer« — Frauen kennt der preussische Gesetzgeber nur bei Verboten — mindestens ein Rektor und ein Lehrer an einer Volksschule sein sollen, ist zu begrüssen. Freilich sollen diese Bürgerdeputierten nicht mehr von der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden; ihre Wahl ist den Magistratsmitgliedern und den in die Schuldeputation gewählten Stadtverordneten übertragen. Letztere selbst bedürfen, wie die Bürgerdeputierten, der Bestätigung durch die Schulaufsichtsbehörde, eine Bestimmung, die der Entwurf von 1892 nicht kannte. Der Bestätigung bedürfen auch die gewählten Mitglieder der ländlichen Schul-

⁵⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 733.

⁶⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 733 ff.

vorstände; der Entwurf von 1892 stellte diese Forderung nicht. Als Kuriosum sei erwähnt, dass in den Fällen, wo auch ein israelitischer Geistlicher der Schuldeputation angehören darf, dieser ebenfalls der Bestätigung bedarf: seine evangelischen und katholischen Kollegen bedürfen der Bestätigung nicht.

Ganz unerhört sind die Bestimmungen über die Anstellung der Lehrer. Der Entwurf von 1892, der gewiss nicht weitherzig war, machte folgende Vorschläge: Der Gemeindevorsteher sollte nach Anhörung des Schulvorstandes und unter Beifügung von dessen gutachtlicher Äusserung dem Regierungspräsidenten einen oder mehrere Vorschläge für die Besetzung einer erledigten Lehrerstelle machen; glaubte der Regierungspräsident, dem Vorschlag nicht stattgeben zu können, so hätte er die Gründe der Ablehnung mitzuteilen; darauf sollte die Gemeinde das Recht haben, weitere Vorschläge zu machen. Nach der zweiten Ablehnung, wahlweise auch schon nach der ersten, sollte die Gemeinde beim Unterrichtsminister Beschwerde führen dürfen. Würde dieser Beschwerde nicht stattgegeben, so sollte die Besetzung durch den Regierungspräsidenten erfolgen. Ausdrücklich wurden im zweiten Absatz des damaligen § 118 bestimmt, dass »als Grund der Ablehnung die Notwendigkeit der Besetzung der Stelle zum Zweck der Ausführung eines auf Versetzung lautenden Disziplinarerkenntnisses nur ausnahmsweise und nur bei denjenigen Schulstellen geltend gemacht werden [dürfe], für welche bisher der Bezirksregierung das freie Besetzungsrecht ohne die tatsächliche oder rechtliche Mitwirkung der Nächstbeteiligten zustand«. An diesem gewiss bescheidenen Massstabe messe man die Bestimmungen des neuen Entwurfes: In Schulverbänden mit mehr als 25 Schulstellen können die Gemeindebehörden bei der Schulaufsichtsbehörde eine oder mehrere Personen für eine erledigte Lehrerstelle in Vorschlag bringen; lehnt die Schulaufsichtsbehörde den Vorschlag ab — Gründe anzugeben, ist sie nicht gehalten —, so darf die Gemeinde einen zweiten Vorschlag machen; wird auch dieser — wieder ohne Angabe von Gründen — abgelehnt, so ist das Vorschlagsrecht erloschen. Gemeinden mit 25 oder weniger Schulstellen haben überhaupt kein Vorschlagsrecht, sie werden nur *angehört*. Ausdrücklich hervorgehoben wird im Abschnitt 6 des § 40, dass die Ausübung des Vorschlagsrechtes und die Anhörung nicht stattfindet, wenn die Besetzung durch Versetzung im Interesse des Dienstes geschieht! Eine weitere tief einschneidende Massregel ist fast nebenbei (§ 40, Absatz 5) aufgestellt. Bei der Anstellung von Direktoren (Hauptlehrern) hatten die Gemeindebehörden bisher freie Hand; sie konnten unter ihren Lehrern den tüchtigsten, mit den Verhältnissen am besten vertrauten an die verantwortungreichere Stelle setzen. Jetzt verlangt der Entwurf die Besetzung solcher Stellen durch die Schulaufsichtsbehörden, und zwar sollen auch in den grössten Schulverbänden die Gemeindebehörden hierbei nicht einmal ein Vorschlagsrecht haben, sondern nur *angehört* werden. Ausdrücklich betonen die Motive, dass man die Möglichkeit haben wolle, auch solche Lehrer, welche sich in Stellen auf dem Lande besonders verdient gemacht haben, zu Direktoren in Städten etc. zu befördern. Der Regierung stünden für die Beförderung solcher Lehrer wahrlich andere Mittel zur Verfügung, als völlig unsachliche Eingriffe in die grossen Schulsysteme; wir erinnern daran, dass im Jahre 1903 von den 1231 Kreisschulinspektoren nur 93 seminaristisch gebildete Lehrer waren.⁷⁾ Zutreffend ist

⁷⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 727.

bemerkt worden, dass die Betätigung der Selbstverwaltungsbehörden auf dem Schulgebiet mit allen diesen Bestimmungen auf das Niveau ihrer Beteiligung an der Polizeiverwaltung herabgedrückt wird; sie beschränkt sich auf die Tragung der Kosten und einige Handlangerdienste für die staatlichen Behörden.

Aus den Schluss- und Übergangbestimmungen (§§ 50 bis 57) sei der Kürze halber nur der § 56 hervorgehoben, der da lautet: »Auf die Provinzen Westpreussen und Posen findet dieses Gesetz keine Anwendung.« Ist es an sich schon ein beschämender Zustand, wenn von einem Gesetz 2 unter 12 Provinzen ausgenommen werden, so besonders in diesem Fall. Der viel umfassendere Gesetzentwurf von 1892 kannte diese Einschränkung nicht. Also dreizehn weitere Jahre ruhmrediger Germanisierungspolitik in den Gebieten mit zum Teil polnischer Bevölkerung haben es glücklich dahin gebracht, dass man »bei der herrschenden nationalen Spannung in jenen Landesteilen eine weitergehende Beunruhigung vermeiden muss, wie sie mit der Neuregelung dieser wichtigen Verhältnisse des öffentlichen Lebens . . . untrennbar verbunden sein würde« — eine Befürchtung, die man 1892 offenbar noch nicht hegen musste. Ist der ganze Gesetzentwurf — dem der konservative Führer die Zensur ausstellt, dass er in hohem Masse den Charakter des Stückwerks und des Unvollkommenen trägt, — ein charakteristisches Zeichen des Tiefstandes preussischer Gesetzgebung, so ist die Ausnahmestellung, die für Posen und Westpreussen gefordert wird, die schärfste Verurteilung der preussischen Verwaltung.

X

X

X

Die einzigen Gegner des Entwurfs im preussischen Landtag sind die Freisinnigen — wenigstens in dem Sinne, dass sie erklärten, gegen ihn stimmen zu wollen. Aber ihr Kampf beschränkt sich auf eine lahme Defensive. Und doch wäre die einzige Möglichkeit einer ernsthaften Bekämpfung der gesamten Schulreaktion nur möglich unter dem Kampfruf *Fort mit der Religion aus der Schule!* Und dieser Ruf würde nur einer Forderung des echten Liberalismus entsprechen. Wir haben daran erinnert, dass sie noch in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von gemässigten Liberalen erhoben wurde.⁸⁾ Jetzt aber fehlt sie sogar in dem sonst durchaus lobenswerten Schulprogramm Nau-
manns.⁹⁾ Was hilft die Forderung der »organischen Verbindung« der Volksschule »mit den mittleren und höheren Bildungsanstalten«, wenn man zusieht, wie durch die Handhabung des Religionsunterrichts eine immer grössere Kluft zwischen der Volksschule und den übrigen Bildungsanstalten gerissen wird! Dabei könnten sich die liberalen Abgeordneten für die Forderung *Fort mit der Religion aus der Schule!* selbst auf anerkannte Theologen berufen. So schreibt Schleiermacher: »Was nun den Religionsunterricht, der in öffentlichen Schulen erteilt wird, betrifft, so bin ich der Meinung, dass dieser ganz erspart werden kann. Es ist dieser Unterricht nur ein Rest aus früherer Zeit, in der diese Anstalten kirchlichen Ursprungs der Kirche untergeordnet waren. Jetzt sind sie nicht mehr kirchliche Anstalten.« Im Jahre 1900 erhob Pastor Bonus den Ruf *Hinaus mit der Religion aus der Schule um der Religion willen!*, und Pastor Rahde erklärte in der *Christlichen Welt*, er sei erschrocken, wie viel Zustimmung diese Losung gefunden habe. Aber furchtsam den liberalen Standpunkt preisgebend, erklärt Herr Ernst von der freisinnigen Vereinigung:

⁸⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 796.

⁹⁾ Vergl. das Protokoll des Parteitags der Sozialdemokratie Preussens /1904/, pag. 42.

EDUARD BERNSTEIN · POLITISCHER MASSENSTREIK UND REVOLUTIONSROMANTIK



ERNUNFTWIDRIGES Hinwegsetzen über örtliche und zeitliche Verhältnisse, das ist wohl die kürzeste Zusammenfassung der Vorstellungen, die sich an den Begriff des *Romantischen* knüpfen, wo er im kritischen Sinne gebraucht wird. In der Politik bedeutete die Romantik ursprünglich die rückwärts gekehrte Utopie, das Streben, Einrichtungen vergangener Epochen unter Verhältnissen wieder zu beleben, die ihnen von Grund aus widersprechen, die phantastische Verklärung des Überlebten, die Schwärmerei für den schönen Schein, der das Vergangene umgibt. Aber das romantische Denken ist nicht an den Kultus des Gewesenen gebunden. Aller Kultus des Unrealen, das heisst desjenigen, wofür die bedingenden Voraussetzungen fehlen, alle kritiklose, die Vorbedingungen ignorierende Übertragung von Massnahmen und Bestrebungen von Land zu Land oder auch selbst von Ort zu Ort ist zuletzt Romantik. Wenn es von Friedrich Wilhelm IV. Romantik war, im Zeitalter des entwickelten Verkehrs und der aufstrebenden Grossindustrie Sitten und Einrichtungen der Feudalzeit wiederherstellen zu wollen, so war es nicht minder Romantik, wenn französische Revolutionäre 1848 und 1871 die Pariser revolutionäre Commune von 1792 wiedererstehen und die selbe Rolle spielen machen wollten, welche sie in den Jahren des Höhepunktes der grossen französischen Revolution gespielt hatte. Und Romantik war es auch, was einen grossen Teil der Dynamitattentate verursachte, die in den achtziger Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts in Frankreich, Spanien, Osterreich etc. ins Werk gesetzt wurden, nachdem am 13. März 1881 das Dynamitattentat auf Alexander II. von Russland geglückt war. Wohl hatte dieses letztere Attentat keinen Sieg einer revolutionären Bewegung zur Folge gehabt, es hatte im Gegenteil an die Stelle eines westeuropäischen Ideen zugänglichen, einen starr orthodox-konservativen Zaren ans Ruder gebracht, der mit rücksichtsloser Brutalität alles niedertreten liess, was auch nur entfernt nach modernem politischen Leben aussah. Aber es hatte doch den gewaltsamen Tod des absolutistischen Herrschers eines Reichen herbeigeführt, und der Gedanke, durch das Mittel einer einfachen Bombe eine so bedeutsame Wirkung erzielen zu können, übte auf naiv-sentimentale oder herostratisch veranlagte Gemüter eine geradezu faszinierende Wirkung aus. Es entstand ein Dynamitkultus, dessen Literatur man nur nachzulesen braucht, um in ihr alle Züge romantischen Aberglaubens wiederzufinden. Das Dynamit sollte nun alles können, das ganze soziale Leben der Gegenwart sollte durch dieses Sprengmittel von Grund aus umgestürzt werden können. Der von seinem Urheber erheblich anders gemeinte Vers *Erlösungsmedizin ist Nitroglycerin* gab in nuce den Glaubenssatz wieder, der in vielen Köpfen spukte und der Erfahrung vieler Jahre bedurfte, bis sein Kredit völlig erschüttert war. Heute sind Dynamit und die ihm ähnlichen Sprengstoffe in die Reihe der Zerstörungs- oder Vernichtungsmittel eingereiht, die unter bestimmten Verhältnissen so gut für einen Revolutionskampf von Bedeutung sein können, wie sie im Krieg der Staaten unter einander anerkannten Gebrauch gefunden haben; aber der Glaube, mittels ihrer die ganzen Formen der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der

Gegenwart auf eine andere Basis stellen zu können, so dass die Entwicklungshöhe der Wirtschaft, die politische und gewerkschaftliche Schulung der Arbeiter ihnen gegenüber zu gleichgültigen Faktoren werden, diese in ihrem Wesen so durch und durch romantische Vorstellung ist in der bezeichneten Gestalt heute aus der Welt verschwunden.

Ist aber darum das romantische Denken oder die Tendenz zu jener Abart romantischen Denkens aus dem politischen Leben beziehungsweise aus der sozialistischen Bewegung schon völlig verschwunden? Es sieht nicht danach aus. Unter anderen Formen stellt es sich gelegentlich doch immer wieder ein. Die gewaltigen politischen Streiks, deren Schauplatz Russland seit Ende Januar 1905 ist, haben unter anderem die Wirkung gehabt, der Idee des politischen Streiks in Deutschland zu einer Popularität zu verhelfen, an die noch vor einem Jahr nicht zu denken war. Das ist so weit eine sehr begrüssenswerte Tatsache, denn, wie der wirtschaftliche Streik, ist auch der politische Streik eine Waffe, zu deren Gebrauch die Arbeiterklasse durch Umstände verschiedener Art genötigt werden kann, und mit der sie sich daher auch gedanklich vertraut zu machen hat. Es soll mich auch wenig kümmern, dass nunmehr, wo die Sache populär geworden ist, Leute sozusagen ein Patent auf sie in Anspruch nehmen, die noch vor gar nicht langer Zeit entweder sie rundweg bekämpften oder sie nur in ganz impossibilistischer Gestalt gelten liessen, die praktisch ihre Vertagung *ad calendas graecas* bedeutete. Man darf sich die Freude über bekehrte Ungläubige nicht dadurch beeinträchtigen lassen, dass einige der Neubekehrten sich nun als die Auserwählten unter den Berufenen geberden. An dergleichen Erscheinungen hat es noch nie in der Geschichte gefehlt. In Zürich erzählte man mir seitherzeit unter Nennung des Namens von einem braven Sohn der Mutter Germania, der sich das Schweizer Bürgerrecht erwarb. Noch in der selben Gemeindeversammlung, die ihn ins Bürgerrecht aufnahm, sei, als ein weiteres Aufnahmegesuch verhandelt wurde, der soeben gebackene Neuschweizer aufgetreten, habe das Wort verlangt und erklärt, es wären nun gerade genug Fremde eingebürgert worden, man möge jetzt doch für eine Weile damit Halt machen. Ich bin in der letzten Zeit wiederholt an diesen Guten erinnert worden.

Im Einzelfalle mag es natürlich am Platze sein, solch einen gar zu anmassend auftretenden *Frischgestrichenen* daran zu erinnern, dass die Farbe bei ihm noch nicht recht trocken ist, im allgemeinen aber darf man sich über solche Nebenerscheinungen den Humor nicht verderben lassen, solange nicht in der Sache selbst in gleicher Weise über die Schnur gehauen, die neue Wissenschaft in einer Gestalt propagiert wird, die auf die Pflege eines neuen Aberglaubens, auf ihre Romantisierung, hinausläuft. Dann allerdings hört der Spass auf, und es muss ein ernstes Wort gesprochen werden.

In diesem Sinne ist meines Erachtens die Erklärung zu verstehen, welche die Genossen von Elm, Frohme und Lesche unterm 23. November 1905 im *Hamburger Echo* veröffentlicht haben. Sie lautet, wie folgt:

»Die Unterzeichneten glauben es der Partei und speziell ihrer Wählerschaft schuldig zu sein, folgende Erklärung abzugeben:

In den letzten Wochen ist sowohl in einem Teile unserer Parteipresse, wie auch in Parteiversammlungen eine Richtung hervorgetreten, die vorgeblich im Sinne der *Parteimehrheit* Anschauungen propagiert, von denen nach unserer Überzeugung zu sagen ist, dass sie in scharfem Gegensatz zu Wortlaut und Tendenz wichtiger

Parteitagsbeschlüsse stehen. Wir meinen in erster Linie die in Jena beschlossene Resolution, betreffend den politischen Massenstreik.

Genosse Bebel hat in seinem Schlusswort zur Begründung dieser Resolution, um alle aufgekommene Zweifel über die Tendenz der selben zu zerstreuen, scharf betont, sie besage nicht, »dass in einem bestimmten Falle der Massenstreik unter allen Umständen, koste es, was es wolle, proklamiert werden soll«. Diese Befürchtungen seien gegenstandslos; der Parteitag solle sich nur im Prinzip dafür aussprechen, »dass gegebenenfalls unter bestimmten Voraussetzungen«, die Parteiführer mit den Führern der Gewerkschaften über die Verwirklichung der Idee des politischen Massenstreiks — dessen Möglichkeit vorausgesetzt — zu beraten haben. Diese Deklaration, haben allgemeine Zustimmung, wenigstens nicht den geringsten Widerspruch erfahren.

Nichtsdestoweniger ist jetzt eine neue Richtung in der Partei mit geradezu fanatischem Eifer bemüht, jene Resolution — unter Hervorkehrung einer höchst bedenklichen, ja für die Partei geradezu verderblichen *RevolutionSRÖMANTIK*, die jedes realistische Denken vermissen lässt und in direktem Gegensatz zu der durch Karl Marx wissenschaftlich begründeten materialistischen Geschichtsauffassung steht — dahin zu deuten, als sei die Partei auf den politischen Massenstreik bereits derart festgelegt, dass man sich auf ihn *den* Ernstes heute oder morgen schon einzurichten habe, und jeden, der ihre *RevolutionSRÖMANTIK* nicht mitmacht, als *Flaumacher*, als *Revisionist*, als *Verhöhnner des revolutionären Geistes* in der Partei, als *Auchsozialist* verdächtigt und ihn dadurch in der Wirksamkeit seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung lahmzulegen sucht. Die Art und Weise dieser Propaganda unterscheidet sich von der sogenannten *anarchosozialistischen* durchaus nicht; sie hat nichts gemein mit den Voraussetzungen, die zur Annahme der Bebel'schen Resolution auf dem Jenaer Parteitage geführt haben; sie wirkt zum grössten Schaden der Partei verwirrend und hat zur Folge eine verhängnisvolle Unterschätzung derjenigen agitatorischen und organisatorischen Leistungen, von denen allein ein gesunder Fortschritt der Arbeiterbewegung zu erwarten ist.

Jeder unserer Parteitage hat die Notwendigkeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation als wesentlichen Faktor des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse anerkannt, und insbesondere der Jenaer Parteitag hat es jedem Parteigenossen zur Pflicht gemacht, die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Trotzdem gilt den Vertretern der neuen Richtung alle gewerkschaftliche Arbeit nur als *Sisyphusarbeit*; sie behaupten, die Gewerkschaften seien »ohnmächtige und Bewegung gehende Redensarten mehr sind.

Auch in der Bewertung der parlamentarischen Tätigkeit dokumentiert diese Richtung die selbe gegensätzliche Stellung gegen die Beschlüsse der Parteitage der Gesamtpartei, Provinzial- und Landeskonferenzen. Man schreibt und spricht von der »öden Tretmühle des Parlamentarismus«; von den »kleinen Gesichtspunkten des täglichen Ringens, des parlamentarischen Sumpfes«, erklärt, »dass alle unsere auf Parlamentarismus gestützten Berechnungen auf Sand gebaut sind« u. s. w.

Gegen diese Richtung, die zu unserem besonderen Bedauern auch in der Provinz Schleswig-Holstein propagiert wird, nehmen wir hiermit, in unserer Eigenschaft als Parteigenossen und als Vertreter schleswig-holsteinischer Wahlkreise im Reichstage, Stellung, indem wir erklären, dass die von ihr ausgehende, oben skizzierte Propaganda nach unserer Überzeugung unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterbewegung ist.

In einem Schreiben an den *Vorwärts*, der ihre Erklärung mit spöttischen Bemerkungen begleitet hatte, haben die vorbezeichneten Genossen bemerkt, dass sie zu ihr unter anderem namentlich durch einen Vortrag über den politischen Massenstreik veranlasst worden seien, den Rosa Luxemburg einige Tage vorher in Hamburg gehalten hatte, und in dem die in der Erklärung wiedergegebenen wegwerfenden Äusserungen über den Wert des parlamentarischen Kampfes, die Kraft des Gewerkschaftskampfes etc. gefallen seien. Man muss nun Rosa Luxemburg so viel zugestehen, dass sie sich so, wie in Hamburg, schon seit Jahr und Tag über diese Dinge geäußert hat. Bisher konnte jedoch die abso-

lute Wirkungslosigkeit ihrer Auslassungen auf die Praxis der deutschen Sozialdemokratie als ein genügender Grund angesehen werden, ihnen keine besondere Bedeutung beizulegen. Die Partei hat sich, wo ihr dies möglich war, trotz ihrer immer intensiver mit der parlamentarischen Tätigkeit in Reich, Staat und Gemeinden beschäftigt, und die Gewerkschaften haben sich erlaubt, trotz Rosa Luxemburg gewaltig an Mitgliederzahl zu wachsen, grosse Kämpfe siegreich zu bestehen, bedeutsame Tarifverträge abzuschliessen, kurz, in ihrer Entwicklung zum weitbestimmenden Faktor in der Industrie sehr erhebliche Fortschritte zu machen. Nachdem aber Rosa Luxemburg bevorrechtete Mitredakteurin des Zentralorgans der Partei geworden ist, und dieses ihre in Berlin und ausserhalb gehaltenen Reden stets mit besonderer Ausführlichkeit wiedergibt, ist die Situation allerdings eine andere geworden. Jetzt muss es in weiten Kreisen den Anschein gewinnen, als spräche die genannte Genossin nicht lediglich als Privatperson, sondern als besonders autorisierte Vertreterin der Partei, und da ist es denn auch am Platze, gewisse ihrer Auslassungen, die geeignet sind, statt Aufklärung Verwirrung in die Reihen der Genossen zu tragen, nicht unwidersprochen zu lassen. Dies um so mehr, wenn sie durch gewisse Vorgänge des Tages den Schein der Plausibilität erhalten.

Im nachfolgenden werde ich mich indes nicht mit ihnen im besonderen befassen — wen könnte es gelüsten, mit Rosa Luxemburg irgendwie zu diskutieren? —, sondern im allgemeinen die in der Partei vielfach erörterte Frage zu beantworten versuchen, inwieweit die Vorgänge in Russland eine Nutzanwendung auf Deutschland erlauben.

Man kann in dieser Hinsicht ebenso leicht des Guten zu wenig, wie zu viel tun. Das Gegenstück des Romantikers ist der Philister, den schon Altmeister Goethe im *Faust* so trefflich gekennzeichnet hat, und der sich einbildet, es könne, wenn's draussen drüber und drunter geht, trotzdem zu Hause alles hübsch beim alten bleiben. Ihn hat schon die vor Goethes Augen sich vollziehende Fernwirkung der französischen Revolution eines anderen belehrt, die in Deutschland durchaus nicht alles beim alten liess. So wird auch die russische Revolution ihre Rückwirkung auf unsere heimische Politik haben, darüber kann gar kein Zweifel sein, auch wenn diese Rückwirkung sich nicht von heute auf morgen gleich einstellen sollte. Ebenso können die jetzigen Kämpfe der russischen Arbeiterschaft, obwohl sie sich unter ganz anormalen Verhältnissen vollziehen, uns manches lehren. Sie haben, wie dies im Wesen elementarisch hereinbrechender Vorgänge liegt, in verschiedener Hinsicht die bisherige Tradition durchbrochen, und es bleibt eben zu untersuchen, wieviel davon ausschliesslich auf Rechnung dieser ungewöhnlichen Verhältnisse zu setzen ist und auch nur unter ihnen oder ähnlichen Bedingungen zweckmässig oder möglich ist, und wieviel dieser Voraussetzungen nicht bedarí.

Ein Moment ist schon von anderer Seite hervorgehoben worden: Die russischen politischen Streiks sind von vornherein ganz ausserordentlicher Sympathie in den bürgerlichen Klassen begegnet. Ob diese Sympathie vorhalten wird, ist eine andere Frage. Es hat den Anschein, als ob sie hier und da in einer Abnahme begriffen sei. Aber nun kommt ein anderes, noch wichtigeres Moment hinzu: Die russische Arbeiterschaft sieht sich einer völlig diskreditierten, in hohem Grade innerlich gelähmten Staatsgewalt und einer jeder leistungsfähigen Organisation und Führung ermangelnden Bürgerklasse gegenüber. Der gegen-

wärtige Zustand Russlands ist der fast völliger Anarchie, eines geradezu ziellosen Treibens. Alle wissen, dass der alte Absolutismus unhaltbar geworden ist, aber keiner weiss genau, was werden soll, was werden wird. Keiner glaubt an das Bestehende, aber keiner hat ein klares Bild von dem zunächst an seine Stelle Tretenden. Dass bei der wirtschaftlichen Struktur und kulturellen Entwicklung Russlands es noch nicht die sozialistische Gesellschaft sein kann, gibt die grosse Masse der russischen Sozialisten ohne weiteres zu und gesteht denn auch Rosa Luxemburg ein. Wenn aber nicht der Sozialismus, was dann? Welche Partei wird zunächst ans Ruder kommen? Keiner kann es vorher sagen. Alles ist möglich, nichts ist sicher.

Wie in solcher Situation der alte Verwaltungsapparat des Staates arbeiten wird, kann man sich unschwer ausmalen. Zumal, wo er aus einem Beamtentum besteht, das sich zu keiner Zeit durch ein besonderes hohes Pflichtgefühl ausgezeichnet hat, das sich nach oben hin nur deshalb bedientenhaft geriert hat, weil es da die Macht, die eiserne Faust, sah. Sieht es die eiserne Faust nicht mehr, so fehlt ihm der Kompass seines Verhaltens. Daher die sich häufenden Beispiele der Kapitulierung der Polizeibehörden vor der Masse. Wie sollen sie der Masse Widerstand leisten, wo sie doch nicht wissen, ob morgen noch die Regierung hinter ihnen fest steht und sie der Masse gegenüber beschützt, sie schützen kann! Fehlt es doch nicht an Fällen, wo sie jetzt schon geradezu von dem guten Willen der Masse abhängen, sehen sie doch immer neue Beispiele, wo die Bajonette versagen. In vielen Städten Russlands herrscht heute faktisch eine Art Faustrecht; jeder tut, was er will, das soziale Leben erhält sich, soweit es überhaupt in alter Weise funktioniert, durch die blossе Macht der Gewohnheit. Im übrigen aber ist von *Erhaltung der Ordnung* nicht die Rede. Es fehlt aller nennenswerte politische Druck. Je stärker aber der Druck früher war, um so leichter kommt es zum Überlaufen, wenn die Druckkraft fortgenommen wird.

Auf diese Weise ist der politische Streik in Russland heute etwas fast Alltägliches geworden, auf diese Weise droht er aber immer mehr an Wirkungskraft einzubüssen. Alles nutzt sich ab in der Politik, selbst die schärfsten Waffen werden auf die Dauer stumpf. Als in der grossen französischen Revolution der Schrecken seinen Höhepunkt erreicht hatte, fing er an, keinen Schrecken mehr einzufliessen. Seine eigenen Verfechter bekamen ihn satt. Die Guillotine wurde, wenn man so sagen darf, langweilig. Die Nerven waren abgestumpft, die Gemüter hatten sich einem Fatalismus ergeben. Erst der Umschwung, den der Thermidor brachte, hatte neue Erregung zur Folge. Aber dieser Umschwung hiess Abstieg der Revolution.

Gegen wen richtet sich der politische Streik? Gegen die Regierung. Wen trifft er? Zum Teil die Regierung, zum nicht geringen Teil aber die bürgerliche Geschäftswelt und durch sie mittelbar die Arbeiter selbst. Damit ist schon angezeigt, dass es immer nur ganz bestimmte Fälle sind, wo der politische Streik Erfolge erzielen kann. Man kann sie summarisch in zwei Gruppen einteilen: wenn der Streik mit der Gesellschaft respektive deren ausschlaggebenden Teil gegen die Regierung geführt wird, oder wenn er die Kraft hat, Gesellschaft und Regierung zur Kapitulation zu zwingen. In dieser Alternative liegt zurzeit das Schicksal der russischen Revolution, soweit es vom Eingreifen der Arbeiter abhängt. Die zarische Regierung hat sich auf die Rolle des Ab-

wartens verlegt. Sie will gewissermassen dasjenige sich schon vor Einberufung der *Reichsduma* abspielen lassen, was sich in Frankreich erst nach Zusammentritt der Nationalversammlung abspielte. Der politische Streik soll seinen Reiz einbüßen, der Glaube an seine schöpferische Kraft verloren gehen, das Interesse an ihm abstumpfen. Inwieweit diese Taktik auf Erfolg rechnen kann, lässt sich aus der Ferne nicht gut beurteilen. Dem Anschein nach aber bedeutet das Hinausschieben des Zustandekommens einer Nationalvertretung einen erheblichen Kraftverlust für die Revolution. Es wird ein ungeheurer Betrag von Energie ins Unbestimmte ausgegeben. In Frankreich setzte nach den ersten Monaten der Tätigkeit der Nationalversammlung ein grosser materieller Aufschwung ein; die befreienden Massnahmen der Versammlung befruchteten Handel und Gewerbe, Unternehmungslust und Kredit hoben sich. Russland zeigt uns das gegenteilige Bild: Handel und Gewerbe kommen immer mehr zum Stillstand, Kredit und Unternehmungslust immer mehr ins Sinken. Wer unter diesen Umständen länger aushalten wird, der Zarismus oder das breite, bisher oppositionelle Bürgertum, wird für den nächsten Ausgang des Kampfes entscheidend sein.

Man sieht aus alledem, wie leicht es möglich ist, die Bedeutung der politischen Streiks im gegenwärtigen Russland falsch einzuschätzen. Sie kann von Tag zu Tag wechseln. Dass diese Streiks mit einer gewissen Leichtigkeit ins Werk gesetzt werden können, oft geradezu spontan ausbrechen, kennzeichnet nur die allgemeine Situation, ist nicht ein Gradmesser eigener Macht der Arbeiterklasse, sondern ein Zeichen zeitweiliger Machtlosigkeit oder Energielosigkeit der anderen Klassen und der öffentlichen Gewalt.

Will man aus den russischen Vorgängen hinsichtlich des politischen Streiks Lehren ziehen, so kann man zunächst nur sagen, dass unter gleichen oder wenigstens annähernd gleichen Verhältnissen, wie sie in Russland zurzeit obwalten, auch anderwärts politische Streiks so leicht zu inszenieren sein und so starken Nachhall finden werden, wie dort. Hinsichtlich der endgültigen Wirkung können wir dagegen auch hier noch nichts sagen, weil wir noch nicht übersehen können, wo die Grenzen der derzeitigen Streiks in Russland liegen. Wir ersehen nur aus der Tatsache, dass verschiedene der russischen politischen Streiks nach verhältnismässig kurzer Zeit aufgegeben werden mussten, dass es hier Grenzen gibt. Wie sollte es auch anders sein? Wir wissen, welche enormen Mittel ein verlängerter Streik erfordert, wenn die Streikenden nur einigermaßen vor dem Hunger geschützt werden sollen. Nun fehlt es der Masse der schlecht organisierten und schlecht bezahlten russischen Arbeiter durchaus an eigenen Hilfsquellen. Gegebenenfalls blieben ihnen bei einem ausgedehnten und sich länger hinziehenden Streik nur zwei Auskunftsmittel: freiwillige Unterstützungen in grossem Umfange aus den Reihen der anderen Gesellschaftsklassen oder — Plünderung der Läden etc. Das letztere würde höchstens einmal versucht werden können und auch dann nur temporäre Abhilfe schaffen, das andere macht den Streik vom guten Willen anderer Gesellschaftsklassen abhängig, das heisst, er ist nur so lange aufrecht zu erhalten, als er auch ihren Zwecken dient.

Indes ist an ähnliche oder annähernd ähnliche politische Verhältnisse, wie sie zurzeit in Russland herrschen, bei uns in Deutschland ganz und gar nicht zu denken. Ein Krieg, der des Deutschen Reiches Kräfte in gleichem Masse

in Anspruch nehmen würde, wie der russisch-japanische die Russlands, und dabei dem Volke so gleichgültig wäre, wie dieser, gehört trotz der Vorliebe in oberen Regionen für das Plötzliche zu den grössten Unwahrscheinlichkeiten. Sonst aber ist schon unser entwickeltes Parteiwesen und Parteilieben ein sehr bedeutsames Hemmnis des Eintretens ähnlicher Zustände, wie wir sie heute in Russland haben. Hätte Russland von lange her ausgebildete Parteien und einen Parteikampf, wie er in Deutschland stehende Einrichtung ist, es wäre kaum zu jener Anarchie gekommen, die wir in Russland vor uns sehen. Das ist eben die notwendige Wirkung des Absolutismus, dass hinter ihm stets das Chaos steht. Die künstliche Ordnung, die er schafft, bricht mit ihm zusammen. Organische Bildungen, die sich selbständig forterhalten sollen, bedürfen der Freiheit, die man insofern nicht mit Unrecht als einen konservativen Faktor bezeichnet hat. Je grössere politische Freiheit ein Land hat, um so freier ist es von grossen politischen Zusammenstössen.¹⁾ Nun ist Preussen-Deutschland freilich noch sehr weit davon entfernt, ein politisch-freies Land zu sein. Es hat nur gerade so viel Freiheit, wie politische Parteien zu ihrer Ausbildung brauchen. Und wenn man auch mit Fug und Recht behaupten kann, dass, wenn Deutschland ein wahrhaft freies Land wäre, seine politischen Parteien in verschiedener Hinsicht anders aussehen würden, als jetzt, so hat doch die Tatsache, dass im Reich das allgemeine Wahlrecht besteht, die Wirkung gehabt, die Parteibildung den übergreifenden sozialen Kämpfen der Zeit stärker anzupassen, als es zum Beispiel das Dreiklassenwahlsystem im Polizeistaat Preussen vermocht hätte. Verschwommenheit ist ein Fehler, den man den deutschen Parteien am wenigsten nachsagen kann. Jedenfalls ist unser Parteiwesen mit dem Parteichaos, das zurzeit in Russland herrscht, gar nicht zu vergleichen. Und ebenso trägt der Staat bei uns ein ganz anderes Gepräge, als der russische Staat. Unser Beamtentum verdient in mancher Hinsicht nicht die Verhimmelung, die ihm zuweilen zu teil wird, aber aus ganz anderem Kaliber, als das russische, ist es darum doch. Es hat vor allem ganz andere Traditionen, wie jenes, hat von manchen Eigenschaften, die bei jenem mangelhaft entwickelt sind, in gleichem Grade zu viel. Der Deutsche ist der geborene Beamte, und wie es auch sonst mit seinem Glauben steht, er glaubt an den Staat. Wir haben mit einem festgefügten Staatswesen zu tun, das der Masse seiner Beamten noch sicher ist.

Ein Staatswesen dieser Art, ausgebildete politische Parteien, die, wenn sie nicht immer im klaren darüber sind, was sie wollen, doch ziemlich genau wissen, was sie nicht wollen, ein verhältnismässig stark, in einzelnen Industrien sogar sehr stark organisiertes Unternehmertum: dass sich angesichts dieser Faktoren das Problem des politischen Massenstreiks bei uns ganz anders stellen muss, als im innerlich tief zerrütteten und erschütterten Russland — es gehört die Naivetät von Kindern oder die Leichtfertigkeit von Spielern dazu, das nicht zu sehen.

Allerdings haben wir eine viel, viel stärkere, unvergleichlich besser organisierte und geistig höher stehende Arbeiterschaft, als Russland, eine Arbeiter-

¹⁾ An diese geschichtliche Erfahrung habe ich seinerzeit in meiner Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag erinnert. Unfähigkeit der einen, zu lesen, und absichtliche Verdrehung der anderen hat daraus die Berechtigung gezogen, mir die Albernheit anzudichten, ich hätte erklärt, es werde überhaupt keine politische Katastrophen mehr geben. So erst vor kurzem wieder die *Leipziger Volkszeitung*, bei der die Virtuosität, falsch zu lesen, Redaktionstugend zu sein scheint.

schaft, von der es kaum übertrieben ist, zu sagen, dass sie in einer revolutionären Situation wahrscheinlich unwiderstehlich sein würde. Aber die revolutionäre Situation ist nicht da, und sie lässt sich auch nicht auf Kommando herbeiführen. Auch nicht durch den Massenstreik. Wohl kann ein Massenstreik eine revolutionäre Situation im Gefolge haben, aber das lässt sich nicht vorherbestimmen, es müsste denn schon die ganze Atmosphäre so merkbar mit revolutionärem Zündstoff geladen sein, wie dies zu Anfang dieses Jahres in Petersburg der Fall war. Davon ist aber bei uns nicht die Rede. Wohl regt es sich auch in anderen Gesellschaftsschichten, als in der organisierten Arbeiterschaft, wohl dringt der Geist dieser in Kreise ein, wo man ihn früher nie gesucht hätte, wohl ist im kleinen Beamtentum, auf dessen Treue schliesslich der ganze Staatsbau fundiert ist, die Sympathie mit der Sozialdemokratie im steten Wachsen, aber zwischen dieser Sympathie und aktivem Übertritt, wie wir ihn in Russland gesehen haben, ist noch ein grosser Zwischenraum. Für einen Massenstreik hat die Arbeiterschaft Deutschlands nur auf die eigene Kraft zu rechnen.

Und doch predigst du den politischen Streik? So wird man mir hier einwerfen. Gewiss tue ich das, aber für ganz bestimmte Fälle und unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Als starke Willenskundgebung der Arbeiterschaft, wenn man ihr wichtige Rechte rauben will, oder wenn sie ein ihr vorenthaltenes Recht nicht länger entbehren will. Aber nicht als Revolutionspielerei. Als notwendiges Zufluchtsmittel der Arbeiterklasse, wo die ihr heut zur Verfügung stehenden Kampfmittel versagen, aber nicht aus Revolutionsromantik. Das ist der grosse Unterschied, der mich, wie von Elm und andere, von einem Teil derer trennt, die jetzt in der Agitation für den politischen Streik das grosse Wort führen. An den politischen Streik, dessen Befürwortung mit revolutionären Kriegserklärungen wider die ganze bürgerliche Gesellschaft, mit Herabsetzung des parlamentarischen Kampfes und der Gewerkschaftsaktion eingeleitet wird, glaube ich nicht, halte ihn vielmehr für verderblich und verwerflich. Ist seine Propaganda ehrlich gemeint, so läuft sie darauf hinaus, die Arbeiter in ein Unternehmen hineinzujagen, das beim derzeitigen Stand der Dinge die Wahrscheinlichkeit einer grossen, in ihren Rückwirkungen demoralisierend und desorganisierend wirkenden Niederlage darbietet. Denn sie würde die ganze bürgerliche Gesellschaft zum Widerstand provozieren, und die ist mit dem hinter ihr stehenden Apparat des Staates und dem grossen Tross der Gleichgültigen und Gedankenlosen noch die stärkere Macht. Meinen es aber diejenigen, die den Massenstreik, wie geschildert, predigen, nicht mit seiner baldigen Verwirklichung ernst, dann treiben sie, bewusst oder unbewusst, Falschspiel im schlimmsten Sinne des Wortes. Dann kompromittieren sie mit ihrer Revolutionsverbrämung diejenige Form des politischen Streiks, die heute bei uns möglich ist und notwendig werden kann, zu gunsten einer Chimäre. Dann sind sie viel schlimmere Feinde des politischen Streiks, als diejenigen, die vor Jena ehrlich als seine Gegner auftraten.

Der politische Streik ist, wenn er nicht Revolution heisst, nur als ein starker Appell an die Gewissen zu praktizieren, als eine Aufrüttelung der schlafenden Rechtsempfindungen. Denn der Gedanke, durch ihn die Gesellschaft auszuhungern, ist in seiner Unhaltbarkeit nachgerade allgemein erkannt. Er ist eine ökonomische Waffe zu ethischen Zwecken. Ich weiss, dass, indem ich

dieses ausspreche, ich den Widerspruch — und noch anderes — einer ganzen Kohorte riskiere, die sich für klassenkampfwaschecht hält oder ausgibt. Denn so weit haben wir es nachgerade gebracht, dass die Lehre vom Klassenkampf aus einem Mittel der Aufklärung zu einem solchen der Verdunkelung zu werden beginnt. Wie kann der Klassenkämpfer ethische Empfindungen anrufen? Ja, wie kann er es? Zwar hat es Marx getan, hat es Lassalle getan, tun wir es im Wahlkampf, im Parlament, bei allen möglichen Gelegenheiten, nur s a g e n soll man es nicht. Dann wird's ein Verstoß gegen die neue gereinigte Lehre.

Doch wollen wir nicht mit einem Missklang schliessen. Obwohl der politische Streik zunächst als Gewissensschärfer in Betracht kommt, ist er darum doch nicht als Bittgang zu verstehen. Er ist, richtig und zur rechten Zeit ins Werk gesetzt, das heisst, wenn wirklich eine tiefe Erregung durch die Arbeiterklasse geht, wenn die Arbeiter von jenem Gefühl eines Kampfes ums Recht erfüllt sind, das den Menschen über all die kleinen Rücksichten des Alltagslebens erhebt, vielmehr immer auch ein eindrucksvolles *Mene Tekel*. Und welcher Kampf ums Recht hätte heute für den Arbeiter eine höhere Bedeutung, als der Kampf um sein Wahlrecht? Ist das Wahlrecht nicht faktisch die soziale Revolution, die Befreiung der Arbeit von der Ausbeutung?

Romantiker diejenigen, die es nicht sehen wollen. Weil es nicht von heute auf morgen wirkt, weil keine Gesetze dabei durchbrochen werden, keine Rechte mit Gewalt genommen werden, missachten sie das Wahlrecht und die parlamentarische Aktion gegenüber der politischen Revolution. In Wirklichkeit aber ist der Parlamentarismus, der sich auf das allgemeine Wahlrecht stützt, in wirtschaftlich fortschreitenden Gesellschaften, wie wir sie heute haben, das wirksamste Mittel, umwälzende Reformen in stetiger, organischer Entwicklung von Etappe zu Etappe ohne Blutvergiessen und mit Schonung der Existenzen durchzusetzen, die in früheren Zeitaltern ganzen Generationen die blutigsten, zerstörerischsten Kämpfe gekostet hätten. Das Wahlrecht und der auf ihm beruhende Kampf für das Parlament und im Parlament ist die in gesetzliche Formen gebrachte, unseren Kulturauffassungen entsprechende, ununterbrochen wirkende organische Revolution, wie es die höchste, zusammenfassende Form des Klassenkampfes ist. Und darum ist der politische Streik, der der Sicherung des Wahlrechts gilt, eine Aktion, in der die Arbeiter nicht nur an das Klassenbewusstsein ihrer Kameraden, sondern auch an die Einsicht und das Rechtsempfinden der Angehörigen anderer Klassen mit Recht und mit Aussicht auf Erfolg appellieren dürfen.

XX

JAMES RAMSAY MACDONALD · SOZIALISTISCHE PRAXIS



ENN die sozialistische Tätigkeit Erfolg haben will, muss sie sich natürlich den bestehenden Verhältnissen anpassen; und die wichtigsten Faktoren, die für unsere Taktik in Betracht kommen, sind die politischen Organisationsformen des Landes, dem die betreffende sozialistische Partei angehört. Tatsachen, wie die, dass in Deutschland der Reichstag nur unvollkommen mit den Rechten eines

Parlaments ausgestattet ist, und dass in Amerika die Macht des Präsidenten vom Kongress unabhängig dasteht, oder dass in Frankreich die Kammer der Deputierten sich aus Gruppen zusammensetzt, und dort, wenn ein altes Ministerium unterliegt, ein neues gebildet werden kann, ohne dass es notwendig ist, an das Land zu appellieren, müssen dazu führen, dass die sozialistische Taktik in Grossbritannien, wo alles das nicht der Fall ist, einen anderen Charakter hat, als die Bewegung in jenen anderen Ländern. Mehr noch: Die Bedeutung der Taktik ist verschieden zu beurteilen, wo nationale Verbände verschiedene Grade des Widerstandes gegen organische Veränderung aufweisen. Denn offenbar ist es in Ländern, wo die politische Macht der Demokratie sehr begrenzt ist, das Allerwichtigste, eine sozialistische Partei von hochrevolutionärer Spannkraft zu bilden, während es in Ländern, wo die Demokratie an der Macht und auch willens ist, ihre Macht auszuüben, gar nicht möglich ist, eine solche revolutionäre Spannung zu schaffen, weil der nötige Widerstand fehlt. Dort muss man darauf sehen, wie die sozialistische Bewegung am besten die Führung mit der allgemeinen Meinung bewahren kann. Die Voraussetzungen, von denen die Menschen gewöhnlich bei ihrem Denken ausgehen, wenn sie ihre Probleme stellen und beantworten, sowie die Verschiedenheit der Taktik zwischen verschiedenen sozialistischen Gruppen sind sogar von grösserer Wichtigkeit, als die diesen Vereinigungen gemeinsamen sozialistischen Prinzipien. In jenen Ländern, wo der zur Schaffung einer hochrevolutionären Spannkraft nötige Widerstand fehlt, wie in Grossbritannien, ist ein Sozialismus, der nichts anderes kennt, als den Kampf gegen das Bestehende, unangebracht und vor allem ungenügend, weil dort Sozialismus eine aufbauende und schöpferische Idee ist, immer am Werke, Institutionen, Gesetze und soziale Zusammenhänge zu verbessern. Studiert man den Sozialismus von seiner aufbauenden Seite, fasst man ihn auf als Waffe in der Hand einer zur wirklichen Macht gelangten politischen Partei, so zeigt es sich, dass die Solidarität der Gesellschaft, das Zusammenwirken ihrer ökonomischen Funktionen das ist, was in erster Linie berücksichtigt werden muss. Der Gedanke des Widerstreits ist doch schliesslich kein Führer für die aufbauende Tat. In der Politik, wie in der Industrie führt er nirgends hin. Gilt es, eine revolutionäre Partei zu schaffen, dann ist er natürlich von höchstem Werte, aber bei der Kompliziertheit der Vorgänge, durch die in demokratisch regierten Ländern Minoritäten allmählich zu Majoritäten werden, ist er nicht so von Bedeutung. In diesen Ländern wächst sich eine Minorität nicht einfach und einzig durch direkte methodische Gewinnung von Anhängern für einen festen Bestand von Überzeugungen zur Majorität aus, sondern durch die Beeinflussung der allgemeinen Anschauungsweise. So basierte vor fünfzig Jahren das politische Denken in Grossbritannien auf individualistischen Auffassungen des Verhältnisses von Staat und Individuum, während diese Grundlage heute entschieden sozialistisch ist. Dieses gilt von den liberalen und konservativen Parteien so gut, wie von der Arbeiterpartei mit ihrer ausgeprägten sozialistischen Perspektive. Deshalb darf in demokratisch regierten Ländern der Fortschritt des Sozialismus nicht allein an den Stimmen, die für sozialistische Parlamentskandidaten abgegeben werden, noch an der Mitgliederzahl der sozialistischen Parteien bemessen werden, sondern auch an dem Höhegrad der öffentlichen Meinung und der Prinzipien, welche den Bestrebungen auf politische und soziale Reform zu Grunde liegen.

Deshalb ist auch in diesen Ländern eine numerisch starke und entschieden sozialistische Partei mit einer unbefangenen, theoretischen Fassung ihrer letzten Ziele und mit einer unverrückbaren, lückenlosen ökonomischen Doktrin als Richtschnur eine Unmöglichkeit. Das theoretische Programm der Parteien ist in solchen Ländern nicht scharf umrissen. Ihre Politik ist nur in einem geringen Grade doktrinär. Ist irgend eine Propaganda einigermaßen erfolgreich, so führt sie unvermeidlich zu einer Veränderung der Haltung der älteren Parteien, und infolgedessen wird der Anhang dieser älteren Parteien, der sich zu der neuen Propaganda sympathisch stellt, davor behütet, die Zugehörigkeit zu eben diesen alten Parteien zu lösen, weil sie ja ein wenig fortschreiten, um der neuen Gedanken entgegenzukommen, und der Hoffnung, noch weiter zu gehen, Raum lassen. Man darf ohne das geringste Besinnen erklären: Wenn die deutschen und französischen Sozialisten unter den britischen Verhältnissen kämpften, so ginge die Hälfte der Stimmen, die sie jetzt erhalten, zur liberalen Partei, aber diese, sobald sie diese Stimmen erhielte, wäre nicht mehr das unnütze, akademische und abstrakte Ding, welches in Deutschland und in Frankreich — oder einen ähnlichen — Namen trägt. Ist das politische Leben eines Gesellschaftskörpers so gestaltet, dass politische Organisationen und Parteien gehalten sind, auf den Druck der öffentlichen Meinung zu reagieren, dann wird ein neues System des politischen Geistes durch seine Propaganda die Marschroute, die Sympathieen und die Programme aller Parteien beeinflussen, gerade so, wie es eine neue Partei hervorrufen wird, um für seine Sprache einen eigenen Mund zu haben.

Diese Wechselwirkung sieht man am auffallendsten in der Gemeindepolitik, wo der ein Dutzend Jahre zurückliegende Individualismus völlig tot ist. Dieser Fortschritt ist dem Erfolge kleiner und vereinzelter Versuche zu danken, die die grosse Idee veranschaulichten und ihr entgegengesetzte Vorurteile beseitigten. Heute hat das ganze Feld der kommunalen Verwaltungsarbeit, die Kontrolle des öffentlichen Dienstes, das Verfahren der Steuererhebung, die Arbeitspolizei der Städte und anderer Bezirke, ein sozialistisches Gepräge erhalten, die sozialistischen Funktionäre werden mit jedem Jahre zahlreicher, und eine ansehnliche Zahl von ihnen wird ohne Opposition wiedergewählt; und das verhält sich so in konservativen Plätzen, wie London oder Manchester, und in liberalen Zentren, wie Leicester oder Bradford.

Wir erleben daher in Grossbritannien einen relativen Rückgang des revolutionären Sozialismus und ein enormes Anwachsen von Gebilden wie die *Unabhängige Arbeiterpartei*, welche den Sozialismus als eine aufbauende Theorie begreifen. Auch darf man sagen: Sowie die sozialistische Bewegung in irgend einem Lande sich eingesteht, dass die revolutionäre Taktik abgenützt ist, und der Sozialismus nur durch den politisch ausgesprochenen Willen der Majorität kommen kann, wird der Sozialismus mehr und mehr ein positiver Gedanke der sozialen Wiederherstellung werden, der allen politischen und sozialen Veränderungen als fruchtbringende Führung dient. So wird er sich den Menschen durch seine positiven Leistungen empfehlen. Heute ist das wirtschaftliche Leben der Gesellschaft auf Konkurrenz eingestellt, statt auf Gegenseitigkeit. Der Boden gehört Leuten, die sich gegen die Interessen sowohl des industriellen Kapitals, wie der Arbeit verschwören; Kapital und Arbeit sind wieder unter einander verfeindet; Industrien, die vereint und so geleitet sein sollten,

dass sie sich gegenseitig fördern, sind getrennt und durch ungleiche, um nicht zu sagen: einander entgegenarbeitende, Interessen beherrscht. So dienen zum Beispiel in Ländern, wie England, die Bahnen, da sie dem privaten Kapital unterstehen, dem alleinigen Zwecke, die Aktionäre zu bereichern, was oft eine schwere Schädigung des Handels bedeutet. Verrichtungen, die unter dem Gesichtspunkte, dass sie in einem Gesellschaftsleben Teile eines Ganzen sind, überwacht werden müssten, gehen ohne Beachtung des sozialen Wohles vor sich; und weil das Interesse des einzelnen zur höchsten Vernunft des wirtschaftlichen Lebens erhoben wurde, weil die Preisgabe des sozialen Wohles gewissen Interessen zum Vorteil gereicht, ist diese Preisgabe heute erlaubt. Wir hören hierzulande jetzt so viel über den physischen Niedergang der Rasse, aber jedes Eindringen in die Ursachen dieses Niederganges enthüllt unfehlbar die bedeutsame Tatsache, dass die Quelle des Übels in der Betätigung gewisser Interessen liegt, die aus diesen Ursachen des nationalen Niederganges ihren Nutzen gezogen haben. Die Eigentümer schmutziger Spelunken und Wohnungshöhlen und die Besitzer des städtischen Grund und Bodens finden, dass Überfüllung Profit bringt, die Alkoholinteressenten finden, dass es ihnen Profit bringt, Zuchthäuser und Irrenanstalten zu bevölkern u. s. w. Die Gesellschaft hat sich aber gegen räuberische und schmarotzende Interessen zu schützen, die Reichtum aus ihrem Niedergang saugen. Und das kann sie nur tun, indem sie die Kontrolle dieser Vorgänge, wie Landerwerb, Häuserbau u. s. w., den einzelnen abnimmt und selbst ausübt. Die Teile einer Gesellschaft in ein Gegenseitigkeitsverhältnis einzuordnen und sie für das Wohl des Gesellschaftsganzen arbeiten zu lassen, das ist die Aufgabe, das wäre der Triumph des Sozialismus.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Eroberung der munizipalen Macht durch Sozialisten von der grössten Wichtigkeit, und in England hat man sie schon in frühen Tagen unserer Propaganda als den ersten Schritt zur Eroberung der politischen Macht erkannt. In einer Gemeinde ist das Versuchsfeld sozialistischer Wirksamkeit ein enges, aber die auftretenden Probleme sind greifbarer Natur und werden meistens als dringlich anerkannt, ein Misserfolg ist nicht sehr verhängnisvoll. Das, was man verächtlich *Gas- und Wassersozialismus* genannt hat, ist in einem Lande, wie Grossbritannien, das erste Stadium in der vollständigen Umwandlung der Gesellschaft. In diesen grossen der Öffentlichkeit dienenden Betrieben ist die Ausraubung des Publikums zu gunsten einiger privaten Kapitalisten so unverkennbar, dass deren Kommunalisierung kaum bei irgend jemand einen Verdacht hervorruft, mit ihr beginne eine neue Ära des Besitzrechtes, während zugleich der öffentliche Nutzen des Schrittes sich direkt zeigt, sofort empfunden wird und kaum zu bestreiten ist. Städtische Strassenbahn, städtische Wohnungen, städtische Milchversorgung sind natürlich das Nächstfolgende. Eine energische Minorität im Stadtparlament, welche weiss, was sie will, und die einzelnen Fragen von kollektivistischem Gesichtspunkt aus betrachtet, kann durch den Erfolg ihrer Versuche das Vertrauen der Gemeinde gewinnen und sie daran gewöhnen, sozialistisch zu denken und zu handeln.

Die beste Illustration dafür ist London. In seiner Reichspolitik ist London konservativ. Da es ein grosser Mittelpunkt der Güterdistribution ist, besteht ein beträchtlicher Teil seiner Bevölkerung aus Leuten, die dem wohlhabenden

Mittelstände angehören, und die am allerwenigsten von revolutionären Ideen berührt werden. Auch die Londoner Arbeiterbevölkerung hat nicht vermocht, Fühlung mit der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus zu bewahren, die seit fast einem Vierteljahrhundert, besonders aber während der letzten zwölf Jahre, seit die *Unabhängige Arbeiterpartei* gegründet wurde, in der Provinz immer grössere Fortschritte machte. Sofern sie überhaupt liberalen Ansichten huldigen, nehmen die Londoner Arbeiter noch die Stellung der alten politisch Radikalen ein, oder sie gehören zu dem wenig bedeutenden, sich *sozialdemokratisch* nennenden Flügel der sozialistischen Bewegung. Man sollte meinen, unter solchen Umständen sei eine Kommune reaktionär und ohne politische Intelligenz. Aber die Arbeit des Londoner Grafschaftsrates hat dem munizipalen London zu einer freiheitlichen Geistesverfassung verholfen. Eine Anwendung des sozialistischen Gedankens der öffentlichen Kontrolle und des öffentlichen Eigentums hat unsere *individualistische* Hauptstadt dahin gebracht, an die Stadtpolitik von der einen und an die Reichspolitik — wo keine sozialistische Direktive gegeben ist — von der anderen Anschauungsweise heranzutreten.

Die gleiche Erfahrung erwartet eine jede sozialistische Partei, sobald ihre politische Macht zur Wirklichkeit wird. Dann zeigt es sich, dass die Basis des Sozialismus nicht von einer Doktrin, weder von der materialistischen Geschichtsauffassung, noch von einer Theorie über den Mehrwert abhängig ist. Sie wird nur in der Tatsache beruhen, dass die soziale und ökonomische Evolution auf die gegenseitige Einordnung und lebendige Ausgestaltung aller gesellschaftlichen Verrichtungen abzielt, so, wie alle Verrichtungen des menschlichen Körpers zu einer organischen Einheit geordnet und ausgestaltet sind. Die Verschwendung des heutigen Systems und seine Unfähigkeit, unserer Auffassung der ökonomischen Gerechtigkeit zu genügen, sind dazu angetan, diesem System ein Ende zu bereiten, und sorgen dafür, dass bei diesem seinem Ende ein neues System sich entfaltet hat, um die Stelle des alten einzunehmen. Wenn der Privatbesitz an Grund und Boden dahin zielte, die Bodenkultur zu erhalten, und wenn er in irgendwie wesentlicher Art zum Wohle der Gesamtheit beitrüge, dann würde weiter bis zum jüngsten Tage Rente an das private Kapital bezahlt werden. Aber das Privateigentum an Grund und Boden ist verschwenderisch, entzieht der Bodenkultur das Land, hindert die Entwicklung des Handels, legt der Industrie Lasten auf, und jeder Morgen Landes, den die Behörden für öffentliche Zwecke erwerben, ist eine Demonstration für die Wirksamkeit des sozialistischen Gedankens. Das selbe gilt vom Kapitalismus überhaupt. Man hat kürzlich abgeschätzt, dass allein in Grossbritannien innerhalb vierzig Jahre das kapitalistische System für eine Verschwendung von 120 Milliarden Mark Nationalkapital verantwortlich ist. Unnötige Geschäftsbetriebe, jeder mit ihrem eigenen Kapital, fahren fort, sich die Existenzmöglichkeit unter den Konsumenten streitig zu machen, und eine fast ganz unnütze Organisation der Reklame, des Kundenfanges, des Reisens und Wettlaufens wird mit einem ungeheuren nationalen Verluste aufrecht erhalten. In der Welt des Kapitalismus wird die Beseitigung der Unrentabilität und Verschwendung der Konkurrenzwirtschaft durch Trustbildung erreicht und durch Verschmelzung verschiedener in einander übergewandter oder von einander abhängiger Industrien zu einem Betriebe. So sehen wir, wie in den Vereinigten Staaten der Stahltrust nicht nur sein Stahlwerk besitzt, son-

dern dazu die Minen, in welchen das Erz gegraben wird, die Dampfer, die es über die grossen Seen tragen, die Docks und Werfte zur Unterkunft dieser Dampfer und ihrer Ladungen, die Eisenbahnen mit zugehörigem Material, die das Erz nach den Schmelzöfen ziehen. Dieser Trust hat auch seine eigenen Kohlengruben, verarbeitet seine Kohlen zu Koks, und fabriziert nicht nur Stahl, sondern Nägel, Draht und andere Stahlprodukte, welche immer das Werk gesonderter Firmen waren. Der Industrietrust organisiert jedoch die Industrie nur, um die Allgemeinheit nach anderer Richtung hin zu bedrohen — nur, um den Vorteil, den er aus seiner industriellen Tätigkeit zieht, zur völligen Unterwerfung des gesamten konsumierenden Publikums zu benützen. Wenn deshalb der Sozialismus vorschlägt, die Trusts zu verstaatlichen, so ist sein wissenschaftlicher Grundsatz wiederum der, dass in dem Gesellschaftskörper nicht zwei Seelen, zwei Willen, zwei oberste Interessen sein können, und dass die Tendenz der Vorgänge innerhalb der gesellschaftlichen Organisation zur Aufrichtung einer Einheit führt, welche demokratisch in dem Sinne sein wird, dass alle Teile und Zellen des Gesellschaftskörpers die Lebensfülle des organischen Ganzen geniessen.

Angesichts dieser Entwicklung zum Gemeineigentum und zur völligen Wiederbelebung der Gesellschaft dadurch ist es die Aufgabe der entschieden sozialistischen Bewegung, zu verhindern, dass die kollektivistische Praxis nicht schon in einem Stadium aufhört, wo sie erst zu einem Stadt- und Staatskapitalismus geführt hat. In England ist man an die meisten sozialistischen Experimente einfach herangetreten, um den Steuerzahlern Geld zu ersparen. Wie wichtig ich nun aber auch die Tätigkeit des Londoner Grafschaftsrates einschätze, so soll man doch nicht glauben, ich sei damit zufrieden. Sie bedeutet eine Stufe in der Entwicklung zum sozialistischen Staat. Die Verstaatlichung von Monopolen und industriellem Kapital wird im allgemeinen durch eine Anzahl deutlich markierter Abstufungen hindurchgehen, die lang oder kurz sein werden, je nachdem die sozialistische Bewegung schwach oder stark ist. Wir werden den Zustand der begrenzten Staatskontrolle durchmachen, die sich immer ausbreitet, so wie es mit der Fabrikgesetzgebung der Fall ist; dann werden wir den Zustand des öffentlichen Eigentums haben mit einer sich in kapitalistischen Umrissen bewegenden Geschäftsleitung, wobei die Betriebe auf Profit arbeiten; dann werden wir den Zustand haben, wo die Betriebe nicht mehr auf Profit arbeiten, sondern die in ihnen beschäftigten Arbeiter im Interesse des Steuerzahlers ausgenutzt werden, und schliesslich werden wir den Zustand eines industriellen *Commonwealth* haben.

Dieses Hineinwachsen in den Sozialismus möchte ich durch die Entwicklung der Kontrolle über die Strassenbahnen illustrieren. Diese befanden sich zuerst alle in den Händen von privaten Gesellschaften, waren teuer und undienlich und arbeiteten auf das Maximum des Profits hinaus. Die städtischen Behörden fingen dann an, die Strassenbahnen zu übernehmen und selbst zu verwalten, zum Teil zur besseren allgemeinen Bequemlichkeit und zum Teil, um der Gemeinde — worunter in diesem Falle nur die Steuerzahler gemeint sind — in dem von ihr geschaffenen Gebrauchswert der Bahnen ein Eigentum zu sichern. Der Fahrgast hat für die Benutzung noch jedesmal zu bezahlen; diese Zahlungen übersteigen in ihrer Gesamtheit die Betriebskosten, und der Überschuss dient dazu, die Lasten der Steuerzahler zu erleichtern. Der ökonomische

mische Sinn hiervon ist der, dass die Fahrgäste eine indirekte Abgabe entrichten, die mit den Steuern zusammenfließt, genau so, wie sie an die Reichskasse ihren Tribut zahlen, wenn sie besteuerten Tee, Kaffee oder Tabak kaufen. Aber aus den Bedingungen dieser zweiten Stufe geht bereits die Möglichkeit einer dritten hervor. Der Gedanke der Wirksamkeit des öffentlichen Dienstes wird einleuchtender. Der Dienst der Strassenbahnen gilt als unentbehrlicher Bestandteil der städtischen Verwaltung, gerade wie Landstrassenbau längst für unentbehrlich in der Staatsverwaltung angesehen wird, und so, wie man von denen, die die Landstrasse benutzen, kein Wegegeld als Beitrag zu den Unterhaltungskosten mehr erhebt, so werden ohne Zweifel auch die Strassenbahnen ohne Fahrgeld laufen, und ihr Unterhalt wird aus den öffentlichen Geldern bestritten werden, gerade wie schon heute der Unterhalt der Landstrassen. Die Strassenbahnangestellten werden trotzdem noch Lohnarbeiter und den ökonomischen Mängeln der kapitalistischen Gesellschaft unterworfen sein. Die letzte Stufe wird dann erreicht sein, wenn durch die Vergesellschaftung aller Dienste das Stadium der Lohnarbeit endet und die Strassenbahnangestellten die Vorteile des Sozialismus genießen.

Revolutionen mögen den Evolutionsprozess verkürzen, aber sie können ihn nicht beseitigen. Am Tage nach einer Revolution wird das Regierungssystem der Majorität und der Volkseinwilligung aufgenommen und so mit dem Ausgleich der individuellen und der allgemeinen Interessen begonnen werden müssen. Dann wird man den Widerstand des sozialen Körpers gegen grundlegende Änderungen erproben. Dann wird man entdecken, dass die einzige dauernde Basis, worauf das sozialistische System sich aufbauen kann, die ist, welche die Bedingungen der Praxis selber notwendig machen. Die auf Gegenseitigkeit beruhende Ordnung der ökonomischen Funktionen, welche das sozialistische System herstellen will, stimmt mit dem Prinzip der biologischen Wissenschaft überein, demzufolge eine Teilung der Funktionen, verbunden mit einer Einordnung dieser Teilfunktionen in einander, die Erklärung für das Entstehen höherer Lebensformen abgibt.

XX

ADOLPH VON ELM · DER VORWÄRTSKONFLIKT UND DIE PARTEI



IE Sozialistischen Monatshefte haben sich in ihrer letzten Nummer darauf beschränkt, über den Vorwärtskonflikt lediglich eine kurze Darstellung des Sachverhalts zu bringen; diese Beschränkung erfolgte, weil sie nicht noch Öl ins Feuer giessen wollten, und weil inmitten der heftigen Auseinandersetzungen ein ruhiges, leidenschaftloses Wort an die Parteigenossen wirkungslos verhallt wäre. Geschehene Dinge lassen sich nicht ungeschehen machen; und so ist es erklärlich, dass bei vielen Genossen heute der Wunsch besteht, es möge jetzt über den ganzen Fall geschwiegen werden. Wir wollen Ruhe haben, heisst es, die fortgesetzten Erörterungen schädigen die Partei.

Insofern eine Polemik einen persönlichen, gehässigen Charakter trägt, können auch wir nur erklären, dass dadurch die Parteinteressen nicht gewahrt werden.

Völlig falsch aber wäre es, lediglich geleitet von dem Bedürfnis nach Ruhe jeder sachlichen Erörterung der Ursachen und der Wirkungen eines Ereignisses, welches die ganze Partei aufgeregt hat, aus dem Wege gehen zu wollen. Handelte es sich nur um die persönlichen Interessen der ausgeschiedenen sechs *Vorwärts*redakteure, so würden auch wir erklären: darüber, ob ihnen recht oder unrecht geschehen ist, mag die dazu berufene Instanz, der Parteitag in Mannheim, entscheiden, bis dahin sind weitere Erörterungen der Sache zwecklos. Aber nach unserer Meinung sind die persönlichen Interessen dieser Redakteure in dem entbrannten Streit das minder Wichtige; für uns ist der *Vorwärts*konflikt vielmehr das Symptom einer inneren Krankheit in der Partei, und deshalb halten wir uns geradezu für verpflichtet, mit unserer Meinung über die Sache nicht hinter dem Berge zu halten. Die Partei kann nur gesunden, wenn sie erkennt, dass in ihrem Innern ein Gift wühlt, wenn sie den Mut findet, den ihren ganzen Organismus mit der Zeit zerrüttenden Giftstoff ohne Rücksicht auf jegliche *Autorität* aus dem Parteikörper auszuschleiden.

Wer vermag die Tatsache zu bestreiten, dass der *Vorwärts*konflikt die ganze Partei wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf? Kein Parteitag hat in einem solch' hohen Masse die geschlossene Einheit der Partei gegen die Umtriebe der Reaktion in Deutschland gezeigt, wie der Jenaer. Die ganze Partei war von einer freudigen Begeisterung für die Wahrung der Rechte des deutschen Volkes gegen die verderblichen Pläne der reaktionären Umstürzler ergriffen. Mit Ausnahme einer Handvoll Leute, zu denen die sechs ausgeschiedenen Redakteure aber nicht gehörten, ahnte kein Mensch, dass wenige Wochen nach Jena die Partei durch einen bisher noch nicht erlebten Skandal in ihrem Innersten aufgewühlt werden würde.

Einige Genossen sind jetzt eifrigst bemüht, den Parteigenossen klarzumachen, der entstandene Konflikt sei auf sachliche Differenzen, sei auf den Gegensatz zwischen *Revisionismus* und *Radikalismus* zurückzuführen, die bisherigen *Vorwärts*redakteure werden beschuldigt, den *revisionistischen* Bestrebungen in der Partei Vorschub geleistet zu haben. Wenn irgend eine Anklage falsch ist, dann diese: das Gegenteil ist wahr. Kurt Eisner, einer der leitenden politischen Redakteure, ist der *Radikalsten* einer, und wenn die *Revisionisten* schadenfroh sein wollten, so könnten sie sich nur darüber freuen, dass die fähigste schriftstellerische Kraft des *Radikalismus* jetzt, wer weiss, auf wie lange Zeit, kaltgestellt ist. Hat der *Vorwärts* unter seiner Leitung nicht stets den *Revisionismus* bekämpft? Nicht etwa nur den *Revisionismus*, der in Dresden als eine »Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge« charakterisiert wurde, und den es in Wirklichkeit in der Partei überhaupt nicht gibt, sondern die tatsächlich vorhandenen Bestrebungen, unser Parteiprogramm in einzelnen Punkten, unsere Begriffe über eine Reihe wichtiger Fragen einer Revision zu unterziehen. Das Recht, diesen *Revisionismus* zu vertreten, kann und darf keinem Parteigenossen genommen werden; es wäre das denkbar grösste Armutszeugnis für die Partei, wenn sie den Dogmenglauben zum Prinzip erhöbe, wenn sie das *Anzweifeln* von bisher als richtig angenommenen Programmsätzen oder von Beschlüssen über unsere Taktik verbieten oder auch nur verpönten wollte. Wir verstehen es, dass einfache Gemüter, denen das Denken zu viel Kopfzerbrechen macht, sich am liebsten an einmal festgestellte Glaubenssätze halten — aber dass das Zentralorgan der

Partei, wie es in seiner Nummer vom 11. Dezember geschehen, ein so fades Gefasel über die Frage *Was ist Revisionismus?* ohne Kommentar abdrucken würde, das haben wir doch für unmöglich gehalten. Das Scherzwort, welches auf dem Parteitag in Dresden geprägt wurde, *Revisionist ist, den ich nicht leiden kann*, hat wieder Geltung in der Partei erlangt. In dieser albernen Weise hat die frühere *Vorwärts*-redaktion den *Revisionismus* freilich nicht bekämpft. Wenn wir aber eine Blumenlese aus *Vorwärts*-artikeln geben wollten, die vor und nach Dresden erschienen, wir könnten beweisen, dass die Bekämpfung des *Revisionismus* dort in überaus scharfer, einige behaupten sogar: in ungerechter Weise erfolgte.

Gerade Genosse Bebel hat in Dresden Eisner das glänzendste Zeugnis über seine Befähigung und über seine Leistungen ausgestellt. Er erklärte, dass er mit der Redaktion des *Vorwärts* sehr zufrieden sei, und dass er namentlich den politischen Teil meist für ausgezeichnet halte; Eisner, sagte Bebel, halte er »für den politischen Teil des *Vorwärts* geradezu für unersetzlich«. Dass auch der Parteivorstand und die Presskommission bis auf die jüngste Zeit durch die Leistungen Eisners befriedigt waren, ist im übrigen dadurch erwiesen, dass kein Mensch daran dachte, ihm seine Stellung zu kündigen. Noch am 11. Januar 1905 gaben der Parteivorstand und die Berliner Presskommission gegenüber den Angriffen Mehrings in der *Leipziger Volkszeitung* im *Vorwärts* die Erklärung ab: wenn auch in einigen Fragen der Parteitaktik Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und der Redaktion des *Vorwärts* vorhanden seien, so habe diese doch niemals zu der ehrenkränkenden, beleidigenden Beurteilung Mehrings Veranlassung gegeben, dass der *Vorwärts* in jeder prinzipiellen Frage hin- und herschwanke und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden sei. Weder auf dem Parteitag in Bremen, noch auf dem letzten Parteitag in Jena ist von irgend einer Seite — auch nicht vom Parteivorstand oder von der Berliner Presskommission — eine substantiierte Beschwerde über die politische Haltung des *Vorwärts* vorgetragen worden. Genosse Bebel sprach in Jena allerdings von dem »gegenwärtigen unhaltbaren Zustand«, betonte aber gleichzeitig, dass die Partei nicht verfahren dürfe, wie bürgerliche Verleger, Leute, die eine andere Meinung vertreten, einfach herauszuwerfen. Genosse Wels, Mitglied der Berliner Presskommission, sprach sich etwas deutlicher aus. Er vertrat den Antrag von sechs Berliner Wahlkreisen — zwei Kreise, Berlin IV und Teltow-Beeskow, hatten ihm nicht zugestimmt —, den *Vorwärts* seines Charakters als Zentralorgan zu entkleiden, und begründete ihn damit, dass er anführte, der Doppelcharakter des *Vorwärts* als Zentral- und Lokalorgan führe zu »unleidlichen Zuständen«, er erinnerte an die Frage der preussischen Landtagswahlen, wo der *Vorwärts* in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand und den Beschlüssen der Partei für Wahlbeteiligung eintrat, während die Berliner Genossen dagegen waren. Der einzige offen und klar in Jena ausgesprochene Vorwurf gegen die bisherige *Vorwärts*-redaktion bestand also darin, dass diese das Blatt im Sinne der Parteimehrheit redigiert hätte. Charakteristisch für die Anschauungen, die zur Stellung des Antrages führten, den *Vorwärts* zum Lokalblatt zu machen, waren noch die folgenden Ausführungen des Genossen Wels: »Genossin Zetkin, von der ich vermute, dass sie eine Gegnerin unseres Antrages ist, sagte in Stuttgart: »Als Zentralorgan hat er die

Pflicht, unparteiisch zu sein und zu allen Äusserungen des Parteiens Lebens ohne Voreingenommenheit Stellung zu nehmen.« Das wollen wir gerade nicht. Wir selber ergreifen Partei und wollen, dass der *Vorwärts* zu allen Parteifragen klar und unzweideutig Stellung nimmt. Das scheint auch die Meinung des Vorstandes zu sein. Es ist in verschiedenen Sitzungen dem *Vorwärts* aufgegeben worden, mehr Salz zu verwenden.« Bebel versprach, alles aufzubieten, »um die berechtigten Klagen der Berliner zu beseitigen«, ersuchte jedoch den Parteitag, den Berliner Antrag, den *Vorwärts* zum Lokalblatt zu machen, abzulehnen. Mit anderen Worten: um den *Vorwärts* als Zentralorgan zu retten, hätte man ihn in Wirklichkeit seines Charakters als Zentralorgan entkleiden müssen; denn nur dadurch waren ja nach den Ausführungen des Genossen Wels diese Klagen der Berliner zu beseitigen. Gleich nach Jena wurde dem Parteivorstand in Berlin der von Bebel auf dem Parteitag ausgestellte Wechsel präsentiert; wie sollte er nun das Unmögliche möglich machen, das heisst, ohne Leute herauszuwerfen, was Bebel doch in Jena als für die Partei ganz ausgeschlossen bezeichnet hatte, jene Klagen der Berliner beseitigen? Die geheimen Beratungen des Parteivorstandes mit der Presskommission, seine Vorschläge lassen die Ratlosigkeit erkennen, in der er sich befand. Das nun beginnende Drama war von dem Parteivorstand nicht gewollt. Schritt für Schritt wurde er weiter gedrängt; er selbst erklärte in seiner Denkschrift, dass er der von den Berlinern Geschobene ist. Was sollte geschehen? Klarheit war darüber weder auf seiten des Parteivorstandes, noch auf seiten der Presskommission vorhanden. Angeblich waren die Berliner mit der politischen Haltung des *Vorwärts* unzufrieden; anstatt nun den politischen Redakteuren zu kündigen, schlug der Parteivorstand vor, trotz der bündigen Erklärung Bebels in Jena vor dem Plenum des Parteitages und Singers privater Versicherung Eisner gegenüber, dass keine Kündigung einzelner Redakteure beabsichtigt sei, zwei für die politische Haltung des Blattes gar nicht verantwortlichen Redakteuren, Büttner und Kaliski, also zwei völlig Unschuldigen, zu kündigen. Die Presskommission schlug vor, Büttner, Gradnauer und Wetzker zu kündigen; schliesslich einigte man sich dahin, der gesamten Redaktion zu kündigen, da, wie Parteivorstand und Presskommission am 10. November im *Vorwärts* sagten, anzunehmen sei, dass die bisherige Redaktionsmehrheit sich solidarisch erklären und gleichzeitig kündigen werde; diese Solidaritätserklärung werde bei Kündigung aller Redakteure ihre Bedeutung verlieren. Die Absicht war, die bisherige Redaktionsmehrheit in eine Minderheit zu verwandeln, einige Redakteure auszuschalten und deren Stellen durch den Berlinern genehme Genossen zu ersetzen.

Wenn man erwägt, dass die angegriffenen Redakteure auf dem Parteitag in Jena durch die hinter die Kulissen verlegte Kommissionsberatung über die Auseinandersetzungen zwischen dem *Vorwärts* auf der einen, der *Leipziger Volkszeitung* und der *Neuen Zeit* auf der anderen Seite verhindert wurden, ihre Sache vor der Partei in aller Öffentlichkeit zu vertreten, und dadurch es auch zugleich den Parteigenossen allüberall unmöglich gemacht wurde, an der Hand des Parteitagsprotokolls sich selbst ein unparteiisches Urteil über die Sache zu bilden, so muss man sagen: es wäre selbstverständliche Pflicht gewesen, wenn nach dem Parteitag in Berlin nun alle möglichen unkontrollierbaren Beschwerden gegen die Redakteure vorgetragen werden sollten, diesen dort zum

mindesten das Recht, sich gegen Angriffe zu wehren, nicht zu beschränken. Leider geschah das Gegenteil: man beriet in geheimen Konferenzen, ohne die Redakteure hinzuzuziehen. Ja, als diese selber ihr Recht energisch geltend zu machen suchten, wurde es ihnen direkt verweigert. Diesem Umstand und der Geheimverhandlung auf dem Parteitag in Jena ist ganz allein die ungeheure Verwirrung geschuldet, welche in der Urteilsfähigkeit der Genossen angerichtet ist, und es gehört zu den traurigsten Erscheinungen in unserm gesamten Parteilieben, dass diese Unkenntnis der wahren Verhältnisse in den breiten Massen zu einer unerhörten Hetze nicht nur gegen diese Genossen, sondern zugleich gegen alle jene, welche in diesen Tagen zu ihnen standen, geführt hat.

Für jeden denkfähigen Genossen, sollte man meinen, müsste es feststehen, dass in den oben genannten Tatsachen die Ursache des ganzen späteren Skandals lag. Statt dessen kehrte man den Spiess um und versuchte, die Wirkung mit der Ursache zu vertauschen. Parteivorstand und Presskommission wollten der gesamten Redaktion kündigen. Die sechs Redakteure, die von dieser Absicht Kenntnis erlangten, kamen diesen Instanzen zuvor, indem sie selbst ihre Kündigung einreichten und im *Vorwärts* veröffentlichten. Aus diesem Vorgehen hat man ihnen einen Strick gedreht, indem man es zu einem ungeheuerlichen Disziplinbruch stempelte und die Redakteure der Schädigung der Parteiinteressen bezichtigte. Von dem generellen Kündigungsbeschluss des Parteivorstandes und der Presskommission, der alles weitere verursacht hat, redete man nicht! Selbst angenommen, die sechs Redakteure hätten mit der sofortigen Veröffentlichung ihrer Kündigung einen Fehler begangen, so würde doch durch diese in gerechter Empörung begangene Handlung das ihnen zugefügte Unrecht nicht aus der Welt geschafft sein. Was jeder gewerkschaftlich organisierte Parteigenosse bürgerlichen Unternehmern gegenüber aufs schärfste verurteilt, die selbstherrliche Entlassung von Arbeitern, ohne ihnen Gelegenheit zu geben, sich gegen Beschwerden verteidigen zu können, dürfen wir nie und nimmer in sozialdemokratischen Betrieben als Recht proklamieren. Wenn mit wenigen Ausnahmen die gesamte Gewerkschaftspresse dieses Geheimverfahren verurteilt hat, so bedeutet das keineswegs, wie fälschlich behauptet wird, eine unberufene Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Partei. Oder glauben wirklich alle jene, die über die Stellungnahme des *Korrespondenzblattes der Generalkommission* und der Gewerkschaftspresse sich furchtbar entrüstet haben, die Gewerkschaften hätten bei Propagierung ihrer Grundsätze vor sozialdemokratischen Betrieben Halt zu machen? Wer das verlangt, hat weder die gewerkschaftlichen, noch die sozialdemokratischen Grundsätze begriffen; die Gewerkschaftspresse war geradezu verpflichtet, nachdem die gesamten Organe der Arbeitgeber die Affäre für sich gegen die Gewerkschaften auszuschlachten bemüht waren, mit der selben Energie sich der sechs Redakteure anzunehmen, mit der sie ins Zeug gegangen wäre, wenn der gleiche Vorfall sich in einem kapitalistischen Privatbetrieb ereignet hätte. Es ist unsinnig, die Stellungnahme der Gewerkschaftspresse mit der Neutralitätsfrage zu verquicken. Soll die Gewerkschaft deshalb, weil sie politisch neutral ist, für ihre Mitglieder in sozialdemokratischen Betrieben keine Gerechtigkeit fordern dürfen? Auf nichts anderes läuft es in der Tat hinaus, wenn den Gewerkschaften zugemutet wird, da zu schweigen, wo gegenüber sozialdemokratischen Redakteuren gewerkschaftliche Grundsätze offenkundig verletzt werden.

Die Stellungnahme der Gewerkschaftspresse in diesem Fall hat wieder einmal Veranlassung gegeben, gegen die Gewerkschaftsführer und die Gewerkschaftsredakteure eine unglaubliche Hetze zu inszenieren. Man beschuldigt sie, nur darauf gewartet zu haben, die Gewerkschaften gegen die Partei ausspielen zu können, ja, weil man weiss, dass bei den Massen, die sich um theoretische Auseinandersetzungen herzlich wenig kümmern, das Wort *Revisionist* durch die ständig wiederholte unsinnige Behauptung, die *Revisionisten* wollten den Klassenkampf aufgeben, einen sehr schlechten Klang hat, der Begriff *Revisionismus* für sie ungefähr gleichbedeutend mit *Verrat an der Partei* oder der Arbeiterklasse ist, so werden zur Abwechslung einmal auch die Gewerkschaftsführer in den *Revisionistenkessel* geworfen, und man sucht diesen *Gewerkschaftsrevisionismus* den Arbeitern noch besonders dadurch zu vereiteln, dass man ihn durch die *gehobene Lebensstellung* der Gewerkschaftsbeamten zu erklären sucht. Dadurch können nur die niedrigsten Instinkte der Masse wachgerufen werden, Neid und Missgunst; das Verfahren wird wahrlich dadurch nicht erfreulicher, dass es *wissenschaftlich* aufdrapiert wird. Für den *Vorwärtskonflikt* wählte man die schöne Bezeichnung *Literatenrevolte*, für die Gewerkschaftsführer den *Gewerkschaftsrevisionismus* und die *Gewerkschaftsbureaukratie*. Und wer sind nun jene, die durch diese Kampfesmethode alle Genossen, die mit ihrer Meinung nicht übereinstimmen, in den Augen der Arbeiter persönlich zu diskreditieren suchen? Literaten sind es, die die *Literaten* herabsetzen, Genossen in sehr gehobener Lebensstellung, die die *gehobenen Existenzen* psychologisch-materialistisch zu verwerten suchen.

Wenn wir am Anfange dieses Artikels von einer inneren Krankheit, von einem die Partei zerrüttenden Giftstoff sprachen, so haben wir damit gerade diese nicht erst seit dem *Vorwärtskonflikt*, sondern seit Jahren betriebene persönlich gehässige Kampfesart gemeint. Man glaube nicht, wir Sozialdemokraten hätten nicht die Fähigkeit, sachlich debattieren und polemisieren zu können! O nein, wir haben der Welt wiederholt den Beweis geliefert, wie ruhig und sachlich wir die schwierigsten theoretischen Fragen auf unseren Parteitag zu behandeln verstehen. Hannover und Jena sind Zeugen rein sachlicher Auseinandersetzungen. In Lübeck aber gerieten wir auf die abschüssige Bahn durch das Tadelsvotum gegen Bernstein. Schreiber dieses hat sich stets gegen Tadelsvoten ausgesprochen, selbst dann, wenn sie sich gegen Genossen richteten, mit deren persönlichen Ansichten er nicht übereinstimmt, wie in dem Fall des Genossen Schippel. Ist in unserer grossen sozialdemokratischen Partei nicht Raum genug auch für abweichende Meinungen, solange diese nicht im Gegensatz zu unseren Grundsätzen stehen? Tadelsvoten, die sich gegen abweichende Meinungsäusserungen richten, bilden eine grosse Gefahr für die geistige Entwicklung der Partei, für die freie Forschung in unseren Reihen. Die Tadelsvoten selbst mögen in der mildesten Form beschlossen werden, in der Sprache einzelner Parteiredakteure, die den Kampf mit geistigen Waffen durch eine möglichst *ruppige* Tonart zu ersetzen suchen, lauten sie ganz anders; der *Geprügelte* — so bezeichnet die neue *Vorwärts*-redaktion alle Genossen, die innerhalb der Partei sich den Luxus einer eigenen Überzeugung gestatten — wird beschimpft, verdächtigt und bei den Genossen derart in Misskredit gebracht, dass schliesslich, wie ein Sprichwort sagt, kein Hund mehr ein Stück Brot von ihm nimmt. Wir sind objektiv genug, bei vielen Genossen, die diese

Kampfmethode anwenden, anzunehmen, sie handeln in gutem Glauben, seien der Überzeugung, dass, indem sie die Personen bekämpften, die gute Sache gefördert werde.

Seit die sozialdemokratische Partei nach der Sprengung des eisernen Reifens, dem Fall des Ausnahmegesetzes, nominell gesetzlich gleichberechtigt den bürgerlichen Parteien in der politischen Arena gegenüber treten darf mit der Propagierung der sozialistischen Ideen, seit andererseits zugleich mit der steigenden Konzentration des Kapitals auch die Gewerkschaftsbewegung, die Organisationen der proletarischen Massen einen ungeahnten Aufschwung genommen, ist scheinbar ein gewisses Zurückgeben der unter dem Druck des Schandgesetzes aufgestauten revolutionären Hochflut eingetreten. Während unter dem Ausnahmegesetz in dem Guerillakrieg gegen Spitzel und Gensdarmen jeder politische Nerv gespannt war, galt es jetzt, die proletarischen Massen zu sammeln, ihnen an der Hand der Tatsachen im wirtschaftlichen Kampfe die Köpfe zu erhellen über das wahre Wesen des kapitalistischen Wirtschaftsystems und in dieser zwar anscheinend ruhigeren, in Wahrheit aber doch erst eigentlich revolutionierenden Tagesarbeit zugleich der bürgerlichen Umwelt und den in ihr aufstrebenden, wissenschaftlich nach Erkenntnis ringenden Elementen die unwiderstehliche Werbekraft der Lehre vom internationalen Sozialismus zu demonstrieren. Und mit jauchzender Begeisterung, aus innerster Überzeugung sangen wir Alte und Junge: »Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, mit Schwert und Speer nicht kämpfen wir; es führt zum Sieg der Freiheit Scharen, des Geistes Schwert, das Rechtspanier!« Und wer, der die Parteigeschichte der letzten fünfzehn Jahre überblickt, wollte bestreiten, dass dieses der modernen Arbeiterbewegung mit so unerschütterlich stolzer Zuversicht vorangetragene *Rechtspanier* der ganzen bürgerlichen Gesellschaft den festen Boden des Glaubens an die *von Gott gewollte* unbeschränkte Ausbeutung der Massen durch die Besitzenden in seinen Grundfesten erschüttert hat? Dass, bei erschüttertem Rechtsbewusstsein der kapitalistische Instinkt, das gesamte Ausbeutertum, um so wütender seine materielle Macht ausnutzend, sich im wirtschaftlichen Kampf gegen die sich ihm entgegenstellenden proletarischen Massen auszutoben begann, ist nur zu natürlich. Ein Sieg der Besitzlosen auf politischem Gebiet lag in so weiter Ferne, dass daran kaum gedacht wurde.

In striktem Widerspruch mit der von Marx vertretenen materialistischen Geschichtsauffassung, nach der politische Freiheit ohne ein grösseres Mass wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Proletariats ein Luftgebilde ohne sicheres Fundament ist, hat in der sozialistischen Partei vor und auch noch längere Zeit nach dem Sozialistengesetz diejenige Richtung dominiert, welche alles Heil von einer plötzlichen politischen Katastrophe erwartete und deshalb den politischen Kampf als den allein berechtigten betrachtete, dagegen alles, was auf gewerkschaftlichem Gebiet von den organisierten Massen zu erreichen sei, als *Palliativmittelchen*, ja geradezu als nutzlose Kraftvergeudung ablehnte und bekämpfte. Das Verkehrte dieser Auffassung braucht hier nicht demonstriert zu werden. So natürlich es ist, dass die breiten Massen der Arbeiter, trotz dieser hemmenden Gegenströmung in der Partei sich von Jahr zu Jahr, durch die ungeheure Entwicklung auf industriellem Gebiete gedrängt, in immer grösseren Massen den schützenden gewerk-

schaftlichen Kampforganisationen anschlossen, so erklärlich ist es andererseits, dass diejenigen Elemente, die auf eine baldige Erringung der politischen Macht hofften, die Hochflut der Gewerkschaftsbewegung mit wachsendem Misstrauen betrachteten, da sie dadurch ihren Einfluss immer mehr schwinden fühlten. Soweit sie aus bürgerlichen Kreisen stammten, waren sie von der Tätigkeit in Gewerkschaften und Genossenschaften ausgeschlossen; falls ihnen solche aber möglich war, verschmähten sie sie. So bemächtigte sich ihrer immer mehr ein Unbefriedigtsein; sie sahen überall *Stagnation* — weil in ihrem Innern nichts kreist, vermissen sie das pulsierende Leben. Je mächtiger die Arbeiterbewegung wird, desto unzufriedener werden diese Genossen sein. In vermeintlicher Wahrung des revolutionären Prinzips kommen sie zu den grössten Widersprüchen. Genossen, die noch vor Jahresfrist den Generalstreik als Generalunsinn verhöhnten, halten diese *ultimo ratio* des Klassenkampfes jetzt für ein Kampfmittel von der wunderbarsten Wirkung. Sich fälschlich stützend auf den Jenaer Beschluss über den politischen Massenstreik sind sie zurzeit augenscheinlich erfolgreich bemüht, den Massen den *parlamentarischen Kretinismus* ebenso zu verекeln, wie die durch *hohe Beiträge* viel zu *kostspielige* und *gänzlich nutzlose Gewerkschaftsspielerei*, und ihnen dafür die neue Taktik der *direkten Aktion* der Massen zu verkünden, durch die man nicht nur, wie in Jena beschlossen, Wahl- und Koalitionsrecht schützen will, sondern auch die *Diktatur des Proletariats* heute oder morgen zu erringen für möglich hält. Ist das etwa nicht utopistische Revolutionsromantik? Eine Erklärung dieser Erscheinung kann man vielleicht finden in dem Milieu und dem ganzen Charakter der Berliner Bevölkerung, in der die Macht der Phrase allen, von den Spitzen bis zum kleinsten Schusterjungen, Gemeineigentum ist. Wenn auch jeder sich über die gepanzerte Faust des anderen lustig macht, berauschend klingt's doch, wenn man in Wort und Schrift der herrschenden Gesellschaft den *Donner der Revolution* um die Ohren sausen lässt. Wer da nicht mitschreit, ist — *Revolutionist* oder verhöhnt, wie die neueste Phrase lautet, die *Majestät des Proletariats*.

Ohne Zweifel wäre auch diese künstlich aufgepuffte Revoluzzerei dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen und schon wieder im Sande verlaufen, wenn ihr nicht das blutige Drama in Russland zu Hilfe gekommen wäre. Es mutet einen an, wie eine Blasphemie, wenn man da jetzt im *Vorwärts* von der *schönen Röte* liest. Dort auf dem furchtbaren Schlachtfelde der wirklichen Revolution opfern die Freiheitskämpfer ihr Leben den Mörderbanden des Zarentums für die Erringung der Verfassung und des freien Wahlrechts, während wir uns gefallen lassen müssen, dass uns ein *radikaler* Literat vor sozialdemokratischen Arbeitern in einem Vortrag über *internationalen Syndikalismus* hölinend zuzurufen wagt: »Da schreien sie: das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen!« Ja, wenn alle diese Phraseure wenigstens leidenschaftliche Fanatiker wären — aber da liegt's! Zwischen Wort und Tat gähnt eine gewaltige Kluft; die Geschichte aller Revolutionen — auch der gegenwärtigen russischen — zeigt, dass diejenigen, die, weit vom Schuss, die blutigsten Reden geführt, versagt haben, wenn es die Tat galt.

Sollen die Geschicke der Partei in Wirklichkeit entschieden werden von einer kleinen Gruppe von Leuten, die ständig im Namen der Partei das grosse Wort

führen, dazu aber keinerlei Autorisation besitzen, und die ihre Stellung in Wahrheit nur dadurch behaupten, dass sie jeden, der es der Mühe für wert erachtet, ihren Tiraden entgegenzutreten, mit persönlichen Schmähungen, oft mit Verdächtigungen überschütten?

Selbst die Parteistellen haben dieser Gruppe gegenüber nicht immer die nötige Widerstandskraft bewiesen. Das trifft auch für den *Vorwärts*konflikt zu. So entwickelte sich das Trauerspiel des Geheimverfahrens gegen Genossen, die jahrelang ein Vertrauensamt in der Partei bekleidet haben. Der Parteivorstand und die Berliner Parteifunktionäre sind zu einer völlig falschen und ihren eigenen Intentionen widersprechenden Vorgehen gedrängt worden. Die subjektiv guten Absichten dieser Parteistellen bezweifeln auch die ausgeschiedenen Redakteure nicht, und selbstverständlich wir um so weniger.

Wenn je die Anklage berechtigt war, dass der *Vorwärts* nicht im Sinne der Beschlüsse der Parteimehrheit redigiert werde, dann heute. Die Propagierung der *direkten Aktion*, wie sie der *Vorwärts* betreibt, ist ein direkter Verstoss gegen die Beschlüsse des Jenaer Parteitag; der Jenaer Parteitag resolvierte ferner: »Mit aller Entschiedenheit erhebt der Parteitag Einspruch gegen eine gehässige, die persönliche und die Parteihre von Genossen verletzende Art der Diskussion, durch welche auch der Agitation im Lande die grössten Schwierigkeiten bereitet werden.« Eine so gehässige, persönliche Kampfweise, wie sie dagegen die neue *Vorwärts*redaktion betreibt, ist in der Partei noch nicht dagewesen. Jahre werden vergehen, ehe der Schaden ausgemerzt sein wird.

So, wie es jetzt ist, kann es natürlich auf die Dauer nicht bleiben. Der Mannheimer Parteitag hat die grosse Aufgabe, die Ausscheidung des Krankheitsstoffes aus der Partei zu bewirken. Auf eine Erledigung in der *Dunkelkammer* wird der Parteitag, die oberste Instanz der Partei, sich nicht zum zweiten Male einlassen.

Wie sehr man es auch beklagen mag, dass der Parteivorstand sich zu einer Handlungsweise hat drängen lassen, die er vor der Parteigeschichte kaum verantworten kann, so soll hier doch der Umstand festgestellt sein, dass die bürgerliche Gesellschaft wahrhaftig keine Ursache hat, um dieser Vorgänge willen auf die Sozialdemokratie herabzusehen. Wenn der Parteivorstand es im Interesse der Gesamtpartei für eine Schädigung hielt, dem *Vorwärts* seinen Charakter als Zentralorgan nehmen zu lassen, und andererseits, als Vertreter einer demokratischen Organisation, sich dem Verlangen der Berliner Parteigenossenschaft fügen zu müssen glaubte, indem er durch Beseitigung der verfeimten Majorität denjenigen Personen die Stühle frei machte, die sich die Berliner als die echten und rechten *Revolutionäre* erkoren hatten, dann kann man das als eine Verirrung der Berliner Genossen und als eine unangebrachte, fehlerhafte Nachgiebigkeit des Parteivorstandes tief beklagen; aber fällt davon ein noch so kleines Fleckchen auf die persönliche Ehre der Männer im Parteivorstand und in der Presskommission oder gar auf die Partei?

Wenn jedoch jemals eine Mahnung an die verantwortlichen Personen am Platze war, dann heute die, der parteischädigenden Verhetzung der Genossen unter einander in der Partei endlich einmal energisch Einhalt zu gebieten.

Mit banger Sorge muss man sonst der Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung

entgegensehen. Lasse man sich durch die in vielen Orten beschlossenen Vertrauensvoten für den Parteivorstand nicht täuschen! Ein allzu grosser Wert ist solchen Beschlüssen schon deshalb nicht beizumessen, weil man doch das Gegenteil nicht gut beschliessen kann, und weil die Mehrheit der beschliessenden Genossen zu einer objektiven Prüfung des Materials gar keine Gelegenheit hatte. Einige Parteiorgane haben die Berichterstattung in dieser Sache in der tendenziösesten Weise betrieben, Gegenerklärungen und Berichtigungen der angegriffenen Genossen entweder ganz unterdrückt oder entstellt wiedergegeben, abweichende Meinungsäusserungen zum grösseren Teil den Genossen direkt verheimlicht. Eine wahre Verwirrung in den Begriffen ist entstanden; auch wir sind der Meinung, dass das Recht auf Kündigung von Redakteuren den dazu berufenen Instanzen gewahrt bleiben muss; aber wenn einzelne Presskommissionen sich heute für berechtigt halten, von den Redakteuren zu verlangen, dass sie nicht ihre eigene, sondern die Meinung der jeweiligen Kommissionsmitglieder zum Ausdruck bringen sollen, so kann ein solches Verfahren die schlimmsten Folgen zeitigen. Die Liebedienerei gegenüber *Seiner Majestät dem Proletariat* ist ebenso zu verurteilen, wie die Kriecherei vor anderen Majestäten. Aufrechte, fähige Genossen werden da nicht mittun; die Sozialdemokratie aber hat wirklich keine Veranlassung, gerade den schriftstellerisch befähigten Genossen die Mitarbeit zu verleiden und minder Begabten den Kampf mit geistigen Waffen gegen die Gegner anzuvertrauen.

Aber nicht allein diese Gefahr besteht. In den letzten Wochen hat Schreiber dieses schon von manchem alten Genossen ähnliche Gefühle äussern gehört, wie solche von amerikanischen Arbeitern manchmal in dem einen bezeichnenden Ausspruch *I am disgusted with all politics!* zum Ausdruck kommen. Sachliche, prinzipielle Auseinandersetzungen fördern die Erkenntnis der Arbeiter und werden nie zu einem Zerwürfnis innerhalb der Partei führen können; anders die Wirkung persönlich gehässiger Streitereien. Mit der Zeit könnte mancher Genosse, von ihnen angeekelt, der aktiven Tätigkeit in der Partei den Rücken kehren. Durch die Bekämpfung von Personen, die nicht ihrer Meinung sind, glauben manche Genossen die Parteiinteressen zu fördern. Aber das Gegenteil wird bewirkt. Wer da nicht will, dass den in der wirtschaftlichen Bewegung praktisch tätigen Genossen die Mitarbeit in der politischen Bewegung geradezu verleidet werde, der darf nicht, wie dies jetzt geschieht, sie in ihrer persönlichen und in ihrer Parteihre aufs tiefste kränken.

Auf der Personalunion zwischen den gewerkschaftlich und den politisch tätigen Genossen basierte bisher nicht zum geringsten das Zusammenwirken beider gleichberechtigten Faktoren der Arbeiterbewegung; wer hier hemmend und störend eingreift, pflanzt, wenn auch unbeabsichtigt, die Keime der Entfremdung zwischen der wirtschaftlichen und politischen Bewegung und kann dadurch herbeiführen helfen, dass auch bei uns sich die bedauerlichen Zustände entwickeln, wie sie in anderen Ländern zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung — teilweise mit veranlasst durch die taktischen Fehler einiger politischer Führer — mit der Zeit geworden sind.

Lernt — ihr seid gewarnt!

XX

RICHARD CALWER · DISZIPLIN UND MEINUNGSFREIHEIT

IN der Pressdebatte über die *Vorwärts*affäre ist die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Presskommissionen respektive die anderen Parteiinstanzen, denen die Entscheidung über Personalverhältnisse obliegt, die Redakteure an den Parteizeitungen zu entlassen haben, recht gründlich, aber auch zum Teil recht merkwürdig erörtert worden. Alle, oder wenigstens die meisten, waren sich zwar darin einig, dass die Presskommissionen das Recht der Entlassung haben, nur gingen die Ansichten darüber auseinander, ob die Redakteure vor der Entlassung zu hören seien oder nicht. Gewiss ist es nicht gleichgültig, in welchen Formen die Kündigung zu erfolgen hat, aber materiell ist meines Erachtens der Unterschied nicht so gross, wie es vielfach dargestellt worden ist. Ob eine Presskommission einem Redakteur brieflich kündigt, wenn sie die feste Absicht hat, den Mann zu entlassen, oder ob sie ihn vorher zu einer Sitzung einlädt und ihm hier ihren Entschluss kundgibt, das ändert an dem Recht der Kündigung sehr wenig.¹⁾ Die Form der Kündigung mag noch so demokratisch gestaltet sein, der Wille der Presskommission setzt sich durch. Dass dabei manchem Redakteur Unrecht geschieht, soll zugegeben werden; aber glaubt man denn, dass in einer demokratischen Partei wirklich nur Recht und Gerechtigkeit herrsche, dass in ihr die Menschen anders geartet sind, als sonst? Die Mehrheit einer Presskommission mag noch so sehr bei einer Kündigung im Unrecht sein; innerhalb ihrer Kompetenz ist sie zweifellos im Recht, ihren Willen durchzusetzen. Denn dazu ist sie doch schliesslich eingesetzt, dass sie ihren Einfluss betätigt. Die Mehrzahl der Presskommissionen hat meines Wissens denn auch bisher wenig Federlesens gemacht, wenn sie einen Redakteur los sein wollten. Entweder haben sie durch ihre Verhandlungen dem Redakteur einen so deutlichen Wink gegeben, dass er beizeiten selbst kündigte, oder, wenn das nicht half, haben sie ihm in mehr oder weniger töflicher Form den Stuhl vor die Türe gesetzt. Sentimental sind darin die Presskommissionen selten gewesen, und sie sind meines Wissens, soweit sie Stellung zum *Vorwärts*konflikt genommen haben, alle auf die Seite der Berliner Presskommission getreten.

Arbeiter sind als Arbeitgeber nicht die angenehmsten Vorgesetzten. Das ist psychologisch begreiflich, wenn auch im allgemeinen bedauerlich. Der Arbeiter, mit dem in seinem Arbeitsverhältnis nicht gerade glimpflich umgegangen wird, kennt kein anderes Vorgehen Angestellten gegenüber und ist geneigt, als Arbeitgeber gegen Angestellte genau so zu verfahren, wie gegen ihn vorgegangen wird. Eine gewisse Rücksichts- und Formlosigkeit macht sich also im Verkehr mit den Redakteuren ganz von selbst geltend, die man vorerst noch mit in Kauf nehmen muss. Es ist auch zweifellos die Achtung vor den Literaten und Parteijournalisten im Laufe der letzten fünfzehn Jahre zurückgegangen.

Unmittelbar nach dem Sozialistengesetz war ein empfindlicher Mangel an Re-

¹⁾ Damit soll freilich nicht die Haltung der Parteiinstanzen im *Vorwärts*konflikt gerechtfertigt werden. Denn in jenem speziellen Falle handelte es sich gerade darum, dass den Redakteuren durch die Nichtinzuhaltung die Möglichkeit genommen wurde, die Übereinstimmung ihrer (gut radikalen) Anschauungen mit denen der Berliner Genossen darzutun.

dakteuren, namentlich an akademisch gebildeten, vorhanden. Hatte man einen, so war man, wenn er halbwegs etwas leistete, recht froh, und vermied alles, was ihm seine Position bald verleiden konnte. Aber diese Zeit war nur kurz. Seit Mitte der neunziger Jahre stieg der Zufluss unerwartet. Mit offenen Armen nahm man sie erst auf — und es kamen der Berufenen und Unberufenen gar viel. Ohne lange Prüfung des Charakters, der politischen Überzeugung und der Kenntnisse wurden sie angestellt. Wie oft stellte sich dann bald heraus, dass man einen Fehlgriff getan hatte! Man war aber über solche Fehlgriffe um so mehr enttäuscht, je mehr man mit seinem Mann Parade vor den Gegnern gemacht hatte. Denn alle, alle kamen doch nur aus Begeisterung zu uns herüber und zeigten den Gegnern, dass auch der gebildete Mann nur noch in der Sozialdemokratie die Hüterin der Ideale erblicke. Wenn dann schon nach wenigen Jahren der neue Parteigenosse plötzlich abschwankte, dann war die Ernüchterung viel grösser und weitreichender, als die anfängliche Freude über den Überläufer. Waren doch die Parteigenossen selbst schuld, wenn derartige ganz natürliche Vorgänge stärker nach aussen wirkten, als es nötig war. Man hatte eben zuvor zu sehr *Hosianna* geschrien.

Der Umschwung kam: Aus dem viel begehrten Literaten wurde der von den Presskommissionen abhängige Parteigestellter. Der Einfluss der Presskommissionen nahm zu, je mehr die Parteipresse in das Eigentum der Genossen überging; das Angebot der Redakteure wurde immer grösser; jeder war mehr oder weniger ersetzbar — was Wunder, dass sich ein Stand der Parteigestellten herausbildete, die im Dienste der Parteigenossen respektive deren Vertretung, die Presskommission, für richtig erachteten. Diese Abscheidung eines besonderen Standes der Parteigestellten ist auch äusserlich durch die Gründung des Vereins *Arbeiterpresse* deutlich zum Ausdruck gekommen. Ein tatsächlich vorhandener Interessengegensatz führte die Angestellten zu einer besonderen Organisation innerhalb der Partei zusammen. Ganz mit Recht: Das veränderte Verhältnis zwischen Presskommissionen und Parteigestellten machte den Zusammenschluss notwendig, sollte nicht die soziale Position der Redakteure ganz und gar in das Belieben der einzelnen, überdies vielfach von Jahr zu Jahr in ihrem Mitgliederbestande wechselnden Presskommissionen gestellt sein. Nach wie vor wird der Verein *Arbeiterpresse* die Aufgabe haben, die wirtschaftliche Lage der Parteigestellten zu bessern, freilich immer mit Mitteln, die jeden schärferen Gegensatz zwischen Partei und Angestellten vermeiden.

Ob die Entwicklung, wie sie sich vollzogen hat, als erfreulich oder unerfreulich zu bezeichnen ist, das ist Nebensache, wir müssen sie nehmen, wie sie nun einmal ist. Ich könnte mir sehr wohl andere Möglichkeiten in einer demokratischen Partei denken. Aber diese waren einmal; sie kommen heute nicht mehr in Frage. Wenn so nun die an der Parteipresse tätigen Genossen zu Angestellten geworden sind, so ist es ganz klar, dass sie die Interessen derer, in deren Dienst sie stehen, nach jeder Richtung hin wahrzunehmen haben. Dabei kann es nicht ausbleiben, dass Gewissenskonflikte entstehen, die die Frage der Meinungsfreiheit sehr ernsthaft tangieren. Da möchte ich nun gleich von vornherein bemerken, dass ich gar nichts Ehrenrühriges darin finde, wenn jemand die Interessen irgend einer wirtschaftlichen oder sozialen Schicht literarisch vertritt. Es

war daher immer falsch, die bürgerlichen Schriftsteller samt und sonders zu *Söldnern* zu degradieren, weil sie in ihrem Berufe die Interessen Fremder vertreten und sich dafür bezahlen liessen. Man tat vielfach so, als ob in der Regel diese Verfechtung fremder Interessen die Verleugnung der eigenen Überzeugung zur Voraussetzung habe. Der heutige Kampf im öffentlichen Leben erfordert solche literarischen Vertreter in grosser Anzahl, und die Sozialdemokratie hat sie auch nötig.

Nur halte ich daran fest, dass die Überzeugung eines Schriftstellers, der die wirtschaftlichen, rechtlichen oder politischen Interessen einer Person, einer Organisation oder einer Partei vertritt, so beschaffen sein muss, dass er als ehrlicher Mensch die fremden Interessen vertreten kann. Will er in einer politischen Partei tätig sein, so muss er die Grundanschauungen dieser Partei teilen. Aber mit dieser Übereinstimmung, die ich als erstes Erfordernis voraussetze, ist die Möglichkeit von Konflikten noch keineswegs erschöpft. Es ergeben sich Hunderte von Fragen, wo der Redakteur mit seiner Auffassung in Widerspruch zu seinen Auftraggebern kommt. Je selbständiger ein solcher Schriftsteller denkt, desto häufiger wird dieser Fall eintreten. Wie sollen solche Konflikte beseitigt werden? Kann man dem Redakteur das Recht zugestehen, in seinem Blatt seine Meinung aufrechtzuerhalten und zu vertreten im Gegensatz zu den Beschlüssen und dem Willen der Auftraggeber? Nein, denn dann wäre das Blatt eben das Organ einer einzelnen Person, und nicht das einer bestimmten Partei. Man kann aber auf der anderen Seite auch nicht verlangen, dass der Redakteur wegen solcher Meinungsverschiedenheiten immer gleich die Konsequenz zieht und seine Kündigung einreicht. Die Lösung des Konfliktes wird also meist in der Weise erfolgen, dass der Redakteur seine persönliche Überzeugung der Auffassung der Parteigenossen unterordnet. Ob diese nun richtig ist oder nicht, das ist für den einzelnen Fall nicht zu entscheiden: recht hat in diesem Falle, wer die Macht hat. Ohne diese Unterordnung der eigenen Überzeugung ist es heute nicht mehr möglich, in der Parteipresse tätig zu sein.²⁾ Wie weit der einzelne darin gehen kann und darf, das ist schwer generell zu entscheiden. Es kommt ganz auf die Persönlichkeit an, auf den Grad und die Häufigkeit der Meinungsverschiedenheiten und namentlich, wie gesagt, darauf, ob die Grundanschauung der beiden Partner, der Auftraggeber und des Beauftragten, sich in der Hauptsache noch decken.

Wenn nun so ohne weiteres zuzugeben ist, dass die persönliche Meinung der an den Parteizeitungen tätigen Genossen sich unter die Beschlüsse und Normen sowohl der Gesamtpartei, wie der örtlichen Parteiorganisationen unterzuordnen

²⁾ Natürlich kann von einer solchen Unterordnung nicht die Rede sein, wenn es sich um grosse Fragen von allgemeiner Bedeutung handelt, die mit der Anschauungsweise des einzelnen eng zusammenhängen, und in denen auch innerhalb einer Partei verschiedene Richtungen, oder wie man sich sonst ausdrücken will, einander gegenüberstehen. In solchen Fällen kann man einer Mehrheit sich nicht fügen, ohne ein *sacrificium intellectus* zu bringen, und da gibt es in der Tat keine andere Lösung, als dass der Betreffende sein Amt niederlegt. Dagegen kann er sich wohl fügen in Angelegenheiten der Praxis, in denen der Mehrheit die Kompetenz der Entscheidung zusteht. Nur ein Beispiel für viele: Die Arbeiter beschliessen an einem Ort einen grösseren Boykott. Der Redakteur hält dieses Vorgehen für eine grosse Dummheit — als was es sich später auch herausstellt —, was so' er nun tun? Kann und darf er den Arbeitern in ihrem Blatt in den Rücken fallen? Muss er nicht vielmehr, nachdem die Dummheit gemacht ist, eine solche Haltung einnehmen, dass die Arbeiter möglichst wenig Nackenschläge erhalten? Hier liegen die Dinge ähnlich, wie im Rechtsanwaltsberuf.

hat, so entsteht ganz mit Recht die Frage, wo denn da die Meinungsfreiheit in der Partei bleibt. Ich schätze diese nicht gering ein, denn sie ist für die Entwicklung der Partei so notwendig, wie am rechten Orte die Disziplin, die Unterordnung bedingt. In der Tagespresse ist kein Platz, abweichende Ansichten zu vertreten, sie zu begründen und zu propagieren. Dafür halte ich das Vorhandensein von Zeitschriften und Revuen für unumgänglich notwendig. Je straffer die Disziplin in der Tagespresse, desto wichtiger ist als Korrelat das Vorhandensein von Pressorganen, in denen der Fortentwicklung der Partei Rechnung getragen wird. Gewiss, nicht jede neue Richtung bedeutet einen Fortschritt, manche von ihnen sind bloss vorübergehende Moden. Aber jeder wirkliche Fortschritt kann zuerst nur durch eine neue Richtung geltend gemacht werden, ehe es gelingt, die Masse für ihn zu gewinnen. Da es nun nicht möglich ist, im voraus zu wissen, ob eine neue Anregung, abweichende Meinungen den Keim eines neuen Fortschrittes in sich tragen; da es ferner ganz selbstverständlich ist, dass auch in einer Partei, wie der sozialdemokratischen, sich ein ziemlich starker Misoneismus geltend machen muss, so liegt es im Interesse der Partei selbst, möglichste Meinungsfreiheit dort walten zu lassen, wo Fragen des unmittelbaren Tageskampfes nicht ausgefochten werden. Durch Gewährung solcher Meinungsfreiheit in Zeitschriften nützt die Partei sich selbst am meisten, vorausgesetzt, dass sie auf dem Standpunkte steht, dass auch sie der Entwicklung unterworfen ist. Sollte dies freilich bestritten werden, dann allerdings wäre es nur konsequent, jede Meinungsfreiheit zu verfemen. Denn unbequem ist die Meinungsfreiheit noch immer für die gewesen, die gerade die Richtung vertraten, hinter der die Macht stand. Diese Unbequemlichkeiten verleiten immer und überall zu einem Missbrauch der Macht, ohne dass indes auf die Dauer ein Mauikorbzwang einen Fortschritt aufgehalten hätte.

Diese Unbequemlichkeiten müssen eben von einer demokratischen Partei mit in den Kauf genommen werden. Worin bestehen sie denn in den allermeisten Fällen? Darin, dass ihr in Versammlungen, im Parlament und in der Presse vom Gegner abweichende Ansichten von Parteigenossen vorgehalten werden. Ja, sind wir denn in der Agitation schon so zimperlich geworden, dass wir solchen Einwänden gegenüber in Verlegenheit kommen sollten? Wozu haben wir Parteitagsbeschlüsse, die die jeweilige Taktik bestimmen, wenn wir sie nicht dazu benutzen, einer abweichenden Ansicht gegenüber auf sie mit dem Bemerkten hinzuweisen, dass die Partei als solche in einer bestimmten Frage auf dem oder jenem Standpunkt stehe, während der Genosse X. in der betreffenden Frage nur seinen persönlichen Standpunkt vertrete, der von der Partei nicht geteilt werde. Genügt eine solche Antwort nicht vollauf, um die Bedeutung abweichender Ansichten von Parteigenossen ins richtige Licht zu setzen? Und wenn diese abweichenden Ansichten an Boden in der Partei gewinnen, so wird und muss ein Kampf zwischen den einzelnen Richtungen geführt werden: denn weder ist zu verlangen, dass die Älten widerstandslos sich verdrängen lassen, noch dass die Neuen es aufgeben, die Parteianhänger von der Richtigkeit ihrer abweichenden Meinungen zu überzeugen.


Die Möglichkeit freier Betätigung abweichender Ansichten muss also innerhalb der Partei im Interesse der Partei gegeben sein. Dass in der Praxis mancherlei Komplikationen eintreten, die im Kampfe der Meinungen dazu führen, dass die Alten ihre Macht zur Unterdrückung der Neuen mit Leiden-

schaft spielen lassen, das ergibt sich aus der Natur der Sache: um sich im Besitze seiner Macht, seiner Autorität, an deren Berechtigung man voll und ehrlich glaubt, zu halten, strengt man eben alle Kräfte an, um den Gegner seines Einflusses zu berauben. Alle noch so schönen Kautelen zu gunsten der Meinungsfreiheit nützen in Zeiten leidenschaftlichen Ringens um eine neue Taktik oder um eine Erneuerung der Anschauungen nichts. Solche Kämpfe sind aber Ausnahmen, und für sie richtet man sich in einer Partei während ruhiger Zeiten nicht ein. Die Sorge, dass eine zu weit gehende Meinungsfreiheit parteischädigend wirken würde, hat vielfach dazu geführt, dass man abweichenden Meinungen viel zu viel Bedeutung beilegte. Entweder liegen die Dinge so, dass für eine Veränderung der Taktik und der Grundsätze die ökonomischen und politischen Voraussetzungen innerhalb der Arbeiterklasse gegeben sind, dann ringen sich die neuen Anschauungen durch, mag man deren erste Vertreter noch so grimmig befehden; die Interessen der Arbeiterklasse erfordern diese Änderung. Und nach den Interessen der Arbeiterklasse hat sich die Partei zu richten, nicht umgekehrt. Oder aber die wirtschaftlichen und politischen Interessen stehen im Widerspruch mit den neu auftauchenden Anschauungen, dann mögen die Neuerer mit Himmelszungen reden oder mit exakter Wissenschaftlichkeit ihre neuen Grundsätze entwickeln, sie werden nicht iri stande sein, der Praxis der Partei eine neue Richtung zu geben.

Hält man sich dies vor Augen, dann ist die Nervosität abweichenden Meinungen gegenüber recht kleinmütig. Noch standen sich in unserer Partei keine zwei Richtungen gegenüber, bei deren Kampf es sich um Sein oder Nichtsein der einen oder der anderen handelte. Solange das aber nicht der Fall ist, sollte man in einer demokratischen Partei allen Anschein vermeiden, als ob die vollste Meinungsfreiheit innerhalb der Partei parteischädigend wirke. Man sollte es vielmehr gerne sehen, wenn ihr Stätten bereitet werden. Das Gegenteil würde eine innere Schwäche in der Position derer verraten, die gerade die augenblicklich geltenden Grundsätze vertreten, und die im Bewusstsein dieser Schwäche die in ausserordentlichen Situationen begreiflichen Mittel ständig anwenden und daher missbrauchen.

XX

MAX SCHIPPEL · NEUE EINWANDERUNGSBE- SCHRÄNKUNGEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

IE Rooseveltsche Botschaft vom 5. Dezember kündigt eine abermalige gesetzgeberische Behandlung des Einwanderungsproblems an. Ausserdem wird eine internationale Konferenz empfohlen, um in den Abwanderungsländern selber, oder doch wenigstens in den Abfahrts-
häfen, vorbeugend eingreifen zu können: »Es gilt in erster Linie, alle solche Elemente fernzuhalten, aus denen niemals gute amerikanische Bürger werden können.«

Nun gehen allerdings, je nach den verschiedenen vorherrschenden ökonomischen Interessen, die Ansprüche an einen *guten* amerikanischen Bürger himmelweit auseinander. Die inneren und westlichen Staaten und Territorien, viele Eisen-

bahngesellschaften und Landspekulanten brauchen bäuerliche Ansiedler, und selbst der des Lesens und Schreibens unkundige Russisch Pole oder Slawonier ist ihnen willkommen, wenn er nur notdürftig den Boden zu bestellen und die Ernte einzubringen weiss. Die Fabrikanten und Bergwerksbesitzer des Nordens sehnen sich nach Preisdrückern auf dem Lohnarbeitsmarkt; unter Umständen fördern sie die kulturell niedrigst stehende *slawische Invasion*, um sie, wie in den hervorragendsten Minendistrikten, zur Niederhaltung des Lohnniveaus und der Selbständigkeit der älteren Arbeiterschichten mit gehobener Lebensweise zu verwenden. Im Süden mit seinen aufkeimenden Grossindustrien mangelt es dem Kapital vielfach überhaupt an qualifizierten Arbeitskräften, und aus allgemeineren politischen und sozialen Erwägungen scheint hier selbst eine minderwertige europäische Zuwanderung mitunter vorteilhafter, als die städtisch-gewerbliche Mehrbeschäftigung von Negeren. Umgekehrt ist der typische amerikanische Arbeiter, wie er vor allem den grossen überseeischen Gewerkschaften sein geistiges Gepräge aufdrückt, naturgemäss ein Feind des Lohndruckes, wie ihn ein niedriger Lebensstandard und eine abnorme Überfüllung des Arbeitsmarktes im Gefolge haben. Grosse städtische Gemeinwesen an der Küste und im Osten, aber auch im Innern, fürchten die Pauperplage und die Vermehrung der unzuverlässigsten, am leichtesten zu korrumpierenden Wählermassen. Je mehr sich ein eigenes amerikanisches Staatsbewusstsein und Nationalgefühl herausbildet, desto empfindlicher wird die öffentliche Meinung gegen die Fremdelemente, die sich in Sprache, Bildung, Geschäftsgebräuchen, im politischen Denken und Streben schwer der neuen Umgebung anpassen. Mit der ursprünglichen Einwanderung kam die höhere Kultur in das Land. Der heutige Menschenzustrom gefährdet zum Teil die Ergebnisse und Errungenschaften des bisherigen amerikanischen Entwicklungsganges.

Dieser Zustand erscheint um so unbefriedigender, als die Union mit ihren über 80 Millionen Einwohnern, mit ihrem fast erschöpften besiedelungsfähigen Freilandsareal heute den früheren Bevölkerungshunger nicht entfernt mehr hat, während die Immigrationsziffern alle vorher gekannten Höhepunkte weit überholen und fortgesetzt weiter wachsen. Die statistischen Aufnahmen in den Häfen beginnen mit dem Jahre 1820, anfangs sind sogar alle Überfahrtpassagiere mitgezählt. Die erste Jahresziffer geht dennoch nicht über 8385 hinaus, die Steigerung vollzieht sich dann langsam: 1825 auf 10 199, 1830 auf 23 332, dann in rascherer Zunahme 1840 bereits auf 84 066. 1842 ist zum erstenmal die Ziffer 100 000 überflügelt, obwohl nur um 4565. Dann führen die unruhigen Vor- und Folgejahre der europäischen Revolutionen von 1848 aussergewöhnlich zahlreiche Scharen von wirtschaftlich Deklassierten und politisch Verfolgten und Unzufriedenen dem jungen Kolonialreich zu; bis 1854, dem ersten grossen Immigrationshöchstjahr, schwillt diese Flut fast stetig an (1846 154 416 Einwanderer, 1847 234 968, 1850 310 004, 1854 427 833). Mit der politischen Beruhigung und dem wirtschaftlichen Fortschritt und Gedeihen Europas erfolgt der Rückschlag um so stärker, als gleichzeitig in den Vereinigten Staaten das Goldfieber erlischt und die grosse innere Krisis sich vorbereitet, die dann im Bürgerkrieg zum Ausbruch gelangt. 1855 sinkt die Gesamtziffer bereits auf 200 877, 1859 auf 121 282. In den Jahren 1861 und 1862, also beim Beginn der Kämpfe, wurde die Ziffer 100 000 nicht mehr erreicht, zum erstenmal wieder seit anderthalb Jahrzehnten (1861 91 918, 1862 91 985). Im

Fortgange des Krieges hob sich alsdann die Zuwanderung von neuem, bis 1865 248 120 Ankömmlinge an den Gestaden des Ostens, zum Teil auch des Westens, landen. Bis 1873 erstreckt sich dann die Aufschwungsperiode; mit 459 803 Einwanderern stellt sich hier der erste grosse Gipfel der Bewegung dar. Man weiss, dass der universelle Krach alsdann die neue Welt fast schlimmer traf, als die alte; entsprechend verringert sich die Einwanderung bis 1879 (1878 138 469, 1879 177 826). Während jedoch in Europa die Depression fast chronisch wird, erholt sich die Union industriell sehr rasch, und vor allem setzt die Farmerkolonisation im fernen Westen mit vollster Kraft ein; das Rekordjahr 1882 mit 788 992 Immigranten bleibt selbst später auf lange Zeit unübertroffen. Nur 1892 mit 623 084 Immigranten kommt ihm noch am nächsten; 1898 war sogar ein Sinken bis auf 229 299 zu bemerken. Seit dieser Ebbe herrscht wieder Flut, zeitweilig eine wahre Sturmflut. Die Einwanderungsziffer stellte sich im Jahre 1897 (endend am 30. Juni) auf 230 832, 1898 auf 229 299, 1899 auf 311 715, 1900 auf 448 572, 1901 auf 487 918, 1902 auf 648 743, 1903 auf 857 046, 1904 auf 812 870, 1905 auf 1 027 421. Selbst die letzte Wirtschaftskrisis hat also den Zustrom in keiner Weise aufgehalten. Im Gegenteil, der frühere Anfang der Krisis in Europa und der mildere Verlauf in Amerika hat in Zusammenhang mit der Bevölkerungsflucht aus Russland, mit den rumänischen Judenvertreibungen, mit den niedrigen Überfahrtpreisen infolge des Schifffahrtskrieges die Anziehungskraft der neuen Welt sogar in ungeahnter Weise vermehrt.

Kann die Union diesen Zuwachs von aussen noch immer so leicht ertragen, bildet er noch weiter einen derart überwiegenden Gewinn, wie etwa in den vierziger und den ersten weiter folgenden Jahren, oder wie an der Wende der siebziger und achtziger Jahre?

Bekanntlich gleiten die grossen abendländischen Abwanderungszentren immer mehr vom nördlichen und nordwestlichen Europa hinüber nach den zurückgebliebenen Gebieten des europäischen Südens und Ostens. Im Jahrzehnt 1821 bis 1830 waren unter 143 439 Fremdkömmlingen (*alien passengers*) 50 724 Irländer, 22 167 Engländer, 8497 Franzosen, 6761 Deutsche und 3226 Schweizer. Im nächsten Jahrzehnt werden vor allem die Deutschen beweglicher, auch die Franzosen, während die landlosen und pachtausgebeuteten Iren nach wie vor an der Spitze bleiben. In den vierziger Jahren folgen sich der Zahl nach: die Iren, die Deutschen, die Engländer (und Schotten), die Franzosen. In den fünfziger Jahren rückten die Deutschen an die Spitze; sie blieben es auch im nächsten und übernächsten Jahrzehnt, wo weiter England die zweite Stelle gewann, während das langsam sich verblutende Irland die dritte Stelle einnahm, während Norwegen und Schweden seit den sechziger Jahren eine immer stärkere Auswanderung entfalten. Die achtziger Jahre bereiten den Umschwung vor. Deutschland bleibt zwar, mit höherer Ziffer (1881 bis 1890 1 452 970) als je, an der Spitze der Menschenzufuhr; es folgen alsdann England (mit Schottland), Irland, Schweden-Norwegen. Mit beträchtlichen Ziffern erscheinen jedoch nunmehr nach Österreich-Ungarn (mit 353 719), Italien (mit 307 309) und Russland einschliesslich Polens (mit 265 088). Die letztgenannten drei Länder spielten früher kaum eine Rolle. So stand die Zahl der Einwanderer aus Italien unter 2000 während des mit 1850 abschliessenden Jahrzehnts, unter 1000 während des mit 1860 endenden Jahrzehnts, im nächsten Jahrzehnt

(1861 bis 1870) unter 12 000, selbst 1871 bis 1880 noch unter 60 000, während 1881 bis 1890, wie erwähnt, nicht weniger als 307 309 Zuwanderer aus Italien verzeichnet wurden — die nächste Dekade trieb diese Ziffer alsdann auf 665 668 empor, so dass Italien dadurch der führende Staat bei der Einwanderung wurde. Unter Österreich-Ungarn finden wir vor allem Tschechen, Galizier und Slawonier, Ungarn. Hier ist folgende Steigerung zu beobachten: im Jahrzehnt 1861 bis 1870 7800, 1871 bis 1880 72 969, 1881 bis 1890 353 719, 1891 bis 1900 597 047 Einwanderer. Der dritte grosse Lieferant von bäuerlich-kleinbürgerlicher und lohnproletarischer Menschenware ist im gleichen Zeitraum Russland geworden, das hauptsächlich Juden und Polen abstösst, während die übrige Bevölkerung noch wenig international beweglich ist oder im asiatischen Russland genügend Ellbogenraum zu seiner Ausbreitung vorfindet. Die amerikanische Statistik zählt unter Russland (und Polen) Einwanderer: 1861 bis 1870 4536, 1871 bis 1880 52 254, 1881 bis 1890 265 088, 1891 bis 1900 588 866. Umgekehrt wird im letzten Jahrzehnt der Zufluss aus allen alten mittel- und nordwesteuropäischen Abwanderungsgebieten schwächer, so dass alle einst tonangebenden Staaten mehr und mehr in den Hintergrund treten. Es führten Einwanderer zu:

	im Jahrzehnt 1881 bis 1890	im Jahrzehnt 1891 bis 1900
Deutschland	1 452 970	543 922
England und Schottland	807 357	342 357
Irland	655 482	403 496
Schweden-Norwegen	568 362	325 943
Frankreich	50 464	36 006

Der Einwandererstrom ist also nicht nur im Wachsen, sondern er setzt sich immer mehr aus ganz anderen Elementen zusammen. Mit dem Fortschritte und der Verbilligung des Land- und Seetransportes, mit der zunehmenden Unterrichtung der Massen, mit der Ausbreitung und Werbetätigkeit eines skrupellosen Agententums, das zum Teil nur Zutreiberdienste für grosse Schiffahrtsgesellschaften verrichtet, sind ganz andere Kulturschichten in Fluss geraten, die zu einem guten Teil eine recht zweifelhafte Errungenschaft für die Union bedeuten. Nach dem *Immigration Report* für 1903 waren von den Süditalienern 48 % *Illiteraten*, von den Litauern 47 %, von Kroaten und Slawoniern 35 %, von den Polen 30 % — dagegen von den Deutschen nur 4 %, ebenso von den Iren, von Engländern nur 2 % und von den Skandinaviern gar nur 0,3 %. Ferner konzentrieren sich diese Neulinge in immer stärkerer Masse um die schon vorhandenen gleichnationalen städtischen Krystallisationspunkte, in erster Linie in Stadtvierteln New Yorks und Chicagos, in denen die landsmannschaftlichen *Clans* sich zu wahren Staaten im Staate herausbilden. Die natürliche Anziehungskraft der Grossstädte wirkt hierbei mit, ähnlich, wie bei uns. Aber je mehr die unqualifizierte Arbeit überwiegt, je ärmer die Zuwanderer sind, je weniger sie die neue Landessprache verstehen und beherrschen, desto mehr suchen sie beim ersten Eintritt in die neue Welt Angliederung an ihresgleichen, und am leichtesten erfüllt sich ihr Wunsch in bestimmten Grossstädten. Je mehr jedoch dieser Prozess fortschreitet, desto leichter wird es, mitten im fremden Gemeinwesen eine aktive nationale Sonderexistenz fortzuführen, sehr zum Schaden einer normalen Entwicklung der kommunalen und staatlichen Politik — die früheren, mehr agrarischen Lands-

mannschaften auf dem platten Lande machten sich in wesentlich anderer, harmloserer Weise geltend. Wirtschaftlich abnorm ist es auch, dass ein wachsender Bruchteil, vor allem der Italiener, Amerika nur zum zeitweiligen, obwohl mehrjährigen, Aufenthalt wählt. Das internationale *Sachsengängertum* macht sich in der Union immer mehr bemerkbar. Sicherlich nicht selten wird diese Wanderarbeit den Arbeitsmarkt durch Lohndruck stören und verwirren. Für den Warenabsatz ist sie gleichfalls eine Abnormität: selbst wenn sie den amerikanischen Lohnstandard erreicht, so verzichtet sie auf den Konsumstandard des amerikanischen Arbeiters; der *Sachsengänger* will möglichst viel erübrigen, um mit dem Ersparten wieder möglichst bald in die alte Heimat zurückzukehren — die alte historische Figur des *absentee landlord* findet hier ein seltsames, modernes, proletarisches Gegenstück. Dass die Etats der Armenverwaltungen, der Kranken- und Invalidenanstalten, der Gefängnisse und Zuchthäuser von alledem nicht unbeeinflusst bleiben, scheint fast selbstverständlich, obwohl alle hierüber zusammengestellten Statistiken sehr anfechtbar sein mögen.

Seit den achtziger Jahren sind daher die einschränkenden Bestimmungen gegen das Einströmen unliebsamer Elemente, gegen entlassene Sträflinge, Irrsinnige, Idioten, Krüppel, gegen Paupers, gegen Kontraktarbeiter, zuletzt gegen die staatlich subventionierte Einwanderung jeder Art immer umfassender zur Annahme und zur Anwendung gelangt. Trotzdem erklärte der Einwanderungskommissar von New York in seinem Bericht für 1903 alle Hemmnisse für völlig ungenügend:

„Ich glaube, dass wenigstens 200 000, wahrscheinlich mehr, Fremde hierher kamen, für die . . . kein Bedarf ist, und die deshalb für das Land nicht von Nutzen, im Gegenteil, von Schaden sein müssen, weil sie zur Herabdrückung unserer Lebensweise führen. Hätte man diese 200 000 Menschen dazu bringen können, zu Hause zu bleiben, so würden sie von niemandem vermisst worden sein, nicht einmal von denjenigen, die immer nach mehr Arbeitskräften verlangen. Ihr Kommen nützt hauptsächlich, wenn nicht ausschliesslich, den Dampfergesellschaften, die sie hierher brachten.“

Welche Richtung das nunmehr offiziell angekündigte nächste Vorgehen nehmen wird, ist im Augenblick nicht zu übersehen. Der frühere amerikanische Konsul in Bern, A. L. Frankenthal, geht so weit, die Ausstellung eines umständlichen Führungsattestes seitens der Heimatsbehörden als Vorbedingung der Landungszulassung zu verlangen:

„Es wandern hier Tausende von Personen ein, die von ihren Gemeinden hierher geschickt werden, weil man sie los sein möchte. Diese Leute sind nicht gerade Verbrecher, aber es sind Taugenichtse, Bummler, Streithähne und dergleichen. Diese unerwünschten Elemente fernzuhalten, liegt uns jetzt ob. Und die Methode, um dies zu tun, ist sehr einfach. Man braucht nur für einen Augenblick in Erwägung zu ziehen, was bezüglich der Einfuhr von Waren vorgeschrieben ist. Jeder Artikel muss verzeichnet werden, mit voller Beschreibung hinsichtlich Qualität, Herstellungsort, Preis und dergleichen, und dies muss vom Konsul des Distrikts, aus dem die Waren kommen, bescheinigt werden. Ohne ein solches Schriftstück kann nichts importiert werden. Das selbe System kann auch für lebende Fracht, für Einwanderer, in Anwendung gebracht werden. Wir können verlangen, dass jeder Einwanderer von seinem Geburtsort ein Führungsattest beibringt, das von dem Konsul des Distrikts und dem Konsul oder einem besonderen Inspektor der Vereinigten Staaten am Ausfahrtshafen visiert wird, und das ganze Problem ist gelöst.“

Nun kündigt aber die Rooseveltsche Botschaft zugleich eine Linderung älterer Absperrungsmassnahmen an, und hierin prägt sich gleichfalls eine kul-

turgeschichtliche, weltpolitische Wandlung aus: die Chinesen sollen ver-
söhnlicher behandelt werden.


China hat bekanntlich von jeher gegen die Zulässigkeit der amerikanischen
Kulieinwanderungsverbote protestiert. Der Burlingame-Vertrag von 1868 aner-
kannte feierlich gegenseitig »das dem Menschen angeborne und unveräusser-
liche Recht, den Wohnsitz und die Staatsangehörigkeit zu ändern, und ebenso
die wechselseitigen Vorteile der freien Auswanderung ihrer Untertanen von
einem Lande ins andere zum Zwecke der Wissbegier, der Handelsinteressen
oder der festen Ansiedelung«. Nur widerstrebend willigte China 1880 in das
Pekinger Abkommen, »dass die Regierung der Vereinigten Staaten die Ein-
wanderung und den Aufenthalt chinesischer Arbeiter regulieren, beschrän-
ken oder suspendieren, jedoch nicht gänzlich verbieten dürfe« — also unter
Nichteinbeziehung der Kaufleute, der selbständigen Gewerbetreibenden, der
Reisenden aller Art. Dennoch läuft die amerikanische Gesetzgebung auf ein
fast vollständiges Verbot einer Neuzuwanderung aus dem Reiche der Mitte
hinaus. Der Begriff Arbeiter wurde ständig durch Gesetzgebung, Verwaltung
und Rechtsprechung erweitert. Verstöße werden nicht nur mit Ausweisung,
sondern mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre geahndet. Selbst die blosse
Rückkehr der seit langem in Amerika aufenthaltsberechtigten Arbeiter nach
vorübergehender Reise in ihre alte Heimat, der Kaufleute und ähnlicher Berufs-
tätiger, ist immer mehr abgeschnitten und von lästigen, oft gar nicht zu erfül-
lenden Formalitäten abhängig gemacht worden.

Das wachsende Selbstbewusstsein der gelben Rasse ist nicht nur in sich stetig
häufenden papiernen Beschwerden und Protesten zum Ausdruck gekommen,
sondern letzthin sogar in einem sehr fühlbaren Boykott amerikanischer Waren
jenseits des Stillen Ozeans. Ein gewisses Einlenken schien deshalb in Washing-
ton ratsam. Ob es richtig ist, wie es in Roosevelts Botschaft heisst: dass die
Pekinger Regierung selber keine Erleichterungen für die eigentliche Kuli-
auswanderung wünsche, wissen wir nicht. Dagegen sollen Studierende, Ge-
schäftsleute, Reisende und ähnliche Schichten nicht schlechter gestellt werden,
als die Angehörigen anderer, meistbegünstigter Nationen.

Den Bodensatz des Abendlandes wünscht und braucht man nicht, aber die
Elite der asiatischen Kultur muss man wohl oder übel respektieren.

XX

ROBERT SCHMIDT · SOZIALPOLITIK FÜR DIE LAND- ARBEITER!

U keiner Zeit hat die Forderung der Landarbeiter nach sozialer Für-
sorge wohl so viel Berechtigung gehabt, wie gegenwärtig. Die
Agrarier sind eben daran, die Früchte ihrer Politik einzuheimsen,
eine Preissteigerung aller landwirtschaftlichen Produkte ist einge-
treten, wie sie bisher einzig dasteht. Noch bevor die neuen Han-
delsverträge in Kraft treten, sind die Getreidepreise in die Höhe geschnellt,
und es besteht alle Aussicht, dass die neuen Zollsätze diese Preislage halten,
wenn nicht abermals steigern. Die ausserordentliche Preisbildung auf dem
Viehmarkt führt den Agrariern Millionengewinne zu, die auch für die

Folgezeit kaum in ernste Gefahr geraten, da Zoll und Erschwerung der Einfuhr eine günstige Marktlage für die Produzenten sichern. Wiederholt ist von den Wortführern der Agrarier im Reichstag auf Vorhaltungen von sozialdemokratischer Seite erklärt worden, sie können ihren Arbeitern keine höheren Löhne gewähren, weil der Gewinn aus landwirtschaftlichen Unternehmungen zu gering wäre. Jetzt aber hat die Landwirtschaft eine Epoche des Aufschwungs zu verzeichnen, die es ihr möglich machen muss, ihre Versprechungen, die Lage ihrer Arbeiter zu bessern, zu erfüllen. Indes, freiwillig wird den Arbeitern wohl nichts gegeben, auch für die Landarbeiter tritt über kurz oder lang die Frage der Organisierung zur Erkämpfung wirtschaftlicher Vorteile heran. Die Schwierigkeiten sind riesengross, aber mit dem Erstarken der Industriearbeiterschaft, dem Wachstum der Gewerkschaften in den Städten, wird von dort aus die Möglichkeit gegeben sein, die Landarbeiter aus ihrem dumpfen Dasein aufzurütteln, um sie der modernen Arbeiterbewegung zuzuführen. Die sozialdemokratische Fraktion hält gerade den gegenwärtigen Zeitpunkt für äusserst günstig, um mit zwei wichtigen Forderungen an die Gesetzgebung heranzutreten. Die eine betrifft die Errichtung von Schiedsgerichten für die Landarbeiter nach Art der Gewerbegerichte, die andere die Einführung von Arbeiterschutzbestimmungen.

Die Sozialpolitik hat den Landarbeiter immer als Stiefkind behandelt. Alle Änderungen, die die Gewerbeordnung seit 1869 für die Industriearbeiter brachten, die Gewährung des Koalitionsrechtes, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe, das Verbot der Nacharbeit für Frauen, die Beschränkung der Arbeitszeit für Frauen in Fabriken auf 11 Stunden, der Schutz der jugendlichen Arbeiter, die Einschränkung der Kinderarbeit, der Erlass von Arbeitsordnungen, die Einführung der Fortbildungsschulen, die Verordnungen, betreffend sanitäre Vorschriften für besonders gesundheitsschädliche Betriebe, die Kontrolle der Betriebe durch Inspektoren: all das ist von dem Landarbeiter ferngehalten. Die Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis muss der Landarbeiter auf dem umständlichen, kostspieligen Weg bei dem ordentlichen Gericht geltend machen; die einfachere Form des Rechtsstreits, wie sie dem grössten Teil der Industriearbeiter im Gewerbegericht gegeben ist, ist ihm verschlossen. Er ist aber nicht nur in seiner Rechtstellung gegenüber dem Industriearbeiter bei allen Reformen stark zurückgesetzt, er ist in rücksichtsloser Weise noch weiter herabgedrückt worden. Die Flucht des Landarbeiters aus den zum Teil mittelalterlichen patriarchalischen Rechtsverhältnissen wurde erschwert. Zu diesem Zweck propagierten die Agrarier die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs, die zwangsweise Zurückhaltung des Kontraktbrüchigen an der Arbeitsstätte, denn mit Geldstrafen war den armen Landarbeitern nicht recht beizukommen. In einigen Bundesstaaten ist diesem Begehren in grosser Eile stattgegeben, und wenn in Preussen bisher die Sache nicht geglückt ist, so ist daran weniger der preussische Landtag schuld, als vielmehr der Widerspruch des Reichstages, der bei der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation erfolgte.

Das Bürgerliche Gesetzbuch, die so gepriesene Reform des bürgerlichen Rechts, liess die Gesindeordnung unberührt und schuf damit ein neues Unrecht zu ungunsten der Landarbeiter. Zwar weist man mit Nachdruck darauf hin, dass nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Herrschaft des Gesinde nicht mehr

prügeln darf; aber jedermann weiss, dass es dennoch geschieht und dem Geprügelten nicht einmal das Recht zusteht, deswegen den Dienst zu verlassen, weil nach der preussischen Gesindeordnung eine körperliche Züchtigung des Gesindes kein Grund für die sofortige Lösung des Dienstverhältnisses ist.

Die Versicherungsgesetze schalten gleichfalls die Landarbeiter bei wichtigen Vergünstigungen aus. So ist die Krankenversicherungspflicht auf die Landarbeiter nicht ausgedehnt, die Unfallversicherung berechnet den Jahresarbeitsverdienst, der der Rentenberechnung zu Grunde gelegt wird, nicht nach dem Individuallohn, wie bei den gewerblichen Arbeitern, sondern nach Durchschnittssätzen, die von den Verwaltungsbehörden festgesetzt werden. Diese Berechnungen fallen dann ausserordentlich niedrig aus. Die Invalidenversicherung umfasst zwar alle ländlichen Arbeiter, aber das Markenkleben begegnet bei den Grundbesitzern einer so starken Abneigung, dass es in zahlreichen Fällen unterlassen wird und damit der Arbeiter nicht nur bei der Berechnung der Rente geschädigt wird, sondern oft auch seines Anspruchs auf die Rente verlustig geht. In der Industrie ist die Markenkontrolle leichter durchführbar, auch haben sich dort die gesetzlichen Vorschriften besser eingebürgert. Der Industriearbeiter wechselt öfter seine Arbeitsstätte, so dass Verfehlungen der Unternehmer leichter bemerkt werden; der ländliche Arbeiter ist sesshafter, und in dem Gefühl der Abhängigkeit wagt er es nicht einmal, seinen Arbeitgeber wegen der Benachteiligung zur Rechenschaft zu ziehen, ganz abgesehen davon, dass er zu unbeholfen zur Vertretung seiner Ansprüche ist. Die Rechtssprechung ist dem Arbeiter auch nicht günstig; das Unterlassen des Markenklebens hat seitens des Arbeiters einen Anspruch auf Schadenersatz nicht zur Folge.

Diese überall bemerkbare Zurücksetzung der Landarbeiter findet in dem starken Einfluss des Grossgrundbesitzers auf die Regierung und Gesetzgebung seine Erklärung. Besonders aber ist Preussen der Hemmschuh jedes Fortschritts, und der preussische Landtag der Rückhalt einer arbeiterfeindlichen Politik.

Eine sozialpolitische Reform muss zunächst die Unterschiede zwischen Industrie- und Landarbeitern aufheben, mindestens auf dem Gebiete des Versicherungswesens müssen dem Landarbeiter die gleichen Rechte eingeräumt werden, wie dem Industriearbeiter. Der Arbeiterschutz wird in der Landwirtschaft freilich schwieriger durchzuführen sein, als in der Industrie. Man wird die Arbeitszeit nicht schematisch gleich bemessen können. Während der Ernte, wenn es gilt, Feldfrüchte vor dem Verderben zu bewahren, werden Arbeitszeit und Sonntagsarbeit keine enge Begrenzung dulden; die Viehhaltung und die häuslichen Arbeiten lassen eine absolute Sonntagsruhe überhaupt nicht zu. Wohl aber wird man diese Arbeiten auf das Notwendigste beschränken können und abwechselnd dem Arbeiter eine freie Zeit gewähren müssen. Die sozialdemokratische Partei hat bisher in ihrem Initiativantrag die achtstündige Arbeitszeit nur für die in Handel, Gewerbe und Industrie tätigen Angestellten gefordert. Einmal, weil hier die Durchführung am leichtesten erscheint, dann aber in der Erkenntnis, dass für die Landwirtschaft besonders schwierige Verhältnisse zu überwinden sind. So enthält auch der Antrag, der für die Landarbeiter die Regelung des Arbeitsvertrages und der Arbeitsverhältnisse fordert, nur die allgemeine Angabe, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der

Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern. Damit soll nicht gesagt sein, dass der achtstündige Arbeitstag nicht auch in der Landwirtschaft Regel werden soll. Schwieriger wird die Festsetzung der Arbeitszeit für die Hausarbeit sein, weil hier eine Kontrolle nahezu unmöglich ist. Es dürfte sich deshalb empfehlen, Beginn und Ende der Arbeitszeit festzulegen, so dass für die effektiv geleistete Arbeit ein Spielraum bleibt. Die Begrenzung der Arbeitszeit im Haushalt würde die Dienstboten von der Plage befreien, bis in die halbe Nacht hinein angespannt tätig zu sein. Eine Gewähr dafür, dass die Arbeitszeit über einen gewissen Zeitpunkt nicht ausgedehnt werden darf, wäre dadurch herbeizuführen, dass beim Zuwiderhandeln gegen diese Bestimmung seitens der Herrschaft der Dienstbote den Vertrag lösen kann. Die Sonntagsruhe wird, wenn auch in beschränktem Umfange, möglich sein, zum mindesten muss bei Aufgabe eines freien Sonntags ein halber freier Tag in der Woche eingefügt werden. Durch freie Vereinbarung wird bei der geringen Widerstandskraft der Landarbeiter nichts erreicht; der gesetzliche Zwang ist für Dienstboten und Landarbeiter das einzige Mittel, um aus dieser Willkür herauszukommen. Mit Ausschluss der Ernte- und Bestellzeit, der häuslichen Arbeiten, der Arbeiten für die Viehhaltung wird im übrigen die Landwirtschaft am Sonntag die Arbeit ruhen lassen können.

Bei der unsicheren Rechtsstellung der Wanderarbeiter werden gewisse Normativbestimmungen für den Vertragsabschluss, sowie eine schärfere Kontrolle der Wohnräume nötig sein. Wenn bei Benutzung von Pachtland vor Einbringung des Ertrages der Vertrag gelöst wird, muss der Arbeiter eine angemessene Entschädigung erhalten. Heute kommt es nicht selten vor, dass der abziehende Arbeiter nicht einmal die Aussaat für das Pachtland ersetzt bekommt, mithin die Arbeit und der Nutzen, den der Ertrag versprach, für ihn verloren geht. Der vielfach übliche Brauch, den Landarbeiter aus seiner Wohnung bei Vertragslösung sofort herauszuwerfen, lässt erkennen, in wie rücksichtsloser Weise die Gutsherren von ihrer Machtbefugnis Gebrauch machen; solche drakonische Mittel, die Familie der Arbeiter obdachlos zu machen, dürfen nicht in das Belieben eines rücksichtslosen Gutsherrn gestellt werden.

Die Errichtung von Arbeiterkammern wird notwendig in Verbindung mit der Landwirtschaft erfolgen müssen. Und wenn irgendwo die Forderung berechtigt ist, dass die Arbeitervertretung losgelöst wird von dem Einfluss der Unternehmer, so hier; unter der Herrschaft der Junker wäre eine paritätische Vertretung nutzlos für die Arbeiter, weil die Abhängigkeit der Arbeiter bis zur vollen Entsagung seiner Rechte getrieben wird. Hand in Hand mit der Arbeiterkammer muss eine Inspektion der landwirtschaftlichen Betriebe gehen mit ebenso weitgehenden Befugnissen, wie sie die Fabrikinspektion hat. Die unteren Verwaltungsbehörden, die vielfach in den Händen von Interessenten sind, können nicht zugleich Aufsichts- und Kontrollbehörde über Arbeiterschutzvorschriften sein, es bedarf einer unabhängigen Instanz und eines Beamten, dem die engen wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Interessentenkreis fehlen.

Der deutsche Landarbeiter steht, was die Entfaltung einer Energie zur Vertretung seiner Interessen anlangt, weit hinter dem italienischen und ungarischen

schen zurück, die grossen Kämpfe seiner Berufskollegen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sind ihm fremd, und die politische Regsamkeit fehlt ihm. Um dem Joch des Gesindefrondienstes zu entgehen, entflieht er dessen Bannkreis und sucht in der Industrie oder als Wanderarbeiter eine besser gelohnte Arbeit auf; seine freien Plätze nehmen vom Auslande hereinkommende, noch bedürfnislosere Proletarier ein. Diese recht- und schutzlose Stellung des ländlichen Arbeiters fordert zum energischen Kampf für die Gleichberechtigung des ländlichen Proletariats auf. Vor allem gilt es, den übermächtigen Einfluss des Junkertums in Preussen zu bannen, das zu allen Zeiten die deutschen Landarbeiter unterdrückt und ausgenutzt hat. Der feste Hort seiner Machtstellung ist der preussische Landtag; gegen dieses Privilegienparlament muss der Kampf mit allen Mitteln geführt werden, hier droht ja nicht nur dem preussischen Landarbeiter eine Gefahr weiterer Unterdrückung, sondern der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

XX

THEODOR LEIPART · DIE STREIKSTATISTIK DER GEWERKSCHAFTEN

DIE von den Gewerkschaften alljährlich veröffentlichten Nachweisungen über die Zahl der Streiks, ihren Umfang und ihre Resultate finden in den weitesten Kreisen von Jahr zu Jahr steigende Beachtung. Es entspricht dies einmal der allgemeinen Bedeutung, welche den Arbeitskonflikten im Wirtschaftsleben der Nation beizumessen ist. Zum andern hat die gewerkschaftliche Streikstatistik in den letzten Jahren eine solche Vervollkommnung erfahren, dass ihre Ergebnisse ohne Zweifel als die beste Übersicht über das Wesen, die Ursachen und die Erfolge der Streiks in Deutschland angesehen werden dürfen. Selbst die amtliche Streikstatistik des kaiserlichen Statistischen Amtes kann nach dieser Richtung einen Vergleich mit der Statistik der Gewerkschaften nicht bestehen. Es ist erst 13 Jahre her, dass die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* den ersten Versuch einer Streikstatistik veranstaltete. Zu Beginn des Jahres 1892 versandte sie Fragebogen an die bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen, zum Zwecke einer Berichterstattung über die Streiks in den beiden Jahren 1890 und 1891. Von 65 Organisationen lieferten jedoch nur 35 die Fragebogen zurück. Dies lag daran, dass bis dahin nur die wenigsten Verbandsvorstände Aufzeichnungen über die Streiks besaßen. Die heutigen, meist sehr präzisen reglementarischen Vorschriften über die Streikgenehmigung und Streikleitung durch die Zentralvorstände existierten damals entweder noch gar nicht oder standen doch nur auf dem Papier. Auch die Unterstützung der Streiks erfolgte nicht hauptsächlich aus Verbandsmitteln, sondern aus freiwilligen Sammlungen u. s. w. So erklärt es sich, dass die Zentralvorstände oft selbst nicht genau über die einzelnen Streiks informiert und deshalb auch nicht in der Lage waren, der *Generalkommission* auf ihr erstmaliges Ersuchen richtige und vollständige Angaben zu machen. Diese erste, im August 1892 veröffentlichte Statistik über die Streiks in den Jahren 1890 und 1891 konnte also nicht vollkommen sein. Trotzdem berichtet sie über

226 Streiks mit 38 536 Beteiligten und einer Kostensumme von 2 094 922 Mark. Von diesen Zahlen entfallen aber 10 000 Beteiligte und 1 250 000 Mark allein auf den grossen Buchdruckerstreik. Dafür fehlen wieder andere grosse Kämpfe, wie die Hamburger Tabakarbeiteraussperrung, welche 3000 Personen betroffen und eine Ausgabe von 500 000 Mark erfordert hat, sowie auch die damaligen schweren Kämpfe der Glasarbeiter, Schuhmacher und Textilarbeiter in der Statistik ganz. Die *Generalkommission* durfte also mit Recht in ihrem Kommentar sagen: »Vor allen Dingen soll dieser erste Versuch dazu dienen, die Leiter der Organisationen anzuregen, von jetzt ab über alle im Gewerbe vorkommenden Kämpfe statistische Aufzeichnungen zu machen. Bis jetzt ist nur von wenigen Organisationen Wert hierauf gelegt.« Diese Mahnung ist nicht erfolglos geblieben, und wenn es auch noch eine ganze Reihe von Jahren gedauert hat, bis die Streikstatistik einigermaßen den berechtigten Ansprüchen genügte, so ist es doch der *Generalkommission* als ein Verdienst anzurechnen, dass sie hierzu die Anregung gegeben und auch weiterhin die Triebfeder dazu gebildet hat.

Seit dem Jahre 1892 hat die *Generalkommission* regelmässig jedes Jahr die Statistik wiederholt und die Resultate in ihrem *Korrespondenzblatt* veröffentlicht. Die nachstehende Tabelle gibt die Hauptzahlen über die Anzahl der Streiks, der beteiligten Personen, der Kosten und den Verlauf der Streiks der einzelnen Jahre wieder:

Jahr	Verbände, welche über Streiks berichteten	Anzahl der Streiks	Hiervon waren		Gesamtzahl der beteiligten Personen	Gesamtkosten der Streiks (in Mark)	Verlauf der Streiks				Prozentsatz der ganz oder teilweise erfolgreichen Streiks
			Angriffstreiks	Abwehrstreiks			Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Verloren	Unbekannt	
1890-91	27	226	147	79	38 536	2 094 922	67	89	55	15	69,1
1892	21	73	20	53	3 022	84 638	25	15	32	1	54,7
1893	26	116	37	79	9 356	172 001	51	25	38	2	65,6
1894	27	131	38	91	7 328	354 297	36	37	51	5	56,5
1895	29	204	100	94	14 032	424 231	87	30	75	2	60,4
1896	40	483	332	151	128 808	3 042 950	232	122	106	23	73,3
1897	37	578	330	248	63 119	1 257 298	272	146	154	6	72,4
1898	44	985	477	505	60 162	1 345 302	413	165	169	16	73,8
1899	40	976	542	430	100 779	2 627 119	524	205	213	34	74,7
1900	45	852	514	338	115 711	2 936 030	375	215	217	21	69,4
1901	49	727	291	436	48 522	2 515 888	267	171	237	30	60,4
1902	46	861	289	572	55 713	2 237 504	350	156	296	29	63,1
1903	53	1 282	603	679	121 593	5 080 984	623	239	359	26	68,4
1904	50	1 625	886	739	135 957	5 551 314	878	317	349	32	75,8
—	—	9 119	4 606	4 494	902 638	29 724 478	4 199	1 932	2 351	242	70,0

Auch wenn wir die erwähnten anfänglichen Mängel und Lücken in der Statistik in Betracht ziehen, zeigt ein Vergleich der Zahlen in dieser Tabelle doch mit aller Deutlichkeit, wie sehr die Streikbewegung der deutschen Gewerkschaften in diesem Zeitraum an Ausdehnung gewonnen hat. Von 73 im Jahre 1892 ist die Zahl der Streiks auf 1625 im Jahre 1904 angewachsen, die Zahl der Streikenden von 3022 auf 135 957 und die Gesamtkosten der Streiks

von 84 638 auf 5 551 314 Mark. Allerdings hatten wir 1892 das grösste Krisenjahr, was schon die geringe Zahl von nur 20 Angriffstreiks dokumentiert. Nur zehn Verbände konnten in diesem Jahre überhaupt über stattgefundene Angriffstreiks berichten. Heute ist es nicht selten, dass in einem einzigen der grossen Verbände in einer Woche so viel Angriffstreiks begonnen werden, als damals alle Verbände zusammen in einem ganzen Jahr zu verzeichnen hatten.

Nach der grossen Krisis im Anfang der neunziger Jahre begann im Jahre 1896 der Aufstieg der Konjunktur, welcher ein riesiges Anschwellen der Streikbewegung zur Folge hatte. Jetzt galt es für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, eine erste bedeutende Probe ihres Könnens abzulegen. Die Zahl der Angriffstreiks stieg auf 332, von denen mehr als 73 % gegen 60 % im Jahre 1895 und nur 56 % im Jahre 1894 erfolgreich beendet werden konnten. Diese grossen Erfolge von 1896 und den nächstfolgenden Jahren, welche die Gewerkschaften auf dem wirtschaftlichen Kampfgebiet zu erzielen vermochten, sind in erster Linie als die Ursachen anzusprechen für das riesige Wachstum der Organisationen, welches zu der heutigen Mitgliederstärke und finanziellen Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften geführt hat. Die gute Konjunktur dauerte ungefähr bis zur Mitte des Jahres 1900. Die höchste Ziffer der Angriffstreiks, nämlich 542, weist das Jahr 1899 auf, und auch die Prozentzahl der ganz oder teilweise erfolgreichen Streiks stieg in diesem Jahre auf beinahe 75, um schon im Jahre 1900 wieder auf 69 % zu fallen. Dann folgten die beiden Krisenjahre 1901 und 1902, in denen die Zahl der Angriffstreiks nur 291 respektive 289 betrug, gegen 436 respektive 572 Abwehrstreiks. Ebenso deutlich sprechen auch die Zahlen in den Spalten für die Gesamtzahl der beteiligten Personen und der Kosten der Streiks in unserer Tabelle. Im Jahre 1889 waren es 100 779 Streikende, und die Kostensumme betrug 2 627 119 Mark, dagegen waren an den Streiks 1901 nur 48 522 Personen, also weniger als die Hälfte, beteiligt, während trotzdem die Kostensumme fast die gleiche Höhe, nämlich 2 515 888 Mark, erreichte. Das zeigt, um wieviel langwieriger die Kämpfe des Krisenjahres 1901 gegenüber denen des Jahres 1899 waren. Aber trotz der unverhältnismässig hohen finanziellen Aufwendungen verzeichnet die Statistik von 1901 nur 60 % erfolgreicher Streiks, alle übrigen mussten mit einer völligen Niederlage der Arbeiter beendet werden.

Betrachten wir demgegenüber nun die gewaltige Zahl der Streiks im Jahre 1904, die zu annähernd 76 % ganz oder teilweise erfolgreich verlaufen sind, so verlohnt es sich insbesondere, darauf hinzuweisen, wie wenig die so lange und so hartnäckig vertretenen Befürchtungen berechtigt waren, dass die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften ihren Kampfcharakter beeinträchtigen, sie zur *Versumpfung* führen würden. Der Ausbau der Unterstützungseinrichtungen hat bekanntlich gerade in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht. So gewährten im Jahre 1900 erst 21 Verbände Arbeitslosenunterstützung und nur 10 Verbände Krankenunterstützung, im Jahre 1904 aber hatten bereits 38 Verbände die Arbeitslosen- und 31 Verbände die Krankenunterstützung eingeführt. Die Erfahrungen haben also in vollem Umfange den Befürwortern der Unterstützungseinrichtungen recht gegeben, welche von allem Anfang die einzelnen Unterstützungszweige, besonders aber die Arbeitslosenunterstützung, hauptsächlich als **Kampfmittel** hingestellt und empfohlen haben, bestimmt, die **Widerstandskraft der Arbeiter gegenüber dem Unter-**

nehmertum zu stärken und die Gewerkschaften kampfbereiter und leistungsfähiger zu machen. Mit Recht hebt deshalb auch die *Generalkommission* in der Einleitung ihres Berichtes über die Streiks im Jahre 1904 hervor, dass die 1625 Streiks dieses Jahres von einem *Ruhebedürfnis* der Gewerkschaften, von dem nach dem Cölner Gewerkschaftskongress so viel gesprochen worden ist, absolut nichts verspüren lassen. Und man kann diesem grundlosen Gerede um so entschiedener entgegentreten, als sicher zu erwarten ist, dass auch die Statistik für das Jahr 1905 eine gleich umfangreiche Streikbewegung ausweisen wird. Die jetzige hohe Streikziffer muss aber noch um so grösser erscheinen, wenn man berücksichtigt, dass die Zahl der in den letzten Jahren abgeschlossenen Tarifverträge mit einer mehrjährigen Fristdauer immerhin schon eine ziemlich beträchtliche ist, wodurch naturgemäss das Gebiet der Streikfälle eingeschränkt wird. Daneben kommt weiter in Betracht, dass neben den Streiks die friedlichen Lohnbewegungen, welche ohne Arbeitseinstellung zu einer Vereinbarung führen, eine noch grössere Steigerung erfahren haben. Das muss berücksichtigt werden, wenn man den ganzen Umfang der Lohnbewegung begreifen und sich ein Urteil über die in Wirklichkeit gar sehr *ruheloze* Tätigkeit der Gewerkschaften auf diesem ihrem hauptsächlichsten Aufgabengebiet bilden will. Auffallend dürfte dem Aussenstehenden die Tatsache erscheinen, dass trotz der verhältnismässig günstigen Konjunktur der letzten beiden Jahre doch auch die Zahl der Abwehrstreiks eine Zunahme aufweist. Gegenüber 1902 ist die Zahl der Angriffstreiks von 289 auf 886, der Abwehrstreiks von 572 auf 739 gestiegen. Es waren also die Abwehrkämpfe im letzten Jahre fast ebenso zahlreich als die Angriffstreiks. Diese Tatsache erklärt sich zu einem guten Teil aus der vermehrten Zahl der Aussperrungen, die bei den Abwehrstreiks mitgezählt sind. Erst seit dem Jahre 1900 führt die *Generalkommission* in ihrer Streikstatistik die Aussperrungen gesondert auf. Bis dahin beschränkte die Statistik sich überhaupt auf wenige der wichtigeren Daten, die in den ersten Jahren in einer einzigen Tabelle zusammengefasst waren, während die letztjährige Statistik bereits zwölf grosse und noch eine ganze Anzahl kleinerer in den Text eingefügter Tabellen erforderte. Über die Zahl der von den Unternehmern verhängten Aussperrungen seit 1900 berichtet die folgende Übersicht:

Jahr	Anzahl der Aussperrungen	Beteiligte Personen	Gesamtkosten (in Mark)	Erfolgreich in %	Teilweise erfolgreich	Verloren
1900	46	14 630	600 493	34,8	24,0	26,0
1901	35	8 460	283 576	26,0	26,0	37,1
1902	56	6 791	308 023	14,3	14,3	44,4
1903	82	45 763	1 798 801	39,0	15,8	29,3
1904	112	31 402	1 870 647	37,2	25,5	37,2

Die Zahl der Aussperrungen hat sich also seit 1902 gerade verdoppelt, die Zahl der davon betroffenen Arbeiter dagegen beinahe vervünffacht und die zur Unterstützung erforderliche Kostensumme sogar versechsfacht, obgleich das Jahr 1902 ein Krisenjahr und somit für ein Vorgehen der Unternehmer wesentlich günstiger war als 1904. Letzteres beweist auch der Verlauf der Aussperrungen, welcher 1902 nur in 28 %, 1904 dagegen in 62 % der Fälle für die Arbeiter

ganz oder teilweise erfolgreich war. Welchen Anteil die Aussperrungen an der gesamten Lohnbewegung haben, zeigt die Tatsache, dass im Jahre 1904 zwar nur der vierzehnte Teil aller Streikfälle, aber der vierte Teil der beteiligten Personen und der dritte Teil der ganzen Kostensumme auf sie entfallen. Immerhin verbleiben nach Abzug der Aussperrungen für 1904 noch 627 Abwehrstreiks gegenüber den 886 Angriffstreiks. Als hauptsächlichste Ursachen der selben sind in der Statistik angegeben in 266 Fällen Lohnreduzierung, in 160 Fällen Massregelung, in 67 Fällen Nichtinnehaltung der allgemeinen üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, in 29 Fällen Verlängerung der Arbeitszeit, in 21 Fällen schlechte Behandlung der Arbeiter, in 19 Fällen das Verlangen, aus der Organisation auszutreten u. s. w. Die zahlreichsten Anlässe zu den Abwehrstreiks bildeten demnach, wie in den früheren Jahren, die von den Unternehmern versuchten Lohnkürzungen und Massregelungen. Dass die im allgemeinen günstige Geschäftslage im Jahre 1904 diese grosse Zahl von Fällen nicht verhindert hat, dürfte darin eine Erklärung finden, dass einmal die Konjunktur nicht in allen Gewerben und auch nicht in allen Bezirken gleich günstig war, sowie zum andern darin, dass auf der einen Seite durch den Einfluss der Unternehmerorganisationen bei manchem Arbeitgeber die Kampfeslust herausgelockt worden, auf der anderen Seite aber auch die Arbeiter, gestützt auf ihre erstarkte Organisation, weniger zaghaft und nicht so leicht geneigt waren, eine Verschlechterung ihrer Lage ohne Gegenwehr hinzunehmen.

Ohne Zweifel wäre aber die Zahl der Abwehr- wie Angriffstreiks noch eine weit höhere, wenn nicht die Funktionäre, insbesondere die stark vermehrte Beamtenschar der Gewerkschaften, durch die gesammelten, praktischen Erfahrungen sich in erfreulichem Masse Geschick und Routine in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern angeeignet, sowie auch die Disziplin und Aufklärung der Mitglieder über das Verhalten in Konfliktsfällen grosse Fortschritte gemacht hätten. Es kommt heute nur selten mehr vor, dass nicht vor der Arbeitseinstellung von seiten der Gewerkschaftsleitung Unterhandlungen mit dem einzelnen Arbeitgeber oder mit der Unternehmerorganisation versucht werden. In den grossen Gewerkschaftsverbänden, die über zahlreiche besoldete Gauvorsteher in allen Bezirken des Reiches verfügen, erfolgt die Genehmigung eines Streikes und dessen Unterstützung seitens des Zentralvorstandes nur, wenn der angestellte Beamte des fraglichen Bezirkes alle Voraussetzungen für die Notwendigkeit und das Gelingen einer Arbeitseinstellung gründlich an Ort und Stelle geprüft und auf Grund seiner Untersuchung die Streikgenehmigung befürwortet hat. Dass ein solcher Gewerkschaftsbeamter in Erfüllung dieser gewiss nicht leichten Aufgabe reiche Erfahrungen sammeln und sich einen scharfen Blick für die Beurteilung aller in Betracht zu ziehenden Momente aneignen kann, liegt auf der Hand. Er wird also einen Streik nicht befürworten, der nicht wenigstens einige Aussicht auf Erfolg bietet. Vor allem aber wird er, namentlich in zweifelhaften Fällen, durch sein Eingreifen in die Verhandlungen unter Ausnützung seiner Erfahrungen die Anwendung des Streiks als letztes Mittel möglichst zu vermeiden trachten, wozu sich oft genug die Möglichkeit bietet, ohne dass die Interessen der von ihm vertretenen Arbeiter etwa benachteiligt werden brauchen. Die Richtigkeit des Satzes, dass der Streik ein zweischneidiges Schwert, und dass ein magerer

Vergleich vielfach besser ist, als ein fetter Prozess, hat sich schon oft genug bewahrheitet und wird zum Glück sowohl von den Arbeitern, als auch von einem grossen Teil der Unternehmer immer mehr anerkannt.

Hieraus ergibt sich naturgemäss, dass ein grosser Prozentsatz der Streitigkeiten, namentlich der sogenannten Werkstatt-differenzen, im Verhandlungswege *ohne Blutvergiessen* erledigt werden kann. Sind doch die Fälle schon ziemlich zahlreich, dass die Unternehmer bei drohenden Differenzen ihrerseits die Intervention der Gewerkschaftsbeamten anrufen, um sich vor den Schäden eines eventuellen Streiks zu schützen. Zwar hat diese Tatsache bei den Arbeitern hier und dort ein gewisses Vorurteil gegen die eigenen Führer wachgerufen, dass sie immer nur *bremsen* wollen und häufiger, als nötig, geneigt seien, den Unternehmern Konzessionen zu machen. Aber dieses Vorurteil ist natürlich völlig unberechtigt, und es schwindet auch in der Regel sehr bald, wenn an Stelle der aufgeregten Stimmung beim Austrag der Differenzen wieder nüchterne Überlegung Platz gegriffen hat. Im übrigen wird mit mir jedes Mitglied irgend eines Zentralvorstandes bezeugen können, dass häufig genug die Sache der Arbeiter gerade dadurch Schaden erlitten hat, wenn versäumt wurde, dem Gauvorsteher oder sonstigen berufenen Verbandsbeamten vor der Arbeitsniederlegung Gelegenheit zum Eingreifen zu geben.

Über die ohne Arbeitseinstellung verlaufenen, sogenannten *friedlichen* Lohnbewegungen hat die *Generalkommission* für das Jahr 1904 erstmals von den Einzelverbänden Berichte eingefordert und in einer Statistik veröffentlicht. Leider ist diese insofern mangelhaft, als sie nicht Aufschluss darüber gibt, wie gross die Zahl der Bewegungen ist, da nur nach der Anzahl der Orte gefragt wurde. Beteiligt waren an diesen Bewegungen insgesamt 184 206 Personen, gegen nur 135 957 an den Streiks und Aussperrungen Beteiligte. Der Vergleich dieser beiden Zahlen lässt einen Schluss darauf zu, wieviel grösser der tatsächliche Umfang der Lohnbewegung auch in den früheren Jahren war, als die Zahlen der Streikstatistik erkennen lassen. Für das Jahr 1904 beträgt hiernach die Gesamtzahl der an der Lohnbewegung beteiligten Personen 320 163, von denen weit über die Hälfte ihre Forderungen ohne Streik durchsetzen konnten.

Von den tatsächlichen Erfolgen der Lohnbewegung geben die Nachweisungen über den erfolgreichen oder erfolglosen Verlauf der einzelnen Streiks natürlich nur ein ganz unvollkommenes Bild. Auf Beschluss einer Vorstandskonferenz ist die *Generalkommission* deshalb dazu übergegangen, ihre Erhebungen auf die tatsächlichen Errungenschaften in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung auszudehnen. Für die ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Bewegungen liegen diese Nachweisungen schon für das Jahr 1904 vor, während sie für die Streiks erstmals am Schluss des Jahres 1905 erhoben werden sollen. Soweit es sich bei den friedlichen Lohnbewegungen um Angriffsbewegungen, das heisst solche zur Durchführung von Forderungen der Arbeiter handelte, erzielten 47 346 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 4 Wochenstunden, und 121 380 eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 1,98 Mark pro Woche. Hinzu kommen noch die ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Bewegungen zur Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, durch welche 2583 Personen eine Verlängerung der Arbeitszeit und 3379 eine Lohnkürzung zurückweisen konnten.

Diese Beispiele aus dem vorliegenden Material mögen genügen, um zu zeigen, wie wichtig und wertvoll die Vervollkommnung der Statistik nach dieser Richtung für die Agitation der Gewerkschaften und die Beurteilung ihres Wirkens zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ist.

Von Interesse dürfte es sein, an der Hand der Statistik eines einzelnen Verbandes, dessen Methode in gewissem Umfange für die allgemeine Streikstatistik der Gewerkschaften mustergültig geworden ist, das Verhältnis der friedlichen Lohnbewegungen zu den Streiks noch etwas eingehender zu erörtern. Der deutsche Holzarbeiterverband veröffentlicht seit einer langen Reihe von Jahren eine sehr spezialisierte Jahresstatistik nicht bloss über seine Streiks, sondern auch über die ohne Streik verlaufenen Lohnbewegungen. In der nachstehenden Übersicht lassen wir die Hauptzahlen seit dem Jahre 1900 folgen:

Jahr	Anzahl der Streiks	Hiervon waren				Gesamtzahl der beteiligten Personen	Bewegungen ohne Streik	Beteiligte Personen	Prozentsatz der mit vollem oder teilweiseem Erfolg beendeten An- Ab- griff- wehr- streiks	
		Angriff- streiks	Beteiligte Personen	Abwehr- streiks	Beteiligte Personen				An- griff- streiks	Ab- wehr- streiks
1900	111	57	15600	54	1835	17435	58	4552	84	46
1901	84	15	442	69	1948	2390	58	2581	72	58
1902	124	16	1629	108	2115	3744	33	1549	56	58
1903	207	111	4036	96	4159	8195	252	10252	78	60
1904	361	241	12650	120	7660	20310	468	20354	84	76

Der Niedergang der Konjunktur in den Jahren 1901 und 1902 zeigt sich in diesen Zahlen ebenso deutlich, wie in der Gesamtstatistik der *Generalkommission*. Desgleichen das Emporschnellen der Streikziffern, besonders im letzten Jahre. Viel stärker, als die Zahl der Streiks, vermehrte sich aber die Zahl der Bewegungen ohne Streik. Im Jahre 1904 wurde über 468 solcher Lohnbewegungen an den Vorstand berichtet, darunter 415 Angriffs- und 53 Abwehrbewegungen. Demgegenüber verzeichnet die Statistik nur 241 Angriff- und 120 Abwehrstreiks (worunter 15 Aussperrungen), so dass von den insgesamt 829 Einzelfällen der Lohnbewegung des Holzarbeiterverbandes weit über die Hälfte, nämlich mehr als 56 %, ohne Anwendung des Streiks beigelegt worden sind. Trotzdem hatte der Verband in diesem einen Jahre die Kleinigkeit von 1 145 554 Mark an Kosten der Streiks aufzubringen, wovon allerdings beinahe die Hälfte auf die 15 Aussperrungen entfällt. Nicht weniger als 205 Städte, das ist fast der dritte Teil der vorhandenen Zahlstellen des Verbandes, waren an der Lohnbewegung beteiligt. Daran, sowie an der hohen Personenziffer von zusammen 40 664, kann man den gewaltigen Umfang der Bewegung dieses Jahres ermessen.

Bei vielen Streiks findet sich bekanntlich ein Teil der Unternehmer bereit, die eingereichten Forderungen zu bewilligen, auch wenn es in den übrigen Betrieben zur Arbeitseinstellung kommt. Wie zahlreich diese Fälle sind, ist aus der allgemeinen Statistik der *Generalkommission* nicht ersichtlich, wohl aber aus der des Holzarbeiterverbandes. Greifen wir nur die Angriffstreiks heraus, so ergibt sich, dass im Jahre 1904 von den insgesamt in Betracht kommenden 2380 Betrieben nicht weniger als 1099 die Forderungen vor der Arbeitseinstellung

stellung bewilligten, so dass bei diesen Unternehmern während des Streiks weitergearbeitet werden konnte. Es betrifft dies 45 von den insgesamt 241 Angriffstreiks, aber da sich von letzteren 169 nur auf je einen Betrieb erstreckten, so bilden jene 45 von den noch verbleibenden 72 Streiks immerhin einen ganz beträchtlichen Prozentsatz. Und dass die Zahl der Arbeiter, welche durch die vorherige Bewilligung von der Teilnahme am Streik entbunden wurden, sogar noch grösser war, als die der Streikenden selbst, ergibt sich aus folgender Übersicht über die Errungenschaften des Holzarbeiterverbandes in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung, sowohl durch die Streiks, als auch durch die ohne Streik verlaufenen Bewegungen:

Jahr	Verkürzung der Arbeitszeit						Lohnerhöhung					
	Infolge des Streiks	Durch vorherige Bewilligung	Zusammen Personen	Stunden pro Woche	Durch Bewegungen ohne Streik	Stunden pro Woche	Infolge des Streiks	Durch vorherige Bewilligung	Zusammen Personen	o/o respektive Mark	Durch Bewegungen ohne Streik	o/o respektive Mark
1900	3705	536	4241	3,5	3844	4,0	12079	2136	14215	12,7 o/o	3856	9,0 o/o
1901	126	25	151	4,6	886	3,5	333	77	410	9,0 o/o	638	9,0 o/o
1902	282	124	426	3,8	61	3,6	793	148	941	10,0 o/o	491	10,0 o/o
1903	1026	558	1584	5,0	1947	2,7	2385	3081	5466	8,0 o/o	5362	7,5 o/o
1904	3239	5142	8381	2,7	7707	3,1	7332	6345	13677	2,08 Mark	14577	1,56 Mark

Zählen wir hiernach die Personen, welche bei den Streiks durch vorherige Bewilligung eine Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhung erzielten, denen der überhaupt ohne Streik verlaufenen Bewegungen hinzu, so haben im Jahre 1904 erreicht

durch Streik	Arbeitsverkürzung	Lohnerhöhung
ohne Arbeitseinstellung	3 239 Personen	7 332 Personen
	12 849 „	20 922 „

Diese Tatsache, die manchen vielleicht überraschen mag, wie ferner auch die, dass die durch die friedlichen Lohnbewegungen erzielten Errungenschaften den durch Anwendung des Streiks erreichten in der durchschnittlichen Höhe fast nicht nachstehen, ist sicherlich ein erfreulicher Beweis — für das steigende Verständnis und Entgegenkommen der Unternehmer? Vielleicht auch dafür, aber eingetrichtert hat dieses Verständnis und Entgegenkommen den Unternehmern doch allein die Macht und Stärke unserer Gewerkschaften. Man möge in der letzten Tabelle einmal die Zahlen von 1900 mit denen von 1904 vergleichen. Im Jahre 1900 erreichten nur 5992 Personen eine Lohnerhöhung ohne Arbeitseinstellung, während 12 079 darum streiken mussten. Erstere Zahl entspricht einem Prozentsatz von 33, während im Jahre 1904 bereits 74 % eine Lohnerhöhung ohne Arbeitseinstellung erzielten. Wie erklärt sich das? Im Jahre 1900 hatte der Holzarbeiterverband 70 630 Mitglieder und einen Kassenbestand von nur 130 526 Mark, 1904 dagegen war die Mitgliederzahl auf 105 386 und der Bestand der Hauptkasse auf 1 007 411 Mark angewachsen. Einem dermassen erstarkten Gegner werden die Unternehmer auch in Zukunft grössere Konzessionen von vornherein machen müssen, als sie es einem unkräftigen, schwachen gegenüber zu tun nötig haben.

So stellt sich die Streikstatistik der Gewerkschaften dar als eine wahre Fundgrube des wertvollsten Aufklärungs- und Agitationsmaterials, das im Rahmen dieses einen Artikels leider nur in wenigen Einzelheiten zu behandeln möglich

war. Sehr bedauerlich finde ich es, dass diese Fundgrube im allgemeinen viel zu wenig ausgebeutet wird. Statt sich zu erfreuen an diesem immerwährenden, erfolgreichen Klassenkampf der Gewerkschaften, malt man oft in düsteren Farben Gespenster an die Wand, und statt die Arbeiter begeisterungsvoll zum Mitkämpfen anzufeuern, schreckt und entmutigt man sie mit diesen Gespenstern: Verflachung der Arbeiterbewegung, Versumpfung, Verlorengehen des grossen Zieles, Mangel an sozialistischem Geist etc. etc. Daneben trägt jetzt auch noch das Wiederaufkommen der *radikalen* Phrase mit dazu bei, den Gewerkschaften die Situation zu erschweren, was die *Metallarbeiterzeitung* kürzlich an dem Beispiel des grossen Elektrizitätsstreiks in Berlin bereits nachzuweisen genötigt war. Diese Verwirrung trübt in etwas den Blick in die Zukunft. Aber es steht doch wohl zu hoffen, dass es sich hiermit mehr um eine *vorübergehende Erscheinung* handelt, und dass somit die mühsame und opferreiche Erziehungsarbeit der vergangenen Jahrzehnte nicht auf einmal sich als vergebens herausstellt. Es wäre schlimm, wenn diese Hoffnung eine Täuschung sein sollte. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe in den letzten Jahren zeigt uns mit grosser Klarheit die schweren Aufgaben, welche den Gewerkschaften noch in Aussicht stehen. Dass es den grossen Unternehmerorganisationen nicht gelingen wird, die Gewerkschaftsbewegung etwa zu erdrücken, haben diese selbst bereits erkennen und eingestehen müssen. Auch haben die seither gelieferten Machtproben diese Unmöglichkeit schon bewiesen. Wohl ist die Macht der Unternehmerverbände noch weiterer Steigerung fähig, auch können sie die Kampfmethoden noch mehr verschärfen, so dass mit aller Sicherheit darauf zu rechnen ist, dass die zukünftigen grossen Machtkämpfe noch ein weit grösseres Aufgebot der Arbeiter an Zahl und finanzieller Kraft erfordern werden, als seither. Diese Ansicht kann uns jedoch nicht kleinmütig machen. Denn auch die Organisationen der Arbeiter sind noch sehr entwicklungsfähig, und ihr riesiges, ununterrochenes Wachstum in den letzten Jahren, sowohl nach innen, wie nach aussen, bietet die sichere Gewähr dafür, dass die Arbeiter auch in Zukunft vor den Unternehmern nicht sich zu fürchten nötig haben. Wenn die Einigkeit und die im Kampfe notwendige Disziplin der Arbeiter sie nicht im Stiche lassen, werden die Gewerkschaften stets in der Lage sein, im Klassenkampfe der Arbeiter ihre grossen Aufgaben zu erfüllen.

XX

OTTO HUE · BEMERKUNGEN ZUR KARTELL- ENQUETE



M 3. März 1905 hat der Reichstag in einer Resolution den Reichskanzler um eine Denkschrift über die Kartelle, Syndikate und Interessengemeinschaften ersucht. Von dieser Denkschrift ist jetzt der erste Teil dem Reichstag zugegangen. Er beschränkt sich auf die Registrierung der bestehenden Kartelle, gibt ihre kurze Vorgeschichte nebst Auszügen aus den Gesellschaftsverträgen, erörtert ausserdem noch die Vorarbeiten für die Denkschrift (kontradiktorische Verhandlungen über die Kartelle, Reichstagsdebatten) und ist begleitet von 15 Anlagen, die den grösstenteils wörtlichen Abdruck der Kartellstatuten, Verkaufsverträge etc.

enthalten. Der Denkschrift zweiter Teil soll die prinzipielle Erörterung über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kartelle und ihre geschäftliche Praxis bringen. Hoffentlich ist der Verfasser dabei nicht engherzig, sondern bedenkt, dass es für die wiederholt angeregte Kartellgesetzgebung weniger auf den Wortlaut der Satzungen, als vielmehr auf die interne Geschäftsführung der Produktions- und Verkaufsvereinigungen ankommt, denn nur sie hat die Klagen der Weiterverarbeiter von Rohstoffen und Halbfabrikaten, sowie der Konsumenten der Fertigprodukte hervorgerufen. Um auch die Mittel kennen zu lernen, die angewendet werden, um die *Outsider* zur Organisation zu zwingen, ist unter anderm der ganze in Sachen *Phönix*-Ruhort kontra Stahlwerksverband geführte Briefwechsel zu veröffentlichen. Damit werden keine Enthüllungen gemacht, die unserer Industrie ihre Stellung auf dem Weltmarkte erschweren würden — solche technischen Fabrikationsinterna wünschen auch wir nicht publiziert —, sondern es kann sich nur um einen zeitgemässen Beitrag zu dem jetzt so viel erörterten Thema *Schutz der Arbeitswilligen* respektive *Schutz der freien Entschliessung* handeln. Sicherlich soll doch die in Aussicht gestellte Syndikatsgesetzgebung auch Vorkehrungen treffen gegen den kapitalistischen Terrorismus, sonst hätte sie selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus keinen Wert. Die Konzentrationsbewegung in unserer Industrie ist erst recht nicht durch gesetzgeberisches Eingreifen zu hemmen oder gar zu verhindern. In Erwartung des versprochenen wichtigsten Teiles der Denkschrift wollen wir uns jetzt auf einige Bemerkungen über die vorliegende Materialsammlung beschränken.

Die Unternehmerkartellierung befindet sich in fortwährendem Fluss. Abgeschlossen ist die regierungsseitige Zählung der betreffenden Vereinigungen am 30. September. In die Statistik sind aufgenommen 385, die sich auf die einzelnen Gruppen wie folgt verteilen: Kohlenindustrie 19, Eisenindustrie 62, Metallindustrie ausser Eisen 11, chemische Industrie 46, Textilindustrie 31, Leder- und Kautschukwarenindustrie 6, Holzindustrie 5, Papierindustrie 6, Glasindustrie 10, Ziegelindustrie 132, Industrie der Steine und Erden 27, Tonwarenindustrie 4, Nahrungs- und Genussmittelindustrie 17, Elektroindustrie 2, sonstige 7. Nach Abschluss der Statistik sind schon wieder eine ganze Reihe neuer Kartelle entstanden, ältere haben sich anders formiert, die Zahl der kartellierten Werke hat sich vergrössert, was auch eine Änderung der Beteiligungsquote bedingte; ferner sind neue Interessengemeinschaften zwischen den Kartellen der selben Branche abgeschlossen oder eingeleitet. Um nur einiges anzuführen: Neugebildet haben sich ein Kartell für Holzschraubenfabrikation (Cöln), ein Kartell für Beleuchtungsglas (Görlitz), die Türschlösserfabrikanten haben eine Preiskonvention gebildet (Velbert), in der Zementindustrie sind neue Verträge zwischen den provinziellen Gruppen zustande gekommen, andere gekündigt; in der Gummiindustrie ist eine zentrale Preiskonvention angebahnt; desgleichen in der Mühlenindustrie; ebenso in der Elbschiffahrt. Durch eine Verständigung des Roheisensyndikats mit dem Hüttenwerk *Kraft* bei Stettin, dem einzigen gefährlichen *Outsider*, ist für das Syndikat ein lästiger Konkurrent beseitigt, es wird dementsprechend an wirtschaftlicher Macht bedeutend gewinnen. Der Stahlwerksverband hat mit Aussicht auf Erfolg die Reorganisation der Trägereisenvereinigung in die Hand genommen.

Fast allwöchentlich vollzieht sich eine Änderung auf dem Kartellgebiete. Die alten Formen verschwimmen, nur eins ist unverkennbar: das Drängen nach Zentralisation aller Verbände einer Branche, das Streben nach vollständiger Herrschaft über den Markt auf Kosten vieler bisher selbständiger Existenzen im Zwischenhandel. Die älteren Definitionen des Begriffs *Kartell* treffen längst nicht mehr zu. Als Kleinwächter 1882 den Kartellbegriff dahin definierte: Kartelle seien Übereinkommen der Unternehmer der selben Branche zwecks Regelung der Produktion zur Beseitigung der schrankenlosen Konkurrenz der Unternehmer unter einander, da handelte es sich um die ersten Vorstufen der modernen Syndikate. Aber auch Liefmann trifft in seiner Schrift *Kartell und Trust* /1905/ meines Erachtens nicht ganz das Richtige, wenn er in lapidarer Weise sagt: »Unter Kartellen verstehen wir freie Vereinbarungen zwischen selbständig bleibenden Unternehmern der selben Art zum Zwecke monopolistischer Beherrschung des Marktes.« Hier ist der Kartellzweck klipp und klar gekennzeichnet, aber ob man faktisch bei unseren fortgeschrittensten Syndikatsbildungen noch von *selbständig* gebliebenen Unternehmern sprechen kann, bezweifle ich sehr stark. Darüber weiter unten. Alle bisherigen Kartelldefinitionen treffen auch nicht die Eigenschaft der modernsten Syndikate als Selbstwirtschafter. Sie treten auf als Käufer von Bergwerksfeldern, Inhaber von Produktionsstätten, Aufkäufer von Produkten, um dem ganzen Handel bis ins Detail die Preis- und sonstigen Verkaufsbedingungen vorzuschreiben. Das Syndikat schreibt dem Handel vor: 1. wer verkaufen darf, 2. was verkauft werden darf, 3. wem verkauft werden darf. Die in der Kartelldenkschrift angeführten zahlreichen Händlerkartelle darf man ruhig als mehr oder weniger abhängige Unterabteilungen der grossen Produzentensyndikate ansprechen.

Hinsichtlich der formalen Rubrizierung ihrer Statistik sagt die Denkschrift:

»Bei der Aufstellung der Statistik ist davon abgesehen worden, eine einheitliche begriffliche Definition des *Kartells* zu formulieren und an der Hand der selben über die Aufnahme der einzelnen Verbände Entscheidung zu treffen. Der Begriff des *Kartells* ist noch zu flüchtig, und die Ansichten über seine Abgrenzung gehen in Wissenschaft und Praxis noch so weit auseinander, dass die konsequente Durchführung eines auf Grund theoretischer Erwägungen gewonnenen Massstabes zu Ergebnissen geführt hätte, die sich in der Praxis als unbefriedigend erwiesen haben würde. Man würde auf der einen Seite zur Ausscheidung von Verbänden gekommen sein, deren Aufnahme zur Beleuchtung der ganzen Bewegung unerlässlich erschien, während anderen Vereinigungen, die für die Kartellbewegung von geringerer Bedeutung sind, ein breiter Raum hätte gewährt werden müssen.«

In der Tat ist denn auch das gebotene Kartellbild so vielgestaltig, dass man die weitherzige Auffassung des Denkschriftverfassers nur gutheissen kann. Die ziemlich vollständige Registrierung aller kapitalistischen Produktions- und Verkaufsvereinigungen zeigt uns auch am besten, welchen Weg die Unternehmerkartellierung zurückgelegt, und welchen sie höchst wahrscheinlich zukünftig nehmen wird. Als Schulbeispiel möchten wir das Kalisyndikat herausgreifen. Zuerst bestand, 1878 abgeschlossen, zwischen 3 Kalisalzwerken eine lose Konvention, die sich nur auf Preisvereinbarungen über den Verkauf von Chlorkalium bezog. 1879 erfolgte eine Konvention, betreffend Abgabe von Carnallit an die chemischen Fabriken; diese Vereinigung setzte sich schon die Einschränkung der Produktion zum Ziel. 1884 kamen die Chlorkaliumproduzenten zum Abschlusse eines *Verkaufssyndikats der Chlorkaliumfabriken*.

mit der eine im selben Jahre gegründete *Kainitkonvention* der Kalibergwerke korrespondierte (Personalunion). Jetzt war man schon zu einer Kontingentierung eines der wichtigsten Rohprodukte gelangt, und für die Chlorkaliumfabrikate war eine feste Syndizierung erreicht. 1888 wurde für zehn Jahre ein *Verkaufssyndikat der Kaliwerke* gegründet, welchem die Fabriken untergeordnet wurden; dieser Vereinigung übertrugen die Kartellgenossen den alleinigen Verkauf von Carnallit, Kainit, Chlorkalium, schwefelsauren Kali-erzeugnissen und Kieserit. Ein zentrales Syndikatsbureau (Sitz Stassfurt-Leopoldshall) leitete die ganze Organisation der Produktion und des Absatzes. Den beteiligten Werken wurden bestimmte *Beteiligungsziffern* (Tausendstel) am Absatz vertraglich zugestanden, wogegen sie sich verpflichteten, nur durch das Syndikatsbureau die Kaliverbraucher bedienen zu lassen; die Preise wurden einheitlich festgesetzt durch die Versammlung der Syndikatsmitglieder. Was das Verkaufsbureau erzielte, floss nach Abzug der Geschäftskosten den Werken je nach Höhe ihrer Anteilquote zu. 1898, 1901 und am 1. Juli 1904 wurde der Syndikatsvertrag unter Einschliessung der inzwischen neu in Förderung getretenen Werke und entsprechenden Änderungen erneuert.

Überblickt man diesen Entwicklungsgang, so sieht man, dass aus der losen Preisvereinbarung (Konvention) über zuerst nur ein Fabrikat nach und nach ein straff geschlossenes Syndikat entstand, welches nunmehr Rohprodukt, Halbfabrikat und zum erheblichen Teil auch Fertigfabrikat kontrolliert, und zwar derart umfassend und auch ins Detail gehend, dass man eigentlich nur noch nominell von *selbständigen* Werken sprechen kann. Oder was bleibt von der *Selbständigkeit* der einzelnen Werke noch übrig, wenn ihnen syndikatsseitig die Höhe und die Art der Produktion vorgeschrieben, Übertretungen dieser Vorschrift mit schwerer Konventionalstrafe bedroht sind, ausserdem die Preisnormierung und das Absatzgebiet nicht mehr individuell, sondern korporativ geregelt wird? Auf dieser Höhe unterscheidet sich das Kartell nur noch graduell von einem Trust. Nach den namhaftesten Nationalökonomien ist das Charakteristikum der Trusts die vollständige, auch die technische, Dirigierung der betreffenden Produktionsstätten von einer technisch-kaufmännischen Zentrale aus; die Persönlichkeit des Einzelunternehmers, Aktionärs oder Kuxenbesitzers geht vollständig auf in der Trustzentrale. Notwendig ist dabei nicht die Vertrustung aller Werke der betreffenden Branche, um dem Gebilde den Charakter eines Trusts zu geben. Nun ist ja zwar jedes dem Kalisyndikat angeschlossene Werk für sich betrieblich selbständig, das heisst, es unterliegt hinsichtlich seiner inneren Betriebsverhältnisse keinem Syndikatsbeschluss, wenigstens nicht unmittelbar. Aber tatsächlich stehen die Syndikatswerke hart an der Grenze der Vertrustung. Indirekt zwingen die Syndikatsbeschlüsse über die Förderquote, die Preisnormierung und die Verkaufstätigkeit den einzelnen Werken *volens volens* auch Entschliessungen über innere Betriebsverhältnisse auf. Das wird einleuchtend, wenn man bedenkt, dass die eventuell angeordneten Fördereinschränkungen direkt den Beschäftigungsgrad der Werke berühren, und die Preisvereinbarung mit Rücksicht auf die Selbstkosten erfolgen soll. Den erheblichsten Teil der Selbstkosten, zumal in der Rohstoffindustrie, bilden aber die Arbeiterlöhne. Eine intime Beziehung zwischen Unternehmerkartell und Arbeiterverhältnisse ist gar nicht abzustreiten, so sehr die Interessenten auch beteuern, die Kartellwirtschaft beein-

flüsse die Arbeiterverhältnisse nicht.¹⁾ Über diese Frage verspricht der zweite Teil der Denkschrift sich näher zu verbreiten, darum beschränken wir uns jetzt lediglich auf die Konstatierung, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht, wenn Kartellpolitik und Arbeiterverhältnisse nicht im engsten Zusammenhang erörtert werden. Man braucht nur die kontradiktorischen Verhandlungen über das Weissblechkontor zu lesen, um diesen Zusammenhang sehr deutlich zu erkennen.

Im allgemeinen ging die Kartellentwicklung folgendermassen vor sich: Zuerst ganz lose Vereinbarungen über Preise, meist territorial begrenzten Charakters; dann Erweiterung der Vereinigung auf die Produkte einer ganzen Branche zwecks Sicherung eines guten Preises durch das Mittel der Erzeugungsbeschränkung und des zentralisierten Absatzes, schliesslich ein Industriekartell, welches in straffster Weise die Produktion, die Preise, den Absatz und auch den Zwischenhandel zentralistisch regelt, der Einzelunternehmung ihre Selbständigkeit nur noch nominell belässt, die Kartellgenossen nur nach der Höhe ihrer *Beteiligungsziffer* bewertet. Diese Stufenleiter wurde am vollständigsten erklimmen in den für ein Monopol am geeignetsten Industrien der Rohstoffe und Halbfabrikate, also im Bergbau; nachher in der Hüttenindustrie, der Textilindustrie und in der chemischen Grossindustrie. Hier haben wir denn auch die volkswirtschaftlich bedeutendsten Syndikate. Dagegen ist die Kartellbildung am schwierigsten in den Hilfsindustrien und der Fertigfabrikation. Die Kleisenenindustrie mit ihren zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmern und ihren vielseitigen Spezialartikeln ist sehr schlecht kartelliert. Die Nahrungsmittelindustrie befindet sich noch im Stadium der Unorganisation oder der losen Interessengemeinschaft, abgesehen von der Spirituszentrale, der Stärkeverkaufsvereinigung und der Syndikate der Zuckerfabrikanten, die schon eine höhere Stufenleiter der Kartellbildung erreichten. Die ausgebildetsten Syndikate gehen sogar so weit, ihren Mitgliedern jede Veränderung ihrer Betriebsanlagen, Neuerwerbungen, Werkverkäufe nur auf ausdrücklichen Beschluss der Generalversammlung der Gesellschaftsmitglieder zu gestatten. Wie man da noch von einer *Selbständigkeit* der Einzelwerke reden kann, ist unerfindlich. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat ist hierin als Muster vorbildlich.

Neben den Hauptkartellen bestehen mit ihnen eng liierte Neben- oder Hilfskartelle, die die Verwertung von aus den Rohstoffen gewonnenen Nebenprodukten, Halbfabrikaten oder veredelten Produkten bezwecken. Diese Hilfskartelle sind meistens absolut abhängig von den Hauptkartellen, fast immer sind in beiden die selben Werke richtunggebend. Diese Organisationen sind besonders beachtenswert, weil sie häufig den Hauptkartellen eine mässige Preispolitik ermöglichen, indem auf dem Umwege über die Hilfskartelle den Werken ungeheure Gewinne aus den Nebenprodukten zufliessen. ohne dass sich die öffentliche Kritik mit dieser Art Geschäftsverteilung gross befasst. So bestehen neben dem Kalisyndikat, von den selben Interessenten gebildet, das Syndikat der Sodafabriken, die Konventionen für Chlormagnesium, für Pottasche, für Brom. In der Kohlenindustrie bringen die Vereinigungen für die Verwertung von Benzol, Teer, Ammoniak, Braunkohlenbriketts, Paraffinöl, Salaröl, Kerzen,

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat und die Bergarbeiter in den Sozialistischen Monatsheften*, 1903, 11. Bd., pag. 381 ff.

Farbstoffe u. s. w. den Zechenherren grosse, von der Öffentlichkeit aber wenig kontrollierte Gewinne. Diesen Nebenkartellen wird der Rohstoff sehr billig überwiesen: es bleibt ja in der Familie; und dadurch erscheint später in der amtlichen Durchschnittsrechnung beispielsweise der Preis für Rohkohle oft so niedrig, dass die Konsumenten verwundert fragen, wo denn eigentlich so billig verkauft worden sei.²⁾

Desgleichen ist die in den letzten Jahren von den grossen Syndikaten systematisch betriebene Ausschaltung des selbständigen Zwischenhändlers ein Charakteristikum der modernen Kartellbewegung. Im Verlauf der kontradiktorischen Verhandlungen über die Kartelle in der Bergwerks-, Hütten-, Eisen- und Stahlindustrie fanden sich noch einige Vertreter von Händlervereinigungen, die den Mut hatten, sich bitter über ihre wirtschaftlichen Depossedierung seitens der Syndikatsherren zu beklagen. Aus den früher selbständigen Händlern sind Agenten der Syndikate geworden, die kleinsten wurden ganz ausgeschaltet. Der Zwischenhändlerprofit fliesst nun in die Kassen der Syndikatsbureaus. Durch sein *Kohlenkontor* (Mülheim an der Ruhr) hat das Ruhrzechensyndikat auch die Kohlenschleppfahrt auf dem Rhein und Main, den Kohlen-, Koks- und Briketthandel im Rhein-Main-Gebiet monopolisiert. In den anderen deutschen Landesteilen sind Verkaufszentralen unter Leitung von Syndikatsagenten eingerichtet; mit den übrigen Grubenkartellen sind Verträge über die Aufteilung der Absatzgebiete abgeschlossen.

Im zweiten Teil der Denkschrift werden wir hoffentlich auch Genaueres erfahren über die Mittel, deren sich die Kartelle bedienen, um die *Outsider* in die Organisation zu zwingen. Das Kapitel muss sehr lehrreich werden. Ob zum Beispiel die von der *Ausfuhrvergütungsstelle* (Düsseldorf) angewandte Praxis nicht schon nach den geltenden Gesetzen gegen die guten Sitten verstösst, ist einer Untersuchung wert. Dr. Karl Hirsch scheint es in seiner Schrift *Zur Kartellfrage* zu behagen unter Bezugnahme auf ein Reichsgerichts-urteil. Jene *Ausfuhrvergütungsstelle* zahlt nämlich für die ausgeführten Eisen- und Stahlmengen nur dann eine Ausfuhrvergütung, wenn die ausführenden Werke syndiziert sind. Nun ist aber für gewisse Branchen der Eisen- und Stahlindustrie die Syndizierung schlechterdings noch nicht möglich gewesen. Und gerade solche Werke sind es, die wegen ihrer Abhängigkeit von den Rohstoff- und Halbzeugverbänden am ehesten eine Ausfuhrvergütung benötigen. Man zwingt also die freiwilligen oder unfreiwilligen *Outsider* durch wirtschaftliche Schädigung zur Betriebseinstellung oder zur Organisation. Solchen Terrorismus sollten nur die Arbeitergewerkschaften ausüben!

Um die Kartellpraxis zu illustrieren, werden ein paar Beispiele genügen, die wir nach der *Kartellrundschau* mitteilen: Der am 12. September 1905 in Görlitz gegründete *Verband deutscher Beleuchtungsglashütten*, dem von den 62 deutschen Öfen sofort 42 beitraten, führte sich in patriotischer Weise ein,

²⁾ In wie vielfältiger Weise die Unternehmer kartelliert sind, ist aus der amtlichen Enquete über die Eisenindustrie ersichtlich. So gehörten von den 35 Mitgliedern des Roheisensyndikats Düsseldorf 14 noch 3 anderen Eisenkartellen an, 2 Mitglieder waren noch in 9, ein Mitglied sogar an 18 anderen Verbänden beteiligt! Von den 24 Mitgliedern des Stahlformgussverbandes gehörten 12 noch einer anderen Branchenorganisation an, 2 waren noch 6mal anderweitig organisiert. Von den 45 Feinblechwalzwerken gehörten 3 noch 13 bis 15 anderen Kartellen von Eisen- und Stahlindustriellen an. Seit der Stahlwerksverband konstituiert ist, sind schon einige Spezialkartelle zu seinen Gunsten aufgelöst worden. Diese Konzentration der Kartellierung wird ihren Fortgang nehmen.

indem er »für das deutsche Geschäft vorläufig einen Preisaufschlag von 10 % eintreten« liess! Also das *geliebte Vaterland* muss bluten, das Auslandsgeschäft wird zu den alten Preisen abgewickelt. Die Vereinigung der Ultramarinfabriken traf mit der Ultramarinfabrik der Waizischen Erben in Cassel ein Abkommen, »wonach diese gegen eine entsprechende Entschädigung die Herstellung von Ultramarin . . für immer einstellte«. Auf diese Weise schränken die Kartelle die Produktion ein, um dann die Verkaufspreise ohne Konkurrenz hinauf schrauben zu können. Ähnliche Manipulationen nahmen die Weissblechfabrikanten vor, indem sie die Weissblechfabrik in Gelsenkirchen-Schalke zur Betriebseinstellung veranlassten, natürlich auch gegen Entschädigung, obgleich nachweislich und zugestandenermassen die heimische Weissblechfabrikation den inländischen Bedarf nicht decken kann. Der im Jahre 1904 gegründete internationale Verband der Spiegelglasfabriken hat den auf ihn gesetzten Erwartungen entsprochen: »Die Preise konnten erhöht werden, ohne dass hierbei Auswüchse entstanden. Die Herstellung der beteiligten Fabriken ist um etwa 10 % herabgesetzt worden!« Also internationale Produktions-einschränkung zwecks Preisschraubung! In seinem Buche *Ca canny* hat der Scharfmacherantreiber Herr von Rechwitz ein Lamento angestimmt über die angebliche Methode englischer Trades-Unionisten, durch absichtlich langsames Arbeiten die Löhne respektive Akkordsätze zu verbessern. Herr von Rechwitz kann in den Kartellsatzungen alle Augenblicke auf das *Ca canny* stossen: noch mehr aber bietet die Kartellpraxis Anlass, eine systematische Produktions-einschränkung lediglich zum Zwecke der Erhöhung der Unternehmerprofitrate zu konstatieren. Dies ist für Herrn von Rechwitz um so leichter möglich, als ihm die Kartellisten doch sicherlich ihre Geheimakten anvertrauen. Oder steht nur den kapitalsten Profitmachern das Recht auf *Ca canny* zu?

Der internationale Verband der Spiegelglasfabrikanten hat auch noch einen anderen feinen Trick ausgeführt, indem er die sogenannten *Forcaultschen Patente*, die eine billigere Massenherstellung von Spiegelglas ermöglichten, aufkaufte und dadurch die Anwendung dieses technischen Fortschrittes verhinderte. Eine neue Seite der Unternehmerkartelle: sie konservieren lieber technische Unvollkommenheiten zum Nutzen des Unternehmerprofits, als dass der menschliche Geist Triumphe feiert. Der Massenkonsum wird also künstlich eingeschränkt, das nennt man in der Kartellsprache *Regelung der Produktion im Allgemeininteresse*.

Es verdient überhaupt hervorgehoben zu werden, dass etwa 50 Kartelle auf Anfrage der Regierung den Einblick in die Gesellschaftsverträge stillschweigend oder ausdrücklich abgelehnt haben. 20 haben trotz wiederholter Mahnung gar nicht geantwortet.⁹⁾ Eine Reihe von Kartellen verbietet ihren Mitgliedern strengstens, über alle den Verein betreffende Angelegenheiten nach aussen hin Mitteilungen zu machen, einige verpflichten sogar die ausgetretenen Mitglieder zur Geheimhaltung ihrer Erfahrungen innerhalb des Kartells. Wer dagegen verstösst, wird mit schwerer Geldbusse belegt.

Die Kartelle haben demnach Geheimakten, deren Kenntnis sie aus sehr begreif-

⁹⁾ Zum Teil geschah dies unter Hinweis auf die Internationalität des Kartellabkommens, welches Mitteilungen über Interna nur unter Zustimmung der ausländischen Mitglieder gestattet. Die in der Regierungsdenkschrift gegebene Kartellstatistik beschränkt sich nur auf im deutschen Inlande domizilierende Kartelle, von denen aber viele auch internationalen Charakter tragen.

lichen Gründen der Öffentlichkeit vorzuenthalten wünschen. Mit der *Tätigkeit im vollen Lichte der Öffentlichkeit* ist es also nichts, ein Grund mehr für die Konsumenten, das heisst für das Volk, jenen kapitalistischen Geheimbünden rege Aufmerksamkeit zu schenken. Indessen erfuhren wir schon aus den von der Reichsregierung veranstalteten unverbindlichen Erörterungen über die Kartelle, dass ihre Wortführer, sonst sehr redebereit, jedesmal dann ein Papagenoschloss am Munde hatten, wenn sie auf Fragen über die für die Konsumenten wichtigsten Kartellmanipulationen antworten sollten. Gleich hiess es *Geschäftsgeheimnisse!* Nun, was die Unternehmerkartelle sind, und was sie wollen, das spürt die Volksmasse schon recht gut, wenn sich auch die einzelnen Konsumenten noch nicht klar sind über die Tragweite dieser Organisationen. Es wird unsere Aufgabe sein, wenn der zweite Teil der Kartelldenkschrift vorliegt, die ausserordentlich wichtige Materie eingehend zu behandeln.

XX

OLAV KRINGEN · MONARCHIE ODER REPUBLIK?

UNTER den freiheitlich gesinnten Politikern Europas hat es begreiflicherweise Verwunderung und Erstaunen hervorgerufen, dass das norwegische Volk, vor die Möglichkeit gestellt, zwischen einer modernen Republik und einer konstitutionell-parlamentarischen Monarchie zu wählen, der letztern den Vorzug gegeben hat. Indes, es gab eben zahlreiche Gründe, die für die monarchische Staatsform sprachen, und bei näherer Betrachtung dürfte man finden, dass sie unsere Haltung durchaus rechtfertigen. Wenn der Berliner *Vorwärts* unsere sogenannte *Revolution* von 1905 mit der russischen revolutionären Bewegung in Parallele setzt, so trifft er doch sehr daneben. Was heute in Russland sich vollzieht, könnte wohl eher mit der erfolgreichen Revolution verglichen werden, die bei uns am 13. März 1177 ihren Anfang nahm und in der Begründung der Herrschaft Sverres und seiner grossen Nachfolger endete. Das russische Volk ist noch nicht genügend erzogen, um die Last einer halb so freien Regierung, wie die der freien Nationen des westlichen Europas, auf sich zu nehmen. Und dennoch, glaube ich, gibt es niemand, der für die allgemeine Zivilisation grössere Hoffnung und tieferes Vertrauen in die russische Bewegung setzt, als ich es tue. Denn das russische Volk wird ebenso rasch, wie sich sonst alles in unserer Zeit entwickelt, auch alle Etappen der politischen Erziehung bis zu einer freien völligen Eigenregierung durchmachen. Es wird alles kommen — aber zu seiner Zeit.

Der norwegische Staat, der mit all seinen Einrichtungen natürlich noch auf der kapitalistischen Gesellschaftsauffassung fusst, ist, meiner Ansicht nach, trotzdem in jeder Beziehung der am meisten demokratische Staat Europas. Ich möchte nun in erster Linie darauf aufmerksam machen, dass, abgesehen von den inneren Streitfragen unseres Landes, alle anderen Bestrebungen seit fast 100 Jahren auf eine Trennung von Schweden hinielten. In all diesen Jahren ist die Demokratisierung unseres sozialen Lebens und unserer Einrichtungen immer weiter fortgeschritten. Als Beweis, wie fern uns die jetzige Regierungsform lag, mag gelten, dass selbst Herr Lövland, unser jetziger Minister des Aeussern, kurz vor dem 7. Juni in Christiania eine streng republikanische Rede

hielt. Die Aufmerksamkeit des Volkes war so sehr von unserm Verhältnis zum Nachbarlande in Anspruch genommen, dass man sich mit der Form der Regierung überhaupt nicht beschäftigt hatte. Soweit man sich mit republikanischen Ideen trug, geschah dies fast rein platonisch; immerhin glaube ich, dass die Sympathie unseres Storchings und unserer Regierung im verlossenen Frühjahr sich einer Republik zuwandte. Da kam König Oscars Veto gegen das Konsulatsgesetz, das die Bildung eines jeden Kabinetts in Norwegen unmöglich machte, da kein Norweger sich dazu hergab. Plötzlich lag die Auflösung der Union als Tatsache vor uns. So allgemein beschäftigte man sich nun mit diesem Ereignis, dass alle anderen politischen Empfindungen dagegen in den Hintergrund traten. Als man sich nun in den Korridoren und im Foyer des Storchings zuraunte, es wäre der Wunsch der grossen auswärtigen Mächte, die monarchische Staatsform erhalten zu sehen, wurden alle republikanischen Empfindungen dadurch zum Schweigen gebracht. Und als die Presse, das Telephon und das allgemeine Gespräch diese Erwägungen im ganzen Lande verbreiteten, war diese Frage damit schon erledigt. Die grosse Frage war vielmehr: wie werden wir die Krisis durchmachen? Jedermann ausserhalb der Armee liess sich, wie in alten Zeiten, als Freiwilliger zur Verteidigung des Landes eintragen, zugleich aber waren wir bereit, Schweden gegenüber jede Konzession zu machen die sich mit unserer Ehre vertrug. Es wird sich zeigen, dass währenddessen und später alle für die Monarchie sprechenden Argumente in Erwägung gezogen wurden und diese immer mehr überwogen. Von diesen Rücksichten und Erwägungen waren eine Anzahl berechtigt, andere unberechtigt. Aber alles war in einer solchen Verfassung, dass, als die Abstimmung auf den 12. und 13. November angesetzt wurde, wir das Resultat schon im voraus wussten.

Die Sozialisten und der radikale Flügel der Linken schritten natürlich sofort zur Agitation für die Republik. Jeder von uns tat, was in seinen Kräften stand. Bei der Stellung der Sozialisten zu dieser Frage ist noch das Folgende zu beachten: Unser erster sozialistischer Agitator und Organisator, Marcus Thrane, der in den Jahren 1849 bis 1852 unsere Arbeiter organisierte und ihr Programm auf eine revolutionäre Basis stellte, wofür er jahrelange Gefängnishaft erdulden musste — dieser revolutionäre Marcus Thrane war damals absolut Anhänger einer Monarchie, weil er sich von einer solchen Vorteil versprach. Einige Vorläufer des Sozialismus haben die selbe Idee genährt. Thranes Ideen haben natürlich mit unserer augenblicklichen Lage nichts zu tun. Die norwegischen Sozialisten haben in diesem Jahre an dem kurzen Kampf für die Gestaltung der Regierungsform als überzeugte und begeisterte Republikaner teilgenommen. Die Abstimmung über diese Frage im Storting wies unter 117 Stimmen 32 Republikaner auf. Unter den 32 waren natürlich auch die 4 Sozialdemokraten. Als die Berichte über die Urabstimmung einliefen, zeigte sich genau das selbe Stimmenverhältnis im Volke selbst. Als die Frage der Zivilliste verhandelt wurde, waren die Sozialisten die einzigen, die gegen sie stimmten. Dann wurde die Monarchie proklamiert. Aber noch stand die formelle Abstimmung des Storchings über die Person dessen aus, der König sein sollte. Und da es nur den einen Kandidaten gab, den Prinzen Carl von Dänemark, stimmten unsere Vertreter für ihn. So machten es auch alle die anderen Republikaner. Ich verstehe nicht, wie sie hätten mit *Nein* stimmen können,

ohne gleichzeitig eine unausgesetzte republikanische Agitation ins Werk zu setzen. Das wünschte niemand von uns. Aber weil wir diese Absicht nicht hatten, wäre ein *Nein* nichts anderes, als eine hohle Demonstration gewesen.

Selbstverständlich liegt aller sozialdemokratischen Tätigkeit, wie jeder fortschrittlichen Politik, die Tendenz zur Republik zu Grunde. Aber die macht sich auch geltend, wenn sie ihre Institutionen in der Monarchie durchsetzt. Und wenn die Gelegenheit zum Wechsel der Regierungsform gegeben ist, entspricht es natürlich den wahrhaft sozialistischen Grundsätzen, auf seiten der Republik zu stehen. Aber erst, wenn die Arbeit der Demokratisierung aller Gebiete des gesellschaftlichen Lebens einen Wechsel nötig gemacht hat, wird es nützlich sein, den Wechsel vorzunehmen, — und dann wird er sozusagen von selbst eintreten. Die wahre Republik kommt in der Masse, wie die Monarchie sich den sozialen Verhältnissen anpasst, die ihr entsprechen. Das trifft nicht für den Absolutismus zu, aber von dem Moment an, wo der absolute Despotismus aufgegeben ist und das Volk nur erst einen kleinen Finger erhalten hat, rückt die Republik ein und wird ihre Entfaltung beginnen.

Die norwegische Monarchie wird in vieler Beziehung dem Absolutismus ferner stehen und demokratischer sein, als die amerikanische Präsidentschaft, sogar noch demokratischer, als der Gouverneurposten in einem der Unionsstaaten. Das liegt ganz offen zu Tage. *Alle Macht liegt beim Storting* war der Refrain einer der ersten Predigten, die der König von einer norwegischen Kanzel herab zu hören bekam. Und das Storting besteht nur aus einem Haus. Im französischen Senat ist hundertmal mehr Reaktion, mehr Absolutismus, als in der norwegischen Monarchie. Die parlamentarische Monarchie, wie ich die norwegische Monarchie nennen möchte, ist eine modernere Institution, als die konservative Republik. Ich bin zehn Jahre lang Bürger der Vereinigten Staaten gewesen, und wenn ich zwischen jener Regierungsform und der gegenwärtigen norwegischen zu wählen hätte, würde ich nicht lange zögern, die amerikanische zu verwerfen. Unsere Staatsform enthält ein stark republikanisch-demokratisches Element. Ideell genommen, ist die monarchische Idee noch in keiner der heutigen sogenannten *Republiken* ausgerottet. Gleichwohl sollte, wenn man beide Staatsformen in unserer gegenwärtigen Gesellschaft gegen einander abwägt, meiner Meinung nach die Republik den Vorzug bekommen. Es wäre daher, als das norwegische Volk die Entscheidung in Händen hatte, ein unverzeihliches Vergehen gewesen, wenn wir nicht für die Republik gewirkt hätten. Wenn in Frankreich nach verschiedenen Revolutionen und traurigen Erfahrungen mit dem monarchischen System dieses als den Bedürfnissen des Volkes nicht entsprechend verworfen und deshalb eine Republik eingerichtet worden ist, ist es verständlich, dass die Sozialisten dort sich einer gewissen Opposition enthalten, wenn diese Zurückhaltung dazu dienen kann, die Republik zu retten. Ich sehe aber keine Notwendigkeit, republikanische Theorien aufzustellen, und noch weniger, eine republikanische Propaganda in ein Land zu bringen, in dem die Monarchie mit der Demokratisierung der Institutionen Schritt halten muss — denn das ist eine Folge der Demokratisierung des Volkes —, also auch die Grundlage zu einem sozialdemokratischen Staat abgeben kann. Die Wurzel der Reaktion liegt nicht bei den Regierenden, sondern bei den Regierten.

Unter Verhältnissen, wie den unseren, gibt es keine müssigere und fruchtlosere

Frage, als die der Regierungsform. Dass die norwegischen Sozialisten tatkräftige Arbeit für die Republik entfalteten — für eine bürgerliche Republik, gegen eine bürgerliche Monarchie —, geschah nur, weil die Frage damals auf der Tagesordnung stand. Als die Frage aber entschieden war und in der wiederhergestellten Monarchie der König ernannt werden sollte, hätten sie, wenn sie bei der Wahl ein *Nein* abgegeben hätten, sofort daran gehen müssen, für eine totale politische Umwälzung der kapitalistischen Regierung zu arbeiten: das wäre dann unsere Hauptparole gewesen, eine zurzeit hoffnungslose Parole. Die Gesellschaft kann nicht von der Spitze weg revolutioniert oder auch nur reformiert werden. Das ist eine antisozialistische Idee. Das Volk wünscht heute die sozialen und ökonomischen Fragen des sozialistischen Programms zu erörtern. Wenn aber unsere Partei, anstatt dem zu entsprechen, darauf beharren würde, die Frage der Republik zu erörtern, eine Frage, die augenblicklich hoffnungslos verloren ist, würden wir in diesem Lande für lange Zeit hinaus kein Arbeitsfeld finden.

Ich will diese Bemerkungen im folgenden zusammenfassen: Wir Sozialisten können bei einer Agitation für einen Wechsel der augenblicklichen Regierungsform nichts gewinnen und nur häufig das erzielen, was wir nicht wünschen. Wissen wir doch noch nicht einmal genau, welche Form die höchsten Ämter in unserm Idealstaat annehmen werden. Aber die Regierungsformen werden sich den Bedürfnissen entsprechend ändern, die wir damit schaffen, dass wir die sozialen und ökonomischen Bedingungen in der Richtung unseres Ideals abändern.

Die sozialistische Verfassung der Gesellschaft wird vielleicht eine Staatsform erheischen, die sich von der heutigen Republik genau so weit entfernt, wie von der heutigen konstitutionellen Monarchie. So viel weiss man: Die soziale und ökonomische Entwicklung der Gesellschaft vollzieht sich in der Richtung zum Sozialismus. Und die Sozialisten allerorts fördern teils bewusst, teils unbewusst diesen Fortschritt. Das ist die grosse Umwälzung, die von Karl Marx entdeckt und klargelegt worden sind, und von Jaurès, Bernstein, Webb, David, Schippel, Bebel, Vollmar, Guesde, Ferri, Branting, Kautsky, Borgbjerg, Hyndman, Hardie, Adler, Vandervelde und tausend anderen Zeitgenossen weiter ausgearbeitet und verfolgt wird. Wenn eine Partei oder ein Individuum im Sinne des Fortschrittes zu wirken wünscht, so gibt es keinen andern Weg, als den des Sozialismus. Alles, was dieser Umwälzung in den Weg kommt: Kirche, Monarchie, republikanische Institutionen, monarchische Ideen etc., muss sich dem revolutionären Fortschritt anpassen oder untergehen; aber diese Dinge gehen nicht deshalb unter, weil wir sie angreifen, sondern weil unsere positive Arbeit sie unhaltbar macht. Hat uns nicht alle Geschichte diese grosse Wahrheit gelehrt? Für unsere sozialistische Arbeit ist es von grossem Wert und in der Revolution ausserordentlich wichtig, dass wir die Ereignisse begreifen und ihren geschichtlichen Wert ruhig abschätzen.¹⁾

Man kann aus unserm Konflikt eine ganze Masse lernen, namentlich, was die Friedensbewegung und den Anteil der Sozialisten an ihr betrifft. Aber es darf nicht vergessen werden, dass kein fundamentaler Grundsatz des Sozialis-

¹⁾ Ich glaube, das schwerwiegendste Argument gegen die Republik in Norwegen war die Tatsache, dass die reaktionär-monarchische Presse Schwedens ein so lebhaftes Interesse für sie zeigte und uns gleich, nachdem sie uns mit dem Krieg bei der Trennung der Union gedroht hatte, den Rat gab, sie zu wählen. Jeder kleinste Zweifel kam der Monarchie zu gute.

mus in dieser Sache in Frage kam. Selbst Sozialisten können viel aus ihr lernen. Doch, da hier alles auch von der schwedischen Seite angesehen werden muss, und die schwedischen Kameraden eine viel wichtigere Rolle gespielt und sie viel besser gespielt haben, als wir, weil ihre Führerschaft besser war, will ich jetzt nicht ohne Mithilfe der schwedischen Führer von diesem Standpunkt an sie herangehen.

Republikanisches Empfinden schafft republikanische Institutionen, und diese können von der sogenannten *monarchischen* Regierungsform Norwegens nicht gehemmt werden. Sollte einmal die Monarchie gegen die Rechte des Volkes ins Feld geführt werden, so wird sie von den norwegischen Sozialdemokraten bekämpft werden, ebenso wie die kapitalistische Republik bekämpft worden wäre.

XX

HUBERT BOURGIN · PROUDHON

BS ist kein Zweifel, dass der Sozialismus vor immer zahlreichere, feinere und kompliziertere Probleme gestellt wird. Da dürfte es vielleicht von Interesse und allgemeinem Vorteil sein, bei deren Erörterung auch zuweilen die grossen Sozialisten der Vergangenheit zu befragen und sich bei ihnen Rats zu erholen. Auch bei Proudhon. Aus dem Studium eines so tätigen und bewegten Lebens, aus einem so kraftvollen und reichen Schaffen darf man einige Anregung und Belehrung erhoffen.

In einer armen Familie in einer Vorstadt Besançons wurde Pierre Joseph Proudhon am 15. Januar 1809 geboren. Aus eigener Kraft brachte er es später zu einer gründlichen Bildung. Er wurde anfangs Schriftsetzer und erst später, seinem innersten Beruf folgend, Nationalökonom und Schriftsteller. 1840 veröffentlichte er seine erste Abhandlung *Qu'est-ce que la propriété?*, eine temperamentvolle Arbeit, die im Publikum mächtigen Anklang fand und ihn mit einem Schlage bekannt machte: von diesem Augenblick an wuchs sein Ruf und sein Einfluss beständig. Mit eiserner Ausdauer widmete er sich dem Studium der ökonomischen und sozialen Doktrinen, die zu seiner Zeit bestanden oder neu auftauchten, und liess von 1841 bis 1846 drei weitere Werke erscheinen: den *Second mémoire sur la propriété*, die *Création de l'ordre dans l'humanité* und das *Système des contradictions économiques*. 1848 griff er mit seinen kühnen Schriften in den politischen Kampf ein; er leitete auch eine Reihe von Zeitungen, *Le Représentant du Peuple*, *Le Peuple* /1848-1849/, *La Voix du Peuple* /1849-1850/, *Le Peuple de 1850*, deren eine eine Auflage von 70 000 Exemplaren erreichte. Am 4. Juni 1848 wurde er zum Abgeordneten gewählt; er nahm seinen Sitz auf der äussersten Linken, stand aber fast allein und hatte auf das Parlament keinen weiteren Einfluss, als dass er es in Verwirrung brachte. 1849 wurde er wegen Pressvergehens mit drei Jahren Gefängnis bestraft; aus seiner Zelle schickte er die *Idées révolutionnaires*, die *Confessions d'un révolutionnaire* und die *Idée générale de la révolution au XIX. siècle* in die Welt hinaus. *La justice dans la révolution et dans l'église* /1858/ war die Ursache neuer Verfolgungen. Er wurde verurteilt, entkam jedoch nach Brüssel, wo er 1861 *La guerre et la paix* und *Théorie de l'impôt* publizierte.

1862 kehrte er nach Paris zurück; und dort ist er drei Jahre später gestorben, bald nach Erscheinen seiner *Capacité politique des classes ouvrières*. Er hinterliess zahlreiche, mehr oder weniger druckfertige Arbeiten, von denen die *Théorie de la propriété* und die *Théorie du mouvement constitutionnel au XIX. siècle* erwähnt seien.

Das Leben dieses Mannes ist bewundernswert in seiner beständigen Tätigkeit, in seiner feurigen und machtvollen Entwicklung, seine Arbeit ist staunenswert durch ihre zwingende Kritik, durch die genaue Analyse, durch die schöpferische Phantasie, die aus ihr sprechen. Die erste Abhandlung über das Eigentum ist ein Buch, welches in der Geschichte des französischen Sozialismus Epoche machte. Es bezeichnet das Ende der humanitären Phrasen und den Anfang positiven Kampfes; es bestreitet das Recht jedes Eigentums, das sich nicht durch Beschäftigung oder Arbeit legitimiert, es bestreitet die Berechtigung der Pachtgelder, der Zinsen, der Renten, das heisst jedes Einkommens, das sich aus dem Monopol des ausschliesslichen privaten Gebrauchs oder Besitzes irgend welcher Dinge herleitet. Die Gesellschaft muss alle diese Privilegien vernichten und an deren Stelle die Gleichheit setzen, indem sie die Freiheit durch die Herrschaftslosigkeit verwirklicht. In der *Création de l'ordre* stellt er die Frage nach den Mitteln und Wegen, um jenes Ziel zu erreichen. Er entwickelt dort sein *System der ökonomischen Widersprüche*: Alle ökonomischen Phänomene weisen zwei Seiten auf, die These und die Antithese, die eine zu findende Synthese erheischen. Die Lösung findet er in der *Theorie des Austausches und der Gegenseitigkeit*, die alle Elemente des sozialen Lebens in sich einbegreift und sie zu einer Synthese der Gerechtigkeit zusammenfasst. Doch womit beginnen? Mit der Gewährung von Kredit, der das wesentlichste Element des heutigen sozialen Lebens ist. Proudhon proklamiert das *Recht auf Kredit*. Er verlangt einen allgemeinen und kostenlosen Kredit, und zwar erst durch Vermittelung einer *Austauschbank*, später einer *Volksbank*, welche Produzenten und Konsumenten zusammenführt und unter ihnen einen direkten Austausch durch blosse Ausgabe einfacher Bons einrichtet; diese Bons sollen durch Hergabe von Arbeitsprodukten oder Arbeitsleistung erworben und überall an Zahlungsstatt angenommen werden. Eine derartige wirtschaftliche Reform setzt eine politische Reform voraus, die Aufhebung des Staates, der nur ein Instrument des blinden Konservatismus oder der brutalen Reaktion ist: die *Anarchie* wird eine vollkommene Freiheit und die höchste individuelle Entwicklung gewährleisten, sie wird die wahre Republik errichten ohne Zentralgewalt: ein wirkliches Bild des sozialen Körpers und das freie Produkt des Willens der Gesamtheit.

In den Jahren 1848 bis 1851 vertieft sich Proudhon immer mehr in seine Idee, und in seiner *Philosophie du progrès* führt er aus, dass die Bewegung das Grundgesetz des Lebens überhaupt sei. Nichts wird zerstört, alles ist der Wandlung unterworfen, eine Kette von Ursachen verbindet alle Erscheinungen, und es ist das Ziel des philosophischen Denkens, diese Kette herauszufinden; die Widersprüche und Unzuträglichkeiten des sozialen Lebens lösen sich schliesslich in eine Art von *Ausgleichung* oder *Gleichgewicht* auf. Dies ist die Synthese. Auf dem Gebiete der sozialen Moral ist sie gleichbedeutend mit Gerechtigkeit. Die Fundamentalsätze dieser Anschauung sind in dem Hauptwerk Proudhons *La justice dans la révolution et dans l'église* nieder-

gelegt: Die Einführung der Gerechtigkeit unter den Menschen gibt der menschlichen Gesellschaft ihre Existenzberechtigung und ist das Endziel der Revolution; aber bei der Erfüllung dieser Aufgabe steht der Revolution eine unerbittliche Feindin gegenüber, die Kirche, deren Zweck es ist, das Autoritätsprinzip zu verteidigen. Die Revolution kann nur auf die Wissenschaft zählen, mit deren Hilfe wird sie aber siegen. Sie wird die Gerechtigkeit begründen, und die Gerechtigkeit wird das leitende Prinzip für die Beziehungen der Menschen zu einander und zu den Dingen werden, wird die Arbeit, das Eigentum, die Ehe, die Erziehung, regeln. *La guerre et la paix, Théorie de l'impôt, Théorie de la propriété* sind nichts weiter, als Zusätze zu dieser Theorie der Gerechtigkeit. Proudhon betont dabei die friedlichen Rechte der Arbeit und der Arbeitermajoritäten, sowie die Notwendigkeit einer Reform der Einrichtung der Abgaben und des Eigentums durch ein System von Garantien, das unter den Menschen ein gewisses Gleichgewicht herstellen werde. So konnte Proudhon von sich sagen, dass er aus einem Revolutionär ein Konservativer geworden sei: tatsächlich sprach er von der Revolution ohne Rücksicht auf irgend eine bestimmte Zeit, während er vorher geglaubt hatte, sie mit einem Schlage herbeiführen zu können. Er begnügte sich damit, die *Bewegung* nach dieser Richtung hin zu konstatieren, diese Bewegung, die sich zwar nur partiell vollzieht, die aber dennoch einen erkennbaren und sicheren Fortschritt bedeutet. Er hielt in politischen Fragen sein Ideal der Anarchie aufrecht, gab aber zu, dass für den Augenblick eine Föderation, die auf einem freien, jederzeit löslichen Vertrag zwischen autonomen Gruppen basiert, der beste Weg zur Einführung einer allgemeinen Gerechtigkeit sei; neben der politischen Föderation werde sich eine wirtschaftliche Föderation bilden, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit, dessen unmittelbarer Anwendung auf den Handel, die Arbeit und den Kredit nichts im Wege stehe.

Dies der Gedankengang des Werkes, als dessen Verfasser Proudhon einen hervorragenden Platz in der Geschichte des französischen Gedankenlebens und des französischen Sozialismus einnimmt. In diesem Werk hat Proudhon alle sozialen und wirtschaftlichen Theorien einer Kritik unterzogen, die seit Ende des XVIII. Jahrhunderts in Frankreich aufgetaucht waren. Er zeigte die Schwäche, die Inkonsequenz und Ohnmacht der Sozialökonomien, die mehr darauf bedacht waren, eine Orthodoxie und einen sozialen Konservatismus zu vertreten, als der Vernunft zu ihrem Recht zu verhelfen. Ihren von unklaren, sich widersprechenden Vorschlägen strotzenden Kommentaren setzte er die Ergebnisse einer wissenschaftlichen politischen Ökonomie entgegen, deren Wesen und Bedingungen er erklärte, und deren Verwirklichung seine Arbeit galt. Er studierte und untersuchte den zeitgenössischen, sowie den früheren französischen Sozialismus und versuchte, ihn mit der wissenschaftlichen Ökonomie in Einklang zu bringen, die er begründen wollte. Von den Theoretikern des Jahres 1848 schätzte Proudhon Louis Blanc weitaus am meisten. Er achtete dessen Überzeugungstreue und Hingebung an die Sache der Arbeiterklasse, sein Bestreben, klare und praktisch ausführbare Vorschläge zu machen; aber er widersprach seiner Doktrin, er sah in dem Blancschen Sozialismus einen autoritären Sozialismus, der die Macht und den Despotismus des Staates nur verstärken würde, und deshalb glaubte er ihn im Namen der Freiheit bekämpfen zu müssen.

Natürlich hat Proudhon in dieser grossen Bewegung sozialer Ideen, in der er so kraftvoll für seine eigenen eintrat, doch auch verschiedene Vorschläge, Methoden und Schlussfolgerungen anderer übernommen. Er verwendete ihre Daten, Zahlenangaben, Gesetze, die sich bewahrheitet hatten. Namentlich Smith, Malthus und Blanqui entnahm er viel. Von Saint-Simon und den Saint-Simonisten übernahm er den Satz, dass die Politik der Wirtschaft untergeordnet sei; er machte sich ihre Einteilung der Menschheitsgeschichte zu eigen, sowie auch ihre Vorschläge zur Organisierung des Bankwesens, die sie als die Grundbedingung der wirtschaftlichen Reorganisation ansahen. Auch Fourier verdankt er viel; von ihm entlehnte er auch die Idee und die Methode der Gruppierung in Kategorien, die er dann durch die Hegelsche Theorie von dem Umschlag ins Gegenteil erweiterte. Dann benutzte er auch die von einigen Schülern Fouriers, namentlich von Coignet, ausgearbeiteten Pläne zur Reorganisation des Kreditwesens, und seine Organisation des kostenlosen Austausches nähert sich der unter Ausschluss jeglichen Handels gedachten Organisation des Austausches im *Phalanstère*. Sicherlich ist also der Einfluss, den andere auf Proudhons Geistesleben hatten, nicht gering; weit bedeutender ist aber, was er aus Eigenem hinzugetan. Er hat den Gedanken einer demokratischen Organisation des Kredits und des Austausches gefasst und ausgearbeitet, er hat die sozialistischen Theorien, die Werttheorie, die Rententheorie, die Theorie von dem Anrecht des Arbeiters an sein Produkt, wenn auch nicht erdacht, so doch genau ausgeführt und festgelegt; er hat eine Kritik und eine Theorie des Eigentums, der Abgaben, des Kriegechts geschaffen, er hat die soziale Doktrin von der Gerechtigkeit ins Leben gerufen. Fasst man all dieses zusammen, so kann man wohl seinen Einfluss auf die Entwicklung und die Richtung des zeitgenössischen Geisteslebens ermessen.

Proudhon hat nicht Schule gemacht. Seine äusserst eigenartige Persönlichkeit und die beständige Entwicklung, in der er sich selber befand, machten es fast unmöglich, dass ein Kreis von Schülern sich um ihn hätte gruppieren können. Er hatte zwar eine Anzahl mittelmässiger Intelligenzen um sich, die die fasslichsten, einfachsten und packendsten seiner Ideen verbreiteten; sie brachten die praktischen Folgerungen in Umlauf, ohne auch nur stets deren Prämissen zu verstehen, und sie entstellten sie noch oft. Dagegen ist sein Einfluss auf die Haupttheoretiker des Sozialismus bedeutend gewesen. Es gibt nur wenige unter ihnen, die aus seiner Kritik der kapitalistischen Gesellschaft nicht den grössten Nutzen gezogen hätten. Dem französischen Sozialismus hat er jedenfalls seine erste Doktrin gegeben: zu Anfang war die französische sozialistische Partei rein proudhonistisch.

In der *Internationalen* kam es zu dem Konflikt zwischen den Marxisten und der proudhonistischen französischen Partei; ein Beweis für die Stärke dieser Partei ist die ungeheure Anstrengung, die es die Marxisten kostete, die Oberhand zu gewinnen. Auf dem Brüsseler Kongress trug die kollektivistische Doktrin den Sieg davon, aber die Proklamation des Rechts des Arbeiters auf sein Produkt war das Betonen des Grundgedankens, den Proudhon als erster formuliert hatte. Auch die Pariser Commune war überall da, wo sie sozialistisch war, zugleich proudhonistisch. Von den sozialistischen Mitgliedern der Commune waren viele direkte Schüler und Freunde von Proudhon. Charles Beslay war Proudhons intimster Freund, er teilte alle seine politischen und wirtschaftlichen Ideen:

er träumte davon, dass die Commune die friedliche Überleitung zu der sozialen Regeneration bilden werde, und als Mitglied der Finanzkommission reichte er ein Bankprojekt ein, das ganz auf Proudhons Ideen fusst. Courbet war ein Freund, Gambon ein Schüler Proudhons. Charles Longuet dankt sein Programm ebenfalls Proudhon, er hatte dessen Lehren in den öffentlichen Versammlungen zu Ende des Kaiserreiches oft verteidigt. Diese Männer, und neben ihnen andere, unbekanntere, waren in der Commune die direkten Repräsentanten des proudhonistischen Sozialismus. Das Manifest der Commune vom 19. April ist ein rein proudhonistisches Dokument. Auch auf den ersten Sozialistenkongressen Frankreichs unter der dritten Republik findet man, wenn auch nicht zusammenhängend, beständig wieder Äusserungen Proudhonscher Denkweise. Als 1886 in Lyon der erste nationale Gewerkschaftskongress abgehalten wurde, war der Geist, der dabei vorherrschte, nicht allzuweit von demjenigen entfernt, zu dem sich die Arbeiter in den letzten Jahren des Kaiserreiches bekannt, nämlich den Theorien Proudhons, und noch heute bewahrt ein grosser Teil der Gewerkschaften, sowohl solcher, die sich von der politischen Tätigkeit fernhalten, wie auch solcher, die in der Politik die kollektivistischen Theorien anerkennen, die Hauptideen des Proudhonschen Programmes: Föderalismus, Gegenseitigkeit, kommunale Autonomie, Dezentralisation, Assoziation der vereinigten und föderierten Arbeiter.

Einem Manne, der solch einen nachhaltigen Einfluss ausgeübt, kann auch der, der seine Theorien ablehnt, die Bedeutung nicht absprechen. Proudhon hat aus den Tiefen seines Wissens sehr viele Schätze hervorgeholt, er hat für sie viel gekämpft und viel gearbeitet. Aus seinem Lebenswerk lassen sich mancherlei Lehren ziehen, die auch die Sozialisten unserer Tage kennen und prüfen sollten. Und das eine kann man heute noch von ihm lernen: dass der Sozialismus praktisch, kritisch und rationalistisch sein muss, wenn er eine Existenzberechtigung haben will. Der Sozialismus muss praktisch sein, das heisst, er muss bei der Ausarbeitung der Theorien nie die Anwendung dieser Sätze auf das praktische Leben vergessen, auf die menschliche und lebende Wirklichkeit, für die sie bestimmt sind. Der Sozialismus muss kritisch sein, das heisst, er muss seine Vorschläge auf das gewissenhafte, genaue Beobachten der sozialen Tatsachen gründen und seinen Fortschritt durch eine stete Nachprüfung seiner Prinzipien stützen. Der Sozialismus endlich muss rationalistisch sein, das heisst, er muss alle Dogmen irgend welcher Art verwerfen und nur eine Autorität anerkennen: die schöpferische Vernunft der Wissenschaft.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Börse und Russland

Die Börse, vor allem in Frankreich und Deutschland, ist mehr und mehr von den russischen Ereignissen abhängig geworden. In Frankreich haben die Abstossungen von Russenwerten seitens des

grossen Publikums zeitweilig rapid zugenommen — trotz des fortgesetzten Eingreifens der grossfinanziellen Vertrauensmänner Wittes — in so starkem Masse, dass Rouvier eine Erklärung für nötig hielt: die russischen Zinszahlungen seien auf lange Zeit vollständig und unantastbar gesichert. In Deutschland ist der Russenbesitz weniger zersplittert, und

die grossen festen Hände, in denen er sich befindet, brauchen nicht bei jeder für sie ungünstigen Nachricht ihren gefährlichen Besitz sofort abzuwerfen. Dennoch kehrten die Stunden und Tage der Panik immer wieder, allerdings unter nicht minder häufigem, wenn auch im Durchschnitt schwächerem Wellenschlag nach oben. Wie viel im Laufe der Zeit die russischen Papiere am Kurse eingebüsst haben, zeigt folgende Übersicht:

		Russische Rente von		
		1902	1905	1886
2. Januar	1904	98,90	—	97,70
20. Februar	1904	91,—	—	91,10
23. Januar	1905	87,60	94,90	87,—
29. August	1905	88,10	94,25	87,90
30. August	1905	90,90	95,80	92,50
27. Oktober	1905	87,—	94,90	87,50
30. Oktober	1905	86,60	94,90	88,—
31. Oktober	1905	90,25	97,—	80,70
13. November	1905	86,50	94,40	87,30
1. Dezember	1905	83,—	90,20	81,75
2. Dezember	1905	83,40	90,40	81,50
4. Dezember	1905	80,60	87,40	78,30
14. Dezember	1905	80,10	87,50	79,60
20. Dezember	1905	79,25	88,40	78,25

Fast stets zog der Kursfall der Russen weitere Kreise, so dass die meisten Bank-, Industrie-, Montanwerte an den deutschen Börsen stark abgeflaut sind im Vergleich zu der bis etwa Ende Oktober erfolgreichen Haussetreiberei.

×

Diskont

Auch die abermalige Diskonterhöhung seitens der Reichsbank, die man

für die ausserordentlichen Ansprüche der Jahreswende zu umgehen hoffte, ist Tatsache geworden; am 11. Dezember beschloss der Zentralausschuss die Steigerung von 5½ auf 6 %, allerdings nicht einstimmig, wie sonst in den meisten Fällen. Präsident Dr. Koch nannte die Lage der Reichsbank ungünstiger, als seit 7 Jahren; bei einer ungewöhnlichen Höhe des Wechselbestandes habe sich der Metallschatz stark herabgemindert, das Deckungsverhältnis der angeschwollenen Notenmenge sei überaus ungünstig; die Ansprüche des Jahresendes ständen vor der Türe, und man müsse sich auf eine beträchtliche Weiteranspannung gefasst machen. Der Satz von 6 % ist eine Seltenheit, seit dem Bestehen der Reichsbank ist er nur viermal zu verzeichnen gewesen, und nur einmal ist er alsdann noch überschritten worden. Empfindlich ist die Warnung im Augenblick vor allem für die Abwicklung der anfangs überspannten und nunmehr noch mühsam aufrechterhaltenen Börsengeschäfte kapitalschwacher Spekulantengruppen.

×

Eisenindustrie Für den noch immer vorwiegend günstigen Grundton des internationalen

Produktionsbetriebes sprechen vor allem die Verhältnisse der Kohlen- und Eisenerzeugung. Auf die deutschen Erfahrungen kamen wir bereits mehrfach zurück. Die Eisenerzeugung der Vereinigten Staaten kämpft bereits mit einer ungenügenden Rohmaterialienzufuhr. In den Anstrengungen zum Beispiel der erzebefördernden Eisenbahnlinien macht sich dies greifbar geltend. So beförderte die *Bessemer and Lake Erie Railroad* in den ersten zehn Monaten des Jahres 1905 4,4 Mill. t Eisenerze und überholte damit den Rekord für alle bisherigen Jahresvollleistungen (im ganzen Jahre 1904 4,087 Mill. t). Umgekehrt wirken die enormen Bestellungen der Eisenbahnen an Frachtwagen, Schienen, Lokomotiven belebend auf die Eisengewerbe zurück. So schreibt man der *Rossischen Zeitung* aus Pittsburg (Pennsylvanien):

„Natürlich sind die Schienenwalzwerke in ununterbrochener und heisser Tätigkeit, und aus Mann und Maschine wird herausgeholt, was herauszuholen ist. Man weiss, dass jedes Stück Schiene, das aus der Walzmaschine herauskommt, ein Stück sicheren Gewinnes darstellt, und noch nie sind so viel Rekorde in Schienenproduktion gebrochen worden, wie jetzt. Bis zum Frühling dieses Jahres hielten die *Edgar Thomson Works* in Braddock den Monatsrekord mit 70 000 t, dann fiel dieser Monatsrekord an die *Illinois Steel Co.*, die es auf 71 724 t brachten. Darauf begannen die *Edgar Thomson Works* (sie gehören zur *Carnegie Steel Co.*) ihre Oktoberfabrikation mit dem Auftrage, diesen Rekord zu brechen. Der Erfolg war grösser, als erwartet: Die Produktion des genannten Werkes für Oktober beträgt 83 117 t an Schienen und stellt die grösste Quantität an Schienen dar, die je von irgend einem Hüttenwerk in einem Monat erzeugt worden ist. Sie wird nicht lange mehr die grösste Quantität bleiben, denn eine jetzt vollendete Vergrösserung der *Edgar Thomson Works* wird sie in den Stand setzen, monatlich bequem mehr als 100 000 t Schienen produzieren zu können.“

×

Schiffsbau

In England sind besonders die Stahlwerke reichlich mit Aufträgen versehen, ferner die Werften. Am Clyde

wurden im November 55 358 t Schiffsraum gegen 25 118 t im Vorjahr vom Stapel gelassen; in den ersten 11 Monaten 472 911 t (gegen 357 944 t); an neuen Aufträgen gingen nicht weniger als 75 000 t ein, hauptsächlich für Liniendampfer, während vorher meist Trampdampfer in Frage kamen. Der Stahl erfuhr auch eine ansehnliche Preissteigerung; ähnlich, obwohl geringer, die Fertigeisensorten, während in Roheisenwarrants ein Rückschlag gegen rein spekulative Übertreibungen erfolgte. Für die Aussichten der Chamberlainschen Zollagitation sind diese Aufschwungssymptome ebensoviele schlimme Anzeichen, so dass die Liberalen dem Wahlkampfe doppelt hoffnungsvoll entgegensehen können.

× **Baumwolle** Die Haupttextilindustrie dürfte nunmehr über die diesjährige Rohstoffzufuhr einigermaßen im klaren sein. Freilich war Anfang Dezember der Bericht des amerikanischen Ackerbaubüros für viele Beteiligte noch immer eine Überraschung, er rief infolgedessen in New York sofort eine stürmische Hausse hervor, während die um ihre Verpflichtungen besorgten Blankoverkäufer ein panikartiger Schrecken befiel. Die Regierung schätzte nunmehr die diesjährige Ernte auf 10 167 000 Ballen (von je 500 Pfund), gegen 12 162 700 Ballen im Vorjahre, das allerdings eine ausserordentliche Höhe erreichte und die während der Vorjahre erschöpften Vorräte überall zu ergänzen gestattete. Wir stellen nunmehr die amerikanischen Ernteergebnisse für die letzten 10 Jahre zusammen (in Ballen):

1895	7 157 000	1901	10 681 000
1896	8 758 000	1902	10 728 000
1897	11 200 000	1903	10 011 000
1898	11 275 000	1904	12 162 700
1899	9 436 000	1905	10 167 000
1900	10 383 000		

Lehrreich ist übrigens die kürzlich bekannt gewordene Statistik der internationalen Vereinigung der Baumwollspinner und -fabrikanten. Danach hatten die Spinner Grossbritanniens und des europäischen Kontinents am 31. August 1904 (beim Abschluss des Erntejahres) überall wenig Baumwolle auf Lager gehabt, während im Jahre 1905 am 31. August diese Vorräte etwa 1,65 Mill. Ballen betragen, also den industriellen Bedarf Europas auf ungefähr zwei Monate deckten.

× **Kurze Chronik** Noch vor der offiziellen Preiserhöhung des Kohlensyndikats (ab 1. April 1906) wurden unter der Hand die Preise für Ruhrkohlen hinaufgesetzt. × Die Annäherungsversuche zwischen Hamburg und Bremen laufen weiter und lassen ein friedliches Vertragen der grossen Reedereien erwarten. × Die Lebensmittelpreistabelle der *Statistischen Korrespondenz* zeigt für November weiteres Steigen: Weizen von 165 M. (im Oktober) auf 170 M., Roggen 151 : 160 M., Gerste 147 : 153 M., Hafer 145 : 153 M., Esskartoffeln 44,7 : 47,2 M. Die Fleischpreise haben sich im allgemeinen auf der abnormen Oktoberhöhe gehalten, so dass damit wohl der Gipfelpunkt erreicht sein wird. × Die Erneuerung des chilenischen Salpetergrubenverbandes gilt als gescheitert.

× **Literatur** Gerade zur rechten Zeit vor den englischen Wahlen erscheint über *Chamberlains Handelspolitik* die überaus fleissige und umsichtige deutsche Darstellung von Marie Schwab /Jena, Gustav Fischer/. Die neuartigen imperialistischen, kolonialpolitischen Strebeziele Jungenglands, die unbefriedigende Entwicklung der englischen Fabrikatausfuhr, das Heranwachsen der ehemaligen ausländischen Absatzgebiete zu Konkurrenten, die im Protektionismus nicht nur Schutz, sondern sogar eine Angriffswaffe gegen England finden, die Entfaltung und die Argumentation der Chamberlainschen Agitation, aber ebenso die entgegenstehenden Hemmnisse in den Kolonien selber werden sachkundig vorgeführt, unter Beigabe wertvoller, gedrängter statistischer Übersichten. Die Verfasserin neigt zu der Anschauung, dass die Verwirklichung von Chamberlains Handelspolitik für England überwiegend nützlich, für die Konkurrenzländer, vornehmlich Amerika und Deutschland, schädlich sein wird, Deutschland aber Expansivkraft genug besitzen dürfte, um sich mit dem Schaden abzufinden und auf der bewohnten Erde Ersatz dafür zu gewinnen. Führt die Entwicklung der Verhältnisse des Welt Handels dazu, dass dieser sich in immer grösseren Gruppierungen organisiert, so dass deren eine den amerikanischen Kontinent, eine andere das britische Weltreich umfasst, dann dürfte auch der gesunde Gedanke eines europäischen, zum

mindesten eines mitteleuropäischen Zollvereins seine Verwirklichung finden, in welchem Deutschland zu führender Stellung berufen wäre. Diese Möglichkeit mehr als anzudeuten, hiesse aber, einstweilen noch, den Boden der Realpolitik verlassen. Sehr lesenswert ist auch das einleitende Vorwort Adolph Wagners, das zum Beispiel mit Recht hervorhebt, wieviel manche englische Tarifreformer aus der deutschen handelspolitischen Praxis und Literatur gelernt haben. X Zum besseren Verständnis der englischen Verhältnisse und Bestrebungen gibt Dr. Lenschau eine Serie von selbständigen Heften (*England in deutscher Beleuchtung* /Halle, Gebauer-Schwetschke/) heraus. Im ersten behandelt der bekannte ehemalige Gesandte M. von Brandt die englische Kolonialpolitik und Kolonialverwaltung, im zweiten C. Schrödter, der Herausgeber der nautischen Zeitschrift *Hansa*, die englische Handelsschiffahrt (Reederei, Schiffbau, Seeverkehr). X Mit nicht gewöhnlichem politischem Weitblick und geschichtlichem Sinn, dabei in anziehendster Form, behandelt Paul Samassa das *neue Südafrika* /Berlin, Schwetschke/. Zur Orientierung fügen wir die Inhaltsübersicht bei: *Südafrikanische Probleme, Das Afrikandertum der Kapkolonie, Englands Herrschaft, Randmagnaten und Goldindustrie, Burenrenaissance, Allerlei Rassenfragen, Wirtschaftliche Zukunftsaussichten, Vereinigte Staaten von Südafrika, Deutsch Südwestafrika*. X Eine bessere Verbindung von Leihkapital, Produktionssyndikaten und Handelsunternehmungen zum Zwecke der Exportsteigerung befürwortet der weitgereiste Dr. W. Kundt in der Schrift *Die Zukunft unseres Überseehandels* /Berlin, Siemenroth/. Etwa ähnlich, wie unsere Elektrizitätsunternehmungen sich an Strassenbahngründungen beteiligten, um den elektrischen Betrieb zu fördern, so sollen zum Beispiel unsere Eisensyndikate am südamerikanischen Eisenbahnbau teilnehmen und sich ihrer Lieferungsverträge sichern; Banken müssten hinzutreten, um die eigentliche Gründung und gewisse Risiken zu übernehmen; Exportsyndikate sollen im Ausland grosse Warenhäuser errichten. Die Wirklichkeit bietet wohl grössere Schwierigkeiten, als der Verfasser glaubt; aber Anregungen enthält seine Schrift in Hülle und Fülle. X Auf die eingehende Studie von Dr. Otto Joidels (in den Schmoller-Seringschen *Forschungen* /Leipzig,

Duncker & Humblot/) *Das Verhältnis der deutschen Grossbanken zur Industrie, mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie*, gedanken wir ausführlicher zurückzukommen.

MAX SCHIPPEL

Politik

Reichstag: Auswärtige Politik, interne Reichstagsangelegenheiten, Reichsfinanzreform und Steuervorlagen, Etat und Flottenvorlage; das waren die Themata, die im Mittelpunkt der diesjährigen Generaldebatte über den Reichshaushaltset standen. Alle sachlichen Debatten verschwanden aber hinter dem Gegensatz zwischen Sozialdemokratie einerseits, Regierung und bürgerlichen Parteien andererseits. Da war der preussische Finanzminister, der den Reigen gegen die Sozialdemokratie begann und die politische Rolle des Arbeiters in Preussen als befriedigend bezeichnete. Auch später wurde dieser Anschauung noch Ausdruck gegeben. Derartige Behauptungen müssen doch geradezu erbitternd auf die Arbeiterschaft wirken, die von der parlamentarischen Vertretung in Preussen ausgeschlossen ist. Sind diese Behauptungen ernst gemeint, dann erblicken die Arbeiter darin nur den Beweis, dass die Regierenden ihre Ansprüche auf politische Gleichberechtigung nicht anerkennen, dass die Regierung wohl für die politischen Rechte der Besitzenden, nicht aber für die der Arbeitenden sorgt. Sind sie aber eine Art Verlegenheitsphrase, dann empfinden die Arbeiter daraus nur den Spott, den man ihnen zum Schaden noch obendrein hinzufügt. In beiden Fällen diskreditiert sich die Regierung durch solche, der Wirklichkeit ins Gesicht schlagende Behauptungen. Auch Fürst Bülow hat in seiner Polemik gegen Bebel durch Übertreibungen Augenblickserfolge zu haschen gesucht. Wenn er die Schuld für die bestehende Verstimmung zwischen Deutschland und England auf die Haltung der sozialdemokratischen Presse abzuwälzen suchte, so blieb er damit ganz an der Oberfläche haften. Zweifellos hat heute die Presse einer grossen Oppositionspartei grossen Einfluss im Auslande, aber doch nur dann, wenn dort die Resonanz für Presseerzeugnisse vorhanden ist, die die Politik der deutschen Regierung angreifen. Ohne sie bleiben Angriffe auf die Regierung einfach unbeachtet. Diese Resonanz ist nun aber in England vorhanden; sie ist eine Folgeerscheinung der wirtschaft-

lichen Rivalität, die eben auch in der Politik zu Spannungen führt. Die Rede des Reichskanzlers war ganz auf den Ton derer gestimmt, die in der Sozialdemokratie nichts anderes, als das künstliche Produkt einzelner Führer, erblicken. Nun soll nicht bestritten werden, dass die Führer für die politische Taktik in hohem Masse verantwortlich sind und kraft ihrer Autorität die politische Haltung der gesamten Sozialdemokratie stark zu beeinflussen vermögen, aber darüber vergesse man doch nicht, dass diese Führer von dem Vertrauen der grossen Masse getragen sind, und dass darum die Unterscheidung von bösen Führern und guten Arbeitern, wie sie der Reichskanzler beliebte, recht deplaciert war. Da war es immerhin erfreulich, dass auch Graf Posadowsky sprach und in deutlichem Gegensatz zum Reichskanzler die Sozialdemokratie als eine notwendige Begleiterscheinung der modernen industriellen Entwicklung bezeichnete. Dass Graf Posadowsky wegen dieser Feststellung in der Presse der bürgerlichen Parteien scharfen Angriffen ausgesetzt ist, beweist nur, in wie rückständiger Art der politische Kampf in Deutschland noch geführt wird. Immer stehen auf der einen Seite die Böcke, auf der anderen die Schafe. Da mag noch so viel von der materialistischen Geschichtsauffassung geschrieben und gesprochen werden, immer wieder erhält das moralische Prinzip die Oberhand, wobei es dann nicht anders kommen kann, als dass die Reden der Politiker an die Predigten des Busspredigers gemahnen.

Über das Schicksal der Vorlagen selbst, um die sich die Generaldebatte drehte, hat man aus den Verhandlungen wenig erfahren. Die Flottenvorlage dürfte wohl glatt bewilligt werden, dagegen stehen die Aussichten für die Finanzreform in der Form, wie sie die Regierung plant, ungünstig. Ausschlaggebend dabei ist die Stellungnahme des Zentrums, das weder die Quittungs- noch die Tabaksteuer goutiert. Allem Anschein nach soll der Versuch unternommen werden, die Erbschaftssteuer in einer Weise auszubauen, dass sie dem Reiche erheblichere Summen einbringt, als es nach der Regierungsvorlage geschehen würde. Sollten die Kommissionsverhandlungen einen derartigen Verlauf nehmen, so steht die Regierung vor einer nicht ganz leichten Entscheidung. Da namentlich Preussen sich mit Händen und Füssen gegen eine schärfere Heranziehung der Erbschaften

zur Reichssteuer wehrt, so hätte die Reichsregierung nur die Wahl, entweder den Widerstand der preussischen Regierung zu brechen oder es auf einen Konflikt mit dem Reichstag ankommen zu lassen. Einen solchen aber um einer Steuer willen zu beginnen, für die der Reichstag die Masse der Bevölkerung hinter sich hat, wäre so gefährlich für die Regierung, dass ihre Niederlage voraussehen wäre. Das Zentrum hat hier wirklich einmal die Gelegenheit, zu zeigen, ob es seine parlamentarische Macht im Reichstag so weit in Anwendung bringen will, um der preussischen Finanzpolitik eine empfindliche und dauernde Niederlage zu bereiten.

× **Volksschulgesetz für Preussen** ×

Zur nämlichen Zeit, da in Frankreich das Gesetz, das die Trennung von Staat und Kirche ausspricht, alle parlamentarischen Stadien glücklich durchlaufen hat, wurde dem preussischen Landtag die reaktionäre Schulvorlage unterbreitet, die die Schule der Kirche und Bureaucratie unterstellt; in der konfessionellen Schule wird das Heil Preussen-Deutschlands erblickt, die Simultanschule soll eine bedauerliche Ausnahmestellung erhalten, Lehrer und Schüler bleiben im Bann der Kirche (über die Einzelheiten des Entwurfs vergl. den Artikel von Leo Arons *Die Volksschulvorlage im preussischen Landtag*, pag. 3 ff.). So muss es kommen, solange in Preussen ein Parlament Gesetze macht, in dem Konservative und Zentrum die Majorität bilden. Der Liberalismus ist zu schwach, um diesen Vorstoss aufhalten zu können, ja er ist so schwach, dass er es nicht einmal mehr zu einer Protestbewegung bringt, wie sie seinerzeit noch unter Bennigsen möglich war. Ist doch die nationalliberale Partei in dieser für sie einst grundsätzlichen Frage auch nicht mehr einig, und der grossen Masse des liberalen Publikums in den Kreisen der Industrie und des Handels liegt die Bedeutung solch' idealer Fragen heute viel zu fern. Sie haben Wichtigeres zu tun, als sich wegen der Gestaltung der Volksschule in einen grundsätzlichen Kampf mit Zentrum und Konservativen einzulassen. Für die höheren Schulen aber, in denen die eigenen Kinder erzogen werden, ist die Frage wirklich nicht so wichtig: hier ist der tatsächliche Einfluss der Kirche auf Schüler und Lehrer schon so weit zurückgedrängt, dass kaum eine Gefahr vorliegt, die moderne Weltanschauung

könnte durch kirchlichen Einfluss wieder zurückgedrängt werden. Für die Volksschule allein hat die Frage grundsätzliche Bedeutung, aber deren Lebensinteressen können ja in einem Parlamente nicht richtig erkannt werden, in dem die Bevölkerungsschichten unvertreten sind, deren Kinder die Volksschule besuchen.

× **Kurze Chronik** Der preussische Justizminister Dr. Schönstedt wird durch den Oberlandesgerichtspräsidenten Beseler in Breslau ersetzt. × Die bayerische Landtagswahlreform ist von der Kammer der Abgeordneten in der letzten Lesung einstimmig angenommen worden. × Die Wahlreformbewegung in Sachsen führt zu Demonstrationen der Arbeiter. × Das englische Ministerium Balfour hat demissioniert. An seine Stelle ist ein liberales Kabinett Campbell-Bannerman getreten.

× **Literatur** Für eine starke Seerüstung Deutschlands sucht Ludwig Flatau (*Welt-*

politik und Flottenpläne /Berlin, Simion/) in Unabhängigkeit von Fraktionsprogramm und Parteiparolen zu begeistern. Die Ausführungen der Schrift richten sich unausgesprochen, aber doch deutlich genug gegen die Haltung der freisinnigen Volkspartei in Flottenfragen. × Landgerichtsrat W. Kulemann lässt zu seiner Broschüre *Der Zusammenschluss der Liberalen* ein Nachwort *Die Lage des Liberalismus* erscheinen /Dresden, Böhmert/, in dem er sich mit einer gegen ihn gerichteten Polemik des Generaldirektors Eichhorn in Bonn auseinandersetzt. × *Bilder aus Lübecks Vergangenheit* /Lübeck, F. Meyer & Co./ bietet Theodor Schwartz in der Absicht, die Arbeiter für die Geschichte des Lübecker Gemeinwesens zu interessieren. Die volkstümliche, anspruchslose Schreibweise macht das Buch auch recht geeignet für diesen Zweck.

Das Jahrbuch der *Hilfe*, die *Patria*, für das Jahr 1906 enthält wieder eine Reihe lezenswerter Artikel; hervorzuheben wäre vor allem Brentanos Aufsatz, der den Streit über die Grundlage der deutschen Wehrkraft behandelt.

RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Kost- und Logiszwang Die *Zentralkommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges* ist soeben mit einem zweiten Schriftchen: *Gegen*

den Kost- und Logiszwang /Berlin, Blum/ vor die Öffentlichkeit getreten. Weshalb legen sich heute noch die ehrsamten Handwerksmeister mit einer so grossen Lungenkraft für den Kost- und Logiszwang der Arbeiter ein, so fragt man sich mit Recht, da in der Tat doch die Häuslichkeit der Meister durch das Zusammenwohnen und Zusammenleben mit fremden, ständig zu- und abfliessenden Elementen nicht gemutlicher und heimischer wird? Nun, das Kost- und Logiswesen ermöglicht die Ausbeutung des Arbeiters als Konsumenten, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Isolierung des Arbeiters von seinen kampfbefähigten Genossen in den Gewerkschaften. Wie die Gehilfen in den Betrieben ihrer Meister und Unternehmer wohnen, nein, vegetieren, das zeigen die Abbildungen über die Gehilfenwohnungen, die dem Schrifchen beigegeben sind. Immer vernehmen wir das bekannte traurige Lied: die Schlafräume sind viel zu klein, die Schlafräume befinden sich in der nächsten Nahe der Aborte, die Schlafräume sind von stockiger, dumpfer Luft erfüllt.

Mit der Befreiung des Arbeiters von der Häuslichkeit und dem Betriebe des Meisters und Unternehmers schwindet ein Stück Hörigkeit des Arbeiters. Also fort mit dem Kost- und Logiszwang!

× **Staatsbetriebe** Die Staatsbetriebe sind bisher alles gewesen, nur nicht Bahnbrecher auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Der Geist sozialpolitischer Rückständigkeit herrscht vielfach noch ungebrochen in diesen Betrieben. Und daher hat gerade die Reformtätigkeit der Sozialdemokratie die Staatsbetriebe zu erfassen.

Am 23. November unterbreitete der Abgeordnete Segitz der bayerischen Kammer eine ganze Reihe sozialpolitischer Anträge, die eine Umgestaltung der Staatsbetriebe zu sozialen Musterbetrieben bezweckten. Er forderte für die staatlichen Betriebe in erster Linie die Einführung des Neunstundentages vom 1. April 1906 und des Achtstundentages vom 1. April 1907. Segitz sah in seinen Anträgen die Gewährung einer 1½stündigen Mittagszeit und von Frühstück- und Vesperpausen von mindestens einer halben Stunde vor. Er verlangte die Errichtung von Unterstandshütten für die im Freien schaffenden Arbeiter und für die Arbeiter der Forstwirtschaftsbetriebe. Er suchte einen Mindestlohn von 3 M. für die

staatlichen Arbeiter festzulegen und sprach sich ganz allgemein für die Gewährung von auskömmlichen, den Unterhalt der Arbeiterfamilien sichernden Löhnen aus. Der Antrag Segitz betonte scharf die prinzipielle Durchführung der Sonntagsruhe. Zum mindesten wollte er eine 36stündige Arbeitsruhe in der Woche für alle Arbeiter einführen. Für die Bezahlung der Überstunden legte er einen Zuschlag von 25% fest, für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit einen von 50%. Scharf hob der Antrag Segitz den Grundsatz hervor, dass in den Arbeitszweigen, in denen Gewerkschaften bestanden, die Löhne mit den Gewerkschaften vereinbart werden müssten. Segitz bestand auf die Begründung von Arbeiterausschüssen in den Staatsbetrieben mit mehr als 20 Arbeitern, und zwar müssten diese Ausschüsse auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts aufgebaut werden. Der Antrag Segitz untersagte die Verwendung gesundheits-schädlichen Materials, namentlich von Bleifarben in den Staatsbetrieben. Die für die staatlichen Betriebe eingeführten Arbeitsbedingungen sollten nach Segitz auch auf die Privatbetriebe erstreckt werden, die Aufträge vom Staate erhielten.

✕ **Telephon und Arbeiterschutz** ✕

Ein reichhaltiges und sehr bedenkliches Sündenregister auf dem Gebiet der Unfall- und Krankheitsgeschichte weist bereits das an Jahren noch so junge Telephon auf. Dem Hygieniker und Sozialpolitiker bietet daher das Schriftchen *Elektrische Gesundheitsschädigungen am Telephon* von Dr. Hans Kurella /Leipzig, Barth/ neue Anregungen zur Ausgestaltung der Unfallverhütungsmassregeln und des Arbeiterschutzes. »Gegenüber der selten auftretenden und nach dem heutigen Standpunkt der Technik freilich unabwendbaren Gefährdungen des telefonierenden Publikums und der Beamten der Fernsprechämter durch atmosphärische Entladungen steht die Möglichkeit, durch relativ einfache und billige Vorrichtungen die Luftleitungen der Strassenbahnen vor dem Kontakt mit Telephondrähten zu sichern.« Den bisherigen sozialpolitischen Massnahmen gegen die Gesundheitsschädigungen am Telephon haftet nun ein ausgesprochen sozialreformerischer Bettelsuppengeruch an. Die Verfügungen und Erlasse der höheren Verwaltungsbehörden auf diesem

Gebiete sind vielfach widerspruchsvoll und zeugen von grosser Zurückhaltung. Und »man hat«, so bemerkt Dr. Kurella, »wenigstens in Preussen, den Eindruck, als wäre auch die Polizei recht zurückhaltend in prophylaktischen und repressiven Massnahmen.« Dr. Kurella fordert als Vorbeugungsmittel gegen Gesundheitsschädigungen, dass die Telephonleitungen nicht mehr oberirdisch und blank, sondern in unterirdischen Kabeln geführt werden. An jedem Apparat müsste ferner ein Blitzschutz angebracht werden, wozu sich die auf manchen Ämtern üblichen Kohlenblitzableiter durchaus eignen. Als Schutz gegen relativ geringe Überspannungen empfiehlt Dr. Kurella einen von Steidle konstruierten Apparat.

✕ **Reform der Versicherung** ✕

Der in der zweiten Hälfte des September in Wien abgehaltene 7. internationale Arbeiterversicherungskongress war der Schauplatz eines sehr regen Meinungsaustausches über das Problem der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Die Führer der deutschen Krankenkassenbewegung, Ed. Graef, Simanowski, Alb. Kohn, H. Sydow u. s. w., waren diesmal in stattlicher Anzahl erschienen, um jeden Einbruchversuch in das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Versicherungsinstituten mit ganzer Energie zu begegnen. Herr Dr. Freund, Direktor der Landesversicherungsanstalt Berlin, tritt bekanntlich schon seit Jahren unermüdlich für eine Verschmelzung der Arbeiterversicherungsinstitute ein, aber er tastet zugleich mit rauher Hand die Form der Selbstverwaltung, die sich bei der Arbeiterschaft grosser Sympathien erfreut, an: die Selbstverwaltung in den Ortskrankenkassen. Dr. Freund legt sich in seinem Schriftchen *Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung* für eine paritätische Organisation von neu zu gestaltenden lokalen Arbeiterversicherungsämtern unter dem Vorsitz eines unparteiischen Beamten ein. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung würden die Arbeiter nach dem Freundschen Projekt eine Vertretung ihrer Interessen erhalten, deren sie bisher ermangelten, aber diese Vertretung tröstet sie durchaus nicht über den Verlust an Selbstverwaltung, der ihnen in den die Funktionen der Ortskrankenkassen erfüllenden lokalen Versicherungsinstituten zugefügt würde. Für eine paritätische Vertretung der Arbeitgeber und der Versicherten in den

Arbeiterversicherungsanstalten bricht ebenfalls Herr Paul Lohmar, Geschäftsführer einer Berufsgenossenschaft, eine Lanze in seiner Schrift *Über Reform und Vereinheitlichung unserer Arbeiterversicherung* /Selbstverlag/. Herr Paul Lohmar bekennt sich grundsätzlich zu einem Aufbau der Arbeiterversicherung auf territorialer Grundlage. Dass selbst der Geschäftsführer einer Berufsgenossenschaft das heutige berufsgenossenschaftliche Fundament der Unfallversicherung in seinem Reformplane verwirft, das verdient in der Tat die ernsteste Beachtung aller Sozialpolitiker. Herr Lohmar empfiehlt, gerade wie Herr Dr. Freund, die gleiche Bemessung der Invaliden- und der Unfallrente. Gegen diese gleiche Bemessung ist im Prinzip nichts zu erwidern. Doch müssen wir dem Versuche Lohmars, die Unfallrente für Schäden bis zu 30 % der Erwerbsfähigkeit der Verletzten zu beseitigen, mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

× **Unfallversicherung** ×
Recht plump und schwerfällig trottet die Unfallverhütung in Deutschland einher, und deshalb schwellen noch immer von Jahr zu Jahr in einigen Industriezweigen die Unfälle bedenklich an.

Aus dem uns vorliegenden Berichte über die Verwaltung der schlesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft für das Jahr 1904 müssen wir ein recht bedauerliches Steigen der Unfallverletzungen konstatieren. Auf 1000 versicherte Personen kamen im Jahre 1903 14,78 Verletzte, 1904 dagegen 16,73. Die Berufsgenossenschaft zeigt sich wenig regsam auf dem Gebiete der Unfallverhütung. Für die Überwachung der Betriebe spendete sie im Jahre 1904 ganze 284,40 M., im Jahre 1903 gar nur 30,50 M.

× **Invalidenversicherung** ×
Nach ihrem Verwaltungsbericht über das Jahr 1904 liess die Landesversicherungsanstalt Westfalen in dem erwähnten Jahre 3014 Personen, gegen 2731 im Vorjahre, eine Heilbehandlung zu teil werden. Ein Eintreten in den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten schien dieser Landesversicherungsanstalt nicht geboten. In der Tat treten ja auch in den Industriebezirken Westfalens bei einer ausgesprochen proletarischen Bevölkerung die venerischen Leiden relativ selten auf. Im Interesse einer Eindämmung des Alkoholismus verbreitete die Versicherungsanstalt das treffliche Schrift-

chen Dr. Grotjans *Soll man bei der Arbeit Alkohol geniessen?* in grossen Mengen durch Kontrollbeamte der Anstalt, durch Heilstätten, Gemeindepflegestellen etc. Mit diesen Massnahmen gegen den Alkoholismus begnugte sich die Anstalt nicht, sie setzte noch ihre Mittel für die Heilbehandlung trunksüchtiger Kranken ein. Eine Ausgestaltung der Rekonvaleszentenpflege fasste die Anstalt ins Auge. Sie förderte weiter die Krankenpflege auf dem platten Lande und stellte in ihr Budget 4950 M. für die Errichtung und Fortbildung von Pflegestellen ein.

× **Arbeiterskretariate** ×
Der Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats Hannover-Linden für das Jahr 1902 bis 1904 bringt ein recht lehrreiches Material über die Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes durch die Berufsgenossenschaften und deren Organe, durch die Vertrauensärzte herbei. Über die Wahlen für die Vertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden teilt der Bericht interessante Details mit. So stellte es sich im Kreise Melle heraus, dass nicht allen Kassenvorständen Mitteilung über die Wahl zugegangen war. Folgende Tatsache verdient noch aus dem Berichte gebucht zu werden: der Landrat des Kreises Burgsdorf bedachte das Sekretariat mit einem Strafmandat in der Höhe von 1 M. wegen vermeintlichen Verstosses gegen die Gewerbeordnung. Das Sekretariat erhob Einspruch, und der Landrat zog den Strafbefehl zurück.

× **Kurze Chronik** ×
Anfang Dezember veröffentlichte der *L'ouvriers* zahlreiche sozialpolitische Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sie betrafen: das Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht, die Einführung des Achtstundentags, die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Bergwerksbesitzern und Bergleuten, das Knappschaftswesen, das Reichsberggesetz, den Schutz der baugewerblichen Arbeiter, die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die ländliche Bevölkerung und das Gesinde, die Beseitigung der Ausnahmegesetze gegen die ländlichen Arbeiter und das Gesinde und die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Arbeiterversicherung auf diese Kategorien der Arbeiterschaft, die Reichswohnungsgesetzgebung, die Begründung von Reichstagskommissionen zur Untersuchung von Tatsachen.

das Haftpflichtgesetz für Eigentümer von Privatbahnen und Automobilen.

×
Literatur

Im 8. Heft der *Arbeitergesundheitsbibliothek* behandelt Dr. B. Chajes sehr volkstümlich die *Nahrung und Ernährung* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/. Die sozialpolitische Seite der Ernährungsfrage wird ebenfalls im Schriftchen gestreift. × *Wie es in der Welt zugeht* betitelt sich ein *Zeittagebuch* Leopold Katschers /Leipzig, Dietrich/, in dem sich in einer Fülle bunter Zeitungsausschnitte das widerspruchsvolle moderne soziale und politische Leben widerspiegelt.

Mit dem 1. Januar übernimmt die Buchhandlung Baessler & Drexler in Zürich die 1879 vom Freiherrn von Vogelsang begründete *Monatsschrift für christliche Sozialreform*. Der bekannte katholische Sozialpolitiker Dr. C. Decurtius wird hauptsächlich dieser Zeitschrift seine Kraft widmen.

PAUL KAMPPMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Städtetag

Am 27. November fand in Berlin der 1. deutsche Städtetag statt, auf dem neben der Konstituierung die Fleischteuerungsfrage den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete. Die von den drei Referenten vorgelegten Leitsätze konstatieren, dass eine Fleischteuerung besteht, und dass deren Ursache in dem Zurückbleiben der inländischen Viehproduktion hinter dem inländischen Bedarf an Fleisch zu suchen sei. Sie verlangen als Gegenmassregel die ungehinderte Einfuhr lebenden Viehs aus dem Auslande, die Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches aus dem Auslande, die Einfuhr ausländischen Büchsenfleisches und sonstiger Fleischdauerwaren, sowie die Ermässigung der Zölle und Eisenbahntarife für Futtermittel in Zeiten bestehender Futternot. Sie lehnen dagegen die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch die städtischen Verwaltungen als ungeeignet ab. Die Ausführungen der Referenten hielten sich im wesentlichen innerhalb des Rahmens der Leitsätze. Insbesondere bemühten sie sich um den Nachweis, dass die Händler und Metzger an der Fleischteuerung keine Schuld trügen. Nur einer von ihnen gab eine gewisse Schuld auch der Gewerbetreibenden zu. Es sei nicht in Abrede zu stellen, dass die Gewerbetreibenden zu-

zeiten mehr Gewinn aus der Fleischversorgung gezogen hätten, als im Interesse der konsumierenden Bevölkerung gelegen habe. Ebenso charakteristisch für die Verhandlungen war die Ablehnung der städtischen Fleischversorgung. Davon wollte die grosse Mehrheit der Vertreter nichts wissen. Das alte Evangelium Sankt Manchesters wurde in allen Tonarten gepredigt, und die Unfähigkeit der Stadtverwaltungen zur städtischen Fleischversorgung mit einer gewissen Inbrunst konstatiert. Ebenso scheute man auch vor einer eindringenden und scharfen Kritik der gesamten agrarischen Politik der Regierungen und Mehrheitsparteien zurück. Hier hatten es die Leitsätze nur zu der Erklärung gebracht, dass die Behandlung der Fleischteuerungsfrage durch die massgebenden Instanzen des Reiches und einzelner Bundesstaaten die berechtigten Interessen der städtischen Bevölkerung schwer schädige. Als die sozialdemokratischen Redner die Finger in diese Wunde legten und in kräftigen Worten die agrarische Politik des Reiches verurteilten, als sie ferner die Schwächlichkeit des Misstrauensvotums in berechtigter Weise geisselten, wurden sie durch fortgesetzte Ausbrüche des Unwillens der Versammlung und Schlussrufe ständig unterbrochen. Landtagsabgeordneter Ulrich-Offenbach hatte durchaus recht, wenn er der mit *wenn* und *aber*, mit *möglichst* und *tunlichst* reichlich gespickten Resolution jede Wirkung auf die Regierung absprach. Die staatsmännische Mässigung der Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister, die man richtiger als Schwächlichkeit bezeichnet, ist gegenüber einer so rücksichtslosen Bewegung, wie es die agrarische ist, gänzlich unangebracht. Wenn sich der deutsche Städtetag, der übrigens seinem Wesen nach eine Vertretung der leitenden kommunalen Bureaukratie ist, in Zukunft nicht zu energischerem Vorgehen entschliesst, als bei der Fleischverteuerung, so werden die städtischen Interessen von den Regierungen ebenso vernachlässigt werden, wie bisher. Um dies vorauszusagen, braucht man kein Prophet zu sein.

×
Hamburger Stadt- und Vorortbahn

Der Hamburger Senat hat der Bürgerschaft, 1½ Jahre, nachdem seine frühere Vorlage von der Bürgerschaft abgelehnt war, ein neues Projekt einer Stadt- und Vorortbahn vorgelegt. Es

bringt gegenüber dem alten eine ganze Reihe von Verbesserungen. Der Bau der Bahn soll durch ein Konsortium, bestehend aus Siemens & Halske und der A. E. G., für Rechnung des Staates ausgeführt werden. Sie bleibt Eigentum des Staates, ihr Betrieb soll in öffentlicher Submission auf höchstens 40 Jahre verpachtet werden. Eine grosse Rolle spielen dabei selbstverständlich der Fahrplan und die Fahrpreise. Während nach dem alten Projekte die Hamburger Strassenbahngesellschaft den Betrieb der Vorortbahn übernahm und zugleich eine Verlängerung der Konzession für ihre alten Linien erhielt, also in geradezu unglaublicher Weise bevorzugt wurde, ist sie diesmal, wenigstens bis jetzt, vollständig ausgeschaltet worden. Es ist allerdings sehr gut möglich, sogar sehr wahrscheinlich, dass sie bei Vergabe des Betriebes doch den Zuschlag erhält und damit zugleich das Monopol für den gesamten Strassenbahnbetrieb auf zirka 40 Jahre hinaus. Weder Senat, noch Bürgerschaft haben sich bisher dazu entschliessen können, den staatlichen Betrieb der Bahn zu übernehmen, trotz der ungünstigen Erfahrungen, die Berlin mit dem privaten Strassenbahnbetriebe gemacht hat, und obgleich der preussische Staat die Berliner Stadtbahn in eigener Regie betreibt. Das Profitinteresse der *Grossen Hamburger Strasseneisenbahngesellschaft* ist für die Hamburger Plutokratie wichtiger, als das Interesse der Allgemeinheit. Ein wichtiges Stück des neuen, wie auch schon des früheren Projektes ist ein grosser Strassendurchbruch vom Rathausmarkt nach dem neuen Hauptbahnhof, der im alten Projekte von der Strasseneisenbahngesellschaft ausgeführt werden sollte. Da es sich dabei um die Niederlegung ganzer Häuserquartiere und die Einrichtung von neuen Strassen handelt, so war es selbstverständlich, dass sich die Spekulation sofort dieses Objektes bemächtigen würde. Es hat sich nun vor kurzem herausgestellt, dass die Spekulantengesellschaft, die eine planmässige Preissteigerung der Grundstücke betreibt, über die Beschlüsse des Senats ebensogut unterrichtet ist, wie über die Pläne der Staats-techniker und die Projekte dieser oder jener Behörde. Sie hat die allergeringsten Pläne oder Projekte sofort im Besitz, noch ehe sie zur Kenntnis der massgebenden Personen gekommen sind, und richtet danach ihre Spekulationen

ein. Wie das *Hamburger Echo* berichtet, gehören zu den Spekulationskäufern ein Mitglied der Bürgerschaft und der Finanzdeputation, sowie Leute, die in nahen, teils verwandtschaftlichen Beziehungen zu Mitgliedern der Bürgerschaft und der Behörden stehen.

× Städtische Arbeiter

> Die Verhältnisse der städtischen Arbeiter in Frankfurt sind vor kurzem von einem Sonderausschuss einer eingehenden Prüfung unterzogen worden. Dieser hat eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, von denen wir die wichtigsten hier erwähnen. In erster Linie wird der Magistrat ersucht, die Einweisung der Arbeiter in die Stufen der Lohn tafel künftig so vorzunehmen, dass die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter nicht unter denjenigen der entsprechenden Arbeiter der hiesigen Privatindustrie bleiben. Das war bisher nicht der Fall. Die Löhne der städtischen Arbeiter blieben zum Teil sehr beträchtlich hinter denen der Privatindustrie zurück. Sehr zur Zeit machte daher die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat darauf aufmerksam, dass die Privatindustrie stets geneigt sei, sich auf die städtischen Löhne zu berufen, und dass daher die städtische Verwaltung leicht preisdrückend oder doch wenigstens Lohnerhöhungen hemmend nach dem Gebiet der Privatindustrie hinüber wirken kann. Der Magistrat wird ferner ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen Arbeiter, die nach längerer Beschäftigung aus einem nicht in ihrer Person liegenden Grunde aussetzen müssen, nicht vom Aufrücken in das ständige Arbeitsverhältnis ausgeschlossen werden. Damit soll ein grosser Uebelstand bekämpft werden, der sich nicht nur in Frankfurt bemerkbar gemacht hat. Es ist geradezu in manchen Verwaltungen Usus geworden, gewisse Arbeiterkategorien, die man den grössten Teil des Jahres hindurch beschäftigt, auf kürzere Zeit aus dem städtischen Dienst zu entlassen, um dadurch ihre Ständigwerdung und die Belastung der Pensionskasse zu verhüten. Weiter verlangt der Sonderausschuss, dass die staatlichen Renten fortan nicht mehr auf die städtischen Arbeiterpensionen angerechnet werden. Es wird dabei auf einen besonders ungerechten Fall hingewiesen. Einem städtischen Arbeiter, der eine städtische Pension von 224 M. und gleichzeitig eine staatliche Invaliden-

rente von 208,80 M. bezog, wurde der gesamte Betrag der letzteren gekürzt, so dass er aus der städtischen Pensionskasse tatsächlich nur 15,20 M. jährlich erhielt. Der Sonderausschuss will die Erteilung von Sommerurlaub nicht mehr, wie bisher, von dem Belieben des Amtsvorstandes abhängig machen, und den Arbeitern einen Rechtsanspruch auf diesen Urlaub gewähren. Schliesslich soll auch die Wohltat des § 616 B. G. B. den Arbeitern in Zukunft zu teil werden. Bei glaubhaftem Nachweis einer unverschuldeten Arbeitsversümmnis infolge dringender persönlicher Angelegenheiten soll die Fortzahlung des Lohnes auf Grund dieses Paragraphen geschehen, nicht mehr aber, wie bisher, in das Ermessen des Amtsvorstandes gestellt sein. Die Vorschläge des Sonderausschusses bringen also den städtischen Arbeitern eine ganze Reihe von Verbesserungen. Sie sind trotz des entschiedenen Widerspruchs des Magistrats von der Stadtverordnetenversammlung angenommen worden.

×

Kurze Chronik Die Stadt Mainz beabsichtigt die Errichtung einer Müllverbrennungsanstalt. × Der Magistrat Fürth hat beschlossen, für die Gewerbegerichtswahlen das Proportionalwahlsystem mit freien Listen einzuführen. × Zwischen dem Fiskus und den westfälischen Gemeinden einerseits und den rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerken andererseits schweben Unterhandlungen über die Versorgung aller Gemeinden Westfalens mit elektrischem Licht- und Kraftstrom. Es soll hier also ein gigantisches Monopol aufgebaut werden, auf dessen Leitung Fiskus und Gemeinden wohl nur geringen Einfluss erhalten würden. × Der Hamburger Wahlrechtsausschuss schlägt vor, 80 von 160 Sitzen der Bürgerschaft durch allgemeine Wahlen besetzen zu lassen. Die Wähler sollen in zwei Klassen eingeteilt werden, und deren Scheidung bei einem Einkommen von 3000 M. erfolgen. Das Proportionalwahlsystem des Senats ist vom Ausschuss aufgegeben worden. × Die Stadtverordneten von Uerdingen beschlossen die Errichtung einer Vorschule mit abgestuften Schulgeldsätzen. Die selben sollen betragen bei einem Steuersatz von 16 bis 52 M. 40 M. Schulgeld, 60 bis 80 M. Steuersatz 60 M. Schulgeld, 92 bis 132 M. Steuersatz 80 M. Schulgeld, darüber hinaus 100 M. × Die Stadtverordnetenversammlung zu Worms gewährte den

städtischen Arbeitern und Bediensteten mit mehr als 5jähriger Dienstzeit einen Urlaub von 6 Tagen.

×
Literatur

Wie wir bereits in einer früheren Rundschau berichtet haben, veranstaltet der *Verein für Sozialpolitik* eine umfassende Enquete über die *Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte*. Wir haben seinerzeit Gelegenheit genommen, an dem Plane dieses Unternehmens Kritik zu üben. Vor kurzem sind nun in den *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* /Leipzig, Duncker & Humblot/ zwei Hefte aus dem Bereich dieser Enquete erschienen, von denen sich die eine (Verfasser Regierungsassessor Dr. Springer) mit Württemberg, die andere mit Sachsen beschäftigt. Die zweite Schrift gibt zunächst über das Königreich Sachsen einen allgemeinen Überblick, woran sich drei kleinere Spezialstudien über die drei exemten Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz, anschliessen. Man braucht nur die beiden Schriften hinter einander zu lesen, um den ungeheuren Gegensatz zwischen Norddeutschland, wozu auch Sachsen zu rechnen ist, und Süddeutschland in politischer Hinsicht zu begreifen. Wirtschaftlich ist ja der Norden und Sachsen den süddeutschen Landesteilen zweifellos überlegen. Die Industrialisierung ist dort bei weitem fortgeschrittener, so energisch sie auch den Süden im letzten Jahrzehnt erfasst hat. Die politische Reife des Südens ist aber entschieden grösser, als die des Nordens, was seinen Grund zum guten Teile in der stärkeren Beeinflussung durch die kulturell entwickelteren Nachbarländer, insbesondere Frankreich, haben mag. Während in der Schrift der Enquete, die sich mit Sachsen beschäftigt, der ganze reaktionäre Geist der sächsischen Staats- und Gemeindepolitik zum Ausdruck kommt, zeigt die Schrift über Württemberg ein im Vergleich geradezu überwältigendes Verständnis für die Bedeutung der demokratischen Entwicklung überhaupt und der Arbeiterbewegung im besonderen. Dabei haben wir es hier mit einem Staatsbeamten, dort mit einem Professor und zwei Stadträten zu tun. Am klarsten tritt dieser Gegensatz in der Frage des Wahlrechtes hervor. Wir werden diese Materie in einem besonderen Abschnitt der nächsten Rundschau behandeln. Auf andere in den beiden Schriften behandelte Gegenstände, wie die Frage der Autonomie, der kommunalen

Polizeiverwaltung etc., werden wir zurückkommen, wenn auch die Berichte über die anderen deutschen Bundesstaaten vorliegen.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Schippels Mandatsniederlegung Am 20. November hat Genosse Max Schippel den Vorständen der Gesamtpartei und des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises die Mitteilung gemacht, dass er sein Reichstagsmandat für den Chemnitzer Kreis niederlege. Er begründete seinen Schritt mit der notwendigen Rücksichtnahme auf seinen geschwächten Gesundheitszustand, betonte aber gleichzeitig, dass eben dieser Schritt ihm von anderer Seite und aus anderen Gründen bereits vor einem Jahre nahegelegt wurde. Wer Schippels Ansichten über den heutigen Parlamentarismus kennt, weiss, dass er an dem Mandat nicht sonderlich gehalten und es nur aus Liebe zu seinem Wahlkreis so lange behalten hat. Für die sozialdemokratische Fraktion bedeutet freilich das Ausscheiden Schippels einen unersetzlichen Verlust. Es ist sehr bedauerlich, dass die grosse Begabung und das gründliche Wissen dieses Genossen, der unter den Jüngeren sicherlich einer der Bedeutendsten ist, für die politische Aktion unserer Partei im Reichstage fürs erste nicht ausgenutzt werden kann. Nun, dafür dürfte Schippel die Partei durch seine wissenschaftliche Tätigkeit entschädigen, die, mag sie in ihren Resultaten einstweilen mit den herrschenden Anschauungen in vielen Punkten noch im Widerspruch stehen, doch auf jeden Fall den Ideenkreis der Partei bereichert und so der Gesamtbewegung schliesslich zu gute kommt.

Der Chemnitzer Wahlkreis, der zu den sichersten der Partei gehört, wurde im Jahre 1890 von Schippel erobert und seitdem von ihm ununterbrochen im Reichstage vertreten. Als Kandidat für die Nachwahl ist Genosse Noske, Redakteur der Chemnitzer *Volksstimme*, aufgestellt.

×
Wahlrechts-
bewegung in
Sachsen

Das sozialdemokratische
Zentralkomitee und die
vier Agitationskomitees

Sachsens erliessen Mitte Oktober einen Aufruf an die Parteigenossen des Landes, überall Wahlrechtsdemonstrationen zu veranstalten. Am 11. Oktober war der Aufruf erschienen, und für den 19., 20. und 21. Oktober waren bereits in ganz Sachsen etwa 130 Wahlrechtsversamm-

lungen angezeigt. Bis in den entferntesten Winkel der Lausitz, des Voigtlandes und des Erzgebirges war mobil gemacht. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig liess, und in der im Namen aller entrechteten Dreiklassenwähler die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung des Proportionalsystems für den sächsischen Landtag gefordert wurde. »Trägt man nicht endlich dem Verlangen nach Gerechtigkeit Rechnung, dann wird sich das Volk Gehör zu verschaffen wissen.« Nachdem in Dresden und den nächsten Vororten schon am 18. November 15 Wahlrechtsversammlungen getagt hatten, die insgesamt von mindestens 2000 Personen besucht waren, wurden für den 3. Dezember wiederum solche einberufen. An diese Sonntagsversammlungen schloss sich eine mächtige Kundgebung der Dresdener Arbeiterschaft an. Dem nach Schluss der Versammlung ertönenden Rufe *In die Stadt, nach dem Altmarkt!* folgten nicht bloss die Versammlungsbesucher, sondern Tausende, die keinen Einlass gefunden hatten. Gegen 1 Uhr dürften schätzungsweise 60- bis 70000 Personen in der Altstadt auf den Beinen gewesen sein. Auch aus der näheren Umgebung von Dresden waren Scharen von Arbeitern nach der Stadt gekommen. Beim königlichen Schloss kam es infolge des rücksichtslosen Vorgehens der Polizei zu blutigen Szenen. In die Militärmusik der Wachtparade hinein tönend begeisterte Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht. Wiederholt wurden von den Massen die Schutzmannsposten durchbrochen, und vor dem Ministerpalais wurde der Sozialistenmarsch gesungen. In Leipzig hatte eine solche Demonstration schon am 19. November stattgefunden. Dort zogen gegen Mittag die Arbeiter, die den Versammlungen beigewohnt hatten, nach dem Augustusplatz, von wo aus sie in der Zahl von zirka 40000 über den Ring sich ergossen. Hier war die Polizei vernünftigerweise ganz zurückhaltend. Schutzleute waren nur wenig zu sehen, und so verlief die Demonstration hier vollkommen ruhig. Auch in Chemnitz kam es am 3. Dezember zu gewaltigen Demonstrationen auf den Strassen. Als gegen 12 Uhr die Versammlungen in den fünf grossen Sälen geschlossen waren, strömte die Masse der inneren Stadt zu.

An vielen Stellen stockte der Verkehr gänzlich, die engen Strassen konnten die Menschenflut kaum fassen. Auf dem Markt gingen die Massen nach einem letzten Hoch auf das gleiche Wahlrecht und unter dem Gesang der *Arbeitermarseillaise* auseinander. Und wie hier, so in Zwickau, so in fast allen Orten Sachsens; die Nachrichten lassen erkennen, dass der Gedanke der Wahlrechtsbewegung auch die entferntesten Winkel erfasst hat, und dass nicht bloss die Arbeiter, sondern auch andere Bevölkerungskreise davon fortgerissen werden. Am 16. Dezember haben die Demonstrationen sich wiederholt. Es wird darauf noch ausführlicher zurückzukommen sein.

×
Gemeinde-
wahlen

×
Im Monat November finden alljährlich an vielen Orten Deutschlands Ergänzungswahlen zu den städtischen Parlamenten statt. Unsere Partei bekundet für diese Wahlen ein wachsendes Interesse; die Zeiten, wo man sich um die Opportunität der Beteiligung an den Kommunalwahlen stritt, sind längst vorbei. Auch in diesem Jahre haben unsere Genossen an vielen Orten bei den Stadtverordnetenwahlen grosse Erfolge erzielt. In Berlin fanden die Wahlen für die III. Wählerklasse am 8. November statt. Sie endeten mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie. Von den 16 Bezirken, in denen Neuwahlen vorzunehmen waren, wurden 11 im ersten Ansturm geholt, und zwar 8 alte und 3 neue Bezirke. In 4 Bezirken kamen die Kandidaten unserer Partei in die Stichwahl, und nur in einem siegte der Liberale schon bei der Hauptwahl. Bei den Stichwahlen vom 29. November unterlagen allerdings unsere Kandidaten den gemeinsamen Gegnern. Der ausserordentliche Stimmenzuwachs aber, den alle unsere Kandidaten zu verzeichnen hatten, lässt bestimmt darauf hoffen, dass wir dem Zeitpunkt immer näher kommen, wo die III. Abteilung im Berliner Stadtparlament lediglich von den Erwählten des Proletariats vertreten wird. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Luckenwalde wurden die 6 Kandidaten des sozialdemokratischen Wahlvereins mit 153 bis 159 Stimmen gewählt; das bedeutet gegen die vor 2 Jahren erfolgte Wahl einen Stimmenzuwachs von rund 200. In Rathenow eroberten unsere Genossen am 21. November alle 4 zur Wahl stehenden Mandate mit 840

gegen 740 Stimmen der Gegner, in Linden bei Hannover das Mandat der III. Abteilung. In Wiesbaden erhielten unsere Gegner 1718, unsere Kandidaten 1619 Stimmen. Ein glänzender Sieg wurde in Dresden erfochten, wo das neue Berufsklassenwahlrecht zum erstenmal in Anwendung kam. In der Abteilung der selbständigen Gewerbetreibenden wurden unsere 2 Kandidaten mit 1078 gegen 936 Stimmen der bürgerlichen Koalition gewählt; in der Abteilung der Arbeiter und Gehilfen brachten es die Kandidaten des evangelischen Arbeitervereins auf ganze 288 Stimmen, während unsere Kandidaten mit 7963 und 7957 Stimmen aus der Wahl hervorgingen; auch in der I. Klasse (Wähler mit über 10jährigem Bürgerrecht) wurden 2 unserer Kandidaten gewählt, so dass also am 1. Januar 6 Sozialdemokraten in das Dresdener Kollegium einziehen. Das Bezeichnendste dieser Wahl ist, dass selbst unter dem im Interesse der Clique geschaffenen Klassen- und Berufswahlrecht sämtliche Antisemiten, soweit sie ausscheiden und wieder aufgestellt waren, durchgefallen sind. Die Wahlbeteiligung war eine ausserordentlich grosse: von 9336 Wählern in der II. Klasse sind 8251 an die Wahlurne gegangen. In Löbtau kamen sämtliche 764 eingeschriebene Arbeiterwähler zur Wahl, und bis auf ein Dutzend wählten sie sozialdemokratisch. Insgesamt entfielen dort auf die Sozialdemokraten zirka 11742 Stimmen, auf die Gegner zusammen nur zirka 11140 Stimmen; die Sozialdemokratie hat also in der sächsischen Residenzstadt Dresden die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei der Stadtverordnetenwahl in Chemnitz siegte in der III. Klasse die sozialdemokratische Liste, die 8968 Stimmen auf sich vereinigte, während die bürgerliche es nur auf 341 Stimmen brachte; gewählt wurden 7 unserer Genossen. In Groitzsch haben unsere Genossen nicht bloss in der III. Abteilung glänzend gesiegt, sondern sie brachten auch ihren Kandidaten der II. Abteilung mit 76 gegen 67 Stimmen durch. In Leisnig wurde neben 6 Ordnungsleuten 1 Sozialdemokrat gewählt. In München gelang es bei den Gemeindevahlen vom 4. Dezember der Sozialdemokratie, 5 Sitze im Gemeinderat zu erobern; auch 5 Ersatzmänner brachten unsere Genossen durch. Die Würzburger Stadtvertretung, die bisher von einer Zentrums-

mehrheit beherrscht wurde, hat nun auch 2 Sozialdemokraten aufzuweisen. In Schwabach bei Nürnberg wurden ebenfalls 2 Sozialdemokraten gewählt. Ein erbitterter Kampf spielte sich in Fürth ab, wo Ersatzmännerwahlen für das Gemeindegremium stattfanden; den vereinigten Gegnern gelang es nur in einem Bezirk, eine Mehrheit von wenigen Stimmen zu erlangen, während 5 Sozialdemokraten glatt gewählt wurden.

× **Parteitage und Konferenzen** ×

Am 26. November tagte in Stuttgart ein ausserordentlicher Landesparteitag der württembergischen Sozialdemokratie, der von 143 örtlichen Mitgliedschaften durch 256 Delegierte besetzt war. Diese Tagung war besonders durch die Beschlüsse des Jenaer Parteitagess erforderlich geworden. Das neue Organisationsstatut sieht einen festeren Zusammenschluss der Sozialdemokratie Württembergs vor. Für jeden Reichstagswahlkreis wird ein sozialdemokratischer Kreisverein gebildet, der sich aus den einzelnen örtlichen Mitgliedschaften des Kreises zusammensetzt. Von den Monatsbeiträgen muss ein bestimmter Satz, 30 %, an den Landesvorstand, 20 % an den Kreisverein und 20 % an die Berliner Zentralkasse abgeführt werden, während die restlichen 30 % dem Ortsverein verbleiben. Eine Anzahl Bestimmungen beziehen sich auf die Aufstellung der Kandidaten für Landtag und Reichstag. Aus dem Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes ist ersichtlich, dass jetzt in Württemberg insgesamt 388 örtliche Vereine bestehen, denen 12154 Mitglieder angehören. Über die württembergischen Parteiorgane ist zu berichten, dass die finanziellen Verhältnisse des *Schwäbischen Volksfreundes* sich etwas gebessert haben, die Lage der *Tagwacht* aber keine sehr günstige ist. Die Einnahmen betragen in der Zeit vom 1. Januar bis 15. November 1905 2099,25 M., die Ausgaben 8837,28 M. Dem Parteitag vorangegangen war eine Gemeindevertreterkonferenz, in der Genosse Dr. Lindemann über die Aufgaben in den Gemeinden vom Standpunkte der Sozialdemokratie referiert hatte. Ferner hatten Genosse Keil über die Gemeindesteuerreform und Genosse Sperka über das Zwangserziehungsverfahren gesprochen.

Für das westliche Westfalen fand am 11. und 12. November ein Par-

teitag in Witten statt, an dem 68 Delegierte, 5 Kreisvertrauensleute, sowie die Reichstagsabgeordneten Bömelburg, Hué und Sachse teilnahmen. Zu diesem Agitationsbezirk gehören die Wahlkreise Dortmund, Bochum, Hamm-Soest, Recklinghausen-Borken und Arnberg. In diesen Kreisen sind 34 Vereine mit 4052 Mitgliedern vorhanden, ferner 2833 Genossen, welche nur Parteimarken kleben. Auch hier wurde ein neues Organisationsstatut, das sich den Beschlüssen von Jena anpasst, angenommen. Die Einbeziehung der Wahlkreise Essen-Mülheim und Duisburg-Ruhrort soll in die Wege geleitet werden.

× **Österreich: Wahlrechtsbewegung** ×

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II. Bd., pag. 1062) hatte beschlossen, am Tage der Parlamentseröffnung eine grosse Demonstration für das allgemeine Wahlrecht zu veranstalten. Diesem Beschluss ist die Partei im ganzen Reiche in glänzender Weise nachgekommen. In Wien nahm an dem Aufzug wohl eine Viertelmillion teil. Fast alle Fabriken, die meisten Geschäfte und Verkehrsinstitute waren geschlossen. Eine Abordnung der Demonstranten unterbreitete dem Ministerpräsidenten die Forderungen des Volkes. Auch in allen grösseren Städten und Industrieorten Österreichs hat am gleichen Tage das Volk in machtvollen Demonstrationen seinen Willen kundgegeben. Gewaltig war die Demonstration in Prag. Auch hier ruhte alle Arbeit, die Geschäfte, Cafés und Restaurants waren geschlossen. Die Strassenbahn verkehrte nicht, es gab keine Droschke, alle städtischen und die meisten Privatbüreaus waren geschlossen. Der Umzug dauerte 1½ Stunden; man schätzte etwa 150 000 Personen. Ähnlich lauteten die Nachrichten aus fast allen Orten des industriereichen Böhmens. Und in gleich grossartiger Weise verliefen auch die Demonstrationen in Mähren, Schlesien, Steiermark, Salzburg, Tirol, Kärnten, Galizien, selbst in der Bukowina. Überall das gleiche Bild: Tausende von feiernden Arbeitern, denen sich die Massen aus bürgerlichen Kreisen anschliessen, überall das gleich energische Verlangen nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht. Die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Reichsrats fühlte sich angesichts dieser ungeheuren Kundgebung veranlasst, der Masse der

Parteigenossen des Reiches öffentlich ihren Dank auszusprechen für den erhebenden und erhabenen Ausdruck, den die Arbeiterklasse den Kampfgedanken gegeben hat.

× **Schweiz** Die Nationalratswahlen vom 29. Oktober haben mit einer Niederlage der Sozialdemokratie geendet. In Zürich hatten sich sämtliche bürgerlichen Parteien vereinigt, um der sozialdemokratischen Partei eine Lektion zu erteilen, und der Kampf war mit einer beispiellosen Erbitterung geführt worden. Noch bei den letzten Wahlen befand sich Greulich und einige andere Genossen mit auf der gemeinsamen Liste der Liberalen und Demokraten. In den letzten Jahren ist die Kluft zwischen dem Bürgertum und der Sozialdemokratie eine immer grössere geworden. Nur über 2 Vertreter verfügt jetzt unsere Partei im Nationalrat: Scherrer und Brüstlein. Es ist aber überall ein so grosser Stimmenzuwachs zu verzeichnen, dass die nächsten Wahlen sicherlich anders ausfallen dürften.

Ist die Partei bei den Nationalratswahlen den vereinigten Gegnern unterlegen, so konnten doch Erfolge anderer Art erzielt werden. So wurde in Delsberg (Kanton Bern) ein Genosse mit rund 800 Stimmen in den Berner Kantonsrat (Landtag) gewählt; in Biel Genosse Fährdrich in den Grossen Stadtrat. Bei den Gemeindevahlen im Kanton Waadt wurden ebenfalls erhebliche Erfolge erzielt. In Lausanne wurden im zweiten Wahlgang 16 Sozialdemokraten gewählt; in Vevey brachte uns der *freiwillige Proporz* von 100 Sitzen 24, in Lueens siegte die sozialdemokratische Partei, und in Yverdon wurden unserer Partei für den zweiten Wahlgang 17 Sitze überlassen.

× **Kurze Chronik** In den Erneuerungswahlen für die zweite h e s s i s c h e Kammer eroberte unsere Partei 3 Sitze, so dass sie im Landtag nunmehr 7 Vertreter hat. × Genosse Gabriel Löwenstein in Nürnberg feierte am 7. November seinen 80. Geburtstag. × Die i t a l i e n i s c h e Partei beabsichtigt, demnächst ebenfalls in eine Wahlrechtsbewegung einzutreten. × In Belgrad veranstalteten die sozialdemokratischen Arbeiter einen Demonstrationzug und verlangten durch eine Deputation vom Ministerpräsidenten die Zurückziehung des neuen Gewerbe-

gesetzes. Ähnliche, Demonstrationen wurden aus der Provinz gemeldet.

× **Literatur** Der Vortrag August **×** *Der Vortrag August Bebel's Akademiker und Sozialismus*, den er vor 6 Jahren in einer öffentlichen Studenterversammlung gehalten, ist im *Verlag der Sozialistischen Monatshefte* in 2., verbesserter Auflage erschienen. Im Vorwort bemerkt der Verfasser, dass die Entwicklung auf ökonomischem und kulturellem Gebiete, die er in jener Rede geschildert, sich bis heute in der gleichen Richtung weiter bewegt habe, und dass er demzufolge keinen Grund habe, irgend eine seiner Schlussfolgerungen zurückzunehmen. »Insbesondere haben sich die Aussichten der studierenden Jugend — diese Bezeichnung im weitesten Sinne des Wortes genommen — auf eine *standesmässige Existenz* seit 1898 nicht verbessert.« In dem Vortrage wird dem jungen Akademiker und Künstler eindringlich vor Augen geführt, dass auch für ihn der Sozialismus die Erlösung aus materieller und geistiger Knechtschaft bringen werde. × Unter dem Sammeltitle *Sozialdemokratische Gemeindepolitik* erscheint in der Buchhandlung *Vorwärts* eine Sammlung kommunal-sozialistischer Abhandlungen in zwanglosen Heften, von der noch an anderer Stelle die Rede sein wird. Der Preis für die einzelne Broschüre beträgt 50 bis 60 Pf. (Agitationsausgabe 30 bis 40 Pf.).

Wie alle Jahre, so ist auch jetzt wieder in der Buchhandlung *Vorwärts* der *Arbeiternotizkalender* für das neue Jahr erschienen; der Preis ist, wie immer, auf 60 Pf. festgesetzt. × Der Verlag der *Wiener Volksbuchhandlung* hat zum 11. Male den *Arbeitertaschenkalender* herausgegeben; Preis 72 h. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Partei und Gewerkschaft Das Thema *Partei und Gewerkschaft* hat in den letzten Monaten wieder in der Partei- und Gewerkschaftspresse, wie in den beiderseitigen Organisationen eine vielseitige Erörterung erfahren. Zunächst gab dazu der Parteitag in Jena reichlichen Anlass. Trotz der oft genug unberechtigten Angriffe, die in Jena gegen die Gewerkschaften laut wurden, hat die Gewerkschaftspresse den Parteitag doch einer sachlichen und in der Hauptsache anerkennenden Würdigung unterzogen. Sie war sich dabei

der Tatsache bewusst, dass die Parteioberführung der Hetze, die nach Cöln von einigen Parteiblättern gegen die Gewerkschaften beliebt wurde, durchaus ferne steht und sie missbilligt; dass der Parteivorstand mit den Gewerkschaften und der *Generalkommission* in den wichtigsten grundsätzlichen Fragen durchaus einig ist. Wenn man nun annehmen konnte, dass diese durchaus sachliche Wertung der Arbeiten des Parteitages durch die Gewerkschaftspresse in der Parteipresse einen Widerhall finden werde, insofern, als man bei irgend welchen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften sich ebenso strenger Sachlichkeit befleißigen werde, so hatte man sich schwer getäuscht. Einige Parteiorgane sind nun einmal nicht in der Lage, die Gewerkschaften und ihre Handlungen sachlich beurteilen zu können. Das hat meines Erachtens die Auseinandersetzung über den *Vorwärts*-Konflikt (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II. Bd., pag. 1061) bewiesen. Die Gewerkschaftspresse hat sich nahezu einmütig gegen das Vorgehen der Berliner Instanzen in der Affäre gewandt — nur 6 Gewerkschaftsblätter haben eine andere Stellung eingenommen. Aber auch diejenigen Gewerkschaftsorgane, welche die Vorgänge in Berlin verurteilten, taten dies in streng sachlicher Form. Nichtsdestoweniger ist ihnen die Stellungnahme von einigen Parteiblättern sehr verübelt worden. Sofort wurden die Gewerkschaften und besonders die *Generalkommission* von dieser Seite der *Fronde* gegen die Partei beschuldigt. Die Gewerkschaftspresse ist diesen Versuchen, die Integrität der Gewerkschaften anzutasten, scharf entgegengetreten.

Der oberflächliche Beurteiler der Arbeiterbewegung muss aus diesen Erörterungen zu der Annahme kommen, als ob zwischen Partei und Gewerkschaften ein Gegensatz bestehe. Der Kenner der Verhältnisse weiss aber, dass beide Bewegungen sich in den grundsätzlichen Fragen durchaus einig sind, und dass auch das Misstrauen einiger Parteigenossen gegen die angeblich frondierenden Gewerkschaften jeder Berechtigung entbehrt.

Unternehmer- Die anhaltende Steigerung
tum der Macht der Gewerkschaften verursacht den
Unternehmern rechte Kopfschmerzen.
Von den Scharfmacherführern sind schon

alle möglichen Kampfmethoden zur Abwehr der Gewerkschaftskämpfe ausgeheckt worden, aber die grosse Zahl der Vorschläge steht wohl im umgekehrten Verhältnis zu ihren Erfolgen, was am besten bewiesen wird durch das sich in der Unternehmerpresse geltend machende Bedürfnis nach einer neuen, besseren Kampftaktik. Die hat nun wieder einmal der freikonservative Politiker und Fabrikant Menck in Altona, der Schöpfer der von uns schon gewürdigten *A. B. C.*-Aussperrung (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, I. Bd., pag. 470) entdeckt. Er bringt neuerdings eine *Aussperrung nach Altersklassen* in Vorschlag, wobei die Quittungskarten der Alters- und Invaliditätsversicherung als das bequeme und zuverlässige Mittel zur Kenntlichmachung dienen sollen. In einer Zuschrift eines Unternehmers an die *Arbeitgeberzeitung* wird das neue System sehr gelobt. Es wird ausgeführt, dass bei einer partiellen Aussperrung im Bereiche zum Beispiel des *Verbandes deutscher Metallindustrieller* beschlossen werden könne, »dass etwa 10 % aller Arbeiter aus dem Geburtsjahr 1875 bis 1880 ausgesperrt werden; gleichzeitig musste natürlich die Einstellung von Arbeitern aus diesen Geburtsjahren bis zur Beendigung der Streiks, auf die das Vorgehen des Gesamtverbandes zurückzuführen ist, ausgesetzt werden. Notwendig wurde es natürlich sein, die Spannung der zu sperrenden Geburtsjahre derart zu gestalten, dass der beabsichtigte prozentliche Durchschnittsatz der Ausgesperrten auch in allen Betrieben erreicht wird. Die Befolgung dieses Systems würde bewirken, dass die älteren Leute, die zumeist nur gezwungenermassen an der Bekämpfung der Unternehmer durch die Gewerkschaften teilnehmen, von der Aussperrung verschont bleiben können, was ein Vorzug dieses Systems im Vergleich zum *A. B. C.*-System bedeutet.«

Das die wesentlichen Bestimmungen des neuen Aussperrungssystems, das den vollen Beifall der *Arbeitgeberzeitung* findet. Seien nun doch zwei Systeme für Teilaussperrungen entdeckt, und es würden noch andere Systeme entdeckt werden, um die Gewerkschaften erfolgreich bekämpfen zu können.

Wir haben keinen Anlass, die *Arbeitgeberzeitung* auf ihren Entdeckungsfahrten zu stören, wissen wir doch, dass alle diese schon entdeckten und noch zu entdeckenden Aussperrungssysteme nichts

weiter sind, als müssige Spielereien. Den Arbeitern und ihren Organisationen werden alle diese Systeme nur wenig Schaden zufügen können. Solange kapitalistische Unternehmer nun einmal auf die Arbeitskräfte des Arbeiters angewiesen sind, werden sie sich am meisten selbst schädigen, wenn sie sich grössere Massen von Arbeitskräften durch ihre Aussperrungen entziehen. Dann aber sind die Gewerkschaften auf dem besten Wege, die ganze Aussperrungstaktik wirkungslos zu machen, und das gelingt ihnen desto mehr, je grösser ihre Kassen und die Zahl ihrer Mitglieder.

× **Holzhäuser** † Am 27. November ist in Berlin der langjährige Leiter des deutschen

Schneiderverbandes, Friedrich Holzhäuser, gestorben. Schon in den siebziger Jahren nahm er an der deutschen Gewerkschaftsbewegung hervorragenden Anteil. Als im Jahre 1885 die Fachvereine der Schneider in Halle ihren ersten Verbandstag abhielten, stand er schon wieder mit im Vordertreffen der Schneiderbewegung. Von 1890 bis 1902 hat er dann die Stelle eines ersten Vorsitzenden des Schneiderverbandes, von da an die des stellvertretenden Vorsitzenden bekleidet. Bescheiden und eifrig hat er stets im Dienste der Gewerkschaften gewirkt, den jüngeren Gewerkschaftern zum Vorbild.

× **Österreich** Die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner Österreichs haben in diesem

Herbst eine Bewegung glänzend durchgeführt, die ebenso sehr für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, wie als Demonstration für das gleiche Wahlrecht gewirkt hat. Schon im Vorjahr hatten die Eisenbahner im nordwestböhmisches Kohlenrevier eine Teuerungszulage gefordert, diese wurde ihnen auch zugesagt, dabei blieb es aber. Als die Eisenbahner einsahen, dass sie mit den Versprechungen der Eisenbahnverwaltung genasführt waren, riss ihnen der Geduldssaden, und sie beschlossen die Durchführung der *passiven Resistenz*, das heisst, gleich ihren italienischen Berufskollegen beschlossen sie die genaueste Beachtung aller bestehenden Dienstvorschriften, und zwar wurde, um sich die Sympathieen des Publikums nicht zu verscherzen, diese Obstruktion nur auf den Güterverkehr ausgedehnt. Die Bewegung, an der sich sowohl die

tschechisch-nationale, wie die sozialdemokratische, wie die deutsch-nationale Eisenbahnerorganisationen beteiligten, breitete sich sehr schnell über ganz Österreich aus. Nach achttägiger Dauer, am 13. November, endete sie bereits erfolgreich, indem den Eisenbahnern vom Minister eine Lohnerhöhung im Gesamtbetrage von 5 bis 6 Mill. K. zugebilligt und die Einführung des gleichen Wahlrechts von der Regierung öffentlich zugesichert wurde.

× **Kurze Chronik** Der Vergolderverband hat sich durch Ur-

abstimmung, mit 1019 gegen 277 Stimmen, für Anschluss an den Holzarbeiterverband ausgesprochen. Ob und wann der Anschluss endgültig erfolgt, entscheidet die demnächst einzuuberufende Generalversammlung der Vergoldergewerkschaft. × Im Bureauangestelltenverband hat eine Urabstimmung über die Beschlüsse der 2. Generalversammlung dieser Organisation stattgefunden, die eine grosse Mehrheit für die zur Abstimmung stehenden Fragen ergab. × Der Buchdruckerverband hat im Jahre 1904 allein in seinen Lokalkassen, neben den regulären Beiträgen, 1 070 511,27 M. vereinnahmt, und 809 049,29 M., zumeist für lokale Unterstützungen verausgabt. × Der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband beabsichtigt, nach dem Beispiel anderer Organisationen eine Verbandsgeschichte herauszugeben. × Der Bauhilfsarbeiterverband will künftig vierteljährlich eine Statistik aufnehmen zwecks Feststellung der Arbeitslosigkeit im Berufe. × Der *Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker* hat eine Auflage von 30 000, die *Metallarbeiterzeitung* eine Auflage von 250 000 Exemplaren überschritten. × Ein Handlarbeiterkongress soll zu Ostern in Berlin stattfinden, zu dessen Vorbereitung seitens des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter unter dieser Arbeiterkategorie eine Berufsstatistik aufgenommen wird. × Die deutsche Heimerausstellung soll von Mitte Januar bis Ende Februar in der alten Kunstakademie in Berlin stattfinden. × Nach dem Buchdrucker-Korrespondenten gab es Mitte Oktober 5308 tarifreue Druckereien mit rund 47 000 Gehilfen, gegen 4559 Druckereien mit 41 483 Gehilfen am 30. April 1904. In Nichttarifdruckereien sind demnach

nur noch wenig über 7000 Gehilfen tätig. X Die Gewerkschaftskartelle in Rheinland und Westfalen hielten am 22. November in Düsseldorf eine Konferenz ab, auf der in der Hauptsache der verunglückte Bierboykott in Westdeutschland beprochen wurde. X Die Hirsch - Dunckerschen Gewerkschaften wollen ab 1. Januar ein dreimal wöchentlich erscheinendes *Korrespondenzblatt* herausgeben, das im Stile des *Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* gehalten sein soll. X Am 18. November tagte in Essen eine Revierkonferenz der Ruhrbergleute, die gegen die Arbeitsordnung, gegen die Arbeitersperre Stellung nahm und sich mit den Wahlen zu den Arbeiterausschüssen beschäftigte. X Die Aussperung in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie endete nach 14-tägiger Dauer mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Arbeit wurde am 29. November wieder aufgenommen.

X Literatur

In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe von Monographien über die deutsche Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht worden, die ein nahezu vollständiges geschichtliches Bild der Gesamtbewegung, wie einzelner Gewerkschaftsorganisationen bieten. So hat besonders die auf 3 Bände berechnete Brüggemannsche *Geschichte der deutschen Zimmererbewegung*, von der 2 Bände erschienen sind, verdiente Beachtung gefunden. Ferner sind, teilweise recht gute Verbandsgeschichten veröffentlicht worden von den Organisationen der Bäcker, Bergarbeiter, Buchdrucker, Maurer, Steinarbeiter, Glasarbeiter, Schuhmacher und Tapezierer; die Organisationen der Schneider und der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter haben ebenfalls die Vorarbeiten zur Herausgabe einer offiziellen Verbandsgeschichte getroffen. Aber auch bürgerliche Gelehrte haben sich, dem Beispiel Schmöles folgend, in der letzten Zeit häufiger mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung beschäftigt, so Meyer mit der Glacéhandschuhmacherbewegung, Frisch mit der Hutmacherbewegung; ferner verzeichnen wir die Ankündigung des Privatdozenten Dr. B. Harms über das demnächstige Erscheinen einer von ihm verfassten Geschichte der Buchbinderbewegung. Die letzten Monate haben uns nun wiederum zwei

solcher Monographien gebracht, und zwar über ein und den selben Gegenstand: die Tabakarbeiterbewegung; beides sind Dissertationen und fleissige objektive Arbeiten. Die eine, Dr. Franz Kluhs *Die älteste deutsche Gewerkschaft die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes* /Karlsruhe, G. Braun/, reicht allerdings bloss, wie schon der Titel besagt, bis zum Jahre 1878, während die zweite, Dr. Walter Frisch *Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie* /Leipzig, Duncker & Humblot/, die gewerkschaftliche Bewegung der Tabakarbeiterschaft bis zur Gegenwart behandelt, aber beide Arbeiten sind gleich wertvolle Beiträge zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Da beide Verfasser ihrer Schilderung ein teilweise verschiedenes Tatsachenmaterial zu Grunde gelegt haben, so wird man beide Werkchen zur Hand nehmen müssen, will man sich ein einigermaßen erschöpfendes Bild der deutschen Tabakarbeiterbewegung ermöglichen. Einige Widersprüche sind wohl auf die Verschiedenartigkeit des Quellenmaterials zurückzuführen. Eine fleissige Arbeit ist auch Dr. Paul Marx *Die Unternehmerorganisation in der deutschen Buchbinderei* /Tübingen, Mohr/. Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und dem Eifer eines jungen Gelehrten hat der Verfasser alles irgendwie erhältliche Material über die Unternehmerorganisationen in der Buchbinderei, vor allen Dingen der Buchbinderinnungen, zusammengetragen und verarbeitet. Wir können seine Auffassung nicht immer teilen, am wenigsten stimmen wir den Marxschen Ansichten über die Bedeutung des Innungswesens wie über die Handwerkerfrage im ganzen genommen bei. Und doch möchten wir das Studium der Arbeit allen denen empfehlen, welche sich für die Unternehmerorganisationen besonders interessieren. Zu dem Werk hat Dr. Bernhard Harms eine Vorrede geschrieben. X Empfehlenswert ist ferner Fritz Schmelzers *Tarifgemeinschaften, ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und juristische Bedeutung mit besonderer Berücksichtigung des Arbeitgeberstandpunktes* /Leipzig, Deichert/. Der Verfasser, der fünf Jahre im Dienste einer Berliner Bauunternehmerorganisation gestanden hat, will die Leser vor allen Dingen in die Geheimnisse der inneren Diplomatie des Tarifwesens einführen, das heisst die

Tarifgemeinschaften kritisch beleuchten. Er bringt die Gesichtspunkte, die für das deutsche Wirtschaftsleben, insbesondere auch für den Arbeitgeber bei der Beurteilung der Tarifgemeinschaften von Bedeutung sind, sachlich zur Darstellung. Ihm handelt es sich um die Klärung eines Prinzips, das zweifellos bei deutschen Arbeitgebern wie in der gesamten Öffentlichkeit immer mehr an Boden gewinnt. Die Schrift bringt manches zur Beurteilung der Tarifgemeinschaften interessante Tatsachenmaterial bei. X Im Verlage des Maurerverbands ist vor kurzem ein Werk des Genossen Karl Frohne, *Arbeit und Kultur*, erschienen, das dem Ziele gewidmet ist, den Mitgliedern eine tiefere Erkenntnis der grundsätzlichen Prinzipien der Arbeiterbewegung zu ermöglichen. In der Hauptsache enthält das gut ausgestattete Buch eine ausgewählte Sammlung Frohmescher Artikel, wie sie im *Grundstein* und in dessen Vorgänger, dem *Neuen Bauhandwerker*, erschienen sind (vergl. auch die Rubrik *Sozialwissenschaften*, pag. 105). Das Buch ist 384 Seiten stark. Der Preis von 1,50 M. ist daher ein mässiger zu nennen. Wir können die Anschaffung und die Lektüre nur warm empfehlen.

Von interessanten Berufsstatistiken erwähnen wir eine des *Allgemeinen deutschen Gärtnervereins* über die Lage der Gärtner, ferner eine des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gold- und Silberarbeiter und eine des Bäckerverbandes über die Lohnbewegungen im Bäckergewerbe 1904 bis 1905. X Hinzuwiesen ist ferner auf die umfangreiche Kalenderliteratur der Gewerkschaften. So haben in diesem Jahre die Fabrikarbeiter, Gärtner, Holzarbeiter, Maler, Maurer, Metallarbeiter und Seelute Verbandskalender herausgegeben, die sowohl inhaltlich, wie in der Ausstattung recht Gedeiegenes bieten. X Weiter erwähnen wir aus der Fülle der sonstigen gewerkschaftlichen Publikationen eine Broschüre des Bergarbeiterverbandes, die den Vortrag Hues über *Unsere Taktik beim Generalstreik* auf dem letzten Bergarbeiterverbandstag bringt, ferner eine Broschüre des Holzarbeiterverbandes *Mahnruf an alle in der Bürsten- und Pinselindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen* und eine Broschüre der Düsseldorfer Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine, *Die Gewerksvereine und die Politik* von A. Erkelenz. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Umsatzsteuer Die ungerechteste aller Steuern ist am 19. Oktober in Dresden durch die Stadtverordneten endgültig beschlossen worden und tritt am 1. Januar in Kraft. Durch diese Steuer werden Grossgeschäfte, Filialgeschäfte und Warenhäuser getroffen. Bei der 2. Gruppe, unter die die Konsumvereine fallen, setzt die Steuer bei über 100 000 M. Umsatz und 3 Filialen mit 100 M. = 1 % des Umsatzes ein und steigt bei 2 Mill. M. Umsatz und mehr als 10 Filialen auf 2 % des Umsatzes. Dieser Höchstsatz trifft den Dresdener Konsumverein *Vorwärts*, während die 3 Vereine aus der nächsten Umgegend: Pieschen, Striesen und Löbtau, mit je 1 % darankommen. Die Belastung aller 4 Dresdener Konsumvereine, denen 40 000 Familien angeschlossen sind, durch diese Steuer wird, berechnet nach ihren diesjährigen Umsätzen, 192 400 M. betragen. Das bedeutet also eine Wegeskamotierung der Ersparnisse der ärmsten Bevölkerungsklassen in Höhe von 18 %. Dazu kommt noch die gewaltige Summe von 90 947 M. für Staats- und andere Steuern. Angesichts solcher Produkte staatsmännischer Klugheit der regierenden Kreise haben die Sozialdemokraten es wahrhaftig nicht mehr nötig, die *Unzufriedenheit* des Volkes zu schüren.

X
Holland Ein für die weitere Entwicklung des niederländischen Genossenschaftswesens ausserordentlich bedeutsamer Schritt hat sich jüngst vollzogen: die Trennung des *Bonds* von dem Konsumverein *Eugen Hulp*. Die Beziehungen zwischen beiden Organisationen waren ziemlich eigenartige. *Eugen Hulp*, die ältere der beiden Körperschaften, ist kein gewöhnlicher Konsumverein, sondern ein im Jahre 1877 von Offizieren und Beamten im Haag gegründetes Genossenschaftszentrum, das in einer Reihe von Städten neben anderen Einrichtungen auch Konsumvereine ins Leben rief, denen eine teilweise finanzielle und organisatorische Selbständigkeit gewährt wurde. Auch der im Jahre 1890 zugleich als Grosseinkaufsgesellschaft gegründete *Niederländische Cooperativen Bond*, in dem sich von Anbeginn an die fortschrittlich gesinnte Richtung der holländischen Genossenschaftsbewegung verkörperte, war eine solche halbautonome Abteilung von

Eugen Hulß und stiess bei seiner Entwicklung auf die Schranken, die ihm die etwas modrige Gesinnung der Verwaltung des genannten Vereins und die statutarische Bestimmung zogen, dass nur Mitglieder von *Eugen Hulß* ihm beitreten durften. Zu Beginn dieses Jahres umfasste der *Bond* daher erst 42 unter 244 holländischen Konsumvereinen und 73 von 1639 holländischen Genossenschaften überhaupt.

Es hat eines seit 10 Jahren mit grosser Hartnäckigkeit geführten Kampfes bedurft, um den *Bond* aus dieser Umklammerung zu lösen. Nachdem auf dem vorigen Verbandstage die Machtverhältnisse noch gleich waren, wurde auf dem letzten, im September 1905 abgehaltenen mit 178 gegen 29 Stimmen die Trennung von *Eugen Hulß* beschlossen. Damit ist die Entwicklungsbahn für den *Bond* frei. Seine neugeschaffene Organisation reserviert in weitschauender Weise die durch die Handelsabteilung zu erwartenden Überschüsse für die Propaganda und die möglichst schnelle Entwicklung der Eigenproduktion, in der durch Schaffung einer gutgehenden Seifenfabrik bereits früher ein Anfang gemacht wurde.

×
Basel: Allgemeiner Konsumverein

×
 In einer Krise ganz merkwürdiger Art befindet sich augenblicklich die

Perle aller schweizerischen Konsumvereine, der 26000 Mitglieder zählende Baseler *A. C. V.* Es handelt sich dabei wahrscheinlich um nichts weniger als einen Versuch der Gegner der Genossenschaft, diese von innen heraus zu sprengen, welche Annahme durch die im Vergleich zur Bevölkerung der Stadt (120000 Seelen) *unheimlich* hohe Mitgliederzahl des Vereins noch plausibler gemacht wird.

Die Opposition knüpfte diesen Sommer recht geschickt an einen taktischen Fehler der damaligen Verwaltung des Vereins an, die entsprechend ihrer dem *Arbeiterbund* angehörigen Majorität eine Unterstützung für ausgesperrte Bauarbeiter bewilligt hatte. Auf die niedrigsten Dividendeninstänkte der Mitglieder spekulierend, veröffentlichten die bürgerlichen Gruppen bei der kurz darauf stattfindenden Ersatzwahl zum Genossenschaftsrat (der weiteren Verwaltungsbehörde) einen Aufruf, in dem die Bevölkerung aufgefordert wurde, zu verhindern, dass der *A. C. V.* zu einer Streikkasse des demagogischen *Arbeiter-*

bundes werde. Der Erfolg dieser Agitation war, dass unter den neugewählten Räten 26 Kandidaten der bürgerlichen und nur 10 der Arbeiterpartei waren. Das Stimmenverhältnis im Genossenschaftsrat zwischen beiden Parteien verschob sich dadurch zu ungunsten der Arbeiter auf 54 zu 46, und diese bürgerliche Majorität war nun in der Lage, bei der Ersatzwahl zur leitenden Behörde, dem Verwaltungsrat, sämtliche Sitze zu besetzen und dadurch eine Mehrheit von 12 gegen 7 zu erlangen. Die erste Tat dieser neuen Behörde bestand darin, im Genossenschaftsrat einen Antrag auf Kündigung des *Genossenschaftlichen Volksblattes* zu stellen, das vom Verein für seine Mitglieder abonniert ist. Bei der Verteidigung dieses Antrages, der scheinbar nur aus Sparsamkeitsrücksichten und Loyalität gegen die Statuten gestellt worden war, vergassen sich der Präsident des Verwaltungs- und ein Mitglied des Genossenschaftsrats so weit, dass sie das Blatt wegen seiner treu genossenschaftlichen Haltung angriffen und ihm zum Vorwurf machten, dass es nicht auch über die Nachteile der Genossenschaften aufkläre und nicht auch die Ansichten von solchen doch auch im *A. C. V.* befindlichen Leuten zum Ausdruck bringe, die »gegenteiliger Ansicht« wären. Diese vorzeitige Enthüllung ihres wahren Gesichtes kostete der vereinsfeindlichen Clique den Sieg. Der Antrag wurde mit 41 gegen 40 Stimmen abgelehnt, wobei also mehrere bürgerliche Vertreter gegen ihn oder gar nicht abstimmten.

Wird die grosse Majorität des *A. C. V.*, die kein Interesse an der Versumpfung und dem Eingehen ihres Vereins hat, sich zur rechten Zeit aufrütteln und verhindern, dass ihr kostbarstes Besitztum, das Produkt einer vierzigjährigen muhevollen Arbeit zertrümmert wird?

×
Kurze Chronik Eine Erhebung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen

Konsumvereine angestellt und -arbeiter wird gegenwärtig vom Sekretariat des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* veranstaltet. Von 834 an die Verbandsvereine ausgeschiedenen Fragebogen waren bis zum 2. Dezember 777 beantwortet eingegangen. × Eine Gartenvorstadt nach den Prinzipien der Gartenstadtgesellschaften ist in unmittelbarer Nähe Londons

(Hamstead Heath) in der Bildung begriffen. Auf dem für einen ausserordentlich billigen Preis gekauften Terrain sollen Häuser mit Gärten für die Angehörigen aller Volksschichten gebaut werden. X Der Bericht der *Deutschen Gartenstadtgesellschaft* über ihr 3. Geschäftsjahr weist eine eifrige Propagandatätigkeit der Gesellschaft auf, die auch durch die Gewinnung einer grösseren Mitgliederzahl gekrönt wurde. Die Gesellschaft hat wieder 3 Werbeschriften herausgegeben und für die kommende Saison eine Anzahl Lichtbildervorträge in verschiedenen Städten vereinbart. Ein *Aufruf zur Ansiedlungsfrage* vereinigte 200 Unterschriften von Schriftstellern und Sozialpolitikern aller Richtungen auf sich.

X
Literatur

Das vom Verbandssekretär Heinrich Kaufmann herausgegebene *Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1905* repräsentiert ein sehr wertvolles genossenschaftliches Nachschlagewerk. Es enthält neben dem Bericht über die Entwicklung des Verbandes selbst, dessen Zahlen unsere Leser kennen, die detaillierten Statistiken über die dem *Zentralverband* angeschlossenen Unterverbände und Einzelvereine, ferner die Protokolle der Zentral- und Unterverbandstage und der Generalversammlung der *G. E. G.*, den Geschäftsbericht der letzteren und die Vorlage zur Angestelltenversicherung. Durch dieses ungeheure Material ist das Jahrbuch auf einen Umfang von 977 Seiten angeschwollen, ein Format, das kaum noch als ein handliches bezeichnet werden kann. Eine Kürzung hätte vielleicht stattfinden können durch Weglassung der weniger interessierenden Unterverbandtagsprotokolle und des Vorstands- und Sekretariatsberichts, der schon früher als selbständiger Band erschienen ist. Den Gewerkschafts- und Parteibibliotheken kann die Anschaffung des auch agitatorisch wirksamen Werkes empfohlen werden. X Im Verlag des *Zentralverbandes* ist ferner von der Schreiberin dieses eine für die Massenverbreitung durch die Konsumvereine bestimmte illustrierte Agitationsbroschüre, betitelt *Was bietet der Konsumverein der Arbeiterfrau?*, erschienen.

Ein neues halbmonatliches Genossenschaftsorgan erscheint seit dem 1. Oktober in Mailand unter dem Titel *La Cooperazione*. Es vertritt eine sozia-

listisch-politische Auffassung des Genossenschaftswesens nach belgischem Muster und regt eine Organisation aller sozialistischen Genossenschaften Italiens an.

GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Alkoholbekämpfung Im Kampfe gegen den Alkoholismus sind es die Anhänger der Totalenthaltensamkeit, die der objektiv Urteilende als die bedeutendste Gruppe nehmen muss. Wir haben es deshalb begrüsst, dass der 10. internationale Kongress gegen den Alkoholismus wieder eine Erstarkung der Abstinenzbewegung erwieis, und dass dort ihre Arbeitsmethode fast uneingeschränkte Anerkennung fand. Zahlreiche Sozialisten waren an den Debatten beteiligt, und über *Arbeiter und Alkohol* hatte unser belgischer Genosse Vandervelde zu referieren. Sein Referat kam, weil er selbst am Erscheinen verhindert war, zur Verlesung. Vielleicht können wir später darauf zurückkommen.

Zu dem gleichen Thema liegen uns heute zwei andere Reden vor, beide von Totalabstinenten. Die Rede Simon Katzensteins *Wofür kämpfen wir?* /Berlin, Michaelis/ wurde der Ortsgruppe Berlin des *Deutschen Arbeiterabstinentenbundes* gehalten, die des Oberstabsarztes a. D. Dr. Matthaei *Die Förderung der Enthaltensamkeitsbewegung durch die Arbeiter* /Jena, Haft/ dem *Verein enthaltensamer Arbeiter* zu Jena. Katzensteins Worte sind ein flammender Aufruf an jeden klassenbewussten Arbeiter, den Alkohol als das zu erkennen, was er ist: »Bundesgenosse unserer Gegner, Bundesgenosse der Knechtschaft und Verdummung, Bundesgenosse des Elends und der Not in jeder Gestalt«; er weist darauf hin, wie überall dort, wo der Alkohol die Gemüter beherrscht und die Blicke verfinstert, die Organisationstätigkeit der Arbeiterbewegung unendlich erschwert, ja vielfach lahmgelegt ist. Schritt für Schritt habe nun aber innerhalb der Arbeiterbewegung die vielverspottete und vielangefeindete Abstinenz »Bresche gelegt in die Mauer des Vorurteils. . . es geht vorwärts, langsam nur, aber doch vorwärts«, der Beschluss des Bremer Parteitag es habe den Weg zum Weiterbauen in der Arbeiterbewegung ebnen. Dieser Optimismus und diese Zufriedenheit mit dem Tempo des Fortschritts erfordern nach Jena Widerspruch. Nicht nur hatte der Parteivorstand die

Alkoholfrage nicht auf die Tagesordnung für Jena gesetzt, was ihm der Bremer Parteitag anheimgestellt hatte, sondern abermals wurde der Antrag, diese mit dem Aufstieg des Proletariats zu Kraft und Menschenwürde so eng verknüpfte Frage auf dem nächsten Parteitag wenigstens zu diskutieren, dem Parteivorstande zur Entscheidung überwiesen. Dass das eine *zweite Beerdigung* des bereits einmal vom Parteivorstand *ingescharrten* Antrages bedeutet, ist wohl zuzugeben. Der *Abstinentenbund* aber zählt nur etwa 2000 Mitglieder, was kein Wunder ist bei solcher Verleugnung von seiten der Partei. Sie könnte den Alkoholismus kaum mit peinlicherer Genauigkeit als *Privatsache* behandelnd, wenn sie ihn gleich für Religion hielte.

Sind nun die sozialistischen Abstinenten nicht so naiv, die Alkoholfrage zu einer *Parteifrage* zu machen, wären sie vielmehr schon sehr glücklich, sie mit den Vertretern der Gesamtpartei öffentlich nur diskutieren zu dürfen, so begreift man doch, dass ein bürgerlicher Abstinenter, der vermutlich die Schule des politischen Lebens nicht genoss, sich zu einem derartigen Verlangen getrieben sieht. Wir müssen die Unerfahrenheit vielleicht belächeln, mit der Dr. Matthaei wie von etwas Möglichem davon redet, dass die Arbeiterpartei die völlige Enthaltbarkeit in ihr Programm aufnimmt, aber wir wollen doch nicht übersehen, dass dies eine ehrliche, tiefe Verbeugung vor der Arbeiterpartei und ihrer kulturellen Berufung bedeutet, und dass die sittliche Forderung sich zudem auf ein uns geltendes historisches Gesetz stützt, darauf nämlich, dass geistiger und kultureller Fortschritt vom Kapital und der herrschenden Klasse nicht mehr kommen kann: »Die Arbeiterpartei, sagt Dr. Matthaei, »kann diesen Kampf auch zuerst aufnehmen, da in ihren Reihen doch keine Vertreter des Alkoholkapitals hinderlich sind. In anderen Parteien spielen sie aber noch eine grosse Rolle. Da wird man mit dem Schutze eines steuerkräftigen Gewerbes gleich bei der Hand sein.« Auch Matthaei ist übrigens voller Zuversicht in Bezug auf die sozialistische Aktion gegen den Feind aller Klassen, stützt sich dabei aber hauptsächlich auf das Vorgehen der ausserdeutschen Parteien.

Die Frage danach, in welcher Beziehung Steigen und Fallen des Arbeitslohnes zu Zu- und Abnahme der Trunksucht steht, ist bekanntlich eine der unstritten-

sten und schwierigst zu beantwortenden. Zu ihr liegen von zwei Seiten Erhebungen vor, die wir verzeichnen wollen. In Stockholm erschien eine zweibändige Untersuchung über die Arbeiter in den mechanischen Werkstätten Schwedens, herausgegeben von Hennig Elmquist im Auftrage des königlichen Kammerkollegiums. Aus diesen Erhebungen die sich auf 138 Betriebe mit 23 207 Arbeitern erstrecken, heben wir nach dem Bericht des Dr. med. Holischer im *Abstinenten Arbeiter* folgendes hervor: Es stellte sich heraus, dass unter den hochgelohnten Blech- und Kupferschmiedern (93,3 % haben mehr als 896 M., 78,6 % mehr als 1344 M. Jahreseinkommen) 6,8 % Abstinenten sich befanden, dahingegen die schlecht gelohnten Handlanger (21 % haben mehr als 896 M., 6 % mehr als 1344) 14 bis 24 % Abstinenten enthielten, ja, dass gerade die an allerniedrigst gelohnten unter ihnen, die Maschinenwerkstatthandlanger (45,4 % verdienen weniger als 560 M. jährlich, 48,3 % weniger als 11,25 M. in der Woche) 34,6 % Abstinenten aufwiesen, womit sie an der Spitze stehen. Diese Zahlen sprechen gegen die Behauptung, Trunksucht schwinde mit der sozialen und materiellen Aufbesserung. Weniger präzise Antwort auf obige Frage ergab die Erhebung, über die Isidor von Máday in seiner Schrift *Die Alkoholfrage in Ungarn* /Budapest, Kilians/ berichtet. Er gibt uns nicht Zahlen, sondern die Meinungen seiner 114 Berichterstatter, staatlicher Verwaltungsorgane. Ein Teil der selben hält einen Einfluss des Steigens und Fallens der Löhne nicht für vorhanden, 22 meinen, mit dem Steigen der Löhne nehme der Branntweinkonsum zu, nur 5 äussern sich dahin, dass das Sinken des Verdienstes dem Branntweinkonsum Vorschub leistet. Zu dem Thema *Arbeiter und Alkohol* finden wir in dieser Arbeit noch einiges. Wir erfahren zum Beispiel, dass in 26 Komitaten Ungarns die Landarbeiter neben Geldentlohnung auch Branntwein erhalten, dass in 22 anderen Komitaten ausser den Arbeitern auch das ständige Hausgesinde damit bedacht wird. Die Rationen gehen bis zu ½ l per Tag. Neben Armut und mangelnder Ernährung fand Máday als Ursachen der Trunksucht Fehlen der Arbeitsgelegenheit, Unwissenheit und »Verlassenheit der Arbeiter und der kleinen Leute«. Er empfiehlt, weil die Errichtung von Fabriken in Ungarn nur langsam vorwärts schreitet, die Or-

ganisierung der Hausindustrie und die Hebung der Volksbildung: »Einer der bedeutendsten und natürlichsten Faktoren des Kampfes der Gesellschaft gegen den Alkoholismus wären die durch den Alkoholismus an Leib und Seele bedrohten Arbeiter, ihre wohlorganisierten Verbindungen und ihre Führer.« Auch Máday, der die selbstgeschaffene Organisation des Proletariats zu Hilfe ruft, ist ein bürgerlicher Schriftsteller.

×
Volkstümliche Kurse Der Geschäftsbericht der Berliner Arbeiterbildungsschule über das Quartal

April bis Juni erweist einen Besuch der Kurse von 43 Damen und 399 Herren. Davon waren organisiert: 12 nur politisch, 183 nur gewerkschaftlich, ebenfalls 183 politisch und gewerkschaftlich. Der Kassenbericht erwies ein Defizit von 525 M. Für das Quartal Oktober bis Dezember wurden wieder Kurse abgehalten über Nationalökonomie, Naturerkenntnis, Geschichte, Gesetzeskunde und Redelübung, sowie ein neuer Kursus über Geschichte und Theorie der Gewerkschaften und Fortschrittskurse in Redelübung und Nationalökonomie. Der 10. Lehrgang der *Freien Fortbildungskurse für Arbeiter*, veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wildenschaft der technischen Hochschule zu Charlottenburg, umfasst Deutsch, Schreiben, moderne Literatur, Rechnen, Algebra, Geometrie, Mechanik, Zeichnen, praktische Einführung in die Strafprozessordnung, Gesundheitslehre. Daneben werden veranstaltet Exkursionen nach gewerblichen etc. Anlagen mit Vorträgen und dergleichen. Das Programm der *Freien Hochschule* in Berlin für das Herbstquartal Oktober bis Dezember enthielt folgende Kurse: *Biblische Wunder und Mythen als Urgedanken der Weltanschauung*, *Deutsche Dichter der Gegenwart*, *Hauptprobleme der Malerei*, *Vom Germanenstamm zum Stadtbürgertum*, *Die Kunst des Vortrags*, *Geschichte der Entdeckung der Naturgesetze*, *Die Lebenswunder*, *Moderne kulturgeschichtliche Zeit- und Streitfragen*, *Das Strafrecht und seine Reform*, *Geschichte des deutschen Volksliedes*. Volkstümliche Vorträge finden ferner statt im Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern und in der ständigen Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Charlottenburg, sowie in der *Humboldt-Akademie* in Berlin.

×
Kurze Chronik Die Arbeitervereine im Westen Leipzigs (Leipzig-Lindenau, Leutzsch, Gross- und Kleinzschocher) haben einen gemeinsamen Katalog ihrer Bibliotheken erscheinen lassen. Dieses recht ansehnliche Verzeichnis ist der Schlusstein in dem Bestreben der vier Vereine, Verwaltung und Betrieb ihrer Bibliotheken einheitlich zu gestalten, also ein Dokument erfreulicher Solidarität. Das Hauptkontingent des Bücherbesitzes stellt Lindenau, welches auch ein mit politischen, gewerkschaftlichen etc. Zeitungen und Zeitschriften gut ausgestattetes Lesezimmer besitzt.

×
Literatur Eine Übersicht der in Betracht kommenden Institutionen sucht *Margarete N. Zeppler* in ihrer Schrift *Volkshochschulen* /Leipzig, Dietrich/ zu geben. In Deutschland hat sie nur die allerdings zahlreichen öffentlichen Kurse zu verzeichnen, die zuerst für akademisch Gebildete, zuletzt für Arbeiter eingerichtet wurden, während es zum Beispiel in England umgekehrt war, indem dort die anfangs am stärksten beteiligten Arbeiter sich nach und nach von *University Extension* und *Summermeetings* fast ganz fernhielten und den Mittelständen den Platz überliessen. Echte Volkshochschulen besitzen hingegen Dänemark in seinen bekannten *Bauernuniversitäten*, welche man auch in Schweden, Norwegen und Finnland nachbildete, und England in seiner *Ruskin-Hall* (neuerdings *Ruskin College* genannt) zu Oxford. Die Art dieser vortrefflichen Organisationen wird skizziert, der jetzt in Nordschleswig entstehenden Nachbildung des dänischen Musters kein grosses Vertrauen entgegengebracht. — Mit *Ruskin College* befasst sich auch ein Artikel von E. Altshul im *Zentralblatt für Volksbildungswesen*. × In seiner Festrede *Das Bildungsbedürfnis und seine Befriedigung durch deutsche Universitäten* /Jena, Gustav Fischer/ kommt der Rektor der Berliner Universität, Professor Oscar Hertwig, auf Frauenstudium und Universitätsausdehnung zu sprechen. Er nennt die Eröffnung der Universitäten für die Frauen eine »notwendige Folge der ganzen neuzeitlichen Entwicklung«, einen »Akt sozialer Gerechtigkeit« und betrachtet es als eine soziale Pflicht der Universitäten, »dem Bildungsbedürfnis weiterer Volkskreise, wo es nach Befriedigung verlangt, entgegenzukommen.«

Bekanntlich sind nicht wenige in Universitätskreisen keineswegs dieser fortgeschrittenen Ansicht. × Im *Verlag der Sozialistischen Monatshefte* erschien August Bebels Rede *Akademiker und Sozialismus* in 2., verbesserter Auflage, mit neuem Vorwort. Auch heute liegt in der Tat kein Grund für Bebel vor, irgend eine Schlussfolgerung seiner 1897 gehaltenen Rede zurückzunehmen, denn die zersetzende Entwicklung der Gesellschaft, die er schildert, besteht fort, und das *gelehrte Proletariat* nimmt mehr und mehr überhand. Eine Folge dieses Zustandes sieht Bebel darin, »dass das Strebertum auf der einen, der Nepotismus auf der anderen Seite immer stärker wachsend, vor allem die Gesinnung werde zum Massstab der Bevorzugung gemacht. »Die Korruption wächst riesengross«. Das ist leider nur zu wahr. FRANZ LINDHEIMER

Frauenbewegung

Eheproblem Die freie Ehe, die grundsätzliche Forderung des *Bundes für Mutterschutz*, die in Deutschland so viel Anfeindung und Verleumdung erfährt, ist im freieren Schweden in Form der sogenannten *Gewissensche* zu einer begrüssenswerten Tatsache geworden, über die in der trefflich redigierten österreichischen Zeitschrift *Neues Frauenleben* berichtet wird. Von den Baptisten bereits vor mehreren Dezennien geübt, ist sie seit ungefähr 15 Jahren wieder mehr in Aufnahme gekommen und wird vom Gesetz unter dem Begriff der *unvollkommenen Ehe* toleriert und — geordnet. Sie kann 1. durch gesetzlichen Verspruch, das ist ein vor Zeugen abgelegtes Ehegelübde vollzogen werden, 2. durch gerichtliche Erklärung des einen Teils, 3. wenn das Zusammenleben eines Mannes mit einer Frau notariem festgestellt wird und endlich nach dem Formular einer Kirchensatzung, die beim Zusammenleben mit dem Kindesvater auch für Ungetraute zur Anwendung kommen kann. Die Rechtswirkungen einer solchen Ehe sind die gleichen, wie bei der gesetzlichen Ehe, und zwar einschliesslich der ausserordentlich erschweren Scheidung. Daneben gibt es noch wirklich freie, das heisst ohne jede Formalität eingegangene Bündnisse, die durch einfachen gerichtsseitig angezeigten Beschluss der Teilnehmer getrennt werden können, den Kindern aber trotzdem den Anspruch ehelicher sichern und auch der Frau gewisse Rechte des Mitbesitzes der ehe-

männlichen Wohnung etc. zusprechen. Man hat noch nichts davon gehört, dass dadurch die schwedische Sittlichkeit Schaden gelitten hätte.

× **Wahlrecht** In jüngster Zeit macht sich eine kräftig und von den verschiedensten Seiten her einsetzende Bewegung zu gunsten des Frauenwahlrechtes in Staat, Gemeinde und Kirche bemerkbar. Dem kirchlichen Frauenstimmrecht Stoeckerscher Prägung, das den selbständigen, Kirchensteuer zahlenden Frauen von mehr als 24 Jahren dann verliehen werden soll, wenn sie als getreue Schäflein ihrer geistigen Hirten das Gelübde eines religiösen und kirchlichen Lebens ablegen, gesellt sich der beachtenswerte Vorstoss des bayrischen Zentrums, das seine frühere Stellung zur Frauenfrage grundlich revidiert hat und aus einem Saulus zu einem Paulus der Stimmrechtsfrage geworden ist. Herr Heim erklärte, dass er mit einer Anzahl seiner Freunde für das Frauenstimmrecht eintreten werde. Die wohlüberlegte, auf die konservative und strengkirchliche Richtung der katholischen Frauenmassen rechnende Schwenkung der Zentrumstruppen sollte den Genossen eine Mahnung sein, mit allem Eifer für die Gewinnung und Organisation der Proletarierinnen einzutreten. In Österreich haben sich die Frauen voll Hingabe und Energie an der imposanten Wahlrechtsdemonstration beteiligt und in besonderen Frauenversammlungen haben die Genossinnen Popp, Schlesinger und andere die leidenschaftliche Begeisterung der in Scharen herbeigeströmten Horer entfacht. Am Parteitag, Anfang November, nahmen 12 weibliche Delegierte teil.

Im Kanton Zurich hat man den Frauen das passive Kirchenwahlrecht gegeben. Ebenso das der Wahl in die Schul- und Armenbehörden. Das aktive wird wohl in Balde nachfolgen. Einen grossen Einfluss haben sie auch auf die Bewegung zu gunsten des Abolitionismus, auf die Ausgestaltung des Arbeiterinnenschutzgesetzes ausgeübt, wie denn überhaupt in der Schweiz die Beteiligung der Frauen an Handel und Gewerbe, an liberalen Berufen etc., wie ihre Verwendung in den Bureaus der Verwaltung eine allgemein übliche und unbestrittene ist.

In der vorigen Rundschau haben wir über die Stellung des *linken Flügels* der bürgerlichen Frauenbewegung zur Stimmrechtsfrage referiert (*Sozialistische*

Monatshefte, 1905, II. Bd., pag. 1072). Daraufhin haben wir von Fräulein Else Lüders die folgende Zuschrift erhalten: »In der Rubrik *Frauenbewegung* der *Sozialistischen Monatshefte* vom Dezember spricht Henriette Fürth von der »schwächlichen Haltung des *linken Flügels* in der Stimmrechtsfrage« und verweist dabei auf Dr. Käthe Schirmachers Äusserungen hinsichtlich des Wahlrechts. Nun ist aber bereits mehrfach persönlich und offiziell berichtet worden, dass die Bedenken Dr. Schirmachers gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht ihre private Auffassung sind, für die sie allein die Verantwortung trägt. Der *linke Flügel* als solcher fordert das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht für beide Geschlechter. Des weiteren spricht Henriette Fürth von der diesmaligen Generalversammlung des *Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht* und teilt mit, Frau Cauer hätte *gebremst* und in gewisser Weise die Referentin L. G. Heymann desavouiert. In keiner Weise ist dies geschehen; Frau Fürth, die nicht selbst anwesend war, muss sich aus unzuverlässigen Zeitungsberichten ein ganz schiefes Bild gemacht haben. L. G. Heymann hofft auf eine Regeneration des Liberalismus und hält es für das natürlichste, dass die bürgerlichen Frauen bei den liberalen Parteien mitarbeiten. Frau Cauer sprach in der Diskussion über die historische Entwicklung des Liberalismus; ferner vertrat sie den Standpunkt, den in der Politik Männer wie Barth und Naumann einnehmen, das heisst, keine *Zweifrontenpolitik* zu treiben, sondern gemeinsam mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktion zu kämpfen. In ihrem Schlusswort wiederum sprach L. G. Heymann vollkommen zustimmend zu den Ausführungen von Frau Cauer, so dass also kein *Bremsen* stattgefunden hat, sondern nur eine Erweiterung. Für diejenigen, die sich über das Referat von L. G. Heymann selbst ein Urteil bilden wollen, sei darauf hingewiesen, dass ein ausführlicher Auszug des selben in der parlamentarischen Beilage der Zeitschrift *Die Frauenbewegung* vom 15. November und 1. Dezember erschienen ist. Die Loyalität des Herausgebers, der ich nicht entgegen sein möchte, veranlasst die Wiedergabe obiger Zuschrift, nötigt mich aber zugleich zu einem kurzen Wort sachlicher Abwehr. Zum ersten Punkt habe ich zu bemerken, dass es

wirklich nicht angängig ist, die Verantwortung für das Referat eines vorher bestellten Referenten nach Belieben auf die Vereinsleitung zu übernehmen oder aber von ihr abzuwälzen, es sei denn, dass, wie das in Frankfurt bei Gelegenheit des Wohnungskongresses geschehen ist, unmittelbar und von autoritativer Seite ein unzweideutiger Protest eingelegt wird. Und was das Referat von L. G. Heymann anlangt, so konnte ich auch nach Einsichtnahme in den Auszug der *Frauenbewegung* zu einer anderen Auffassung nicht kommen. Wenn nun die Zuschrift im übrigen doch recht haben sollte, so geht aus ihr nur hervor, dass Fräulein Heymann gegen die Sozialdemokratie und Frau Cauer für sie plaidierte, und dass im Schlusswort Fräulein Heymann ihr zustimmte, also zugleich gegen und für die Sozialdemokratie eintrat. Darin liegt ein Widerspruch, der mir nach wie vor unerklärlich ist.

× **Kurze Chronik** Der *Bund deutscher Frauenvereine* hat an alle deutschen Regierungen

eine Petition um Zulassung von Mädchen zu den mittleren und höheren Knabenschulen gerichtet. × Professor Adolf Wagner hat den erstmalig zur Verteilung gelangenden, bei Gelegenheit seines 70. Geburtstages gestifteten Preis einer Frau, Marie Schwab, für ihre Arbeit über Chamberlains Handelspolitik (vergl. über diese die Rubrik *Wirtschaft*, pag. 74 ff.) zuerkannt. × Die Frauen des Staates Victoria haben das volle aktive und passive Stimmrecht erlangt, das nunmehr allen Frauen Australiens sowohl für die Landesvertretungen, als auch für das Bundesparlament zusteht. × Aus dem Jahresbericht der *Weiblichen Fürsorge* in Frankfurt a. M. geht hervor, dass es, neben der Entfaltung einer weitverbreiteten lokalen Erziehungs- und Fürsorgetätigkeit, gelungen ist, in Galizien zwei Mittelpunkte der Krankenpflege und Kinderfürsorge zu schaffen.

× **Literatur** Die *Frauenfrage, eine ökonomisch-soziologische Untersuchung, unter spezieller Berücksichtigung des schwedischen Bürgertums*, nennt sich eine Schrift von Elon Wikmark /Halle, Marhold/. Die statistischen Unterlagen sind mit Fleiss und Können zusammengestellt. Die für Schweden über Geburtenfrequenz

der beiden Geschlechter, Sterblichkeit etc. mitgeteilten Ziffern stimmen in der Hauptsache mit den Erfahrungen im übrigen Europa überein. Die Besonderheiten des Landes, das hohe Heiratsalter, die geringe Zahl der Eheschließungen werden überzeugend aus der längeren Lebensdauer, der Armut des Landes, den hohen Lebens- respektive Kulturansprüchen der Mädchen etc. erklärt. Ebenso lässt der Verfasser der ausgetretenen und allseitigen Betätigung der Frau in allen Berufszweigen Gerechtigkeit widerfahren. Das hindert ihn aber nicht an einer augenscheinlich vorgefassten, höchst ungerechten und einseitigen Beurteilung des Könnens und Strebens der Frau, der er mancherlei Fehler andichtet und Rückständigkeit aufbürdet, die nicht in ihr, sondern in der Ungunst und Ungerechtigkeit der Verhältnisse begründet sind. Im ganzen ist es trotzdem eine sehr unterrichtende und fleissige Arbeit, der, von der abschätzigen Allgemeinbeurteilung des Weibes abgesehen, sachliche und vorurteilsfreie Würdigung der Dinge nicht abzuspochen ist.

Im Oktoberheft des *Neuen Frauenlebens* gibt Genossin Schlesinger-Eckstein einen Bericht über Entwicklung und Stand der proletarischen Frauenbewegung in Österreich, der ein Bild von hartem Ringen, aber auch von hoffnungsvollem Vorwärtsschreiten entrollt.

HENRIETTE FÜRTH

WISSENSCHAFT

Philosophie

Weltanschauung

In drei in den Jahren 1903 bis 1905 erschienenen Bändchen, denen ein viertes folgen soll, hat Adolf Bastian (*Die Lehre vom Denken* / Berlin, Dümmler/), der berühmte Ethnologe, einer der grössten Gelehrten von immensem Wissen, seine Lebensanschauung uns verkündigt.

Nicht in systematischer Form; es sind vielmehr einzelne Aufsätze, wie es scheint, gelegentliche Blätter, wie man sie aufschreibt, wenn einem unter der Hand solche Gedanken kommen, die man sich für später fixieren möchte. In den beiden ersten Bändchen sind sie gruppenweise unter einzelne Überschriften gebracht, im letzten bezeichnen nur drei Sterne, dass ein neues Aufsätzchen kommt. Und über das Denken allein handeln sie vollends nicht, sondern ergeben die Weltanschauung des kürzlich geschiedenen Forschers, seine philosophischen und sozialen An-

schauungen. Merkwürdige Gedanken in seltsamem, von Gelehrsamkeit durchtränktem, ja überladnem Stil, ungeheuren Bandwürmern von Sätzen, die man auf das erstmal kaum überblicken, geschweige verstehen kann, in denen es von offenbar frei dem Gedächtnis entsprungenen Anfahrungen von all den Philosophen wimmelt, die in Griechenland und Rom, in Indien und Neuropa je gelebt, Bruchstücke, in denen, wie in vielen Musikstücken, immer wieder die selbe Grundmelodie variiert wird: das ist der äussere Typus des Werkes. Nicht sehr anlockend, nicht wahr? Und in der Tat, als Referent einige Bogen gelesen, war er nahe daran, die Sache wegen der Bandwürmer und gelehrten Fliegen bei seite zu legen und sich als nicht im stande zu erklären, den Wust weiter zu durchackern. Aber es zog ihn etwas Gewisses wieder und wieder heran, ganz wie es ihm einst bei Kant gegangen war. Und auf einmal brauste etwas wie Orgelton durch die ungefügigen Sätze, etwas Grosses, Machtiges stieg daraus hervor, eine Schönheit, wie sie der Geübte selbst auch in Kants Stil zu finden vermag; und vor allem ein Mensch, ein herrlicher Mensch unter der gelehrten Schildkrötenschale.

Und der Inhalt? Man muss ihn übersetzen, um ihn verständlich zu machen, und man weiss doch, dass man dann gerade das Originale abstreift. Folgendes etwa sind die Leitfäden: Erkenntnislehre: Was in den chemischen Stoffumsetzungen animalisches Sinnesleben wird, ist beim Menschen als Gesellschaftswesen (*ἄνω πολιτισμός*) sprachlich geworden, dem Individuum damit als Bewusstsein übermittlel worden und wird dann in den Individuen zum abstrakten Denken, das sich selber betrachten und erforschen lernt und dereinst einmal, wenn von religiöser und metaphysischer Verkleidung frei, seine eigenen Gesetze erkennen lernen und Übereinstimmungen mit kosmischen Harmonien finden wird, die ihn befriedigen — immer nach dem Stande der jeweiligen Kenntnisunterlagen, von denen Bastian die ethnischen obenan stehen. Die Ethik ist ihm Ausdruck für die sozialen Funktionen, die in den primitiven Gesellschaften instinktiv wirken, dann nach sozialen Verschiebungen in diesen zum Bewusstsein kommen und kodifiziert werden müssen, um den Bestand der Gesellschaft erhalten zu helfen. Sie treten in den *Klassenkämpfen* immer wieder in Widerspruch mit dem Bestehenden, und nun ist ihm an der

Weltwende, vor der wir stehen, die Aufgabe gestellt unter selbstgeregelten sozialistischen Normen alles neu zu ordnen, »um wieder mit gleichgestimmten Harmonieen das Dasein zu umtönen«. Freilich, er glaubt, zu sozialen Theorieen sei es noch zu früh. Er preist den heutigen Staat, den er zwar sozialistisch gestalten will, woran er sich aber »als Laie« nicht mit Vorschlägen wagt. Über den Anarchismus hat er scharfe Worte der Verwerfung. Religion ist ihm der Ausdruck geheimer, aus den Tiefen hervorquellender Bedürfnisse, die zur Aufhellung drängen. Bei den Wilden, denen das Unbekannte vor der Nase liegt, ist das Leben ganz religiondurchtränkt, und sie ist hier aus Furchtgefühlen hervorgegangen; mit der beginnenden metaphysischen Spekulation stammt sie aus Bewunderung, und mit höherer Entwicklung wird sie Bewusstsein eines noch nicht Erhellten, dem wir uns nach Massgabe unserer Erkenntnis nähern, um endlich »richtige« und »gerechte« zu vereinen. Über die Buchreligionen mit ihrem Bestreben, ehemals lebendige Religion verdorrt zu konservieren, und gegen das Bestreben, sich dieser Religion zu Herrschaftszwecken zu bedienen, hat er immer in anderen Variationen erscheinende, oft köstliche Ausdrücke der Verwerfung bereit, warnt aber, man solle, da Religion Privatsache sei, ihre modernen Verwachsungen nicht mit dem Messer, sondern mit Naturheilung behandeln. Der Gedanke ist Bastian die erhöhende, die menschheitbildende Macht. Er ist es, in dem er auch noch im Alter schwelgt, und darin er dessen Gebrechen vergisst. Und so schliesst er: »Wie in den praktischen Angelegenheiten des Tageslebens ein vernunftgerechtes Denken die ausschlaggebende Entscheidung abgibt, so hat eine solche dem in der Denktätigkeit seine Wesenheit erfüllenden Denkwesen zu gute zu kommen, wenn aus universell durchwaltenden Gesetzlichkeiten die übereinstimmenden kongenial sich assimilieren zum identifizierenden Einklang.«

Wenn bei Bastian die metaphysische Neigung in strenger Selbstzucht gehalten wird durch den Gedanken, dass wir nur auf dem Wege wissenschaftlicher Weiterentwicklung das noch nicht Erkannte erkennen und, wo wir nicht wissenschaftlich weiter können, ein vorläufiges *Non liquet* aussprechen müssen, so ist im Gegensatz hierzu der metaphysische Zug bei J. A. Froehlich (*Der Wille zur höheren Einheit*, /Heidelberg, Winter/) noch so

stark, dass es ihm nicht genügt, die *Gesetze der Harmonieen* zu suchen, wo sie sich wissenschaftlich finden lassen, sondern dass er auch vom *Bedürfnis* aus ohne weiteres seinen transzendenten Gott und seine transzendente Freiheit — konstruiert. Und dabei wie? Mit Worten, die ja freilich nach Bastian das erste allgemeine Gedankenfutter geben. Gott ist *Persönlichkeit*. Das ist so ein — Wort. Wenn nur die guten Wortdenker sich einmal ihre Begriffe zerlegen und sehen wollten, welch greuliche Sinnlosigkeit der Begriff *Person* neben *Unendlichkeit* gibt, und wie die Einheit, numerisch aufgefasst, nichts als die *Eins* ist, aus der man nichts folgern kann — was auch Bastian scharf betont. Froehlich hat viel gelesen. Aber sein Buch sieht sich doch als eine nicht ganz ausgereifte Schulübung an.

X

Ethik

X
Die *Neue Sittenlehre* Anton Mengers /Jena, Gustav Fischer/ ist eine

Fortsetzung der *Neuen Staatslehre*, in der Menger von juristischem Standpunkte den Sozialismus entwickelt. Was auch der *Staatslehre* zum Vorwurf gemacht werden kann: dass sie zu einseitig den Gewaltfaktor herauskehrt, ist auch hier zu beanstanden. Der Faktor der Gewalt selbst, sobald er ökonomische Gewalt wird, ist gar nicht ohne den Faktor des Zusammenwirkens zu verstehen. Und aus dem letzteren gehen letztgültig die sich je nach den wirtschaftlichen Verschiebungen im einzelnen ändernden, sittlichen Anschauungen hervor, oder sie liegen vielmehr trotz allem mit zu Grunde. Dagegen gibt Mengers Buch ein ganz vortreffliches Bild von den durch die wechselnden Herrschaftsfaktoren bedingten Veränderungen der moralischen Beurteilungen und der moralischen Missstände, die darauf folgen. In diesem Sinne — aber nicht als Sittenlehre, die es nicht ist — ist das Buch zu begrüßen (vergl. auch meine Besprechung des Buches im *Freien Wort*).

E. V. Zenker hat in seiner *Sozialen Ethik* /Leipzig, Wiegand/ es sich zur Aufgabe gestellt, die Beziehungen der Menschen vom empiristischen Standpunkte, den er für den allein möglichen auf diesem Gebiete hält, systematisch zu behandeln. Wenn er getan hätte, was er sich da vorsetzt, so würden wir nur den Einwand zu erheben gehabt haben, dass man von einem Standpunkt aus eben doch nicht alles sehen kann, was zur

Sache gehört, und dass das Wort *empiristisch* selbst sehr verschiedener Auslegung fähig ist. Aber leider merkt man überhaupt von systematisch empiristischer Arbeit nichts. Von zum Teil ganz richtigen Vordersätzen wird meist sehr unkritisch auf heterogene Dinge abgesprungen. So stellt er im Anfang ganz vortrefflich zusammen, dass die höheren Klassen sowie die Arbeiterklasse einer verhältnismässig festen Denkrichtung folgen, der Mittelstand aber desorientiert sei. Man fange an, das zu begreifen, meint er. Da sollte man erwarten, er werde dies nun begrifflich machen. Aber die gute Bemerkung bleibt ein erratischer Block. Weiter sagt er ganz richtig und wiederholt es später nochmals nachdrücklich, dass der einzelne nur im Zusammenhange mit der Gemeinschaft zu begreifen sei. Aber statt nun die sozialen Gemeinschaftsformen zu analysieren, springt er unvermittelt auf die sozialen Triebe über, die doch nach seiner Voraussetzung erst durch die empirische Untersuchung der Gesellschaftsformen hätten ermittelt werden müssen. Sodann: Er will nur empirisch sein, aber einen breiten Raum nehmen bei ihm ganz metaphysische Auseinandersetzungen, wie die über die Willensfreiheit, ein. Ferner: Die Lehre, dass der Zweck die Mittel heilige, weist er, weil sie ihm weh tut, ab, ohne auch nur zu ahnen, dass zu deren gründlicher Behandlung die meinethalb empirische Erörterung des Verhältnisses von Mitteln zu Zwecken und Zweckverbänden notwendig gewesen wäre. So könnten wir noch eine ganze Anzahl von Beispielen bringen. Das Gesagte aber genügt wohl, um zu zeigen, dass die 279 Seiten füllende *Soziale Ethik* weder sozial, noch Ethik ist. Es ist eine oft ganz anmutige, aber wissenschaftlich durchaus unzureichende Plauderei eines jener Leute, deren Desorientierung der Verfasser selbst beklagt. Wissenschaftlich viel konziser und durchgearbeiteter ist die Tübinger Antrittsvorlesung des auf den Lehrstuhl Sigwarts berufenen Erich Adickes *Charakter und Weltanschauung* /Tübingen, Mohr/. Von der richtigen Grundanschauung ausgehend, dass Charakter und Weltanschauung einen Zusammenhang haben, will er doch gar einseitig die Weltanschauung auf den Charakter gründen, er fragt nicht, ob nicht vielleicht ein dritter Faktor vorhanden ist, welcher beide, Charakter und Weltanschauung, im weitesten Masse bestimmt: der konkrete Zusammenhang, in dem der Mensch seine eigenen Zwecke

aufbauen muss und die Anschauungen empfängt. Da Adickes diesen realen Untergrund vernachlässigt, so mischt sich ihm der moralgesetzliche Gegensatz zwischen Autonomie und Heteronomie mit einem bloss psychologischen Unterschied zwischen solchen, die sich in ihren Ansichten von aussen her bestimmen lassen, und solchen die aus sich selbst das ihrem Geiste Gemässe entwickeln. Wir wissen aber meist selbst nicht, wie weit eine Ansicht uns suggeriert ist oder aus Kombinationen des vorhandenen eignen geistigen Gefüges hervorgeht. Das ist meines Erachtens, wie wenn man in der Mathematik die Gesetzmässigkeit $2 \times 5 = 10$ mit der Frage, ob das Kind das selbst findet oder gezeigt bekommt, vermengen wollte. Die Grundlagen der Anschauungen sind uns vermöge unserer Erziehung ja immer suggeriert und wirken auch bei geänderter Ansicht noch weiter. Danach gibt es doch wohl keine autonomen und heteronomen Menschen, sondern nur Menschen, die etwas mehr und solche, die etwas weniger original sind. *Originalität*, nicht *Autonomie*, ist das richtige Wort, für die Unterscheidung von Adickes. *Autonomie* und *Heteronomie* sind Namen, die man für objektive Gesetzmässigkeiten beibehalten sollte. Aber Adickes verwischt diese Gesetzmässigkeiten ins Psychologische. Und so sind es auch nachher, wesentlich psychologische Verschiedenheiten, nach denen der Unterschied von Monist und Dualist sowie Agnostiker bestimmt wird. Das ist ganz interessant dargestellt, aber für richtig halten können wir es nicht.

×
Religion

×
Josef Dietzgens sozialdemokratische Religionsphilosophie betitelt sich ein

Büchlein von Professor Dr. L. Weis in Darmstadt /Kiel, Lipsius & Tischer/. Es ist aber eine Polemik mit der gesamten Philosophie Dietzgens, nicht bloss der Religionsphilosophie, und zwar von einer Auffassung der Kantischen Philosophie aus, wie sie früher üblich war; einer solchen nämlich, die vor allem auf die metaphysische Seite bei Kant Wert legt. Dass von dieser Auffassung aus keine Brücke zum Verständnis Dietzgens und der materialistischen Geschichtsauffassung (hierüber siehe weiteres unter *Kurze Chronik*) zu schlagen ist, ist selbstverständlich. Darum muht sich Weis vergeblich an Einzelheiten und oft an Ausdrücken ab, zum Beispiel am Wort *materialistisch*. Dies bedeutet hier doch

etwas anderes, als im alten Materialismus; es handelt sich methodisch nur darum, die sogenannten *materiellen* und die sogenannten *geistigen* Erscheinungen im Zusammenhang des gesellschaftlichen Lebens zu begreifen, nicht, sie zu trennen und dann über die Getrennten isoliert zu spekulieren (vergl. auch den nächsten Absatz). Auch der geschickteste Wagenbauer, der nur Strassenwagen und deren Betrieb kennt, könnte unmöglich Eisenbahnwagen richtig beurteilen. So ist es hier. So warmherzig und wohlmeinend Weis als Mensch erscheint, die sozialistische Bewegung und deren Grundideen sind ihm eben dem Wesen nach fremd. Zugleich dem ethischen und dem religiösen Gebiete gehört die im Vorwärtsverlage erschienene Broschüre F. Stampfers *Religion ist Privatsache!* an. Sie will *Erläuterungen zu Punkt 6 des Erfurter Programms* geben und behandelt das Verhältnis des Sozialismus zu den ideellen Hauptfragen der Zeit in sehr ruhiger und gründlicher Weise. Wesentlich ist die Arbeit hervorgerufen durch die Angriffe, welche der sozialdemokratischen Partei daraus erwachsen, dass sie Religion für Privatsache erklärt, und dass doch die Sozialdemokraten es wagen, gegen den Kirchenglauben aufzutreten. Über Religion als solche, sowie über den metaphysischen Inhalt der Religionsvorstellungen ist in diesem Schriftchen gar nichts, dagegen ist um so mehr von den Gegensätzen in der Begründungsort solcher Vorstellungen die Rede. Betreffs des historischen Materialismus sagt F. Stampfer, es handle sich keineswegs darum, »das Wesen des menschlichen Denkens metaphysisch aus der Materie zu erklären«, sondern nur »um die unlegbare Tatsache, dass der Inhalt des menschlichen Denkens durch sinnlich wahrnehmbare Erscheinungen bestimmt wird«. Gerade diese Klarheit über die Begrenzung des Untersuchungsfeldes muss Stampfer schon von vornherein wissenschaftliches Interesse sichern. Er hat sich zwei Aufgaben gesteckt, erstens die genannten wissenschaftlichen Grundlagen gegenüber den prinzipiellen Forderungen des dogmatischen Christentums auf den Gebieten der Weltanschauung und der Ethik festzustellen, zweitens die sich daraus ergebenden Folgerungen für das praktische Verhalten, insbesondere für das der sozialdemokratischen Partei darzulegen. Was das erste betrifft, so stellt Stampfer nicht etwa einen sozialdemo-

kratischen Glauben einem christlichen gegenüber: das erklärt er schon deshalb für unmöglich, weil die einzelnen Glaubens- und Moralauffassungen auf beiden Seiten sehr mannigfaltig sind und grundsätzlich der freien Prüfung jedes einzelnen, aber damit auch der freien Kritik jedes anderen überlassen werden müssen. Daraus aber ergibt sich dann, nicht bloss für die Sozialdemokratie, die Forderung, »kein bestimmtes religiöses oder antireligiöses Bekenntnis« zu verlangen, wohl aber »jeden Versuch, das menschliche Denken unter geheimnisvollen Versprechungen und Drohungen in bestimmte Formen gewaltsam hineinzupressen, mit aller Entschiedenheit« zu bekämpfen. Auf sittlichem Gebiete wendet sich dem ganz entsprechend Verfasser gegen jede Lohn- und Strafethik. Vor allem aber stellt er der starren, ein für allemal gültigen Ethik die im Fluss der Entwicklung begriffene gegenüber. Dass diese nun ganz *neu* sei, dürfte freilich übertrieben sein. Die Grundzüge dieser Moral sind schon überall hervorgetaucht, wo Gemeinschaft war oder erstrebt ward. Moral bleibt in ihren Grundzügen Moral, wie Eisen Eisen bleibt, nur die chemischen Verbindungen und Mischungen ändern sich in der Geschichte (vergl. das oben über Bastian Gesagte). Aus seinen Aufstellungen folgert Stampfer, dass die Frage, ob ein Christ Sozialdemokrat sein könne, vom Standpunkt dogmatischer Auffassung zu verneinen sei, dass aber vom Standpunkte ethischer Betrachtung gesagt werden müsse, der Dogmenchrist könne ebensowenig Sozialdemokrat, wie Christ im Sinne der evangelischen Sittlichkeit sein. Ganz richtig fügt Stampfer am Schlusse der ersten Abteilung hinzu, ein Dogmengläubiger könne konsequenterweise noch nicht einmal Bürger des modernen Staates, sondern nur Untertan sein. Denn wenn er den Gedanken sittlicher Selbstbestimmung verleugnet, wie kann er da autonom an der Schaffung von Gesetzen teilnehmen? Auf diesem, unseres Erachtens nicht nur vom sozialistischen Standpunkt aus, unanfechtbaren Boden stellt Stampfer den Unterschied fest, der zwischen Forderung der religiösen Gleichberechtigung im Staate — der auch den Dogmatiker dulden muss — und in einer Partei besteht, die nach bestimmten Zielen strebt, und er betont wiederholt, dass seine Partei nicht den Glauben, wohl aber den Zwang verurteile. Die Stellung zur Schulfrage, die nebst anderem die dritte Abteilung

ausfüllt, ist damit ganz konsequent gegeben.

Die Religion der Modernen betitelt sich eine bei Diederichs jüngst erschienene schöne Aufsatzsammlung des freidenkenden Bremer Predigers Albert Kalthoff. Lessing, Goethe, Schiller, Novalis sind von den Älteren, Salier, Hebbel, Heyse von den Jüngeren, Zola, Tolstoj, Ibsen, Maeterlinck, Nietzsche von den ganz Neuen besprochen. Davor, danach und dazwischen erscheinen Aufsätze über die Modernen im allgemeinen, die Beziehungen der Modernen zu Christentum und Sozialismus und anderes mehr. Es sind feine Aufsätze, voll interessanter Gesichtspunkte, und wie Kalthoff die Religion bestimmt, als lebendiges Innenleben, dem der Gottmensch des alten Christentums bei alledem innerlich näher steht, als der Zimmermannssohn der liberalen Theologie, unterschreibe ich durchaus. Denn »jener ist eine ewige Idee, dieser aber ein Histörchen«. In dieser Idee ist auch »ein neues Gemeinschaftsschnehen, ein neues Gemeinschaftssuchen«, das darin zum Ausdruck kommt. Freilich nicht mit allem, was Kalthoff sagt, kann man einverstanden sein. Ibsens Brand machte auf den Referenten zum Beispiel nicht den Eindruck des ganzen Menschen, der alles Halbe hasst und darüber in der Welt der Halben zusammenbricht, sondern den eines Halbmenschen, eines grauenhaften Fanatiklers, der seiner Zielidee all das zum Opfer bringt, um dessentwillen er doch allein die Idee verfolgen sollte. Sodann hat Kalthoff bei den Romantikern zwar den individualistischen Zug, aber nicht genug den damit historisch eng zusammenhängenden reaktionären Zug betont. Vielleicht hängt das mit einer Neigung zusammen, die er am Schlusse des Buches ausspricht: »Der moderne Mensch merkt überall, auch beim Sozialismus, dass es da menschlich zugeht, dass da nicht bloss Freiheit, sondern Disziplin gefordert wird.« Und »da flüchtet er sich endlich in das letzte, einzige Asyl, das ihm noch geblieben ist: in sich selbst, um endlich parteifrei, um Persönlichkeit werden zu können. Er ist ein Sozialist höherer Ordnung, . . . zufrieden, wenn er unbekümmert um den Parteinamen wieder jemand gefunden, dem es genügt, ein Mensch zu heissen.« Nun ist es ja freilich heute so, dass die sozialdemokratische Partei manche Forderungen stellt, die der von anderen Pflichten Gebundene vielleicht nicht erfüllen kann, und dass er deshalb in die-

sem Konflikte der Pflichten seitabstehen muss. Aber das ist denn doch etwas anderes, als wenn man einer Partei zum Vorwurf macht, dass sie überhaupt -traffe Disziplin und Unterordnung, die einzigen Hebel zu erfolgreichem praktischem Wirken, hochhalte.

Und ebenso ist es etwas anderes, ob man dem Sozialismus bloss darum zustimmt weil man ihn der Idee nach für recht und gut, für Bringer von Freiheit halt, oder weil man zugleich einsieht, dass er — nur all dem relativen Zwang, den er besonders während seiner Werdezeit, mit sich führen muss — die einzig mögliche Lösung realer heutiger Widersprüche ist. Jener Vorwurf, sowie das Freiheitssehnen, des isolierten Menschen haben einen kleinen Anarchistengeruch. »Durch einsiedlerisches Loslösen vom sozialen Leben [und der dazu notwendigen Disziplin] ist der Gang orientalischer Kulturgeschichte zu Verirrungen abgelenkt, sagt Bastian. Und so muss auch das geistige Loslösen von dem Entwicklungsstrome, heute, wo wir nicht mehr eine freie Verkehrsgesellschaft, sondern eine durch Riesenmonopole mit eisernen Klammern verbundene Kapitalherrschaft haben, zur Unfruchtbarkeit führen. Hier heisst es: Arbeit mit, soweit du kannst, wenn dir auch manches nicht schon scheint!

× ×
Kurze Chronik Über den historischen Materialismus besteht bekanntlich noch grosse Unklarheit. So greift Robert Drill in einem Aufsatz *Marx und Kant* des Jahrbuches *Patria* /Berlin, Buchverlag der *Hilfe/* Vorländer und mich an, weil wir Marx in Beziehung zu Kant setzen. Er beschäftigt sich mit dem metaphysischen Freiheitsbegriff Kants, den wir nicht verstanden, und mit dem der strenge Determinismus von Marx unvereinbar sei. Er operiert dann mit dem bekannten Fehlschluss, dass, wenn es keinen freien Menschenwillen gäbe, das Ganze einen vom Menschenwillen unabhängigen Gang nähme. Darüber sollte man doch nachgerade im klaren sein, dass schon die Worte *Wirtschaft, Technik*, den Menschengedanken und den Menschenwillen einschliessen. Otto Ehrlich hat in der *Neuen Zeit* dieses falsche, aber nachgerade zum Schlagwort gewordene Missverständnis derb, aber sachlich richtig gekennzeichnet. Dazu aber fügt Drill noch ein zweites, nicht minder schweres Missverständnis; er hält die vorgenannte

Frage für identisch mit einer ganz anderen Frage, der nach der Notwendigkeit und der Freiheit in der Geschichte. Hier aber handelt es sich nur darum, einzusehen, dass die geschichtlichen Bewegungen bis jetzt die blinden und unvorhergesehenen Resultanten des Durcheinanderwirkens vieler, wenn auch oft im einzelnen bewusster Faktoren gewesen sind. Diese zweifellose Tatsache wird erst wesentlich anders werden, wenn wir über die geschichtlichen Zusammenhänge die selbe Einsicht und gemeinsame Macht gewinnen, wie wir sie heute vielfach auf dem Gebiete der Natur haben. Dann kommen wir auch hier, aus dem *Reiche der Notwendigkeit* in das der *Freiheit* — freilich der menschlich begreiflichen, nicht der metaphysischen. Mit der metaphysischen Freiheit gestatten wir uns, als mit einer sehr unfruchtbaren Materie, uns gar nicht zu befassen.

×
Literatur

×
Mit Goethe als Philosophen beschäftigt sich Max Heynacher; sein Buch

Goethes Philosophie aus seinen Werken ist als CIX. Band der *Philosophischen Bibliothek* /Leipzig, Dürr/ erschienen. Wir kommen in einer der nächsten Rundschauen noch vielleicht darauf zurück. × In 3. Auflage ist soeben das bekannte Buch Dr. M. Kronenbergs *Kant, sein Leben und seine Werke* /München, Beck/ erschienen.

FRANZ STAUDINGER

Sozialwissenschaften

Natur und Gesellschaft Die Gesellschaftswissenschaft ist in der neueren an Windelband und

Rickert anknüpfenden Geschichtsphilosophie in einen diametralen Gegensatz zur Naturwissenschaft gebracht worden. Mit grossem Nachdruck betonte diese Philosophie, die Naturwissenschaften hätten sich wohl mit der Aufdeckung und Formulierung allgemeingültiger Gesetze zu befassen, nicht aber die Gesellschaftswissenschaft und die Geschichte. Diese wären auf die Erfassung des Einmaligen, des Individuellen gerichtet.

Im Gegensatz zu Rickert, Windelband und ihren Anhängern reklamiert Professor Franz Eulenburg in seiner akademischen Antrittsrede *Gesellschaft und Natur*, abgedruckt im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, das Recht der Sozialwissenschaft auf Entdeckung von Gesetzen in der Gesellschaft. Unter *Gesetz* versteht er nur den Ausdruck für gleichbleibende Beziehun-

gen zwischen Erscheinungen, die sich äussern in der regelmässigen Wiederkehr der Ereignisse. Diese Gesetze bestreben sich, nur das Typische der Erscheinungen festzulegen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse entfalten sich im Raume. Mit dem Raume ist aber seine Gestaltung, die Verteilung von Land und Wasser etc. gegeben. Die Gesellschaft wurzelt tief in der Natur. Es gibt *Gesetze der Siedlung*. Die denkbar innigsten Beziehungen knüpft sodann die Technik zwischen Natur und Gesellschaft. »Das, was man das Tempo des Lebens nennen könnte, ist beispielsweise zum guten Teile bedingt durch die Art unserer Verkehrsmittel und unserer Fortbewegung, durch die zeitlich-räumliche Aneinanderrückung der Entfernungen.« Zahlreiche Verbindungsfäden verknüpfen den Menschen als soziales Wesen mit der Biologie und Physiologie. »Die Bevölkerungsvermehrung, die Grundlage aller gesellschaftlichen Beziehungen, ist auch eine physiologische Tatsache, wenn auch nicht gesagt werden soll, dass sie nur eine physiologische ist.« In das Bevölkerungsproblem ragt schon das soziale Moment hinein. Malthus ging sehr in die Irre mit seiner Annahme eines gleichbleibenden, mit der Unwiderstehlichkeit einer Naturkraft wirkenden Fortpflanzungstriebes. Das Degenerationsproblem wird vor allem als ein biologisches von Fahlbeck, Steinmetz und Woltmann charakterisiert. Über die natürliche Degeneration der gebildeten Klassen, über die Einwirkung der städtischen Kultur und Intelligenz auf die Lebensenergie und Fortpflanzungsfähigkeit ist bisher noch kein die Degenerationsfrage befriedigend lösendes Material zusammengetragen worden. Die Frage der Vererbung psychischer Eigenschaften, der Begabungen etc. hat einen ganzen Kreis von gelehrten und scharfsinnigen Forschern beschäftigt. Die bisherigen Ergebnisse gestatten nach Eulenburg allerdings ebenfalls nur ein *Non liquet* und sind weit von der Verallgemeinerung entfernt, die manchmal in unwissenschaftlicher Weise angewandt worden ist. Wenn man nun all' der engen Verknüpfungen der Gesellschaft mit der Natur gedenkt, so darf man vor allem auch nicht die reine physiologische Seite der wirtschaftlichen Arbeit vergessen. Scharf wendet sich Eulenburg gegen eine mechanische Einordnung der gesellschaftlichen Phänomene in die Zusammenhänge der Natur.

„Am allerwenigsten“, so schreibt er, kann es sich aber darum handeln, bestimmte Formeln und Erklärungsversuche der Biologie ohne weiteres auf die Sozialphänomene zu übertragen. Als könnte also mit den Formeln des Darwinismus (Variation und Anpassung, Vererbung und Entwicklung, Inzucht und Kreuzung, Vervollkommnung und Entartung, Kampf ums Dasein und Selektion) bereits eine Erklärung des sozialen Lebens gegeben werden.“

× **Nationalökonomie** ×
 Der Ruf *Zurück zur klassischen Nationalökonomie!* hat ein erfreuliches Echo

in den akademischen Kreisen gefunden. Der Buchhandel sah sich gedrängt, den Malthus, Smith und Ricardo von neuem herauszugeben. Prof. K. Diehl trat mit seinen *Sozialwissenschaftlichen Erläuterungen zu David Ricardos Grundgesetzen der Volkswirtschaft und Besteuerung* /Leipzig, Engelmann/ hervor. Kräftig regten sich in der Sozialdemokratie die Bestrebungen, die aufstrebenden Arbeiter in die Theorien der klassischen Nationalökonomie und des *wissenschaftlichen Sozialismus* einzuführen. Franz Mehring liess die Gesamtausgabe des literarischen Nachlasses von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle erscheinen. Und jüngst arbeitete sich K. Kautsky durch die nachgelassenen Manuskripte von Karl Marx hindurch. Die Frucht dieser Arbeit liegt in den *Theorien über den Mehrwert* /Stuttgart, Dietz/ jetzt vor uns. Die einzelnen Marxschen Beiträge zu den *Theorien über den Mehrwert* sind nicht gleichwertig. Das liegt in der Natur der Sache. Marx hatte über die älteren Theoretiker des Werts und Mehrwerts mitunter nur kurze Notizen zusammengetragen. Die *Theorien über den Mehrwert* enthalten ein umfangreiches Kapitel *Produktive und unproduktive Arbeit*. Gerade aus diesem Kapitel schöpft man wertvolle Anregungen und eine reiche Belehrung. Jetzt, wo endlich auch die Universitäten wieder das Studium der klassischen Nationalökonomie aufgenommen haben, ist eine Versenkung in die *Theorien über den Mehrwert* dringend am Platz. Wer den Ricardo studiert, muss die grosszügige Marxsche Darstellung über die Theorien dieses scharfsinnigen Nationalökonomien zur Hand nehmen. Wir werden bei der Besprechung der Lehren der Marxschen Nationalökonomie an geeigneter Stelle

stets auf die Marxsche Darstellung hinweisen.

× **Anarchismus** ×
 An den deutschen Universitäten werden jetzt des öfteren öffentliche Vorlesungen für Studierende aller Fakultäten über den Sozialismus und Anarchismus gehalten. So sprach zum Beispiel Professor Karl Diehl über diesen Gegenstand in den Hörsälen der Universitäten Halle, Rostock und Königsberg. Merkwürdig berührt in den Vorlesungen Diehls die Verknüpfung des grossen revolutionären Zuges in dem Wesen und in der sozialistischen Propaganda Ferdinand Lassalles. Das allgemeine Wahlrecht war für Lassalle das neue revolutionäre Prinzip der arbeitenden Klasse. Mit Hilfe dieses Prinzips wollte er eine grundstürzende Änderung des bürgerlichen Klassenstaates und der kapitalistischen, den Arbeiter zu einer Ware entmenschenden Wirtschaft herbeiführen. Gewiss, er wollte dem Arbeiter die Leuchte der Wissenschaft vor allem in die Hand geben, aber er wusste, dass diese Leuchte auch als eine revolutionäre Brandfackel wirken konnte. Die Wissenschaft verkündete nach Lassalle die revolutionäre Idee des Arbeiterstandes. Das schöpferische Wissen und die schöpferische Tat sah Lassalle in der Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter verschmolzen. In den Vorlesungen Diehls *Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus* /Jena, Gustav Fischer/ taucht in dem *Zukunftsstaat* wieder das grosse Arbeitsamt auf, das die gesamte Produktion von oben zu leiten und zu verwalten hat. Dass heute schon in den grossen Genossenschaften Englands eine innige Verbindung zwischen der Produktion und der Konsumtion geschaffen ist, und dass sich dort schon die Keime einer planmässig organisierten und geregelten genossenschaftlichen Produktion zeigen, verkennt heute kaum ein Sozialdemokrat mehr. Zu der Einschaltung derartiger, von der Phantasie ersonnenen, alles reglementierenden Arbeitsorgane flüchtet sich nur noch der Utopist. Das greifbare Stück Zukunftsorganisation der Produzenten, das sich heute schon in den Gewerkschaften regt, findet bei der Sozialdemokratie das vollste Verständnis.
 In den Volkshochschulvorträgen Dr. W. Ed. Biermanns *Anarchismus und Sozialismus* /Leipzig, Deichert/ wird die Geschichte und Theorie des Anarchis-

mus bis auf ihre jüngsten Phasen verfolgt. Biermann entwirft ein recht sympathisches Bild von der Persönlichkeit Peter Kropotkins. Er streift auch an einigen Stellen die soziale Entwicklungstheorie Kropotkins. Dieser sieht in dem Anarchismus eine sich schon in den Anfängen der Menschheitsgeschichte regende organisatorische Strömung, die die Gens, die Gilde, die Zunft, und dann endlich die Gewerkschaft und Genossenschaft schuf. Das sich in der Geschichte betätigende Prinzip der gegenseitigen Hilfe ist nach Kropotkin ein anarchistisches, auf den freien Zusammenschluss gleichberechtigter Genossen basierendes Prinzip.

× **Neuaußgaben** ×
 In der *Bibliothek der Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftswissenschaft*, die von F. Stöpel begründet und von Robert Prager fortgeführt wurde, ist jetzt das grundlegende Werk Adam Smith' *Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes* in einer 2., durchgesehenen und verbesserten Auflage erschienen /Berlin, Prager/.

× **Kurze Chronik** ×
 Vom 20. Juli bis 14. August erschien in der *Cölnischen Zeitung* die aufsehenerregende Artikelserie *Die heutige Sozialdemokratie*. Nicht gerade etwas Funkelnagelneues stand in diesen Artikeln, das Neue an ihnen war, dass sie gerade in der *Cölnischen Zeitung* standen. Ernstlich gedachte einmal die Zeitung, die sonst nur scharfmacherisch die Sozialdemokratie körperlich niederzuknüppeln suchte, mit geistigen Waffen die sozialistischen Ideen zu vernichten. Einige Gedanken, die der Verfasser vor allem unter sein kritisches Messer nahm, waren von *revisionistischer* Seite schon heftig gerüttelt und geschüttelt worden und hatten bereits ein gutes Stück Lebensodem verloren. Wir erinnern nur an die *revisionistische* Kritik der marxistischen Konzentrationstheorie, der Verelendungstheorie, der materialistischen Geschichtsauffassung. Der Verfasser der Artikelserie schwang sich — das war sehr bemerkenswert — zur Anerkennung des konstitutionellen Fabriksystems auf. Zum Schluss erklang in der Artikelserie die für die *Cölnische Zeitung* so merkwürdige Parole *Sozialreform, keine Scharfmacherpolitik!* Vor allem leuch-

tete in dem Artikel *Ausblick* folgender Gedanke auf: »So mündet schliesslich die Organisation der Konsumtion, wenn alle Kreise darin eingeschlossen sind, in einer Organisation der Produktion. Eine Durchsetzung des gesamten Wirtschaftsorganismus mit den Gedanken, die grösstenteils im Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen zur Verwirklichung aufgestellt sind, ist — möglichst in einer organischen Verbindung — das grosse Ziel der Zukunft unseres sozialen Wirtschaftslebens.« Mit den theoretischen Ausführungen des Verfassers werden wir uns später noch einmal in dieser Zeitschrift beschäftigen.

× **Literatur** ×
 Als ein gewaltiges Gemälde der sozialen bürgerlichen Unkultur und der erwachenden proletarischen Kultur stellt sich die von der belgischen Arbeiterpartei herausgegebene Schrift *75 années de domination bourgeoise* dar. Im ersten Kapitel schildert Camille Huysmans die Revolution von 1830 und die politische Bewegung. Ergreifend beschreibt sodann Louis de Brouckère im zweiten Kapitel das geistige Elend in Belgien von 1830 bis 1905. Im dritten Kapitel charakterisiert Louis Bertrand das ökonomische und soziale Belgien. × Dr. J. Unold ist in seiner Schrift *Die höchsten Kulturaufgaben des modernen Staates* /München, Lehmann/ trotz seiner Schwärmerei für eine grosse Kulturmission des Staates nicht im geringsten in die kulturelle Seite der modernen Arbeiterdemokratie eingedrungen. Ein leidenschaftlicher Anwalt des Liberalismus, Gladstone, begriff selbst die Notwendigkeit, bei grossen sozialpolitischen Reformen die Massen gegen die Klassen aufzubieten. Unter den Händen Dr. Unolds verkrüppelt der Kulturstaat zu einem Berufsgruppenstaat. Er fordert vor allem allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht, aber ausgeübt zunächst von Berufsgruppen und für Berufsinteressen. × In der *Bibliothek der Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftswissenschaft* zeichnet Maxim Kowalewski *Die ökonomische Entwicklung Europas bis zum Reform der kapitalistischen Wirtschaftsform* /Berlin, Prager/. Vor uns liegt erst der III. Band, der die englische, deutsche, italienische und spanische Wirtschaftsverfassung in der zweiten Hälfte des Mittelalters umfasst.

× Ganz durchdrungen von der hohen Auffassung der Gewerkschaftsbewegung als einer grossen Kulturbewegung, veröffentlicht soeben der Zentralverband der Maurer im eigenen Verlage die trefflichen Aufsätze Karl Frohmes *Arbeit und Kultur*. Mit Händen greift man in dem Frohmeschen Buche die grosse Kulturtatsache: „der Mensch hat sich, wörtlich genommen, aus der Tierheit emporgearbeitet — emporgearbeitet mit Hilfe des Werkzeugs. Frohme versenkt sich gründlich in die geistvollen Schriften Noirés, Kapps, Karl Büchers, Leopold Jacobys. Vom Standpunkt der sozialistischen Weltanschauung eröffnet er den Kampf gegen die klerikale Weltanschauung. Frohme schreibt in anschaulicher, echt volkstümlicher Sprache auf wenigen Seiten die Entwicklungsgeschichte des Arbeiters vom Zunftgesellen zum modernen Proletarier nieder. Mit den Augen eines Kulturhistorikers, nicht nur eines Sozialpolitikers erfasst er die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Die Geschichte des Rechts auf Arbeit rollt sich in allen ihren Phasen in dem Frohmeschen Buche ab. Mit einem Ausblick in die werdende Welt des Sozialismus schliesst Frohme seine schöne, begeisterungsvolle Schrift *Arbeit und Kultur*.

PAUL KAMPFMEYER

KUNST

Bildende Kunst

Niederdeutsche Künstler

Der Schultesche Kunstsalon, der zum Teil stets einen Jahrmarktscharakter trug, scheint diesen überwinden zu wollen. Er strebt nach einheitlichen Veranstaltungen. So wirkt aus diesem Grunde auch die *Ausstellung niederdeutscher Künstler* sympathisch, deren einzelne Leistungen den Durchschnitt schwerlich überragen. Man ersieht aus einer derartigen Zusammenstellung, wie ein Bild das andere zu heben vermag. Neben Schwachem findet sich Besseres, ein Geruch wie von friesischer Novellistik. Raabe und Frenssen, umweht einen. In einer anderen Ausstellung würden die einzelnen Leistungen kaum auffallen, hier sieht man sie nicht ungen. Hier sieht man, was die *Heimatkunst* vermag. Die auffallendste Erscheinung unter diesen Künstlern ist jedenfalls der verstorbene Chr. Magnussen, der zugleich am wenigsten *Heimatkünstler* ist. Er stellt ein Porträt eines Postmeisters aus, das wie ein Goya wirkt in seinen klaren,

honiggoldenen Lichtpartieen und der Weichheit des zerfliessenden Strichs, der dennoch gut modelliert und dem Helldunkel die Transparenz gibt. Sehr eigentümlich wirkt ferner sein *Begrabnis*, das in den malerischen Qualitäten nicht auf die gleiche Hand schliessen lässt; freilich ist es nur Entwurf, in Sepia auf eine ungründerte Holztafel skizziert, deren brauner Grund fast unbedeckt ist, und aus dem als einzige Farbe die weissen Schurzen der Mädchen des Trauergefolges leuchten: man ahnt sechsche Qualitäten in dieser unfertigen Komposition und sähe gern ähnliche, vollendete vom gleichen Künstler.

Den breitesten Raum nimmt der verstorbene Bockelmann ein, der für seine Zeit, vor allem in seinen Studien, den Pinsel kräftig führte. Aber er, wie so mancher seiner Mitstrehenden, kam über einen ziemlich unbeholfenen Naturalismus nicht hinaus, an dem das ehrliche Wollen und die gerade Faust schliesslich das Beste war. Zu malerischen Feinheiten gelangten diese nicht. Daher wirkt die Beleuchtung in diesen Bildern absichtlich und eintönig und bedingt die Härten des in nicht aussetzender Gleichmässigkeit sich wiederholenden sproden Kolorits. Die übrigen der hier versammelten Niederdeutschen reden noch weniger zu uns durch malerische Qualitäten, als durch den liebenswürdigen Wirklichkeitssinn, der, unbehindert von Anekdotenkram, uns den Reiz der friesischen Bauernstuben schildert, wie ein akzeptabler Novellist, so dass wir uns an den metallenen Kesseln, dem bunten Porzellan, dem farbigen Meublement erfreuen; zu diesen gehört Jessen, Krogh, Hagu, und nur Alberts macht eine Ausnahme, indem er doch etwas mehr auf *Ton* geht.

Ganz zur Anekdote, wenn auch nicht im üblen Sinne, neigt hingegen Philippi, der jedoch kein Niederdeutscher ist, sondern aus Trier stammt. Er ist ein scharfer und humorvoller Beobachter der Spiessbürgerwelt, etwa wie Spitzweg einer war; nur das Philippi nicht annähernd so gut malt, wie dieser. Seine Kenntnis alter Stuben und Strassen ist zu amüsant, man sehe das Schaufenster des Bäckerladens der Kleinstadt und die *Tante*, die im Begriff ist, dort ihre Bretzel zu kaufen. Er besitzt eine grosse Kenntnis altmodischer Kleiderstoffe, alter Tapeten und Möbelstücke und, zuletzt, der altmodischen Kleinstadtypen selbst. Aber alle diese Dinge sind in einer etwas

schmutzigen Farbe, die durch Lasuren unklar und im Vortrag gequält erscheint, auf die Leinwand gesetzt — man erkennt hieran recht den Schüler Gebhardts —, so dass ein anspruchsvolleres Auge nicht zu seinem Genuss kommt. Der Mangel an malerischen Kräften beinträchtigt in dieser gut vom Künstler beobachteten, wenn auch engen, Welt, nicht selten die Freude am Gegenstand, indem er die Atmosphäre allzu ungelüftet erscheinen lässt.

× **Hamershoi** ×
Kommt man von diesen *Niederdeutschen* zu den 57 Bildern des Dänen

Hamershoi, so erlebt man eine angenehme Steigerung der Eindrücke. Der Reiz, den dort nur die Gegenstände vermittelten, geht hier von malerischen Qualitäten aus, und zwar von solchen nicht geringer Art. In der Wahl der Gegenstände ist der Däne den Niederdeutschen verwandt, auch er liebt das Interieur, dessen Inhalt er jedoch im Gegensatz zu jenen auf das Düftigste beschränkt: kaum ein Tisch, ein Stuhl, graue Wände (das zarte Grau der Perle), weiße Türen sind die Dinge, die er unter der Einwirkung des Sonnenstrahls zu einer Einheit bindet, die wie ein sehr feiner, sehr heller Ton eines Instrumentes wirkt, das mit silbernen Saiten bespannt ist. Man denkt an Vermeer und an die Interieurs des modernen *Synthetisten* Vallotton — freilich ist dieser im Kolorit grundverschieden —, doch ebenso wenig Impressionist im Sinne der *Farbenzerleger*, wie er, ist auch Hamershoi. Er sucht nach ein bis zwei Grundnoten und stimmt diese auf das feinste ab, und aus dieser Feinheit und Einfachheit entsteht uns zugleich eine Welt: die dänische Kultur, die einzige neben der Hollands, die einen geschlossenen und traditionellen Charakter bewahrt hat. Man denkt an ganz stille Menschen, an junge Frauen, solche, wie wir sie aus der Dichtung des Jacobsen kennen, die in diesen Räumen ihr stilles Leben in *Sehnsucht* leben. Aber diese feine Interieurkunst zeigt uns zugleich die Grenzen der Begabung Hamershois: ein Landschaftler ist er nicht, was im Interieur Zartheit war, wird hier zur leblosen Schwäche; Bäume und Gebäude stehen kraftlosen Schemen gleich wie wesenslose Nebelgebilde da. Freilich sind auch diese Bilder nicht ohne gewisse Vorzüge, die nur das Auge und die Hand eines ganzen Künstlers vermitteln. Im Porträt ist er hin und wieder

von feiner Beobachtung, und — wie in dem des Cellisten — auch von ausreichender Kraft der Farbe. In diesem Bilde ist die Lichtverteilung sehr gelungen, so dass eine lebendige Wirkung des Dargestellten entsteht, aus den Gegensätzen des Braun des Instruments, des Graugrün im Hintergrund und dem lichten Weiss der Wäsche im schwarzen Rock, während das Gesicht, da das Licht von oben fällt, beinahe im Schatten gehalten ist. So gibt das von oben kommende Licht den im Spiel begriffenen Händen viel Leben und konzentriert die Aufmerksamkeit auf sie, wie der Vorgang es verlangt. Eine recht gelungene Malerei nach einem verwiterten griechischen Relief, dessen weiche Morbidezza des Künstlers Pinsel mehr entgegenkam, als irgend eines, bestärkt in uns die Empfindung, dass im allgemeinen seine Farbe für die Figurenmalerei nicht ausreicht — auch die Interieurs mit Figuren waren nicht die glücklichsten —, indem die meisten der grösseren Figurenbilder matt und wesenlos wirken, gleich Bildern nach schwach kolorierten Skulpturen; eine Eigentümlichkeit, die ihnen zugleich einen seltsam geisterhaften Zug verleiht.

× **Liebermann** ×
Selten sahen wir eine so interessante Liebermann-Ausstellung, wie die, die

Paul Cassirer im November in seinem Salon uns vorführte. Als erstes gilt zu konstatieren, dass der Künstler an Einfachheit und Sicherheit des Vortrags, wie an Kraft der Farbe ständig zunimmt und dadurch auch an inneren Gehalt; diese Bilder wirken lebendiger, als irgend welche früheren Werke Liebermanns, und gehören zum Besten, das auf diesem Gebiet geleistet werden kann und im Augenblick geleistet wird. Es seien vor anderen betont die Bilder des letzten Sommers, zwei Amsterdamer Strassenbilder und ein neuer *Biergarten*; nie noch zeigte er in diesem oft behandelten Thema so leuchtende Lichtpartien, wie die hier im Hintergrund und jene der hellen und farbig gekleideten Gestalten. Ein intensives Leben webt in diesen Farben und wir sind selten vor einem Bilde von Liebermann so warm geworden. Es ist wie eine zitternde Erregung in diesem Bilde, und man meint, der bald Sechzigjährige habe es mit klopfendem Herzen und jagendem Puls gemalt. Es ist ganz seltsam, wie jugendlich dieses Bild wirkt, ich nehme diesen Ausdruck jetzt

nicht nur in Bezug auf die Person des Künstlers, als vielmehr auf die darin zum Ausdruck gebrachte Naturanschauung überhaupt. Hier ist ein Mann, der von der Natur — nicht einem Vorbild — ausging und nach mühsamem Ringen nun bei der Meisterschaft der Wiedergabe endete. Darin soll er uns ein Beispiel sein. War in jenem *Biergarten* der Hintergrund eine siedende, farbige Lichtglut, so zeigen die Amsterdamer Bilder einen ruhigen Grundton, durch die breiten Partien der braunen Häusermassen, in denen die farbigen Flecke der bunten Lappen wie starke Akzente wirken, die mit grosser Sicherheit hineingesetzt sind. Sehr pikant ist auf einem andern, einem Gartenbild, in dem ein zartes Grün vorherrscht, das durch dieses leuchtende Rot des Ziegeldaches und die Verbindung von beiden Farben. Hierneben zeigen die drei Fassungen der *Reiter am Strande* den Maler in der Beherrschung feiner grauen Töne, die der bedeckte Himmel im Verein mit dem Wasser der Nordsee bedingt. Die Qualitäten dieser Bilder sehen wir aber in einem erhöhten Grade in dem Bilde *Tennispieler*, in dem der Reiz des grauen Tones mit den überaus glücklich erfassten Bewegungen der Spieler die Situation besonders wirkungsvoll zum Ausdruck bringt. Eine eigene Gruppe bilden eine Reihe kleiner Landschaftsskizzen, zumeist von der See, die auf ein paar Grundtöne gestimmt, den Ausschnitt knapp wiedergeben. So ein Dünenwinkel, in dem das Braun der Dächer fein zum gelben Sand steht, oder das Grün einer Holzbude einen zarten Ton abgibt. Hieran reihen sich eine Fülle von Zeichnungen, die neben wenigen Landschaften, die Bewegung und Gruppenbildung festhalten, mit scharf charakterisierendem Strich. Doch sind, für meinen Geschmack, die Blätter ein wenig zu gleichmässig; man vermisst — es wird in der Zeichnung durch das Wegfallen der Farbe bedingt — den geistigen Anlass und die Notwendigkeit des Einzelnen, den Mangel an Typensinn: diese Figuren haben alle keine Köpfe. Das wirkt auf die Dauer ermüdend. Ein schwaches Kinderporträt zeigt uns zum Schluss — und das ist eine Erscheinung, die uns schon häufiger bei Liebermann auffiel —, wie seine koloristischen Fähigkeiten nachlassen, sobald er nicht vor der Landschaft sitzt und sich mit der Wiedergabe einer Individualität befassen muss.

×

Schuch und andere

Dann zeigte uns Schulte den talentvollen, verstorbenen Charles Schuch, den man unlängst wiederentdeckte. Wir sehen ihn diesmal in der Farbe weniger abhängig von seinem Lehrer Leibl. Es sind weniger die bekannten, schwarzbraunen, samtweichen Leibtöne, die wir diesmal sehen, in diesen Sachen ist ein sichtliches Streben nach hellen Farben, aber dem damals entdeckten eckigen Querstrich zuliebe geht manches verloren. Die Technik wirkt ermüdend, weil absichtlich, und nimmt den Gegenständen den Materialcharakter. Es ist nicht die Farbe allein, die hier sprechen soll, auch die Form; diese aber wird beinträchtigt: Apfel, Metallgeschirr, Stoffe, alles wirkt gleich schmalzig, ein Zug, der dadurch noch gesteigert wird, dass das Ganze ein wenig auf Münchener *Tönlichkeit* abgestimmt ist. Charles Schuch hatte gewiss viel Talent, aber war, nicht frei, in Schulkonvention befangen. Daneben sehen wir, zu unserem nicht geringen Missbehagen, den angliierten Bayern Herkomer. Ein deutscher Akademiker, der sich mit englischer Kultur recht geschmacklos und laut drapiert. In den grossen Repräsentationsstücken ist er ein englischer Anton von Werner, krautig in der Farbe, marklos in der Zeichnung. Dort aber, wo er farbig sein will, wirken seine Farben durchaus *materiell*, stechend, wie ein chemisches Salz. Direkt beleidigend für das Auge. Ein solcher Mann musste Erfolg haben, er konnte nicht ausbleiben, und so wurde der Künstler der Liebling aller Bankiers. Den Gipfel der Geschmacklosigkeit bildet sein Selbstporträt, auf dem er, ordenübersät, wie ein Hofschauspieler beim Aktschluss, eine schmachtende Donna im Arm hält. Fautin-Latour, den wir auch bei Gurltt sahen, gehört zwar zur Gruppe der Impressionisten, dem Alter und Verkehr nach, doch blieb er zeitlebens ein Romantiker. Er ist unter den französischen Figurenmalern etwa, was Corot unter den Landschaftlern war. Er ist durchaus Maler — was den verschwindenden, im Licht aufgelösten Kontur betrifft — aber subjektiv im Kolorit; meist dunkel und von rokokoaartigem Schwung in der figuralem Komposition. In diesem Sinne schuf er auch Lithographien, und über einer, auf der Genien die Goethe-Büste kränzen, steht geschrieben: »Dem unsterblichen Dichter des *Wilhelm Tell*!! Er schuf auch Porträts.

×

Karl Heider aus Schliersee gehört zu den älteren deutschen Malern, die zwar einseitig arbeiten, nicht aber konventionell im Sinne der Marktware. Er zeigt eine ausgeprägte Eigenart, doch ist sie, derart, dass wir sie nur in geringen Dosen geniessen können. Er ermüdet leicht in seiner durch das Gebirge bedingten spröden Zeichnung und seinen Lackfarben.

× ×

Ideenkunst Es ist eine bekannte Sache, dass nichts schwieriger ist, als Märchen dichten; dass das Kindliche nicht kindisch, das Einfache nicht albern wirkt und einen tiefen Sinn verrät, darin steckt der geheime Zauber und seine grosse Wahrheit, und so ist es ungemein interessant, zum Beispiel an den Andersenschen Märchen zu verfolgen, wie ein Meister dieser Kunst langsam den Grad der vollkommenen Einfachheit erreichte. Ganz ähnlich nun steht es um die Ideenmalerei und vor allem, wenn es sich um dem Märchen verwandte Stoffe handelt. Da kommt der Durchschnitt aus der Stümperei nicht heraus. Im Grunde ist diese Durchschnittsware ja nicht schlechter, als die Durchschnittsware auf dem Gebiet des Impressionismus, wenn ihre Schwächen auch augenscheinlicher sind und deshalb von den Anhängern des Impressionismus gern als Waffe gegen jede Ideenkunst gebraucht werden. Das Gute ist auf beiden Gebieten gleich selten und für den Ungeübten gleich schwer zu erkennen.

Wie wir nun in Liebermann vorhin einen Meister des Impressionismus sahen, so sehen wir in Oberländer, von dem uns Gurlitt sechs Bilder vorführte, einen Grossen der Ideenkunst. Seiner Phantasie, die die zartesten und stärksten Dinge beherrscht, ist ein an Shakespeare gemahnender Zug eigen; es ist etwas wie ein Spiel mit Naturgewalten und von einem, der ihr Meister ist. Der deutsche *Erdgeist* spricht aus diesen Tafeln, und so vorsichtig wir mit dem Prädikat *deutsch* in der Kunst sein müssen; hier ist es am Platze, wie gegenüber jüngern Künstlern allein bei Böhle. Das wesentlichste an diesen Bildern ist Oberländers typenbildende Kraft; man schaue diese Riesen, die Zauberer und den Teufel, der vor allen durchaus neu und originell wirkt. Technisch sind die hier ausgestellten Werke ungleich und manchmal schwach, dennoch aber hat man die Empfindung, dass sie aus jenen Gründen stammen, da die Werke werden, die über die Jahrhunderte währen, Werke

der Einsamkeit und des Tiefsinns. Oberländer ist kein Kolorist im modernen Sinne, trotzdem ist die Farbe nicht nebensächlich bei ihm, und er vermag geschickt durch seine stumpfen Temperatöne zu wirken, die er mannigfaltig dem Gegenstande anpasst.

× ×
Kurze Chronik Thomas Way, ein langjähriger Freund Whistlers, schenkte dem *Britischen Museum* 120 Zeichnungen Whistlers. × Die Lipperheidesche Kostümbibliothek ist nunmehr im Erweiterungsbau des Berliner Kunstgewerbemuseums zur Aufstellung gelangt. × Der Bildhauer Theodor von Gosen wurde Professor in Breslau. × In Holland rüstet man sich zur Feier des 300. Geburtstags Rembrandts am 15. Juli 1906. × Die 3. Ausstellung des *Künstlerbundes* findet 1906 in Weimar statt. × In München wurde die berühmte Sammlung Pannwitz versteigert, sie erzielte 1 100 000 M. Kleine Porzellanfigürchen stiegen bis auf 28 000 M. × Der *Kunstwart* veranstaltete im Dürer-Haus eine Ausstellung seiner sämtlichen bisherigen Publikationen, bei welcher Gelegenheit Herr Jessen, Direktor des Kunstgewerbemuseums, mitteilte, dass der *Kunstwart* bisher nicht weniger als 3 Millionen der billigen Kunstblätter nach berühmten Meistern à 25 Pf. verbreitet hat. × Der Architekt August Endell eröffnete in Berlin, Fasanen St. 43, eine Schule für Formkunst.

× ×
Literatur Im Verlage von F. Bruckmann in München erschienen, als eine der wertvollsten Publikationen auf dem Gebiet der Kunstliteratur der letzten Zeit, und zu dem billigen Preise von 4 M. mit vielen guten Illustrationen der *Velasquez* des englischen Malers R. A. M. Stevenson. Im Gegensatz zu Justi, dem ausgezeichneten aber schwerfälligen Historiker, beschränkt sich Stevenson auf eine Analyse des malerischen Phänomens Velasquez. Und das volle Begreifen dieser Seite der Kunst ist eine der wesentlichen Aufgaben unserer Tage.

Emil Heilbut äusserte im *Tag* in einem Aufsätze über die *Villa Romana*, die neue *Künstlerbundstiftung*, sehr vernünftige Ansichten, denen jeder Einsichtige beipflichten muss. Wie die Akademien Romstipendien verteilen, so der *Künstlerbund* neuerdings Florenzpreise. Ein

lößlicher Fortschritt gegen die Akademien, deren Auszeichnung gewöhnlich nur den talentlosen Streber traf, war des *Künstlerbunds* Bestimmung, seine Vergünstigung auch gereiften Begabungen und selbst Wohlhabenden zukommen zu lassen. Nun sagt Heilbut mit Recht, dass dieser letzte Passus nur einen Sinn hat, wenn der Wohlhabende verkannt ist und der seelischen Aufmunterung bedarf. Sonst ist er ein Unsinn. Derart findet er aber diesmal durchaus keine Erfüllung, indem man zwei mit ideellem und finanziellem Erfolg reich gesegnete Künstler ausgewählt hat. Andere wieder eignen sich ihrer Anlage nach — zum Beispiel van de Velde — durchaus nicht für Florenz. In summa: diese ganze *Villa Romana*-Stiftung ist zwecklos und aus einem veralteten Prinzip entsprungen. Es kann heute nur Sinn und Aufgabe einer Künstlervereinigung sein, sich in den Besitz möglichst grosser Barmittel zu bringen und Künstler durch den Ankauf von Bildern aufzumuntern oder in die Lage zu setzen, an einem ihnen geeigneten Ort ungestört zu schaffen. × Das Novemberheft von *Kunst und Künstler* veröffentlichte eine Reihe von Zeichnungen, mit denen Robert Walser das Landhaus des Verlegers S. Fischer geschmückt hat. So lieblich und reizvoll eine derartige Kunst in gewissem Sinne nun auch ist, wir können uns doch nicht mit ihr einverstanden erklären. Man könnte sich wohl denken, dass ein vornehmer Dilettant um das Jahr 1830 derartige Dinge — und vielleicht noch mit mehr Talent — auf den Kopf seiner Briefe zeichnete, die er seiner Geliebten schrieb. Wenn nun aber heute einer sich mit derartigem begnügt, der von Beruf ein Maler sein will, so verstimmt das. Es ist gewiss eine hübsche Entdeckung in diesen Dingen, doch der sie macht, hat nicht das Recht, sie als Kunstwerke an die Öffentlichkeit zu bringen. Wäre er in einem anderen Berufe tätig und fertigte solche Dinge an, man würde sagen: ein entzückender Mensch! So aber legt man ein strengeres Wertmass an, und da kann er nicht bestehen. Nur ein Mensch, der die Linie genial handhabte, wie Beardsley, hatte die Fähigkeit, solche Dinge zu jenen Kunstwerken zu steigern, welche diese sein möchten. × In der *Zukunft* publizierte Ernst Reinhart (bekanntlich ein Pseudonym für Walter Rathenau) einen Aufsatz *Von neuzeitlicher Malkunst*. Die Aufsätze dieses Mannes fielen schon vor

Jahren auf; man sagte sich: dies schrieb einer, der nicht berufsmässig sich mit Kunst befasst, ihr aber um so näher steht ein Mensch von innerer Kultur. Sein oben erwähntes Essay enthält Stellen, die den Leser bereichern, er sei daher zur Lektüre empfohlen.

RUDOLF KLEIN

Dichtkunst Romane

Als vor Jahresfrist bei Cassirer eine deutsche Übertragung von Gustave Flauberts *Education sentimentale*, die jetzt 36 Jahre alt geworden ist, erschien, da wirkte dieses Buch wie ein moderner, in unseren Tagen geschriebener Roman. Und wenn man dem Geheimnis nachgeht, das diesem Werke seine Unvergänglichkeit sichert, dann ist es die ins Einzelste hineinflutende Künstlergewissenhaftigkeit, die, über Mode und Zeitströmung hinaus, ein objektives Lebensbild formte, das zwar eine persönliche Dichterkonfession darstellt, diese jedoch zur absoluten Bedeutung erhöhen konnte. Im Technischen stehen die heutigen Belletristen französischer Zunge noch ganz in Flauberts Schule. Das zeigt sich vorzüglich an Camille Lemonnier, dem Belgier, der in seiner *Hysterischen*, deutsch bei Jaques Hegner in Berlin, in der gleichen Art die religiösen Ekstasen einer Nonne zu buchen sich müht, wie es Flaubert für den heiligen Antonius getan hat. In den mächtigen Foliopergamenten des *Acta sanctorum* und in der zerlicheren *Legenda aurea* stehen in nav bombastischer und mit aller Dogmenglaubigkeit genährter Rede die Versuchungen, die Begnadigungen, die Martyrschicksale der Heiligen und Frömmsten aufgezeichnet. Lemonnier will an einer Beghinennonne den absonderlichen Gang ihrer körperlichen und seelischen Entartung erzählen. Er bringt medizinische Kenntnisse des weiblichen Organismus vor, und die periodischen somatischen und psychischen Störungen des zu spät in die Mannbarkeit reifenden Klostermädchens dienen ihm als Rahmen für eine sehr düstere Geschichte. Ein stolzer, in Asketismus sich zerfleischender Priester wird zu sinnlicher Raserei entzündet. Als er sich keinen Rat mehr weiss in der unnatürlichen Pein, unterwirft er seinem brennenden Gelust das armseligste, schwächlichste Geschöpf, die blutleere, stigmatisierte und von Selbstgeißelung misshandelte Nonne. Die gerat in den Wahn, durch Hingabe an den

Priester ein Heilandsopfer zu werden. Der Priester schwängert das hilflose Geschöpf, und als er in Gefahr ist, entdeckt zu werden, da hat er sich schon ganz zur Bestie umgemodelt. Er treibt der Willenlosen die Frucht ab, die da steht als ein schrecklicher Auswurf der gehässigen Natur. Es ist ein grausiges und doch ernst zu nehmendes Buch. Es ist besonders interessant dem, der für all solche finsternen Zusammenhänge des Körperlichen mit dem Seelischen die Teilnahme des psychologischen Forschers hat, und nicht bloss das Anathema des praktischen Politikers. In der Art solcher Analysen liegt es, dass sie leicht in wissenschaftliches Rasonieren verfallen. Auch Lemonnier vermeidet das nicht. Beinahe scheint es, als wenn ein Künstler für modernen Geschmack derartige Thematata nicht mehr mit scharfem Ernst behandeln dürfe, sondern ihm hierfür eine witzige Ironie oder gar spöttelnde Karikatur besser anstünde. Die Renaissance hat so etwas schon empfunden, wie das Masuccio lustiges Zötlein von der Empfängnis des fünften Evangelisten erweist.

Die *Académie Goncourt*, die unabhängig von dem staatlichen Institut Literatur fördern will und sich als eine freiere und dem modernsten Geist verwandte Gesellschaft fühlt, hat Léon Frapiés Roman *Maternelle* mit einem Preise gekrönt. Das Werk hat ihn verdient. Das benedite Urwesen, die herrliche Kraft der Mütterlichkeit, wird an einer Frau geschildert, deren Schoss verschlossen bleiben musste, und die deswegen gerade all ihre Mutterinstinkte auf Hunderte der Kleinen überlenkt, die in einer Kinderschule in Paris untergebracht sind. Kommunale Spielschulen, darinnen die Proletarierkinder von zwei Jahren bis zum sechsten gesäubert, genährt, gewärmt und unterhalten werden, existieren in Paris. Für einen Menschen, der mit dem Herzen beobachtet, lassen sich unendlich viele Tragödien und auch hellere Geschehnisse aus solcher Welt herauslesen. Die *Maternelle* besitzt hierfür die richtigen Organe. Man könnte das französische Wort etwa übersetzen als *Quell aller Mütterlichkeit*. Der Ver deutscher fand keinen guten Titel und benannte das Buch *Die Kinderschule* /Berlin, Fleischel/.

Keime zu Lebenstrauerspielen wurden in der *Kinderschule* ausgesät. Einen einzigen Untergang schildert Hermann Hesses jüngster Roman *Unterm Rad*

/Berlin, S. Fischer/. An einem hoffnungsvollen Jüngling vergehen sich durch törichte Erziehung erst das Vaterhaus, dann die Lehrer, dann die falschen Freunde und Berater. Unterm Rad des nicht Verstandenerdens muss das junge Blut sich zermahlen lassen, bis es vor seiner Blüte schon kalt wird. Hesse wollte ein liebes, alle Stimmungen der Barmherzigkeit aufreissendes Buch. Ihm gelang ein nicht besonders spannender Roman, der an künstlerischer Reife dem *Peter Camenzind* bedenklich nachsteht. Entweder ist das Werk älter und nur hervorgeholt. Dann wär das nicht schlimm. Denn es hat noch allerhand Gutes und besonders ein famoses Einleitungskapitel. Ward es wirklich jetzt erst geschrieben, dann schad um den Poeten, der noch nicht wieder zu Kräften kam oder schon so früh zu welken beginnt.

Gegenüber lauten und doch beim genaueren Urteilen beispiellos unberechtigten Romanerfolgen hat der Erzähler Georg Hirschfeld noch immer kein genügendes Publikum gefunden. Und weil seine letzten Dramen an theatralischer Schwäche litten, ist er stark in den Hintergrund gedrängt. Der Erzähler Georg Hirschfeld ist aber alles Lobes wert, wie sein letzter Roman *Das grüne Band* /ebenda/ wieder zeigt. Er will das Rätsel der Kunstbegabung lösen im Plastiker, im Musikanten, im Dichter. Und die verschiedensten Typen der Schaffenden stellt er dar: die Starken, Arbeitsfesten, die ihr Ziel mit eisernem Willen und Können erreichen, und die ewigen Phantasten, die über das Entwerfen und Planen nicht zum Gestalten kommen; die geschickten, gewissenlosen Brotkünstler ohne Seelenfeuer und die von der Kunst nur in einem Jugendtraum Angerührten. Diese Menschen. Männlein und Weiblein mischt er, sehr nach der Wirklichkeit, die weinen macht und gerührt, sehr nach dem Ideal, das hochstimmt und begeistert. Er dichtete Szenen in das Buch, die sich tief ins Gedächtnis pressen, so jenes Kapitel, darinnen ein Bräutigam kommt, einem Mädchen die Grabrede zu halten, das um seiner enttäuschten bräutlichen Sehnsucht willen ihr Leben fortzuschleuderte.

×
Neuauflagen

×
Von Arno Holz' *Buch der Zeit* ist eine neue Ausgabe erschienen /München, Piper/. Es ist erfreuend, sich

hierdurch wieder an den jungen Draufgänger zu erinnern, der inzwischen glücklicherweise seinen Kampfesmut noch nicht verlor, obwohl er in seinem verdammten konventionellen *Traumulus* ins neblige Philisterland abschwenkte. Auch Frank Wedekind bringt seine älteren verschollenen Gedichte und Erzählungen von frischem vors Publikum (*Die vier Jahreszeiten* und *Feuerwerk* /München, Langen/). Es war hier schon die Rede von Wilhelm Schwanes Unternehmen, im Verlage des *Volkserziehers* eine *Germanenbibel* herauszugeben. Was an deutschen Büchern gewissermassen sakralen Wert bekommen hat, das soll unter dieser Firma dem deutschen Volke in billiger und schöner Auswahl beschert werden. Es ist das eine schwere und nicht sehr dankbare Arbeit, weil zu leicht persönliche Vorliebe des Auswählenden mitspricht. Dem scheint aber Schwane mit Vorsicht aus dem Weg zu gehen. Wenn er Rückert bringt, Hölderlin und Mörike, dann ist hier die Auswahl gewiss am Platze. Man muss nur tadeln, dass die bibliographischen Anmerkungen für Leser, die mehr haben wollen, nicht ausreichen und auch nicht die philologisch besten und dem Preis nach wohlfeilsten Ausgaben erwähnen. Eine engere, aber ähnliche Aufgabe stellten sich die Verleger Eugen Diederichs in Jena und Greiner & Pfeiffer in Stuttgart. Der erste lässt Auslesen veranstalten in den *Erziehern zur deutschen Bildung* von Herder, Winkelmann, Friedrich Schlegel, Fichte etc., also bloss von den Denkern. Über den Kreis der Deutschen schweifen die im zweiten Verlag vom Freiherrn Jeannot von Grotthuss redigierten *Bücher der Weisheit und Schönheit*. Dort wird einträchtig dargeboten die Heilige Schrift mit Montesquieu, Gorkij mit dem kurländischen Lyriker von Fircks, der wenig bis jetzt gelesen wurde. Wilhelm von Humboldt soll der Sammlung einverleibt werden.

× **Kurze Chronik** Arthur Schurig über-
setzt bei Diederichs in
Jena Stendhals Tage-
bücher und Briefe unter dem Titel *Bekennnisse eines Egotisten* und bei Eichen-
berg in Siena den IV. Band von Rétif de
la Brétonnes autobiographischem Roman
Das enthüllte Menschenherz. Er leitet
beide Bücher gründlich und zuverlässig
ein. × Bei Diederichs in Jena wird die
beste deutsche Tolstoj-Ausgabe, die

Raphael Löwenfeld besorgt, fortgesetzt.
× Amerikanische Kulturbilder sind
Heinrich Pfitzners *Prüfungen
der Baptisten zu Littleville* und *Waicard
City* /Minden i. W., Bruns/. × Im
gleichen Verlag werden des englischen
Jules Verne, H. G. Wells Romane
Die ersten Menschen im Mond und
andere, deutsch herausgegeben.

× **Literatur** Voltaire, den alle Kritiker
witzig und kurzweilig
hiessen, und den Henry

Beyle als langweilig verschrie, hat in
Lynkeus, dem Naturforscher Josef
Popper, einen neuen Apologeten ge-
funden /Dresden, Reiser/. Popper ist
ein eigenwilliger, zu spitz oft übertreib-
ender Denker, dem in Voltaire das naivste,
beste, mitunter recht unartige, gescheit-
teste, gelehrteste und gewaltigste Welt-
kind, das jemals existierte, erscheint.
× Was Moeller van den Bruck
(*Die Zeitgenossen, die Geister, die
Menschen* /Minden i. W., Bruns/) über
verfallende und aufsteigende Völker
und über deren Geistesvertreter in der
Gegenwart zu sagen hat, entwuchs einer
Weltanschauung, die übersättigt gewor-
den zu sein scheint an der immer zum
Artistischen steuernden Gegenwarts-
kultur, und die ausspät nach einem
neuen, wieder belebende Daseinsenergien
schaffenden Kulturgenie. × Samuel
Kublinski spielt um das Thema
Schiller in einem Essay der Sammlung
bei Bard & Marquardt in Berlin. × Eben-
dort redet Georg Brandes über
Anatole France.

MAX HOCHDORF

Musik

Reger

Wenig Neues ist in der
letzten Zeit hervorge-
bracht worden, das über
das Tagesinteresse hinaus Beachtung ver-
dient. Umso grösser musste die Er-
regung in der musikalischen Welt wer-
den, als Max Reger gleich mit einer
ganzen Anzahl neuer Werke hervortrat.
Es gibt so viele Massstäbe, mit denen man
einen Künstler messen kann, und so ver-
schieden diese sind, so verschieden lauten
auch die Urteile über Reger. Lässt man
den gelten, dass ein Künstler desto be-
deutender ist, je mehr seine Werke bei
wiederholtem Hören wachsen, dann darf
man Reger zu den ganz Grossen zählen.
Deshalb auch ist mir der letzte Beethoven
der allergrösste, Schumann grösser, als
Mendelssohn, Reger grösser, als seine
Zeitgenossen. Es besteht eine innere

Verwandschaft zwischen jenen dreien. Wenigstens die Vorzüge sind die gleichen, vor allem die Vertiefung in das rein Musikalische. Mit der selben Rücksichtslosigkeit, wie Beethoven in seiner *Missa solemnis*, schafft Reger selbst in seinen *schlichten* Weisen und Sonatinen. Er scheint nur für sich zu schreiben, ohne die Möglichkeit der Ausführung zu beachten. Er denkt nicht daran, dass es kaum Musiker gibt, die seine Werke technisch bewältigen, oder dass die kontrapunktische Verarbeitung der Themen oder die Kühnheit der Modulation zu den grössten Härten und Missklängen führt. Und doch billigen wir bei ihm das, was wir bei anderen tadeln, weil eben diese Art des Schaffens ihm erst die vollste Freiheit gibt, das auszudrücken, was er ausdrücken will und kann. Eine ähnliche Intensität des Denkens und Empfindens, wie beim späten Beethoven: sind seine Werke freudig, so ist es eine stärkere Freude, überschäumender, als bei anderen (so die vierhändigen Stücke op. 34), sind sie innig und zart, dann mehr, als bei anderen (Lieder op. 31, 76, 88). Nur eins können sie nicht sein: dünn, schwach, oberflächlich. Man hat zwar Reger vorgeworfen, seiner Erfindung fehle die Stärke. Ich glaube, wer ein Fugenthema ersinnt, wie er am Schlusse seiner Violinsonate op. 84, dem darf man einen solchen Mangel nicht vorhalten. Es liegt in seiner Persönlichkeit, dass er zu gunsten der Vielseitigkeit in der Stimmung auf jene grossen, langatmigen Themen verzichtet, die ein in der Stimmung einheitliches Verarbeiten verlangen. Er weicht hier ganz bewusst von der älteren Sonatenform ab. Wohl zerbröckeln zuweilen seine grösseren Sätze, dafür sind aber die einzelnen Stücke oft von hervorragendem Wert (Sonaten für Klavier und Violine, oder Klarinette, Violine solo). Am stärksten vielleicht ist Reger dort, wo ein eigenes formelles Gestalten weniger möglich ist, in den strengsten Formen, zum Beispiel der Fuge. In seinen Orgelkompositionen und den sich an die Klassiker anschliessenden Stücken kann sich Reger am freisten geben, da er seine ganze eigenartige Individualität in das Ausfüllen der vorhandenen Formen hineinlegen kann (Choralkantate *O Haupt voll Blut und Wunden*).

Ob nun Reger der ist, der unserer Musik den entscheidenden Stoss in die neue Richtung hinein zu geben vermag, ist

eine müssige Frage, da sie nur die Zeit entscheidet. Nach einer Seite hin wird er aber hoffentlich von wesentlicher Bedeutung werden. Er zeigt, dass wenigstens für ein nordisches Empfinden der blosse Schönheitskultus nicht der Gipfel der Kunst ist. Nach Regers bisherigen Erfolgen sieht es fast so aus, als ob der Verinnerlichung der Musik auch der Geschmack folgt. Hierzu scheint Reger nicht als letzter beizutragen.

× **Programm-** **musik** ×
Diejenige Musik, die man oft fast ausschliesslich unter dem Begriff *Programmmusik* verstand, kann wohl als überwunden gelten. *Odysseus' Heimkehr* von Ernst Boehe wird sich schwerlich lange halten. Anderes in dieser Art ist von geringerer Bedeutung, wie zum Beispiel das Melodram *Graf Walter und die Waldfrau* von A. Ritter, oder die Ballade *Des Fährmanns Bräute* von Sibelius, in der die Musik fast nur in der naturalistischen Nachahmung eines Sturmes besteht. Das Programm ist hier meist erzählender Art. Und wenn man den Komponisten auch bestätigen kann, dass sie ihr Ziel erreicht haben, so ist das noch kein Lob, denn gerade dann spricht das Gemüt meist nicht mit. Deshalb lässt Boehe trotz der guten Gedanken, in denen sich ein recht starkes Talent zeigt, doch kalt.

Anders bei den Werken, die mehr einen Gedanken, ein Problem, eine Stimmung als Programm wählen. Hier kommt es vor, dass diese Musik sich mit der absoluten eng berührt, ja, wo liegt die Grenze? Soll man Beethovens *Eroica* und *Pastorale* nicht auch dazu zählen, passt die Bezeichnung *Faustsymphonie* nicht auch auf den ersten Satz von Beethovens *Neunter*? Fr. Kloses symphonische Dichtung *Das Leben ein Traum* behandelt ein Problem, den Gedanken des hoffnungslosen Kampfers. Es ist aber die selbe Tragik, wie wenn ein Sterbender leben, ein Blinder sehen will. Trotz des grossen Aufwandes wirkt das Werk kleinlich, kein grosser Gedanke darf sich entwickeln. Das Problem des unterliegenden Kämpfers, das Prometheusproblem, das könnte zu einer wahren Symphonie führen, das Gegenstück aber kann nichts als eine grosse Leere ergeben. Einen Schritt weiter nach dieser Richtung macht Ludwig Hess. Durch Memlings Bild *Himmelskönig mit musizierenden Engeln* angeregt, gibt er die Stimmung wieder

in einem Werk, das zu seinen glücklichsten zählt.

Eine symphonische Dichtung von C. Franck scheint mir eins seiner schwächsten Produktionen zu sein. Aus unbedeutenden Themen, die eine künstlerische Verarbeitung kaum zulassen, wird ein Stück von beträchtlicher Länge gemacht, in dem an wenigen Punkten nur die Langeweile unterbrochen wird. Sein älteres, hinlänglich bekanntes und gewürdigtes *Präludium, Choral und Fuge* ist von Pierre geschickt für Orchester übertragen worden.

× München hat eine Musikalienbibliothek in ganz der selben Weise.

wie unsere Volksbibliotheken, errichtet. Das ist besonders deshalb nachahmenswert, weil das sonst für Noten ausgegebene Geld fast ausschliesslich den Verlegern zufließt, die sich den Künstlern gegenüber nur in seltenen Fällen durch Kulanz auszeichnen. × Berlin hat in der neu erbauten *Komischen Oper* ein Institut, das für das Musikleben, nach den ersten Aufführungen zu urteilen, von Bedeutung werden mochte. × Ein Oratorium *Von den Tageszeiten* von F. E. Koch wurde in Cöln aufgeführt. × Ebenso Kauns Klavierkonzert es-moll in Leipzig, mit gutem Erfolge. × Am 20. November 1895 wurde Beethovens *Fidelio (Leonore)* zum erstenmal gegeben. Zur Zentenarfeier dieses Tages hatte das Berliner Opernhaus mit grossem Glück das Werk nach der ersten Fassung neu einstudiert. × Zu Wildenbruchs Drama *Die Lieder des Euripides* hat Voglich eine Musik geschrieben. × Desgleichen Humperdinck zum *Kaufmann von Venedig*. × Die Opern *Manuel Menendez* von L. Filiasi, und *Zierpuppen* von A. Götzl fanden in Prag vielen Beifall. Letztere ist nach den *Précieuses ridicules* gearbeitet und soll den Molièreschen Geist in recht feiner Weise wiedergeben.

× **Literatur** Die Schrift W. Wimmershofs *Oper oder Drama?* /Rostock, Volkemann/ will die Notwendigkeit des Niedergangs der Oper beweisen. Sie überzeugt nicht, zumal sie Tatsachen, die dagegen sprechen, ignoriert, und bringt so nur Ansichten. Die aber sind — Ansichtssache. Der warme Ton macht die Lektüre angenehm. × Zwei Musikgeschichten verdienen grössere Beach-

tung: H. Riemanns *Handbuch der Musikgeschichte* /Leipzig, Breitkopf & Härtel/ behandelt in dem bisher erschienenen I. Band das Altertum. Das Bild, das der gelehrte Verfasser gibt, zeichnet sich durch Klarheit und Wissenschaftlichkeit aus. Man darf auf die Darstellung der neueren, die Allgemeinheit mehr interessierenden Musik gespannt sein. × H. Leichtentritts *Geschichte der Musik* /Berlin, Hillger/ bietet mehr, als das unerscheinbare Aeusserere erwarten lässt. Das Werk wird weniger seiner eigentlichen Bestimmung für die breiteren Volksschichten dienen können — schon wegen der zahlreichen Fremdwörter nicht —, als vielmehr den Gebildeten. Die übersichtliche Einteilung und die ganz vorzüglichen kurzen Charakteristiken, in denen der Verfasser das Subjektive nicht aufgibt, machen das billige Buch zu einer recht brauchbaren Einführung. × Bremers *Handlexikon der Musik*, von Schrader neu herausgegeben /Leipzig, Reclam/ beschränkt sich in seinen Angaben auf den äusseren Lebensgang und Aufzählung der Werke der Künstler und verzichtet auf ästhetischen Kommentar; es bringt weniger aber Ausreichendes über Instrumente, Theorie u. s. w. Sonst ist es übersichtlich und umfassend. × Als Nachschlagewerk ist wohl auch Kretzschmars *Führer durch den Konzertsaal* gedacht, dessen 2. Abteilung *Kirchliche Werke* bei Breitkopf & Härtel in 3. Auflage erschienen ist. Als gediegener Musikkenner behandelt Kretzschmar vieles und hebt überall das Wertvolle hervor, damit der Leser weiss, worauf beim Hören besonders zu achten ist. Oft laufen diese Erläuterungen aber auf eine blosser Erzählung der Teile eines Werkes hinaus. Das nimmt ihm das Lebendige, macht es weit umfangreicher, als nötig, und auch teuer. × Fritz Hoyer betritt in seinen *Tabellen* /Selbstverlag/ einen originellen Weg, die musikalische Theorie zu vereinfachen. Er stellt auf Grund seiner *Geometrie des Dreiklangs* ein System aller denkbaren Tonleitern auf. In diesen 10 Tonleitern sind sämtliche denkbaren Akkorde enthalten, und wir bedürfen jetzt nicht mehr jener wenig einleuchtenden *alterierten Akkorde, Wechslnoten, Trugfortschreitungen* u. s. w., um das Wesen der Harmonie zu erklären. Die Tabellen 6 und 7 (Tonarten und Kadenzen) dürften vielleicht den theoretischen Unterricht wesentlich umgestalten. × Die in unserer Rundschau bereits erwähnte, von Richard

Strauss herausgegebene Sammlung *Die Musik* /Berlin, Bard, Marquardt & Co./ wird in ziemlich rascher Folge fortgesetzt. Von den neuen Bändchen sei Romain Rolland *Paris als Musikstadt* erwähnt. × Ganz besonders wertvolle Publikationen sind die Gesamtausgaben der literarischen Werke von Hector Berlioz und Peter Cornelius, die der Verlag von Breitkopf & Härtel in Leipzig ediert. Wir kommen darauf noch ausführlicher zurück.

Eine kürzlich in München gegründete Zeitschrift *Musikalische Rundschau* wird einen schweren Stand haben, um sich neben den schon bestehenden durchzusetzen. Die Artikel über Mahler und Reger im 6. Heft lassen das aber hoffen. Abgesehen von den grösseren Aufsätzen berücksichtigt das Blatt vorzugsweise München.

ERNST AARMANN

DIVERSA

Bücher

Sterne: *Werden und Vergehen*

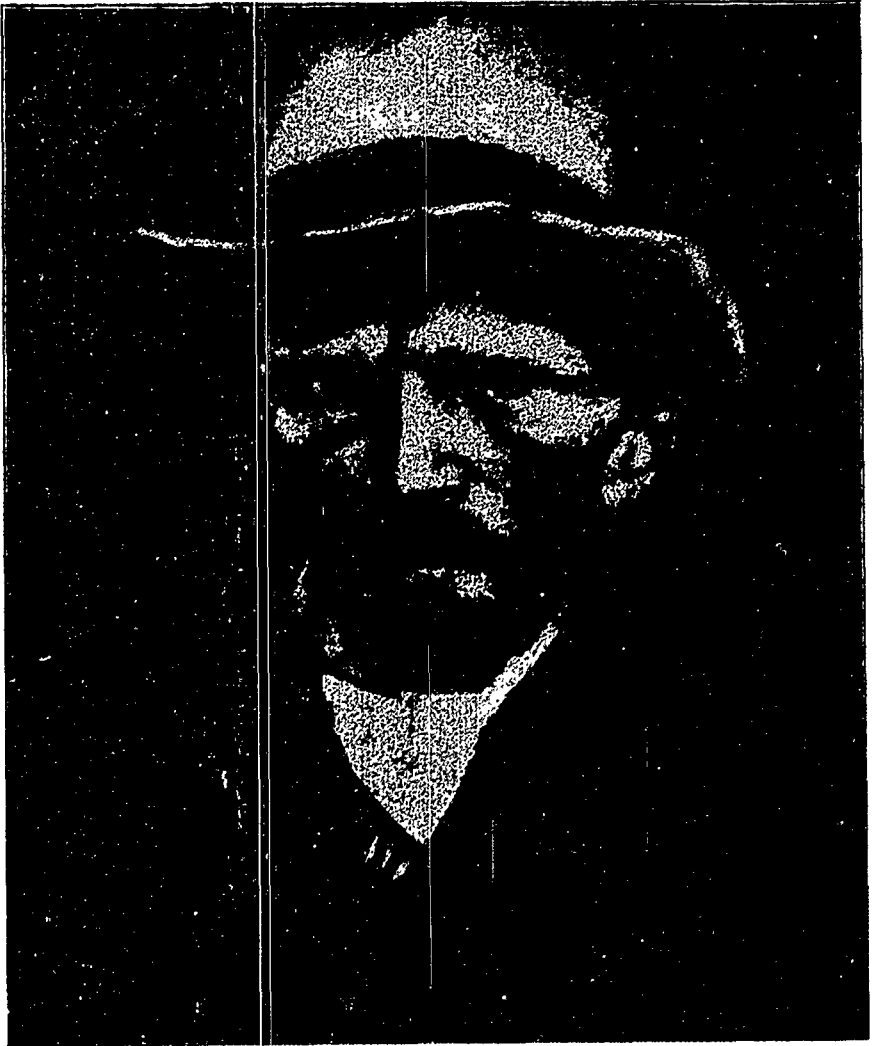
Nun ist die von Wilhelm Bölsche geleitete, bei Borntraeger in Berlin erschienene Neuausgabe des einst so berühmten

Werkes zu Ende geführt (über den I. Band siehe *Sozialistische Monatshefte*, 1905, I. Bd., pag. 108), und in zwei stattlichen Bänden haben wir das Glaubensbekenntnis eines ehrlichen Denkers vor uns. Dass es aber mehr, als eine individuelle Gesinnungsausserung, ist, liegt vor allem daran, dass die Erkenntnis, zu der Carus Sterne gelangt, gleichzeitig die eines ganzen Zeitalters ist. Der Carus Sterne, der die Resultate der einzelnen Forscher, die dem weiteren Kreise der Gebildeten als Fachwissenschaft naturgemäss fremd geblieben wären, als einheitliche neue Naturauffassung im edelsten Sinne popularisierte, hat einen so grossen indirekten Einfluss auf die Kultur der Gegenwart ausgeübt, dass kaum ein ernster Mensch aus der Generation, die aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stammt, ihm nicht etwas Wesentliches zu danken hätte. Natürlich ist die Wissenschaft in vielen Dingen nicht auf dem Standpunkt Sternes stehen geblieben; es sind wesentliche neue Tatsachen aufgedeckt worden, so dass das Buch nicht ohne weiteres neu aufgelegt werden konnte, und es entstand daher für Bölsche die schwierige Aufgabe, den alten Inhalt getreu und doch modernsten

Forschungen entsprechend wieder zu geben. Er hat sich denn auch mit grösserer Pietät an das gehalten, was Carus Sterne vertritt, nur in Randbemerkungen hier und da die eigene Stellung markiert und die Ergebnisse neuer Forschungen in durchaus organischer Weise dem Buche mitgegeben. So besitzen wir also wieder ein bedeutendes Werk mehr, das den Durst unserer Zeit nach naturwissenschaftlicher Bildung zu stillen vermag; nur scheint es, als ob einem jüngeren Geschlecht alle die in *Werden und Vergehen* angeregten Gedanken in verschiedenen Formen und Präparaten heute so leicht eingeflösst würden, dass es sich nicht mehr die Mühe nimmt, derartige Werke im stillen Kämmerlein wirklich durchzuarbeiten. Schade wäre es drum: denn alle Einzelkenntnisse zusammen genommen sind immerhin nicht das, was die grosse Einheitlichkeit gibt, die für Carus Sterne das Resultat aus jenen Einzelkenntnissen geworden, und sie geben nicht die Wärme und das poetische Empfinden, das Sterne als unverwüsthliche Existenzberechtigung in das Buch goss.

× **Grottewitz:** Einen wahren Freundesdienst hat Bölsche dem so grossartigen *Arbeitsmann in der Natur* hingeschiedenen Curt Grottewitz getan, indem er einen, vorderhand freilich nur geringen, Teil der Aufsätze des Verstorbenen, die sich leicht unter einen gegebenen Gesichtspunkt vereinigen liessen, sammelte, mit einem warmen Vorwort versah und im Verlag der Buchhandlung *Vorwärts* herausgab. Merkwürdigerweise ist Grottewitz, dem der *Vorwärts* so viele köstliche naturwissenschaftliche Plaudereien verdankt, kaum in weiteren Kreisen beachtet worden; und doch hat er eine ganz eigene Note: er ist ein grosszügiger Dichter und stiller Naturschwärmer; er hat einen feinen, leisen Humor, ein inniges Verstehen der spröden märkischen Natur und ein scharfes, klares Auge, das nicht nur genießt, sondern auch erkennt. Was er sah, was er erforschte, das gab er mit einer Anspruchslosigkeit in die Welt hinaus, dass ihm kaum einer dafür dankte. Und doch hat er eine grosse Mission erfüllt, indem er es verstand, zum *einfachen Manne* zu sprechen und dessen unbeholfener Liebe zur Natur ein Führer zu sein.

IDA HÄNY-LUX



VINCENT VAN GOGH · SELBSTPORTRÄT